

Zapf, Wolfgang

Book

Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation: soziologische Aufsätze 1987 bis 1994

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Zapf, Wolfgang (1994) : Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation: soziologische Aufsätze 1987 bis 1994, ISBN 3-89404-143-9, Edition Sigma, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122900>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Zapf: Modernisierung

Herausgegeben vom
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Wolfgang Zapf

Modernisierung,
Wohlfahrtsentwicklung
und Transformation

Soziologische Aufsätze
1987 bis 1994



Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Zapf, Wolfgang:

Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation :
soziologische Aufsätze 1987 bis 1994 / Wolfgang Zapf.

[Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung]. -

Berlin : Ed. Sigma, 1994

ISBN 3-89404-143-9

Der Verlag hält Sie über sein sozialwissenschaftliches Gesamtprogramm gern auf dem laufenden, natürlich kostenlos und unverbindlich:
edition sigma Heimstr. 14 D-10965 Berlin Tel. 030 / 693 4 396

© Copyright 1994 by edition sigma® rainer bohne verlag, Berlin.
Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

Textverarbeitung: WTD Angelika Zierer-Kuhnle / Pinkuin Satz.

Konzeption und Gestaltung: Rother + Raddatz, Berlin.

Druck: WZB

Printed in Germany

INHALT

Vorwort	7
Sozialer Wandel	11
Über soziale Innovationen	23
Individualisierung und Sicherheit – Einige Anmerkungen aus soziologischer Sicht	41
Sozialpolitik in gesellschaftlichen Modernisierungskonzepten	52
Die Sozialstruktur der Bundesrepublik in den achtziger Jahren	65
Zum Verhältnis von sozialstrukturellem Wandel und politischem Wandel: Die Bundesrepublik von 1949 bis 1989	100
Modernisierung und Modernisierungstheorien	111
Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung	128
Einige Materialien zu Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland	145
Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?	167
Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung	175
Alternative Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung	187
Literaturverzeichnis	201
Veröffentlichungsnachweis	212

VORWORT

Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation stehen in einem bestimmten theoretischen Zusammenhang. Unter *Modernisierung* kann man erstens den säkularen Prozeß seit der Industriellen Revolution verstehen, in dem sich die kleine Gruppe der heute modernen Gesellschaften entwickelt hat; zweitens die vielfältigen Aufholprozesse unterentwickelter Gesellschaften; drittens die Bemühungen der modernen Gesellschaften selbst, durch Innovationen und Reformen die Entwicklung in Gang zu halten und neue Herausforderungen zu bewältigen.

Wohlfahrtsentwicklung betrachte ich als einen wesentlichen Ertrag der Modernisierung und als eine ihrer wesentlichen Legitimationsgrundlagen. An mehreren Stellen dieses Bandes werden moderne Gesellschaften durch die Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft, des Wohlfahrtsstaates und des Massenkonsums charakterisiert. Diese sind, abstrakter ausgedrückt, die Inputstrukturen für die Outputs Freiheit, Wachstum und Wohlfahrt, wobei ich unter Wohlfahrt einerseits gute materielle Lebensbedingungen, andererseits das subjektive Wohlbefinden der Bürger verstehe. Bisher ist es eigentlich nur den wenigen modernen Gesellschaften gelungen, die gesamte Bevölkerung an der Wohlfahrtsentwicklung teilnehmen zu lassen (und die verbleibenden Exklusionsprozesse werden deshalb in besonderem Maße skandalisiert). Während dabei die Institutionen und Leistungen des Wohlfahrtsstaates umfassend untersucht worden sind, gilt der Massenkonsum des öfteren als zweitrangig, unstrukturiert und minderwertig. Ich bin in diesem Punkt anderer Auffassung und gewichte die Herausbildung der Institutionen des Massenkonsums als genauso bedeutsam wie die des Wohlfahrtsstaates.

Transformation kann man nun die Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung nennen, die mit der Zielsetzung Freiheit, Wachstum und Wohlfahrt explizit auf die Übernahme der modernen Basisinstitutionen gerichtet sind. Die Ziele der Transformationsgesellschaften sind also prinzipiell bekannt, die Aufholprozesse haben eine klare Richtung. In diesem Sinn ist Transformation eine Teilmenge von Modernisierung bzw. »nachholende Modernisierung«.

Die einzelnen Kapitel dieses Bandes wurden zwischen 1987 und 1994 veröffentlicht. Sie fassen meine neueren Arbeiten zur Modernisierungs- und Wohl-

fahrforschung zusammen, die ich gleichzeitig auch als theoretische und empirische Beiträge zur Sozialberichterstattung verstehe. Man kann ja Sozialberichterstattung anschaulich durch die Aufgaben der Dauerbeobachtung des sozialen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung bestimmen. Für diese Veröffentlichung habe ich einige Fehler korrigiert, eine Reihe von Wiederholungen aber bewußt stengelassen. Die zwölf Kapitel lassen sich in sechs Gruppen nahezu chronologisch anordnen.

Die ersten beiden Arbeiten sind Beiträge zur Theorie des sozialen Wandels: zum einen ein lexikalischer Überblick, zum andern die Untersuchung eines bislang unterbelichteten Typus von Wandlungsprozessen, nämlich sozialen Innovationen. Die folgenden zwei Arbeiten verknüpfen Innovationsprobleme mit Problemen des modernen Wohlfahrtsstaates. Zunächst wird gezeigt, warum Individualisierung und Sicherheit(-sbedürfnis) keine Gegensätze, sondern konstitutive Merkmale moderner Gesellschaften sind. Sodann wird Sozialpolitik als eine Produktivkraft und als durchaus innovationsfähig dargestellt.

Das vierte und fünfte Kapitel befassen sich mit der alten Bundesrepublik unter der These, daß ihre Entwicklung eine Erfolgsgeschichte war. Die Sozialstruktur der Bundesrepublik wird empirisch im Detail und an einigen Stellen mit neuartigen Darstellungsweisen untersucht. In diesem, dem umfangreichsten Beitrag ist die DDR überhaupt nicht erwähnt, was daran liegt, daß in der Originalveröffentlichung ein paralleler DDR-Artikel zu finden ist. Ich scheue mich aber nicht einzugestehen, daß ich 1988, wäre die DDR zu behandeln gewesen, die Veränderungen des folgenden Jahres nicht vorausgesehen hätte.

Die nächsten vier Kapitel haben dann die Transformation der DDR und des vereinten Deutschland zum zentralen Thema. Die Eröffnungsrede zum 25. Deutschen Soziologentag wurde sechs Tage nach der deutschen Vereinigung gehalten und versuchte, dieses Ereignis mit dem Kongreßthema »Die Modernisierung moderner Gesellschaften« sowie der Lage des Faches Soziologie in einen Zusammenhang zu bringen. Das Echo der anschließenden Diskussionen um DDR-Transformation und Modernisierung ist im folgenden Kapitel nochmals vernehmbar. 1993/94 können wir dann die Transformationsprozesse im vereinten Deutschland mit repräsentativen Umfragedaten untersuchen und das Verhältnis von Erfolg und Enttäuschung quantitativ bestimmen. Die vielleicht dramatischste Anpassungsreaktion in Ostdeutschland – der Rückgang von Eheschließungen, Geburten und auch von Scheidungen – untersuchen wir gesondert mit Daten der amtlichen Statistik.

VORWORT

In den beiden abschließenden Kapiteln wird die Betrachtung geographisch wieder ausgeweitet. Es geht um die Rolle von modernen Gesellschaften im Zusammenhang mit den Transformationsgesellschaften und den unterentwickelten Gesellschaften. Eine weltweite Ausbreitung des Wohlstands der OECD-Länder halte ich nicht für realisierbar. Aber die Entwicklung moderner Basisinstitutionen und damit auch eine spürbare Wohlfahrtsentwicklung in den Transformationsgesellschaften sowie die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse in den Entwicklungsländern sind in absehbarer Zeit durchaus erreichbar. Diese Prozesse verlaufen auf unterschiedlichen Pfaden in die gleiche Richtung – die Frage, wie man dies theoretisch zusammenbringen kann, habe ich nicht gelöst, aber im letzten Kapitel als Problem entfaltet.

Die hier vorgelegten Aufsätze habe ich, mit Ausnahme der ersten beiden, während meiner Amtszeit als Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung geschrieben. Es gehört zu den Erwartungen an den WZB-Präsidenten, daß er in seiner Wissenschaft aktiv bleibt. Darum konnte ich mich als Professor der Freien Universität Berlin und als Leiter der Arbeitsgruppe »Sozialberichterstattung« am WZB immer wieder bemühen. Die Arbeitsgruppe ist durch vielfältige Beiträge zur Dauerbeobachtung des sozialen Wandels und zur Wohlfahrtsentwicklung, auch im internationalen Vergleich, hervorgetreten. Im engeren Sinn gehören dazu die Kapitel 5, 9, 10 und 11 dieses Bandes. Die anderen Kapitel hatten als Anregungen zur theoretischen Diskussion der Arbeitsgruppe ihre Bedeutung. Künftig soll die Arbeitsgruppe als Abteilung »Sozialstruktur und Sozialberichterstattung« des WZB weitergeführt werden.

Für die vielfältige Unterstützung während meiner Amtszeit als WZB-Präsident möchte ich allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Präsidentenbereichs herzlich danken, darunter ganz besonders Roland Habich, Birgit Hahn, Detlef Landua und Dagmar Simon.

Im August 1994

Wolfgang Zapf

Sozialer Wandel

Problemstellung

Sozialer Wandel, einer der allgemeinsten Grundbegriffe der Soziologie, ist leicht zu definieren, wenn man einen anderen, komplizierteren Begriff zu Hilfe nimmt, nämlich den Begriff der sozialen Struktur. Unter sozialen Strukturen kann man sich die (relativ) stabilen Regelmäßigkeiten des sozialen Lebens, die (relativ) stabile Ordnung der Gesellschaft vorstellen, die gegen Veränderungen widerständig sind. Sozialer Wandel heißt also: Veränderungen sozialer Strukturen, Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung. Die Theorien des sozialen Wandels bemühen sich, die Einheiten und Ebenen zu bestimmen, an denen und auf denen sich sozialer Wandel beobachten läßt: die Dimensionen des sozialen Wandels, z. B. Tempo, Tiefgang, Richtung und Steuerbarkeit, sowie die äußeren und inneren Wandlungskräfte, die eine gegebene Ordnung verändern können. Bis hierhin entspricht dies alles noch unserem Alltagsverständnis. Von Struktur-, System- und Wertewandel reden wir bereits in der Umgangssprache; daß wir uns in einer Epoche beschleunigten Wandels befinden, in der überkommene Ordnungen zunehmend in Frage gestellt werden, wird überall behauptet.

Die wissenschaftlichen Probleme setzen ein, wenn wir fragen, was soziale Strukturen bzw. gesellschaftliche Ordnung sind und bedeuten, wie man ihre Veränderung messen und erklären kann, inwieweit sozialer Wandel steuerbar und prognostizierbar ist. Beginnend mit den Klassikern der Soziologie (man könnte noch weiter in die Philosophiegeschichte zurückgehen), gehen die Kontroversen um die »Natur« von Ordnung und Wandel, um den Primat von Ordnung oder Wandel, um die Möglichkeit einer einheitlichen Sozialtheorie bzw. die Notwendigkeit komplementärer Erklärungsansätze. Diese Grundlagenprobleme sind heute keineswegs erledigt, geschweige denn gelöst, sondern brechen an den Fronten der Theoriediskussion immer wieder auf.

Auguste Comte, der der zeitgenössischen »*physique social*« den Namen »Soziologie« gegeben hat, war – wie zuvor die Denker des Rationalismus, Liberalismus und Idealismus – von einer umfassenden gesellschaftlichen Entwicklung hin zum »positiven Stadium« ausgegangen, in dem sich die Menschheit mit Hilfe der entfalteten Wissenschaft selbst steuern wird. Comte hatte als gleichgewichtige Grundkräfte dieser Entwicklung Statik (Ordnung) und Dynamik (Fortschritt) unterschieden: »In der positiven Politik sind Ordnung und

Fortschritt die beiden untrennbaren Seiten desselben Prinzips.« Andere Klassiker haben sich eindeutig für Wandel oder Ordnung als Ausgangspunkt ausgesprochen, obwohl sie dann bezüglich der Erklärung des jeweiligen Prinzips zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen gelangten. Für *Karl Marx* war bekanntlich die »Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ... die Geschichte von Klassenkämpfen«, das Wachstum der Produktivkräfte der Motor der Entwicklung und die Ordnung der jeweiligen Produktionsverhältnisse immer nur ein Übergang. *Vilfredo Pareto* stellte die Marxsche Formel auf den Kopf: »Die Geschichte ist ein Friedhof von Eliten«, d. h. ein ständiger Wechsel von Regimen, die der Gesellschaft eine Zeitlang ihre Ordnung aufprägen, dann aber ihren Konkurrenten und deren Regime Platz machen müssen.

Die andere theoretische Linie repräsentiert *Emile Durkheim*. Für ihn war Ordnung die primäre soziale Tatsache und ihre Veränderung nur aufgrund spezifischer Wandlungskräfte denkbar. Gesellschaft beruht auf der Grundtatsache der Solidarität, d. h. des ursprünglichen Zusammenhalts der Gesellschaftsmitglieder aufgrund gemeinsamer Wertorientierungen. Durch äußere Störungen (z. B. Bevölkerungszuwachs) und durch innere Störungen (Anomie als ein gewisses Maß an Unvollkommenheit der Solidarität) gerät die Ordnung unter Wandlungsdruck; durch Differenzierung bildet sich die moderne, arbeitsteilige Gesellschaft heraus. *Max Weber* sah die Ordnung durch die jeweilige Organisation und Legitimation von Herrschaftsverbänden garantiert. Die verschiedenen historischen Epochen sind durch unterschiedliche »Herrschaftstypen« zu interpretieren, die jeweils durch innere und äußere Kräfte (Rationalisierung, Traditionalisierung, Charisma) verändert werden. Weber zögerte, von einem generellen Entwicklungstrend zu sprechen, aber er hat den Weg zur modernen Welt schließlich doch – am Idealtyp des Kapitalismus – als die fortschreitende Rationalisierung aller Lebensbereiche dargestellt.

Dieser dogmengeschichtliche Rückblick ist in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Anders als vielleicht in den Naturwissenschaften sind in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften die Klassiker nicht endgültig zu überholen, sondern immer wieder Anknüpfungspunkt für die aktuelle Theoriediskussion (vgl. Aron 1971). Die Debatte, ob es fruchtbarer ist, von Ordnung oder Wandel als Einstieg in die gesellschaftliche Analyse auszugehen, ist in der Kontroverse zwischen Strukturfunktionalismus (z. B. Parsons 1969a) und Konflikttheorie (z. B. Dahrendorf 1959) wieder aufgetaucht. Was die sozialen Strukturen konstituiert (moralische Gemeinsamkeit, kulturelle Legitimation, ökonomischer Zwang, politische Macht) und was die Wandlungskräfte sind (Klassenkonflikt,

Gegeneliten, Charisma, ökologische Herausforderungen, technologische Erregenschaften), wird auch in den heutigen Theorien unterschiedlich akzentuiert.

Sozialer Wandel und soziale Strukturen sind selbst bereits abstraktere Begriffe als die Kategorien der Klassiker (Ordnung/Fortschritt, Produktionsverhältnisse/Produktivkräfte, Solidarität/Differenzierung, Herrschaftsordnung/Rationalisierung). Sie sind in die moderne Soziologie hineingekommen, als diese das Problem bewältigen wollte, auch einfache Gesellschaften außerhalb des abendländischen Kulturkreises sowie die vielfältigen sozialen Ordnungs- und Wandlungsprozesse unterhalb der Ebene der Gesamtgesellschaft zu begreifen: Institutionen, Organisationen, Gruppen, Interaktionen. Sozialpsychologie, Kleingruppenforschung, Kulturanthropologie haben zur Abstraktion der soziologischen Grundbegriffe und zur Generalisierung der Theorien des sozialen Wandels beigetragen.

In einer der zentralen neueren Kontroversen geht es dabei um die Frage, ob die Soziologie überhaupt einen eigenen Gegenstandsbereich und eigene Gesetzmäßigkeiten für sich beanspruchen kann oder ob nicht Institutionen, Strukturen, Organisationen, Gruppen prinzipiell aus individuellem Handeln rekonstruiert werden müssen (Individualismus/Kollektivismus-Kontroverse). Sehr vereinfacht ausgedrückt, geht es um die These, daß letztlich nur handelnde Individuen Motive und Pläne haben, Entscheidungen treffen, sich solidarisch oder abweichend verhalten, Legitimität anerkennen oder Widerstand leisten können. In dieser Perspektive sind Theorien des sozialen Wandels als Lerntheorien zu konzipieren oder als Nutzentheorien oder Motivationstheorien. Der symbolische Interaktionismus zeigt, wie selbst kulturelle Legitimationen, die die Lebenszeit eines Individuums weit übergreifen, nur durch Handeln produziert, tradiert und reaktualisiert werden. Die Gegenposition bestreitet nicht, daß letztlich nur Individuen handeln, sondern sie bestreitet, daß diese Einsicht tragfähig ist, um soziale Phänomene zu erklären, die aufgrund der Interaktion mehrerer Akteure prinzipiell emergente Eigenschaften aufweisen. Damit ist gemeint, daß die Beziehungs- und Verteilungsstrukturen zwischen Akteuren und die aggregierten Folgen von Handlungen nicht aus den Lernerfolgen, Nutzen-schätzungen, Motiven und Situationsdefinitionen der Handelnden alleine abgeleitet werden können, insbesondere nicht unintendierte, paradoxe Folgen (vgl. Schmid 1982).

Man muß nicht Durkheims Auffassung sein, das nutzenmaximierende Individuum sei selbst erst ein Spätprodukt der gesellschaftlichen Entwicklung, man

muß nicht der Gesellschaft einen Vorrang vor dem Individuum geben, um die Eigenständigkeit sozialer Phänomene, also auch des sozialen Wandels, zu behaupten. Aber diese Kontroverse ist mitnichten abgeschlossen, und insgesamt befindet sich die Soziologie heute bezüglich ihrer theoretischen Entwicklung in einem Zustand, in dem verschiedene Paradigmen nebeneinander existieren, mehrere »Sprachen« zugleich gesprochen werden. Es bleibt abzuwarten, ob die anspruchsvollen Versuche, diesen Zustand der Paradigmenvielfalt durch grundlegendere Programme aufzuheben (etwa durch die Systemtheorie, vgl. Luhmann 1984), auf der Ebene spezifischer soziologischer Erklärungen, z. B. des sozialen Wandels, erfolgreich sein werden.

Fragestellungen von Theorien des sozialen Wandels

Wir gehen davon aus, daß eine einheitliche Theorie des sozialen Wandels derzeit nicht in Sicht ist und daß wir andererseits die Fülle der Einzelbefunde nicht zusammenfassen können. Deshalb organisieren wir die folgende Übersicht anhand von zentralen Fragestellungen, die in der Regel jeweils von mehreren Erklärungsansätzen benutzt werden.

Die Frage nach den *Einheiten des sozialen Wandels* führt uns nochmals zu den Definitionsproblemen und zur Beschaffenheit der sozialen Strukturen, die sich wandeln können. »Jeder Strukturwandel soll verstanden werden als Veränderung des Personals in den Führungspositionen von Herrschaftsverbänden« (Dahrendorf 1959): Diese konflikttheoretische Formulierung bringt zum Ausdruck, daß die Anordnung und die Besetzung von Herrschaftspositionen als die entscheidenden Strukturtatsachen und damit als Einheiten des Wandels anzusehen sind. So hilfreich aber diese einfache Operationalisierungsregel für die empirische Messung des Wandels ist (Personalwechsel ist leicht beobachtbar), so unbefriedigend ist die mangelhafte Unterscheidung von Personenaustausch, Positionsveränderung und Regimeveränderung; diese Unterscheidungen könnten allenfalls mit den Dimensionen Tempo und Tiefgang nachgeliefert werden.

»Wir definieren einen Wandel in der Struktur eines sozialen Systems als Wandel seiner normativen Kultur. Wenn wir die oberste Ebene sozialer Systeme betrachten, handelt es sich um einen Wandel des gesamtgesellschaftlichen Wertsystems« (Parsons 1969a): Diese strukturfunktionalistische Formulierung faßt nur die Veränderung von Normen und Werten als Strukturwandel, während Rollen- und Beziehungsänderungen innerhalb eines konstanten Norm- und

Wertrahmens als Anpassung gefaßt werden; außerdem werden die in den sozialen Rollen und sozialen Beziehungen handelnden Personen definitorisch aus der Betrachtung von sozialen Systemen ausgeblendet, was natürlich die Kritik von seiten des methodologischen Individualismus provoziert hat. Ganz klar kommt jedoch heraus, daß nach dieser Auffassung Veränderungen des Rechts, der Verfassung, der kulturellen Leitprinzipien die weitreichendsten Wandlungsvorgänge indizieren, obwohl eindeutige Operationalisierungen nicht gegeben werden.

»Wandlungsprozesse sind grundsätzlich als Selektionsprozesse erkenntlich, die unterschiedliche Handlungsweisen durch die eigenen kollektiven Folgen und/oder durch die Ressourcenbedürftigkeit reproduktiver Prozesse differentiell ausscheiden oder bevorzugen« (Schmid 1982): Diese anspruchsvolle Formulierung kann verdeutlichen, was in den jüngsten systemtheoretischen Ansätzen thematisiert wird. Soziale Systeme müssen sich in einer komplexen Umwelt in der Weise bewähren, daß sie ihre eigenen Handlungsfolgen bewältigen und die Ressourcen für ihr Überleben sichern; sie müssen diejenigen Strukturen ändern (Handlungsweisen ausscheiden), die dies nicht leisten, und solche Strukturen verstärken (Handlungsweisen bevorzugen), die dies besonders gut leisten. Diese Theorieansätze betrachten alle möglichen sozialen Einheiten in bezug auf ihre eigenen, überindividuellen Handlungsfolgen und Reproduktionserfordernisse innerhalb einer komplexen Umwelt und ihres Selektionsdrucks.

Die Frage nach den *Ebenen des sozialen Wandels* läßt sich einfacher behandeln. Über die Unterscheidung in die Mikroebene des sozialen Handelns, in die intermediäre Ebene der Gruppen, Institutionen und Organisationen sowie in die Makroebene der Gesamtgesellschaft besteht weitgehende Übereinstimmung. Es gibt aber, je nach theoretischem Ausgangspunkt, interessante Verknüpfungprobleme. Der individualistische Ansatz kommt über die »Zusammenlegung von Ressourcen« von individuellen zu kollektiven Akteuren und den entsprechenden Wandlungsprozessen. Kollektivistisch-makrosoziologische Ansätze gehen den umgekehrten Weg über Differenzierung, Spezialisierung, Segmentierung von gesamtgesellschaftlichen Prozessen zu intermediären und zu Mikroprozessen des Wandels. Die für die Klassiker zentrale Ebene der Zivilisationen (ja der Menschheit insgesamt) ist heute in der Modernisierungstheorie, in den Konvergenztheorien und in der Theorie der Weltgesellschaft aktuell. Praktisch geht es um die Frage der Autonomie bzw. Interdependenz der nationalstaatlich verfaßten Gesellschaften. Je weiter die Perspektive, desto mehr treten

supranationale Akteure und Wandlungsprozesse in den Blick (multinationale Unternehmen, Verteidigungsbündnisse, Weltmarkt, Massenkultur usw.); aber je genauer die vergleichende Analyse, desto stärker tritt die strukturprägende Kraft der historisch gewachsenen Institutionen hervor, die in den modernen Gesellschaften nach wie vor nationalstaatlich integriert sind.

Auf allen Ebenen wollen wir die *Dimensionen des sozialen Wandels* beschreiben, messen und ihre Zusammenhänge erklären, vor allem Tempo, Tiefgang, Richtung und Steuerbarkeit. *Tempo* wird in chronologischen Zeiteinheiten gemessen, aber es macht Sinn, nicht nur vom historischen Zeitverlauf und darin von individuellen Lebensläufen zu sprechen, sondern auch vom Lebenszyklus von Organisationen, Regimen oder Zivilisationen. Mannheim (1928) hat in der Abfolge der Generationen, in der altes Wissen sozusagen abstirbt und neues Wissen sich nach dem Maße der die jungen Generationen prägenden historischen Erfahrungen durchsetzt (beschleunigt, retardiert), einen entscheidenden Mechanismus des sozialen Wandels gesehen. In der Innovationsforschung (vgl. Ayres 1984) wird diese Idee verallgemeinert: Wandel ergibt sich aus dem Aggregat von Diffusionsprozessen, d. h. der Geschwindigkeit der Verbreitung von Neuerungen, wobei die Chance, Neuerungen durchzusetzen bzw. zu übernehmen, je nach dem Lebenszyklus der beteiligten individuellen und kollektiven Akteure variiert.

Der *Tiefgang* des sozialen Wandels bemißt sich zunächst nach der Quantität bzw. der Proportion der von einer Änderung betroffenen Einheiten (z. B. bei den Prozessen der Urbanisierung, der Elementarbildung, der Wahlrechtsausdehnung), sodann nach dem Umfang der betroffenen Bereiche (Wirtschaft, Politik, Kultur usw.), im Wortsinn jedoch nach der Art und Anzahl der betroffenen Ebenen, wo immer die Sozialstruktur als Hierarchie von Ebenen bzw. Bereichen konzipiert wird. Nach der marxistischen Theorie sind deshalb diejenigen Wandlungsprozesse die entscheidenden, die die ökonomische Struktur verändern. Nach der Hierarchie des Strukturfunktionalismus (Rollen, Kollektive, Normen, Werte) sind Wertveränderungen die gewichtigsten Wandlungsprozesse; nach der Konflikttheorie solche Veränderungen, die nicht nur Personal oder Organisation, sondern das Regime eines Herrschaftsverbandes umformen. Die jüngsten systemtheoretischen Ansätze wollen einen solchen Perspektivismus überwinden zugunsten einer universalistischen Theorie sozialer Systeme und ihres Wandels und bedienen sich dabei evolutionstheoretischer Konzepte: Variation, Selektion und Reproduktion (vgl. Giesen 1980; Luhmann 1984). Danach bestimmen sich die zentralen Wandlungsprozesse innerhalb der perma-

zenten Variation von Eigenschaften als diejenigen Selektionen, die die Reproduktionschancen der betreffenden Einheiten am stärksten verbessern: im Falle der gesamtgesellschaftlichen Evolution solche »Errungenschaften« wie Recht, Markt, demokratisch legitimierte Herrschaft, Wissenschaft, die sich als »evolutionäre Universalien« in einer Mehrzahl von Gesellschaften durchsetzen (vgl. Parsons 1969b).

Revolutionen lassen sich als Prozesse des (politisch-)sozialen Wandels von sehr großem Tempo und Tiefgang bezeichnen, wobei die Richtung in die Zukunft durch die Machtkämpfe als Steuerungsversuche bestimmt wird. Die »Industrielle Revolution« (heute die »dritte industrielle Revolution«) ist danach zunächst nur eine Metapher; sie entspricht im Tiefgang, nicht aber im Tempo den großen politischen Revolutionen. Es ist aber bezeichnend, daß es offenbar auf Schlüsselphasen der Beschleunigung (spurt, take-off) ankommt, um ein sich selbst tragendes Wachstum in Gang zu setzen, genauso wie es bei Innovationsprozessen kritische Beschleunigungsphasen gibt.

Bezüglich der *Richtung* des sozialen Wandels können wir eine Reihe von typischen Verlaufsmustern unterscheiden, z. B. lineare, exponentiale und limitationale Trends; Differenzierungsprozesse der Multiplikation, Verzweigung und der Ausgrenzung (Segmentation); zyklische Schwankungen und Kreisläufe; sowie Kombinationen dieser Muster mit positiven und negativen Rückkopplungen, Multiplikator- und Akzeleratoreffekten. Entsprechend verwenden wir zur Analyse Wachstumsmodelle, Stufen- und Stadienmodelle mit und ohne Schwellen, Konjunkturmodelle, kybernetische Modelle. Das dominierende Richtungsproblem ist der »Weg zur modernen Welt«, wie er in den Modernisierungstheorien und allen Kritiken daran behandelt wird. Wichtig ist jedoch, daß sich die Theorien des sozialen Wandels prinzipiell von der »Fortschrittsidee« befreit haben und Phänomenen der Stagnation, des Trendbruchs, der Regression, der Segmentation, Nischenbildung und Vereinfachung ihre Aufmerksamkeit zuwenden (vgl. Eisenstadt 1966).

Bezüglich der *Steuerbarkeit* des sozialen Wandels (der Modernisierung, von Innovationen usw.) hat sich in den auf Rationalismus und Comteschen Positivismus zurückgehenden Optimismus der Soziologie heute Skepsis gemischt. Ungeplanter Wandel, latente Funktionen, informelle Gegenstrukturen, paradoxe Folgen des Handelns, Nebenwirkungen, konterintuitive Effekte gehören heute zu den aktuellen Forschungsthemen der Soziologie ebenso wie die inhärenten Probleme der Planung, Entscheidung, Implementierung und Akzeptanz. Der Zivilisationsprozeß selbst wird von Autoren wie Norbert Elias (1939)

als ungeplante »Verflechtungsordnung« begriffen. Dem »Zufall« wird sowohl in der Innovationsforschung als auch in der generellen System- und Evolutionstheorie ein systematischer Platz eingeräumt. Dennoch aber bleiben die Planbarkeit und die Steuerbarkeit, wenigstens von begrenzten Prozessen des sozialen Wandels, eines der konstitutiven Projekte der Soziologie und eine der grundlegenden Überlebens- und Entwicklungsvoraussetzungen moderner Gesellschaften.

Bezüglich der klassischen Frage nach den Antriebskräften des sozialen Wandels ist zusammenfassend zu sagen, daß sie dieselbe Vielfalt aufweisen wie die Erklärungen von Stabilität und Ordnung. Unterscheidungen in exogene und endogene, dominante und multifaktorielle Ursachen haben nur mehr dogmengeschichtlichen oder heuristischen Wert. Nach wie vor präferiert die Soziologie gegenüber exogenen Einflüssen die Konzentration auf endogene Störungen sozialer Strukturen und Systeme: inhärente ökonomische Konflikte und Herrschaftskonflikte, unvermeidliche Rollenüberlastung, notwendige Kontroll- und Sozialisationsdefizite, Spannungen zwischen gesellschaftlichen Teilbereichen. Insgesamt sucht die soziologische Theorie heute jedoch nach vereinheitlichenden Bezugsrahmen, innerhalb deren sich die verschiedenen Paradigmen und Terminologien aufheben und mit den neuen Konzepten von Rückkoppelungen, paradoxen Effekten, Umweltdruck und Selektion usw. verbinden lassen (vgl. Boudon 1980).

Modernisierung, Krise und Innovationschancen

Bei der Analyse der Entwicklungsrichtung komplexer Gesellschaften hat sich der Begriff der Modernisierung gegenüber den älteren Begriffen (Fortschritt, Differenzierung, Evolution, Rationalisierung usw.) und auch gegenüber der Kultursoziologie der Zwischenkriegszeit (Spengler, Sorokin, Toynbee, Alfred Weber) zunächst durchgesetzt (vgl. Flora 1974; Zapf 1975).

Unter Modernisierung werden die sich wechselseitig beeinflussenden Strukturveränderungen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (Subsystemen) verstanden: Staaten- und Nationenbildung, Demokratisierung und sodann wohlfahrtsstaatliche Sicherung und Umverteilung im politischen Bereich; Industrialisierung, selbsttragendes Wirtschaftswachstum und sodann Tertiarisierung, d. h. Ausbau der Dienstleistungen und ihr Einbezug in den Massenkonsum im wirtschaftlichen Bereich; Urbanisierung, Bildungsentwick-

lung, Massenkommunikation (soziale Mobilisierung) und sodann steigende Mobilität im engeren sozialen Bereich; Säkularisierung, Rationalismus und Universalismus, unter anderem mit der Folge des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, im kulturellen Bereich; Individualisierung und Leistungsorientierung im personalen Bereich. In systematischer Betrachtung gilt Modernisierung als Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Anpassungs- und Selbststeuerungskapazitäten, d. h. als positive Bilanz bei zugleich steigenden Ressourcen und Belastungen. In historischer Betrachtung gilt Modernisierung als die langfristige Folge der Industriellen Revolution und der politischen Revolutionen des 18. Jahrhunderts, die einige Länder in internationale Führungsrollen gebracht und weltweite Nachahmungs- und Aufholprozesse in Gang gesetzt haben (vgl. Bendix 1969).

Die Modernisierungstheorien wurden nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in den USA ausgearbeitet. Die unterentwickelten Gesellschaften sollten die westliche Entwicklung in einer geplanten, gesteuerten und beschleunigten Weise nachvollziehen. Die in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas fehlenden westlichen Institutionen und Traditionen sollten importiert oder durch »funktionale Äquivalente« ersetzt werden. Wo es keine Parteien und Gewerkschaften gab, sollten sie geplant bzw. durch äquivalente Einrichtungen der »Interessenaggregation« substituiert werden, das Militär sollte, wo Unternehmer fehlten, als Modernisierungselite fungieren usw.; Massendemokratie und Massenkonsum galten als Inbegriff des »westlichen Modells«. Erst nach dem Scheitern vieler optimistischer Entwicklungsprogramme trat wieder in den Blick, wie langwierig, unterschiedlich und mit welchen Kosten (Kriege, Verelendung, Unterdrückung von Minderheiten, Klassenkämpfe) die westliche Entwicklung selbst verlaufen ist (vgl. Moore 1966) und welche Rolle institutionelle Traditionen bei allen Konvergenzen spielen (vgl. Eisenstadt/Rokkan 1973).

Aber diese historische Rückbesinnung auf die westliche Entwicklung selbst war nur die Folge anderer politisch-theoretischer Herausforderungen. Die *marxistischen Entwicklungstheorien* argumentieren, daß die westliche Entwicklung wesentlich auf der Ausbeutung der Dritten Welt beruht (Imperialismus), und sie schlagen den armen Ländern eine Entwicklung nach dem »sowjetischen Modell« unter der Führung einer Kaderpartei mit straffer zentralistischer Planung vor. Im Maoismus, im kubanischen »Fidelismus«, im afrikanischen Sozialismus ist dieses Modell aufgegriffen, aber jeweils modifiziert worden (vgl. Bühl 1970). Die lateinamerikanischen *Dependencia-Theorien* gehen von der Selbsterfahrung aus, daß in diesem Kontinent vielversprechende Modernisierungs-

prozesse ins Stocken geraten oder gescheitert sind (vgl. Mansilla 1978). Sie sprechen von der »Entwicklung der Unterentwicklung« aufgrund der Abhängigkeit der »Peripherien« von den »Zentren« des von multinationalen Konzernen gesteuerten Kapitalismus sowie aufgrund der dadurch für die Peripherieländer folgenden Heterogenität, Marginalität und unvollständigen Reproduktion. Angesprochen sind damit die Monokulturen dieser Länder, ihre einseitige Entwicklung und ihre internen Spaltungen. Abhilfe wird nur durch eine Durchbrechung der Dependenz mit einer Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt erwartet. Inzwischen haben die Dependencia-Theorien einen Bedeutungsverlust erlebt, weil am Beispiel von »Schwellenländern« (insbesondere die südostasiatischen »Mini-Japans«) Beispiele dafür vorliegen, wie der westliche Weg doch erfolgreich kopiert und variiert werden kann.

In den westlichen (»modernen«) Gesellschaften selbst hat etwa seit 1970 eine heftige Debatte um die »Grenzen des Wachstums« eingesetzt (vgl. Meadows et al. 1972). Danach ist als Folge der Modernisierung die Bilanz von Ressourcen und Belastungen negativ geworden: Das ökologische Gleichgewicht ist durch das exponentielle Anwachsen des Rohstoffverbrauchs und der Bevölkerungszahl zerstört, die Hochrüstung treibt auf die Selbsterstörung der Menschheit hin. Während noch in den sechziger Jahren optimistisch der Weg in die postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft und die postmaterialistische Kultur prognostiziert wurde, wird inzwischen von tiefgreifenden Krisen in den westlichen Gesellschaften gesprochen: Fiskalkrise des Wohlfahrtsstaates, Wachstumskrise der kapitalistischen Wirtschaften, Legitimationskrise der Konkurrenzdemokratien, »Kolonialisierung der Lebenswelt« durch die Logik von Macht und Geld (Habermas 1981).

In der jüngsten Diskussion um die »Postmoderne« wird heute sogar vom Scheitern der Modernisierung, vom Scheitern des »Projekts der Moderne« gesprochen. Abhilfe wird von radikalen Kritikern, je nach politischer Position, entweder in der konsequenten Abkehr vom Wohlfahrtsstaat und einer konservativen Wende zurück zu Individualismus, Disziplin und Leistung erwartet (»Reindustrialisierung«) oder in der konsequenten Abkehr vom Massenkonsum und einer »Entdifferenzierung« der Großorganisation und der Hochtechnologie, die von den Randgruppen der Gesellschaft, den »neuen sozialen Bewegungen« ausgehen soll. Jürgen Habermas (1981) hat in seiner Theorie des kommunikativen Handelns diese extremen Positionen zwar kritisiert, aber mit seiner These von der »Kolonialisierung der Lebenswelt« ebenfalls das Ende der bisherigen Modernisierung postuliert. Damit meint er, die Perfektion des »Systems« von

geldgesteuerter Wirtschaft und machtgesteuerter Politik würde die motivationalen und kulturellen Ressourcen der alltäglichen Lebensverhältnisse aufzehren, aus deren kommunikativer Rationalität, d. h. auf vernünftiger Diskussion beruhender Gegenwehr, allein die Energien für eine rationale Neugestaltung der Lebensverhältnisse freigemacht werden können.

Eine Alternative zu den Vorstellungen vom unheilbaren Strukturbruch der Moderne wird in den jüngsten Innovationstheorien in Umrissen sichtbar. Es wird daran erinnert, daß der soziale Wandel und die Modernisierung nie als konfliktfreie Differenzierung oder rationale Planung verlaufen sind. Entwicklung wird als der immer von Krisen begleitete Kampf um die Durchsetzung von Neuerungen reinterpreted. Auf einer ähnlichen Linie liegt die jüngste System- und Evolutionstheorie, die sowohl die Unumkehrbarkeit der gesellschaftlichen Differenzierung betont (zu der nur Zerstörung eine Alternative ist) als auch die Rolle konfliktreicher Selektion und evolutionärer Zufälle. Aus der ökonomischen Konjunkturtheorie stammt das Modell der langen Wellen (vgl. Schumpeter 1961), das zeigt, daß die langfristige Industrialisierung und Modernisierung in großen Schüben verlaufen sind, die jeweils von bestimmten Leitindustrien, Leitsektoren und »Führungsländern« getragen wurden, bis sich Sättigungsercheinungen und Erschöpfungsercheinungen in krisenhaften Abschwüngen geltend machten.

In der Literatur werden mehr oder weniger übereinstimmend vier große »Kondratieff-Wellen« unterschieden, die jeweils in einer großen Krise endeten: die Industrielle Revolution mit der Textil- und Eisenindustrie sowie der Dampfmaschine als Träger, die bürgerliche Welle mit dem Eisenbahnbau als Träger, die neomerkantilistische Welle mit der Elektroindustrie und der chemischen Industrie sowie die Nachkriegsprosperität mit der Automobilindustrie und insgesamt dem Ausbau von Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Motor der Entwicklung sind jeweils technologische Innovationen (neue Produkte und Produktionsverfahren) und soziale Innovationen (neue Organisationsformen, neue Institutionen), die immer gegen die Widerstände der Ungewißheit, der Angst vor Neuerungen und der investierten Interessen am Status quo durchgesetzt werden müssen und die, nach Auffassung einiger Autoren, in den Krisen- und Erschöpfungsphasen eine gesteigerte Durchsetzungschance haben (vgl. Mensch 1975). Ein solcher endogener Erholungsmechanismus wird übrigens auch von marxistisch inspirierten Autoren anerkannt (vgl. Wallerstein 1984): Durch Krisen, Innovationen und politische Reformen resultieren die Zyklen in einem unterliegenden Trend der Modernisierung.

Die gegenwärtige Krise des Nachkriegswachstums, des Massenkonsums und Wohlfahrtsstaates macht tiefgreifende technische und soziale Innovationen notwendig. In der Mikroelektronik, in der Biotechnologie, in neuen Energien und Materialien zeichnen sich die wirtschaftlichen Leitsektoren für die nächste lange Welle ab. Die sozialen Innovationen kündigen sich an in der Abkehr von immer größeren, anonymen und damit verwundbareren Organisationen, in der Schaffung von stärker autonomen Einheiten in Wirtschaft und Politik, in einer aktiveren Beteiligung der besser ausgebildeten Beschäftigten, Wähler, Kunden, Klienten in ihren Arbeits- und Lebensvollzügen; in »neuen Kombinationen« von Assoziationen und Privathaushalten mit den Institutionen von Markt und Staat. Die Innovationstheorie moderner Gesellschaften (vgl. Zapf 1983a; 1986a) unterstellt weitere Differenzierungen der Konkurrenzdemokratie, der Sozialen Marktwirtschaft, des Massenkonsums und des Wohlfahrtsstaats – aber sie hält an diesen Basisinstitutionen als evolutionären Errungenschaften fest. In diesem Sinne ist die postindustrielle Gesellschaft nicht zu denken als eine Gesellschaft mit roboterisierter Produktion und umfassender staatlicher Betreuung, sondern als eine aktivere und stärker partizipative Gesellschaft. Die mühsamen Strukturänderungen auf dem Weg dorthin und die Bewältigung der neuen Umweltherausforderungen und Reproduktionsprobleme bezeichnen den sozialen Wandel der Gegenwart und absehbaren Zukunft.

Über soziale Innovationen*

In diesem Aufsatz werde ich einige Untersuchungen über soziale Innovationen unter drei Fragestellungen zusammenfassen:

- Was sind soziale Innovationen? Was ist der Unterschied zu materiellen oder rein technischen Innovationen? Sind soziale Innovationen Substitut oder Komplement für technische Innovationen (Abschnitt II)?
- Warum ist die Innovationstheorie wichtig? Was kann sie uns erklären über sozialen Wandel, Krisen und Steuerungsfähigkeit in modernen Gesellschaften (Abschnitt III)?
- Was ist die Rolle und was sind die Chancen der Sozialwissenschaften bei der Förderung sozialer Innovationen (Abschnitt IV)?

Bevor ich diese Fragen aufgreife, will ich mit zwei Fallstudien einige begriffliche Klärungen durch Beispiele vorbereiten. Es geht um die gegenwärtigen Probleme des Massenverkehrs und um die gegenwärtigen Probleme sozialer Dienstleistungen, in einem englischen Wortspiel um die *car crisis* und die *care crisis* (Abschnitt I). Wir haben also einen Fall in einem hochtechnisierten Bereich und einen Fall im Bereich persönlicher Beziehungen.

I.

Fall 1: Probleme des Massenverkehrs

Für den ersten Fall wähle ich die Vereinigten Staaten, als Prototyp einer *Überflußgesellschaft*, in der sich die Verkehrsaufwendungen auf nicht weniger als 22 Prozent des Sozialprodukts (1977) beliefen und die den Weltrekord von

* Dieser Aufsatz ist ein Teil der Arbeiten, die ich während eines Forschungsaufenthaltes an der Stanford University abschließen konnte. Ich danke der Fritz-Thyssen-Stiftung für ihre finanzielle Unterstützung, der Hoover Institution für die institutionelle Unterstützung und von den vielen Personen, die mir geholfen haben, insbesondere Alex Inkeles und Ronald Herring.

660 Fahrzeugen auf 1 000 Einwohner halten. Meine Quelle ist ein Artikel von James A. Dunn Jr.: »Transportation Policy« (Dunn 1983).

Zwei große Verkehrsinnovationen kennzeichnen die Modernisierung aller hochentwickelten Gesellschaften: die Ausbreitung der Eisenbahn und die Ausbreitung des privaten Automobils. Spezifisch für die Vereinigten Staaten ist, daß Auto und Flugzeug heute die Eisenbahnen fast völlig ersetzt haben, während in anderen (kleineren, dichter besiedelten) Gesellschaften beide Systeme nebeneinander bestehen. Diese beiden Verkehrsinnovationen gelten als so bedeutsam, daß sie als »Leitsektoren« der zweiten und der vierten Kondratieff-Welle der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden.¹ In den Vereinigten Staaten bestand die Verkehrspolitik etwa bis 1880 im wesentlichen in der Stimulierung des Eisenbahnbaus, z. B. durch land grants an die Eisenbahngesellschaften. Zwischen 1880 und 1920 trat an die Stelle der Stimulierung die Regulierung, insbesondere zur Bekämpfung der Folgen der Monopolbildung und des ruinösen Wettbewerbs. Nach 1920 haben wir eine neue Stimulierungsphase, diesmal beim Aufbau der riesigen Infrastruktur für den Autoverkehr und den Flugverkehr (Highways, Freeways, Flughäfen). Und die Verkehrspolitik seit 1970 kann man als Rationalisierung in zwei Richtungen verstehen: die *Deregulierung der Verkehrsindustrie* und die stärkere *Regulierung des Individualverkehrs*. Es scheint so, daß der erste Ansatz – die Deregulierung der Eisenbahnen, des Lastwagentransports und der Fluggesellschaften – tatsächlich zu niedrigeren Tarifen und besseren Leistungsangeboten geführt hat und somit auch ein Erfolg der Policy-Analysen gewesen ist, die dieses Programm durchgesetzt haben.

Die gegenwärtigen Verkehrsprobleme sind vor allem die städtische Verkehrsbelastung, die hohen Energiekosten, Umweltbelastungen und hohen Pendelzeiten sowie der Landverbrauch und die wuchernden Siedlungsstrukturen, die mit der »Autokultur« zusammenhängen. In den siebziger Jahren gab es heftige Angriffe auf das Marktmodell des privaten Automobils, insbesondere nach den Ölpreisschocks. Der öffentliche Nahverkehr wurde als Alternative angepriesen, als eine öffentliche Dienstleistung »wie Feuerwehr, Polizei oder öffentliche Bildung« (Dunn 1983, S. 673). Große Summen wurden für Nahver-

¹ S. Kuznets ordnet die Automobilindustrie bereits in die dritte Welle als Leitsektor ein und datiert sie von 1897 bis 1950. Das mag für die Vereinigten Staaten sinnvoll sein, aber in den anderen Ländern ist die Massen-Automobilisierung erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgt (vgl. Kuznets 1953, S. 109).

kehrssysteme ausgegeben, und tatsächlich konnte die Zahl der Benutzer dieser Verkehrsmittel etwas erhöht werden. Aber keine der großen Hoffnungen auf einen technologischen Durchbruch, auf eine ganz neue Art von Massenverkehr – ein öffentliches System mit individuellem Zugang und Komfort, z. B. computergesteuerte Kabinen, Fernsteuerung von Automobilen – hat sich erfüllt. Statt dessen mußten die Experten den Ansatz des öffentlichen Nahverkehrs noch einmal durchrechnen, denn er erweist sich, selbst pro Kopf oder pro Verkehrsteilnehmer, als extrem teuer. Trotz aller Investitionen umfaßt er nur 7 Prozent aller Verkehrsfälle in Ballungsgebieten, und der Bau der Infrastruktur verbraucht mehr Energie als der Privatverkehr und begünstigt letzten Endes die wohlhabenden Vorstadtbewohner.

Deshalb wird heute eine alternative Innovationsstrategie verfolgt: die Regulierung des Automobils bereits beim Produzenten und die Implementierung »weicher« an der Stelle von »harten« Technologien im Verkehrssystem als Ganzem. Regulierung des Automobils heißt Durchsetzung von Leistungsstandards in Sicherheit, Energieverbrauch und Schadstoffausstoß, wobei »eingebaute« Sicherheit präferiert wurde gegenüber Sicherheitsvorkehrungen, die vom Fahrer abhängig sind, selbst wenn dies viel teurer ist. Geschwindigkeitsbegrenzung, Benzinverbrauchsstandards, bleifreies Benzin und Emissionskontrolle haben einige der Energie- und Umweltprobleme erleichtert. Was die »weichen« Technologien betrifft, gehen die Innovationen in die Richtung einer Verbindung der besten Eigenschaften des Autosystems und des Systems des öffentlichen Nahverkehrs (Dunn 1983, S. 678): Darunter fällt der sogenannte Paratransit, einschließlich »nachfragegesteuerte Angebote – Taxis, Gemeinschaftstaxis, Abruf-Busse und Spezialdienste für die Älteren und Behinderten. Dazu gehören auch Sammelfahrten – Fahrgemeinschaften mit Personenwagen und Bussen« (ebenda). Darunter fällt andererseits das Verkehrsmanagement, um den »Durchlauf der Passagiere auf den gegebenen Straßen und Autobahnen durch Verkehrsverbesserungen (koordinierte Signale, Wendemöglichkeiten) zu erhöhen, Vorzugsbehandlung für voll besetzte Fahrzeuge, eigene Wege für Radfahrer und Fußgänger, Parkkontrolle, Veränderung der Arbeitsanfangs- und -endezeiten, Gebührenschemata zum Anreiz für verkehrsarme Zeiten und zur Reduktion der Verkehrsspitzen und andere vergleichbare Aktivitäten« (Dunn 1983, S. 679). Man beachte, daß eine Reihe dieser Maßnahmen, wie übrigens auch bei der Strategie der Deregulierung, keinerlei Veränderung in der Hardware erfordern: »Schnellbusse auf eigenen Fahrspuren anstelle von aufwendigen Hochbahnsystemen« (Dunn 1983, S. 680).

Fall 2: Probleme der persönlichen Gesundheitsdienste

Für den zweiten Fall wähle ich Schweden als Prototyp eines modernen *Wohlfahrtsstaates*, in dem 1982 12 Prozent des Bruttosozialprodukts für öffentliche Dienstleistungen ausgegeben wurden, 16 Prozent der Erwerbstätigen in öffentlichen Dienstleistungen beschäftigt waren und 89 Prozent des gesamten Beschäftigungszuwachses 1975 bis 1982, zumeist Frauenarbeitsplätze, dort stattfand (Time to Care, Secretariat for Future Studies 1984). Schweden hat 15 Krankenhausbetten auf 1 000 Einwohner, mehr als zweimal soviel wie die USA, aber nur halb soviel Kraftfahrzeuge (385 auf 1 000 Einwohner).

Schweden war nicht das erste Land, das den Wohlfahrtsstaat einführte, aber Schweden hat seit den dreißiger Jahren die eindrucksvollste Entwicklung in Richtung auf eine umfassende öffentliche Betreuung »von der Wiege bis zur Bahre«. Zwei Wahlperioden mit bürgerlichen Regierungen, von 1976 bis 1982, haben an dem Muster von sehr hohen öffentlichen Ausgaben, die durch sehr hohe Steuern finanziert und ein ausgeklügeltes korporatistisches System (Regierung, Gewerkschaften, Arbeitgeber) legitimiert werden, nichts Wesentliches geändert.

Aber wie bei den ökonomischen und sozialen Wachstumsgrenzen der Überfluggesellschaft und ihrer Ressourcenverschwendung, Umweltbelastung und psychischem Streß, so hat auch der Wohlfahrtsstaat seine Wachstumsgrenzen. Ein Grundproblem des (schwedischen) Wohlfahrtsstaats ist, daß er eine ständig steigende Nachfrage nach weiterer öffentlicher Betreuung zu ständig steigenden Kosten schafft, aber gleichzeitig die Quellen alternativer, privater, informeller Pflege und Unterstützung verschüttet. Für diese Entwicklung gibt es viele Gründe, von denen einige deutlich sichtbar sind:

- Die Zahl der alten Menschen wächst, und unter ihnen am schnellsten die höchsten Altersgruppen, die ein überdurchschnittliches Maß an Pflege brauchen.
- Die Frauenerwerbstätigkeit wächst und nähert sich (in Schweden) dem Punkt, an dem nahezu jede Frau im erwerbsfähigen Alter eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit sucht. Dieser Trend wird unter anderem durch das Steuersystem induziert, das die Doppelkarriere erzwingt, wenn man einen bestimmten Lebensstandard halten will. Damit wird Druck auf die Erhöhung öffentlicher Arbeitsverhältnisse ausgeübt, und es werden private Pflegealternativen ausgehöhlt.

- Die (schwedische) Lohnpolitik hält an der bestehenden egalitären Lohnstruktur fest, obwohl der Produktivzuwachs in den Dienstleistungsbereichen hinter der Industrie zurückbleibt.
- Die professionellen Ansprüche an die technischen Standards der Pflege steigen und damit auch die Kosten.

Eine Analyse des Kostenanstiegs bei öffentlichen Pflegeleistungen von 1970 bis 1979 zeigt, daß der Anstieg der Arbeitszeit pro Leistungseinheit (z. B. pro Krankenhausbett) sowie die Einkommenssteigerungen die wichtigsten Faktoren sind, weit wichtiger als die gestiegene Zahl der Klienten und die verbesserte Qualität der Leistungen. Projektionen bis zum Jahr 2000 ergeben, daß selbst die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Niveaus einen Personalzuwachs von 70 Prozent und eine Kostensteigerung von 100 Prozent erfordert. Was ist also zu tun? Die schwedische Zukunftsstudie will den gegenwärtigen Standard aufrechterhalten, aber nicht weiter erhöhen. Sie hält an der einheitlichen Lohnpolitik, den Arbeitszeitverkürzungen und der hohen Frauenerwerbstätigkeit fest, weil sie diese Merkmale als konstitutive Bestandteile des schwedischen Wohlfahrtsstaates ansieht. Sie muß deshalb wirklich einige gute Ideen zur *Kostendämpfung bei öffentlichen Dienstleistungen* entwickeln:

- die Substitution teurer institutioneller Pflege durch billigere Pflegeformen, z. B. mehr ambulante Pflege in kommunalen Zentren;
- Versuche, die Pflege- und Wohlfahrtsprobleme näher bei der Verursachung zu lösen, z. B. durch präventive Programme und die Propagierung eines gesünderen Lebensstils, durch Vorkehrungen zu größerer Selbsthilfe und Selbstversorgung;
- Anreize für neue Kooperationsformen, in denen kommunale Pflegezentren als Basis für partnerschaftliche Hilfe, freiwillige Pflegeleistungen sowie Koproduktion zusammen mit professionellen Kräften dienen. Dabei sollte der Einfluß der Öffentlichkeit und der Klienten auf die professionellen Kräfte gestärkt werden.

In der realistischen Einschätzung, daß all dies nicht ausreichend sein könnte, wird auch ein »radikaler« Vorschlag gemacht. Das grundlegende Transferproblem kann nicht nur durch den finanziellen Transfer über Steuern gelöst werden, sondern es ist auch ein *Transfer von Arbeit* – in Form einer allgemeinen Sozialdienstpflicht – notwendig. In diesem Modell wird die Militärdienst-

pflicht auf jedermann (z. B. im Alter von 19 Jahren) ausgedehnt und damit eine Art Arbeitssteuer geschaffen, die mit dem hochgeschätzten Gleichheitsprinzip vorzüglich übereinstimmt.

II.

Was also sind *soziale Innovationen*? Im Fall der Verkehrspolitik haben wir neue Einsatzformen bestehender Ausrüstungen mit Hilfe informationsintensiver Organisationsformen gefunden, außerdem neue Maßnahmen der Deregulierung und der Regulierung sowie neue Formen der Systemorganisation (zur Beschleunigung des Verkehrsflusses), die neue Ausrüstung und neue Organisation kombinieren. Im Fall der sozialen Dienstleistungen handelte es sich um neue Organisationsformen (ambulante Pflege) und um neue Institutionen (kommunale Pflegezentren, allgemeine Sozialdienstpflicht).

Vor dem Hintergrund dieser Fallbeispiele wende ich mich nun der Fachliteratur zu, um zu einem schärferen Begriff von sozialen Innovationen zu gelangen. Innovationen generell werden definiert als

- »die Einführung von etwas Neuem«, »etwas, das von gängigen Lehrmeinungen und Praktiken abweicht« (Webster 1976, S. 1166);
- »eine Technologie, die für eine gegebene Organisation neu ist«, wobei unter Technologie verstanden wird »jedes Werkzeug oder Technik, jede physische Ausrüstung oder Methode der Herstellung, durch die die menschlichen Möglichkeiten erweitert werden«²;
- »... eine Idee, Praktik oder ein Gegenstand, die von einem Individuum oder einer anderen relevanten Adoptionsinstanz als neu wahrgenommen wird« (Rogers 1983, S. 14).

Etwas Neues, eine neue Idee, Praktiken oder Gegenstände, neue Werkzeuge oder neue Tätigkeiten – in diesem Sinn sind sowohl neue Maschinen als auch neue Organisationsformen Innovationen, wenn sie in bezug auf allgemein akzeptierte Ziele wie Gesundheit oder Zufriedenheit die Zielerreichung verbessern. Eine Formel könnte also lauten: Innovationen sind neue materielle und soziale Technologien, die helfen, unsere Bedürfnisse besser zu befriedigen

2 National Science Foundation 1983, S. 2; die Definition von Technologie stammt aus Schon (1967).

und unsere sozialen Probleme besser zu lösen. Der zweite Teil dieser Formulierung wird jedoch von denjenigen bestritten, die im Fortschritt der materiellen Technologie die Antriebskraft der sozialen Entwicklung und die eigentliche Quelle der Produktivitätssteigerung sehen. Wenn man diese Auffassung teilt, dann kann die Produktivkraft sozialer Technologien nur eine Nebenrolle spielen.

Von den soziologischen Klassikern war es William F. Ogburn (1886-1959), der diese Auffassung vertreten hat. Er unterscheidet materielle Erfindungen und soziale Erfindungen (er verwendet auch den Begriff Innovation³), er betrachtet Erfindungen als die wichtigste allgemeine Ursache des Wandels, und er erkennt »den mechanischen Erfindungen die Priorität als Kausalfaktoren« (Ogburn/Nimkoff 1960, S. 528) zu. Aus diesem Grund entstehen »cultural lags« und soziale Probleme, weil sich die Wirtschaft schneller wandelt als z. B. die Familie oder die Gemeinde. Die Sozialwissenschaften können objektiv und neutral die Fakten über »soziale Trends« sammeln, die die Probleme verursachen, und sie können zu einer Verbesserung der Situation beitragen, indem sie soziale Erfindungen einsetzen, um den »cultural lag« zu reduzieren.⁴ Ogburn gibt eine unsystematische Diskussion sozialer Erfindungen und entwickelt eine Liste mit 50 solcher Erfindungen, von A bis Z, von Auto-Touristen-Camp und Basketball bis Visiting-teacher und allgemeinem Wahlrecht, aber er untersucht seine Liste, in der z. B. die Häufung neuer Verfahrensweisen und Institutionen in Politik und Wirtschaft sowie neuer Organisationen im sozialen Bereich auffällt, nicht im Detail.⁵

3 Vgl. Kapitel 24, »The Social Effects of Innovation«, in: Ogburn/Nimkoff 1960.

4 Neil Smelser hat eine vorzügliche Zusammenfassung von Ogburns Ansatz gegeben (vgl. Smelser 1986). Das folgende Schema findet sich auf S. 24:

Social change (discontinuity and lags) → Social Problems → Documentation by objective facts
→ Social Intervention → Application by policy change → Social Amelioration.

5 Vgl. Ogburn/Nimkoff 1960, S. 526-533. Die vollständige Liste findet sich bereits im sogenannten Ogburn-Report (1933/83), und es lohnt sich, sie vollständig zu zitieren (von S. 162):

Armistice day, Auto tourist camp, Australian ballot, Basketball, Bonus to wage earners, Boykott, Chain store, Charity organization society, City manager plan, Civil service system, Clearing house, Community chest, Company union, Correspondence school, Day nursery, Direct primary, Esperanto, Federal reserve system, Four-H-Clubs, Group insurance, Holding company, Intermediate sentence, Intelligence test, Investment trust, Instalment selling, Junior court, Juvenile court, Ku Klux Klan, League of Nations, Legal aid society, Lockout, Matrimonial bureau, Minimum wage law, Mother's pension, National economic council, Onestep, Passport, Patents, Psychological clinics, Proportional representation, Recall, Research institute, Rochalde cooperative, Rotary Club, Seminar, Social settlement, Summer camp, Tag day, Visiting teacher, Universal suffrage.

Hingegen gibt es bei Joseph A. Schumpeter (1883-1950), der eine explizite Theorie der Innovation (Schumpeter 1939, Kap. III, B) entwickelt hat, keine Hierarchie der verschiedenen Innovationstypen. Neue Produkte wie neue Produktionsprozesse, neue Marktorganisationen wie neue Marketingverfahren werden als Innovationen dargestellt.⁶ Aber in Schumpeters Perspektive gibt es eine dominierende Zieldimension – wirtschaftlicher Profit –, für die der Unternehmer alle Mühen auf sich nimmt, um die Unsicherheit, die Ungewißheit, die Schwerkraft eingelebter Routinen und den Widerstand (später die Nachahmung) seiner Konkurrenten zu überwinden. Erst in seinem Spätwerk weitet Schumpeter seine Zieldimension aus, wenn er die Politik als Kampf um Stimmen durch politische Unternehmer in Parallelität zur wirtschaftlichen Unternehmertätigkeit analysiert (Schumpeter 1942).

In der heutigen Literatur finden wir verschiedene Ansätze zur Einordnung sozialer Innovationen, die sich zum Teil überschneiden. Ich werde diese Literatur in sieben Gruppen zusammenfassen:

1. In der betriebswirtschaftlichen Literatur sind soziale Innovationen *Organisationsveränderungen innerhalb des Unternehmens*, die entweder die Beziehungen des Arbeitnehmers zum Unternehmer verändern (das Anreiz-Belohnungs-System, z. B. neue Lohnformen, neue Ausbildungs-, Beteiligungsformen) oder die Organisation insgesamt umstrukturieren (z. B. die Autoritätsstruktur, die Qualifikationsstruktur, die »Unternehmenskultur« (vgl. Marr 1980).
2. In der Berufsforschung sind soziale Innovationen *neue Dienstleistungen* (im Unterschied zu neuen Gütern), die entweder komplementär mit Produktion und Marketing neuer Güter entstehen oder als Substitute für Güter oder aber als völlig neuartige »Produkte«: Dienste von professionellen Anbietern in Planung, Design, Ausbildung, Therapie, Organisation, Prüfung, Beratung usw. (vgl. Ulrich 1984).
3. *Sozialtechnologien* als soziale Innovationen, d. h. Kombinationen von Ausrüstung und Dienstleistungen zur Lösung sozialer Probleme. Dieser Ansatz überschneidet sich zum Teil mit dem oben genannten Dienstleistungssektor-Ansatz und bezieht sich auf Beispiele, wie sie in unseren Fallstudien beschrieben wurden. Bemerkenswert ist die Vorstellung, daß sowohl in modernen wie in traditionellen Umfeldern Sozialtechnologien häufig als Vorausset-

6 Schumpeter hat eine solche Klassifikation bereits 1912 gegeben.

zung dafür eingeführt werden müssen, daß neue materielle Technologien überhaupt angenommen werden, das heißt, daß der Widerstand gegen Wandel überwunden werden kann (vgl. Lagermalm 1980; Ayres 1985).

4. *Selbsterzeugte soziale Erfindungen* als soziale Innovationen. Ein vielversprechender Weg zur Überwindung des Widerstands gegen Wandel ist die Beteiligung der Betroffenen bei Innovationsvorhaben. Dabei kommt es darauf an, daß diese ihre eigenen Erfahrungen einbringen und Innovationen sozusagen *nacherfinden* können. Dieser Gedanke wurde von William F. Whyte (1982) in seinem Plädoyer für die Ersetzung von Sozialintervention durch soziale Selbsterfindung (Invention) im Rahmen von Entwicklungshilfeprojekten herausgehoben, und er liegt auch verschiedenen Ansätzen des Action Research zugrunde.
5. *Politische Innovation*. Nicht nur in dieser Literatur besteht ein Problem darin, bedeutsame Innovationsprozesse von alltäglichen Gesetzgebungs- und Implementationsprozessen abzuheben. Für Nelson Polsby (1984) ist eine politische Innovation mehr als eine politische Entscheidung oder auch eine politische Reform, der ja durchaus die breite Legitimation oder die technische Realisierbarkeit abgehen kann. Politische Innovationen sind vielmehr große Anstrengungen außerhalb der Routine, die »institutionelle oder gesamtgesellschaftliche Wirkungen haben, die in einem bestimmten Sinne »dauerhaft« sind« (Polsby 1984, S. 8). Polsbys Beispiele betreffen neue Organisationen und Institutionen wie das Peace Corps, die National Science Foundation und Medicare/Medicaid, aber auch solche bahnbrechenden konfliktreduzierenden Verträge wie den Atomsperrvertrag.⁷
6. *Neue Muster der Bedürfnisbefriedigung* als soziale Innovationen. Für Jonathan Gershuny (1982, 1983) ist jede signifikant neue Verteilung des Anteils von Marktgütern, marktmäßigen Dienstleistungen und Eigenproduktion eine soziale Innovation. Neue dauerhafte Gebrauchsgüter, kombiniert mit der Arbeitszeit und den Fähigkeiten des Konsumenten, erlauben, bestimmte »Produktionen« bzw. Bedürfnisbefriedigung billiger und/oder besser als nur durch Marktgüter oder gekaufte Dienstleistungen zu befriedigen. Das private Auto im Fall von Verkehrsleistungen und der Fernsehapparat im Falle von Unterhaltungsangeboten sind die offensichtlichen Beispiele. Aber durchaus vergleichbare soziale Innovationen können im Bereich der Gesundheit und

7 Mit Blick auf die Sozialpolitik hat Otto Neuloh das Konzept der sozialen Innovation verwendet. Er spricht von der »Anwendung sozialpolitischer Ideen« für die »Lösung und Institutionalisierung sozialer Konflikte« (vgl. Neuloh 1977, S. 9-30).

der Weiterbildung erwartet werden, wenn neue Güter (z. B. Personalcomputer) mit professioneller Anleitung und Eigenarbeit kombiniert werden.

7. *Neue Lebensstile* als soziale Innovationen. Lebensstile sind die Art und Weise, wie Personen die Ausgabe ihrer Ressourcen (ihre Konsum-, Zeit-, Aktivitätsbudgets) so organisieren, daß gleichzeitig ihre Bedürfnisse befriedigt und ihre Werte und Statusansprüche ausgedrückt werden. Neue Lebensstile entstehen im Alltagsleben und sind oft nur locker an die öffentlichen Sphären von Markt, Staat und Organisation gekoppelt. Lebensstile sind Entscheidungen darüber, wie man sein Leben einrichtet, insbesondere in Familie und Haushalt, um mit den Veränderungen in der sozialen Schichtung, des Lebenszyklus, der politischen Affiliationen fertig zu werden. In diesem Sinne sind sie in paradoxer Weise individuelle Institutionalisierungen von Problemlösungen, wobei aber auch hier Bezugsgruppen (z. B. die »neuen sozialen Bewegungen«) eine Auslöse- und Vorbildfunktion übernehmen (vgl. Huber 1979, 1984).⁸

Was sind also, nachdem wir uns diesen Literaturüberblick verschafft haben, soziale Innovationen? Eine nützliche Klassifikation von Harvey Brooks (1982) unterscheidet:

- nahezu rein *technische Innovationen* (z. B. neue Materialien)
- *sozio-technische Innovationen* (z. B. die Infrastruktur für die private Motorisierung)
- *soziale Innovationen*, mit den Untertypen der Marktinnovationen (z. B. Leasing), der Managementinnovationen (z. B. neue Arbeitszeitregelungen), politische Innovationen (z. B. »Gipfeltreffen«) und institutionelle Innovationen (z. B. Selbsthilfegruppen).

Im Vergleich mit anderen soziologischen Grundbegriffen können soziale Innovationen nicht einfach mit sozialem Wandel identisch sein, sondern müssen eine Teilmenge von Prozessen des sozialen Wandels bilden: neue Wege der Problemlösung, die die Richtung des sozialen Wandels ändern. Soziale Innovationen können auch nicht einfach mit sozialen oder politischen Reformen identisch sein: Nur die nach konsensfähigen (»objektiven«) Kriterien leistungsfähigen

⁸ Ein interessanter Ansatz auf der Linie von Bourdieus Konzept des »kulturellen Kapitals« findet sich bei Dagnaud/Mehl 1983.

gen, dauerhaften Reformen kommen in Betracht, die es wert sind, von anderen nachgeahmt zu werden. Und das sind eben nicht nur Reformen »von oben«, sondern auch »von unten«, d. h. Praktiken, die im Alltag als neue Lebensstile entwickelt werden. Soziale Innovationen sind keine Revolutionen, wenn wir diesen Grundbegriff für wenige radikale und rapide historische Veränderungen reservieren, die eine etablierte Sozialordnung insgesamt verändern. Allerdings finden wir in revolutionären Situationen ganze Cluster von sozialen Innovationen. Im Normalfall gilt jedoch R. Mertons bekanntes Schema (Merton 1957, Kap. 4, 5), nach dem soziale Innovationen anerkannte Ziele durch die Anwendung neuer Mittel besser erreichen (soziale Probleme besser regulieren) als bisherige Praktiken. Im Mertonschen Schema haben wir aber auch den Fall der Rebellion, in dem gleichzeitig neue Mittel und neue Ziele gesucht werden, und in diesem Sinn sind die »neuen sozialen Bewegungen« offensichtlich eine reiche Quelle sozialer Innovationen. Andererseits müssen soziale Innovationen dauerhafter sein als Moden, die zwar massenhaft diffundieren, aber prinzipiell vergänglich sind.

Nach diesen begrifflichen Klärungen können wir sagen: *Soziale Innovationen sind neue Wege, Ziele zu erreichen*, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, *die die Richtung des sozialen Wandels verändern*, Probleme besser lösen als frühere Praktiken, und die deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden.

Soziale Innovationen können Voraussetzungen, Begleitumstände oder Folgen technischer Innovation sein. Während die Produktivität technischer Innovationen auf der Manipulation von physikalischer Energie und Materialien beruht, hängt die Produktivität von sozialen Innovationen von der menschlichen Kreativität und von symbolischen Ressourcen ab. Der Skalenökonomie technischer Innovationen entspricht die Mobilisierungskraft sozialer Innovationen. Beide Innovationstypen beruhen sowohl auf wissenschaftlichem Fortschritt wie auf praktischer Erfahrung.

III.

Warum sind Innovationstheorie und Innovationsforschung so wichtig für die Gesellschaftstheorie und für die Sozialwissenschaften als Profession?

In den letzten beiden Jahrzehnten haben wir erfahren, wie zahlreiche prominente Entwicklungstheorien gescheitert sind. Die heutigen wirtschaftlichen

und sozialen Krisenerscheinungen – Stagnation, hohe Arbeitslosigkeit, Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates, Umweltverschmutzung, Wettrüsten, Protestpolitik – standen nicht in den Lehrbüchern, die den Übergang in die postindustrielle, postmaterialistische Dienstleistungsgesellschaft postuliert haben. Das Scheitern so vieler Entwicklungsprojekte in der Dritten Welt stand nicht in den Texten der Modernisierungstheorie. Andererseits stellen Marxisten und radikale Ökologen fest, daß – entgegen ihren Prognosen oder Hoffnungen – die Marktwirtschaften und Konkurrenzdemokratien unter dem Druck der Stagnation nicht zusammengebrochen sind, obwohl soziale Probleme nicht mehr wie früher einfach aus dem Surplus des Überflusses abgegolten werden können.

Gescheitert sind sowohl die linearen Modernisierungstheorien wie die radikalen Zusammenbruchstheorien. Nur Theorien, die Entwicklung als einen inhärent konfliktreichen, ungleichgewichtigen, unsicheren Suchprozeß begreifen, können das Muster von Boom und Depression, Wachstumsspurts, Stagnation und Erholung begrifflich fassen. Eine heute populäre Version einer solchen Theorie ist die Theorie langer Wellen (Kondratieff-Wellen), die die Modernisierung seit der Industriellen Revolution als Sequenz von vier langen Aufschwüngen von Leitsektoren erklärt, die sich mit der Zeit erschöpfen und nach einer Depressionsphase den Weg für einen neuen Innovationssprung freimachen (vgl. Futures 1981; Freeman 1983).

Hier kann ich nicht auf die Kontroversen eingehen, die unter Wirtschaftshistorikern über die Datierung und Lokalisierung der Kondratieff-Wellen und der jeweils führenden Industriezweige geführt werden. Ich will nur unterstreichen, daß die Entdeckung und Erklärung des irregulären Verhaltens und der Klumpung von Innovationen verspricht, einen Ausweg aus den Widersprüchen der linearen Entwicklungstheorien zu bieten. In einer ambitionierten Formulierung hat Gerhard Mensch einen endogenen Zusammenhang von Krise, Depression, Erholung und neuem Aufschwung behauptet. Nur die Depression kann die Barrieren gegen Innovation zerstören, nur schwere Funktionsstörungen können »Metamorphosen« der Produktivkräfte freisetzen: Die »Not ist die Mutter der Erfindung« (Mensch 1975). Überraschenderweise ganz ähnlich hat andererseits Immanuel Wallerstein die marxistischen Zusammenbruchstheorien zurückgewiesen. Er interpretiert »Widersprüche« genau als Kombination von zyklischen Rhythmen und säkularen Trends. Krisen stimulieren nicht nur technische Innovationen, sondern zugleich politische Reformen, die zusammen die westlichen, kapitalistischen Gesellschaften immer wieder auf den Entwicklungspfad zurückgebracht haben.

»Es ist also so, daß die anti-konservativen Innovationen und die anti-konservativen Reformen zusammenwirken, um die kapitalistische Weltwirtschaft wieder auf den Weg einer neuen Expansions- und Akkumulationsperiode zurückzubringen« (Wallerstein 1984, S. 584). Man beachte, daß es die Kombination von technischen und sozialen Innovationen ist, die die Erholung erklärt!

Man kann neben dieser allgemeinen und strategischen Bedeutung der Innovationen für das Verständnis der modernen gesellschaftlichen Entwicklung im Detail aus der akkumulierten Innovationsforschung vieles für die Erklärung der sozialen Dynamik lernen.

1. *Angebots- und Nachfragefaktoren:* Inzwischen ist der lange Streit zwischen den Anhängern der Angebotstheorien (Erfindungen, Unternehmerleistungen) und der Nachfragetheorien (Bedürfnisse) von Innovationen verebbt. Statt dessen haben wir Modelle, in denen gleichzeitig wirtschaftliche und politische Unternehmer neue Produkte, Dienste und Programme durchsetzen wollen, während Kunden und Wähler nach Lösungen für ihre wahrgenommenen Probleme suchen – so daß wir im ganzen einen dauernden Versuchs- und Irrtumsprozeß der Selektion von Innovationen bekommen. Man beachte, daß Anbieter und Nachfrager identisch sein können, wie in den Fällen neuer Lebensstile und anderer Innovationen von »unterhalb« des Marktes, Staates oder der Großorganisationen (vgl. National Science Foundation 1983, S. 17-48; Ayres 1984, S. 73-79).
2. *Neue Aspekte der Diffusion:* In der Diffusionsforschung finden wir zwei neue Trends. Neben Individuen erlangen jetzt auch Organisationen als Adoptoren von Innovationen gesteigerte Aufmerksamkeit⁹, und bezüglich des Innovationsprozesses wird die Implementationsphase und die Institutionalisierungsphase inzwischen genauso wichtig genommen wie die Adoptionsphase.¹⁰ »Innovationsbereitschaft« ist nicht nur ein Individualmerkmal, sondern auch ein Organisationsmerkmal, in radikalen Versionen der Organisationstheorie sogar nicht nur ein innerorganisatorisches Merkmal (das z. B. invers mit Zentralisierung korreliert ist), sondern ein Merkmal von Selektionsprozessen ganzer Klassen oder Typen von Organisationen (Hannan 1986). Der zweite Trend hebt alle jene Implementations- und Akzeptanzpro-

9 Vgl. Rogers 1983, Kap. 10, 11; als Kurzfassung seines Ansatzes: Rogers 1981.

10 Vgl. National Science Foundation 1983, Kap. VII: »The User's Role, Implementation Issues«. Zum Begriff der »re-invention« vgl. Rogers 1983, S. 175-184.

bleme auf den unteren Organisationsebenen bzw. auf seiten der Klienten hervor, die erklären können, warum so viele Innovationen und politische Reformmaßnahmen scheitern. Diese Reorientierung betont, daß häufig besondere soziale Innovationen nötig sind, um den Widerstand gegen Wandel zu überwinden, z. B. Maßnahmen der Partizipation und Selbsterfindung.¹¹

3. *Wissenschaftsfortschritt und Innovation*: Mehrere prominente Innovations-theoretiker einschließlich Schumpeter gingen von der Vorstellung aus, es gebe immer einen unbegrenzten Vorrat von »Erfindungen«, die nur darauf warten, von couragierten Unternehmern durchgesetzt zu werden. Diese Position ist von anderen jedoch kritisiert worden, indem sie darauf hingewiesen haben, daß es kritische Engpässe der Grundlagenforschung gibt, die die Lösung auch sehr drängender Probleme noch unmöglich machen (beispielsweise in der Medizin in den Fällen von Krebs, Rheuma und jetzt Aids). Wenn wissenschaftliche Durchbrüche, nach Thomas Kuhn, von »wissenschaftlichen Revolutionen« abhängen, in denen sich ein »neues Paradigma« gegenüber der »Normalwissenschaft« durchsetzt, dann können bestimmte Lösungsansätze lange Zeit in den Grenzen des herrschenden Paradigmas nicht einmal in die Diskussion einbezogen sein. Dieser Gedanke ist in die Innovationsforschung übersetzt worden, und zwar in den Konzepten von »natürlichen Entwicklungspfaden« (natural trajectories, Nelson/Winter 1977, S. 55-59) bzw. »technischen Entwicklungspfaden« (Dosi 1983), die die innovationsauslösenden Suchprozesse solange bestimmen, bis die Schwierigkeiten (»Anomalien«) so groß werden oder neue Möglichkeiten so offensichtlich sind oder politische Forderungen soviel Druck machen, daß die Suche nach außen, über die Grenzen des dominierenden Entwicklungspfades hinaus, gedrückt wird.
4. *Auslesekriterien und selektive Umwelten*: Es ist plausibel, Unterschiede in der »Innovationsbereitschaft zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor anzunehmen und ebenso in den unterschiedlichen« selektiven Umwelten von Märkten und Bürokratien (Nelson/Winter 1977, S. 60-72). Profitmotiv, persönliche Belohnungen und persönliche Verantwortung sollten im privaten Sektor wirksamer sein als im öffentlichen Sektor. Öffentliche Einrichtungen sollten den Klienten eher folgen, als sie bei der Bereitstellung neuer öffentlicher Güter anzuleiten. Aber insoweit sowohl Unternehmen wie

11 Die Rolle der Partizipation und einer ihr entsprechenden Aktionsforschung diskutiert Ulf Himmelstrand 1981.

Bürokratien vergleichbare Organisationsmerkmale aufweisen, ist davon auszugehen, daß diese normativen Unterschiede weniger ins Gewicht fallen als organisationsbedingte Ähnlichkeiten (vgl. National Science Foundation 1983, S. 89-100). Insbesondere bezüglich der Kriterien (Ziele, Standards) selbst, die organisationsintern wie in der Organisationsumwelt benutzt werden, um eine Innovation zu bewerten, sind in Unternehmungen wie in Behörden sehr ähnliche und intern konfligierende Kriterien in Gebrauch, und zwar sowohl für technische wie für soziale Innovationen. Als Quellen konfligierender Bewertungen wurden die Unterschiede in den Zielen Produktionsoutput, kostengünstige Produktion, Zufriedenheit der Produzenten, Zufriedenheit der Konsumenten genannt¹², an anderer Stelle die Unterschiede zwischen gesamtgesellschaftlichen, organisationsbezogenen, professionellen und individuellen Erfolgskriterien.¹³ Das ist eine handgreifliche Erklärung dafür, warum Basisinnovationen seltene Ausnahmefälle sind.

5. *Produktzyklen und Problemzyklen*: Eines der populärsten Modelle der Innovationsforschung ist das Modell des Produktzyklus, d. h. der schwierigen Geburt, des langsamen Wachstums, des plötzlichen Wachstumsschubs, der Reife und schließlich des Niedergangs von Produkten – aber auch von Firmen, Industrien und sogar Nationen.¹⁴ Diese Dynamik ist erklärt worden mit Hilfe des Gesetzes sinkender Grenzerträge, mit der Sättigungskurve der Diffusionsforschung, mit Veblens Prinzipien des Vorteils der Rückständigkeit und der Bestrafung der Führungsrolle (vgl. Veblen 1915, Kap. 2-4). Produktzyklen zwingen Firmen und Industrien zur permanenten Anstrengung, ihre stagnierenden Produktlinien zu ersetzen. Aber im Rahmen der »natürlichen Entwicklungspfade« präferieren sie die naheliegenden Alternativen (local search) der Verbesserungsinnovationen oder Pseudoinnovationen auf Kosten von Basisinnovationen, d. h. eines Wandels in der Richtung des Wandels. Es ist nun eine interessante Frage, ob wir eine ähnliche Dynamik im Bereich der sozialen Innovationen finden. In der Tat könnte es eine plausible Präferenz für »lokale Suchprozesse« auch im Bereich der Organisationsmodelle, der Regulierung (Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwal-

12 K. S. Cameron: »The Enigma of Organizational Effectiveness«, zit. in: National Science Foundation 1983, S. 33/34.

13 J. D. Eveland und S. M. Strasser, unveröffentlicht, zit. in: National Science Foundation 1983, S. 34.

14 Eine gute Zusammenfassung dieses Modells findet sich in Ayres 1984, S. 83-90.

tungsordnung) oder auch der Lebensarrangements geben. Aber es ist wohl einfacher, nach solchen zyklischen Phänomenen auf der Nachfrageseite, d. h. auf der Seite der Bedürfnisartikulation, zu suchen. Weil es immer mehr Probleme gibt, als zu einer gegebenen Zeit gelöst oder bearbeitet werden können, haben wir deutliche »Problemmoden-Zyklen« (issue-attention-cycles, Downs 1972): Latente Probleme werden aufgrund krisenhafter Ereignisse manifest und erreichen hohe Aufmerksamkeit, sie führen zu hektischen Lösungsversuchen (worunter dauerhafte Innovationen sein können, aber nicht sein müssen), und dann fallen sie zurück, verschwinden sozusagen von der Bühne und landen bei spezialisierten, professionellen Instanzen. Dieser Problemmodenzyklus, wie auch Albert Hirschmans Erwartungs-Enttäuschungs-Mechanismus in der wellenförmigen Entwicklung von privatem und öffentlichem Engagement (Hirschman 1982), könnte erklären, warum wir auch im Bereich der sozialen Innovationen Phasen der Beschleunigung und der Häufung finden, die von Phasen der Erschöpfung und Vernachlässigung abgelöst werden.

Für das Verständnis und die Erklärung des sozialen Wandels unterstreicht die Theorie der Innovation die Konzepte der »schöpferischen Zerstörung« (Schumpeter 1942, Kap. 7), d. h. die Beseitigung etablierter Problemlösungen als Voraussetzung des Fortschritts, der Wellen und Zyklen, und die Konzepte der Generationen und Kohorten als Träger oder Opponenten des Wandels.¹⁵ Aber man kann auch überlegen, ob eine Konzeption der sozialen Entwicklung sinnvoll ist, die von der Vorstellung eines sich verändernden, aber wachsenden »Kapitalstocks« von bewährten technischen und sozialen Innovationen ausgeht.¹⁶

IV.

Zum Schluß möchte ich die Frage aufwerfen, ob die Sozialwissenschaften bei der Entwicklung sozialer Innovationen eine ähnliche Rolle spielen können wie

15 Es ist eine interessante theoretische Frage, inwieweit das Modell der Produktzyklen mit Modellen des Generations- bzw. Kohortenwandels in der Tradition von Karl Mannheim zusammengefügt werden kann (vgl. Mannheim 1928).

16 Ein anderes interessantes Problem ist die Klärung des Konzepts eines Kapitalstocks von Innovationen und der Vergleich eines solchen Konzepts mit T. Parsons' »Evolutionary Universals in Society« (Parsons 1969b).

die Naturwissenschaften für die technischen Innovationen. Meine Antwort ist ein eingeschränktes Ja, und die Einschränkungen beziehen sich auf das Problem des »Fortschritts« in den Sozialwissenschaften, auf das Problem der lockeren Beziehung (loose coupling) von Wissenschaft und Innovation sowie auf das Problem der Grenzen umfassender sozialer Planung. Deutsch, Platt und Senghaas (1971) haben 62 bedeutsame Fortschritte in den Sozialwissenschaften zwischen 1900 und 1965 identifiziert, beginnend mit Paretos und Ginis Messung der sozialen Ungleichheit und schließend mit Colemans stochastischen Modellen sozialer Prozesse. Mit bedeutsamen Fortschritten, Errungenschaften oder Durchbrüchen in den Sozialwissenschaften meinen die Autoren »eine neue Sicht von Zusammenhängen oder ... neue Operationen ... die Möglichkeit, etwas zu tun, was bisher nicht unternommen wurde« mit der Zusatzbedingung, daß diese Fortschritte »einen wesentlichen Einfluß ausübten, der zu weiterer Verbesserung des Wissens« führte (ebenda, S. 450). Alex Inkeles hat diese Liste kritisiert, insofern sie allgemeine Sichtweisen, neue Paradigmen im Sinne Kuhns, gegenüber spezifischen Entdeckungen und Nachweisen empirischer Regelmäßigkeiten präferiert. Inkeles fügt spezielle methodische Entdeckungen hinzu sowie Arbeiten, die das kumulative Wachstum der Sozialwissenschaften befördert haben (Inkeles 1986). Aber es besteht Einigkeit darüber, daß wir im Zeitverlauf von einem beträchtlichen Fortschritt der Sozialwissenschaften sprechen können.

Aber auch wenn wir vom wissenschaftlichen Fortschritt sprechen können, müssen wir davon ausgehen, daß selbst technische Innovationen keineswegs direkt aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitet sind, sondern auf dem Wissen, Geschick und der Fähigkeit von Praktikern beruhen, besonders in ihrer Frühphase. Dies sollte in gesteigertem Maße im Falle sozialer Innovationen gelten, die zu einem guten Teil auf dem Wissen, Geschick und der Zähigkeit von Politikern, Managern und Professionals beruhen, und im Fall der Innovationen von unten auf den Alltagsexperimenten und den Praktiken (pratiques) der Subkulturen und sozialen Bewegungen.

Trotz alledem haben die Sozialwissenschaften zahlreiche direkte, eindeutige Innovationen anzubieten: die Umfrageforschung, Persönlichkeitstests, Programmevaluation, statistische Qualitätskontrolle, Technologiefolgen- und Risikobewertung, Personalplanung, lineare Programmierung, Ökonometrie. Tornatzky und Solomon (1982) fassen die Beiträge der Sozialwissenschaften zur Innovation unter drei Kategorien zusammen: (a) Entscheidungshilfen wie in den soeben genannten Beispielen; (b) Quellen von Sozialtechnologien wie z. B.

in Mitbestimmungsmodellen, Qualitätszirkeln, Gruppentherapien; und (c) Ansätze der allgemeinen Theorie, um Innovation und Produktivität prinzipiell besser zu verstehen. Sozialwissenschaftler suchen, entwickeln und selektieren neue Wege, bestimmte Dinge zu tun und Probleme zu lösen. Sie können dabei helfen, »neue Institutionen zu bauen«, wie es Daniel Bell von Michael Young (vgl. Young 1983, S. X) gesagt hat, der unter anderem die Open University, die Konsumenten-Bewegung, den Social Science Research Council und die Sozialdemokratische Partei in Großbritannien erfunden und implementiert hat.

Nicht wenige Sozialwissenschaftler glauben, daß eine stärkere Betonung der Anwendung und Innovation ihren Disziplinen einen besseren Status, bessere Berufschancen und größere Relevanz geben würde. Aber für den anwendungsorientierten Sozialwissenschaftler ist heute weder Schumpeters »politischer Unternehmer« noch Ogburns »Sozialingenieur« das ideale Rollenmodell. Er hat von einer anderen sozialen Innovation – der Aktionsforschung – gelernt, daß Partizipation, Kooperation, die Einbeziehung der Klienten, bis hin zu deren Selbsterfindung, häufig notwendig sind, um eine Innovation in Gang zu setzen. Große, umfassende, zentrale Planungen gehören sicherlich *nicht* zum bewährten Arsenal der sozialen Innovation. Aber die bescheideneren Werkzeuge der Entscheidungshilfe – Prognosen, inkrementale Planung, Sozialexperimente, Evaluation, Praktiken der Mobilisierung und Motivation – können sehr wohl die Problemlösungs- und Steuerungsfähigkeit moderner Gesellschaften erhöhen.

Individualisierung und Sicherheit – Einige Anmerkungen aus soziologischer Sicht

Besteht zwischen Individualisierung und Sicherheitsbedürfnis ein Gegensatz?

Im Rahmen einer Befragung über die Wohlfahrt der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland (»Wohlfahrtssurvey«) wurden 1984 einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt von 2 067 Personen 15 gesellschaftspolitische Aufgaben genannt und gefragt:

»Ich lese Ihnen jetzt eine Anzahl von Aufgaben in der Gesellschaft vor und möchte von Ihnen jeweils zunächst wissen, wer heute Ihrer Meinung nach dafür in erster Linie zuständig ist. Nun kann es ja auch sein, daß Sie mit diesen Zuständigkeiten gar nicht einverstanden sind. Daher sagen Sie mir bitte, wer Ihrer Meinung nach dafür in erster Linie zuständig sein sollte ... A. ist heute zuständig: ... B. sollte zuständig sein:

- Der Staat (dazu gehören z. B. in Bund, Ländern und Gemeinden: Regierung, Gesetzgeber, staatlich kontrollierte Einrichtungen, Ämter und Behörden),
- Gruppen, Einrichtungen (dazu gehören z. B.: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, Massenmedien),
- private Kräfte (dazu gehören z. B. Marktwirtschaft, private Unternehmen, Privatkreis, jeder selbst).«

Das Ergebnis ist eindeutig (vgl. Übersicht 1, S. 43): In 12 von 15 Aufgabenbereichen schreibt die Mehrheit der Befragten dem Staat die Zuständigkeit zu, in 10 von 15 Aufgabenbereichen sind es sogar zwei Drittel und mehr der Befragten. Nur die »Betreuung und Hilfe für alte Menschen«, »Rundfunk und Fernsehen« sowie, ganz deutlich, »moralische Leitbilder« sind Aufgaben, die nicht mehrheitlich dem Staat überantwortet werden. Was bedeutet dieser Befund, und wie kann man ihn erklären?

Zunächst könnte man sagen, daß sich in diesem Ergebnis die »Anspruchsexplosion« und die daraus resultierende »Regierungsüberlastung« spiegeln, die der Wohlfahrtsstaat selbst im Laufe seiner Expansion produziert hat. Wenn dies der Fall ist, dann müßte man aber deutliche Unterschiede in den Antworten nach der Parteipräferenz der Befragten feststellen können, insbesondere zwischen den Anhängern der Unionsparteien und der F.D.P. einerseits und andererseits denen der SPD und der GRÜNEN. Dies ist aber nicht der Fall (vgl. Über-

sicht 1, rechte Seite). Im Gegenteil beobachten wir eine sehr ähnliche Antwortverteilung bei den Anhängern der verschiedenen Parteien, und die CDU/CSU-Anhänger sind den SPD-Anhängern im ganzen näher als den F.D.P.-Anhängern; auch die Anhänger der GRÜNEN sind nicht extrem, sondern nehmen mehrfach Mittelpositionen ein.

Zweitens könnte man die Fragestellung kritisieren und ihr eine suggestive Wirkung unterstellen. Wenn man gewichtige Probleme aufwirft und dann den Staat als einen möglichen Verantwortlichen nennt – liegt es dann nicht nahe, den Staat als die »bequeme« Lösung auszuwählen? Gegen diese Interpretation spricht die große Differenziertheit der Antworten innerhalb der 15 genannten Aufgaben. Überwältigende Mehrheiten für die Staatszuständigkeit ergeben sich in den Punkten: finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit, im Alter, im Krankheitsfall, für sozial Schwache; Umweltschutz; medizinische Versorgung für alle; Versorgung und Entsorgung; öffentliche Verkehrsmittel. Dies sind die klassischen Aufgaben des Sozialstaates sowie der Infrastruktureinrichtung in einer modernen Gesellschaft, wobei interessanterweise die Bevölkerung heute den Umweltschutz bereits zu den Infrastrukturleistungen zählt.

Im Gegensatz zu den Finanzierungsleistungen wird jedoch bei den Betreuungsleistungen für Bedürftige, Kranke und Alte den gesellschaftlichen Gruppen und den privaten Kräften eine deutlich größere Rolle zugeschrieben, für alte Menschen sogar von einer Mehrheit, und wiederum gilt dieser Befund über die Parteigrenzen hinweg. Bei der Beschaffung von Wohnraum und bei der Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen finden wir eine vergleichsweise hohe wahrgenommene Verantwortung der Privaten. Bei diesen Fragen zeigt sich nun auch ein deutlicher Unterschied zwischen Konservativ/Liberalen und Sozialdemokratisch/GRÜNEN-Anhängern in der erwarteten Richtung (CDU- und F.D.P.-Anhänger setzen weniger auf den Staat).

Eine dritte Schlußfolgerung aus den Ergebnissen könnte anders ansetzen und sagen, angesichts dieser Befunde seien die Thesen von der zunehmenden Individualisierung, der Pluralisierung der Lebensstile (vgl. Glatzer/Zapf 1984a, S. 399), der Wünsche nach mehr Selbstbeteiligung und nach einer überschaubareren Lebenswelt offenbar nicht aufrechtzuerhalten: Die Menschen wollten eben die Versorgung von der Wiege bis zur Bahre. Aber auch diese Interpretation ist mit den Daten nicht vereinbar; dagegen spricht wiederum die deutliche Verschiedenheit der Antworten bei den einzelnen Themen. In der Liste haben wir zwei Aufgaben, die unmittelbar private Wahlentscheidungen betreffen: »Rundfunk und Fernsehen« sowie »moralische Vorstellungen und Leitbilder«.

Übersicht 1: Verantwortungszuschreibung für gesellschaftliche Aufgaben

Aufgabe	Befragte in %						
	sollte zuständig sein			Staat sollte zuständig sein nach Parteipräferenz ¹			
	Staat	Gruppen	Privat	CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE
Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	92	6	2	90	93	94	95
Finanzielle Absicherung im Alter	89	6	5	88	92	95	85
Finanzielle Hilfe für sozial Schwache	88	11	2	87	88	88	89
Versorgung und Entsorgung	77	8	15	72	80	72	69
Öffentl. Verkehrsmittel	75	9	10	71	78	73	66
Umweltschutz	82	9	10	86	83	77	74
Medizinische Versorgung für alle	78	15	7	76	82	71	79
Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	77	17	6	73	79	85	80
Angemessener Wohnraum für alle	69	11	21	61	74	61	74
Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen	66	11	23	56	71	39	62
Rundfunk und Fernsehen	41	33	25	40	45	37	29
Betreuung und Hilfe für bedürftige und gefährdete Menschen	56	39	5	56	59	41	53
Betreuung und Hilfe für kranke Menschen	52	41	7	48	52	58	51
Betreuung und Hilfe für alte Menschen	49	41	10	49	49	42	47
Moralische Vorstellungen und Leitbilder der Menschen	30	43	27	30	30	21	16

1 CDU/CSU-Anhänger: n = 566; SPD: n = 598; F.D.P.: n = 40; GRÜNE: n = 122; ohne Parteipräferenz: 490.

Quelle: Wohlfahrtssurvey 1984, Sonderforschungsbereich Mannheim 3, Frankfurt a.M./Mannheim.

2 067 Befragte; Frage (abgekürzt): »Wer sollte Ihrer Meinung nach dafür in erster Linie zuständig sein: der Staat ..., Gruppen/Einrichtungen ..., private Kräfte?«

Beide Aufgaben werden eindeutig nicht dem Staat zugeschrieben. Insbesondere ist das ganz abweichende Antwortmuster bei der Frage nach moralischen Vorstellungen und Leitbildern eine überzeugende Bestätigung der Individualisierungsthese, zumal wir auch noch einen klaren Alters- und Bildungseffekt feststellen, d. h. jüngere und besser ausgebildete Befragte den Staat noch weiter eingeschränkt sehen wollen als die übrigen Gruppen.

Meine Interpretation ist, daß zwischen einer zunehmenden Individualisierung, Privatisierung, Bürokratiekritik usw. einerseits und der hohen Zuschreibung von (bestimmten) Aufgaben an den Staat kein Widerspruch besteht, sondern daß in den modernen Gesellschaften zunehmende Individualisierung an ein aufgebautes System staatlich garantierter Sicherheiten gebunden ist.

Politisch heißt dies, daß der ideologische Gegensatz von Verstaatlichung und Privatisierung überholt ist und daß die »Nullsummen-Konzeption« Staat versus Private verabschiedet werden sollte, d. h. die Vorstellung, mehr Privatinitiative und Selbstverantwortung könnten nur in dem Maße erreicht werden, in dem sich der Staat zurückzieht.

Sowohl steigende Individualisierung als auch steigende Sicherheitsbedürfnisse sind tiefliegende Trends der Modernisierung, die über bloß hedonistische Idiosynkrasien der Bürger hinausreichen. In modernen Gesellschaften erzeugen die steigenden Anforderungen an Bildung und Ausbildung, Mobilität und Umstellungsbereitschaft einen *Individualisierungsdruck*: Die Menschen müssen heute durchschnittlich mehr Entscheidungen treffen, mehr Informationen verarbeiten und mehr Wandel bewältigen als zu früheren Zeiten, ob sie wollen oder nicht.

In diesem Sinne ist Individualisierung notwendige Kompetenz für Modernität. Zugleich aber verlieren frühere soziale Sicherheiten in Familie und Gemeinde, Berufswelt und Kultur an Beständigkeit und Verlässlichkeit. Dies erzeugt einen steigenden *Sicherheitsbedürfnisdruck*: Er richtet sich sowohl an staatliche und andere öffentliche Einrichtungen als auch an die veränderten Familienformen und Freundeskreise. In diesem Sinn ist Sicherheit eine institutionelle Voraussetzung von Modernität.

Sowohl die Gesellschaftstheorie als auch unsere Alltagserfahrung unterstützt die Vorstellung, daß es keinen prinzipiellen Widerspruch zwischen Individualisierung und Sicherheit in modernen Gesellschaften gibt. Schon die klassische Gesellschaftstheorie hat, etwa im Sinne von Emile Durkheim, Individualisierung als Voraussetzung für die Bewältigung von Konflikten konzipiert, sie aber an die Gleichgewichtsbedingungen ausreichender Integration geknüpft

(vgl. Durkheim 1960). In heutigen Entwürfen, z. B. bei Dahrendorfs (1979) Kombination von Optionen und Ligaturen, kehrt dieser Gedanke wieder. Die psychologische Forschung zur Leistungsmotivation zeigt, daß Kreativität in Milieus stimulierender Unsicherheit entsteht, d. h. in Milieus, in denen der einzelne Anreize für Neuerungen, Versuch und Irrtum erhält, ohne existentiell bedroht zu sein. Angst jedoch, d. h. überwältigende Unsicherheit, macht aggressiv und paralyisiert (vgl. Chodak 1973).

Im modernen Alltag können wir unsere vielfältigen, häufig individuell zu gestaltenden Aufgaben nur bewältigen, wenn wir uns darauf verlassen können, daß die Geräte und Systeme sicher sind, mit denen wir umgehen und in denen wir uns bewegen. Das Wunderwerk des modernen Individualverkehrs ist überhaupt nur möglich, weil die Fahrzeuge in hohem Maße verläßlich sind und weil die Verkehrsteilnehmer sich auf die Sicherheit des Verkehrssystems (die Straßen, die Regelungen, die Kompetenz der anderen Verkehrsteilnehmer) verlassen können. Individualisierung und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern komplementäre Grunderfordernisse der modernen Gesellschaft.

In den folgenden Abschnitten sollen zwei aktuelle gesellschaftspolitische Probleme (Sozialstaat und Krise, Innovation) diskutiert und dabei auch bezüglich Individualisierung und Sicherheit akzentuiert werden (vgl. auch Zapf 1986b).

Probleme und Zukunftsaufgaben des deutschen Sozialstaates

Der moderne Wohlfahrtsstaat kann definiert werden durch den relativen Umfang jener staatlichen Interventionen, »... die auf eine Verwirklichung der Ziele von Gleichheit und Sicherheit in bezug auf die Verteilung wirtschaftlicher Güter und Ressourcen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen zielen« (Flora et al. 1977, S. 723). In diesem Sinne hat sich der Wohlfahrtsstaat nach der Weltwirtschaftskrise durchgesetzt und sich zunächst in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern entwickelt. Nach 1945 wurde der Wohlfahrtsstaat eine zentrale Strukturtenenz in allen westlichen Gesellschaften. Seine Wurzeln reichen jedoch weit in das 19. Jahrhundert zurück, und seine nationalen Variationen sind beachtlich. In der deutschen Entwicklung hat das Ziel der Sicherheit (»soziale Sicherung«) immer eine größere Rolle als das Ziel der Gleichheit gespielt. Das Gleichheitsziel ist niemals als »Gleichheit der Ergeb-

nisse« wirksam geworden, sondern allenfalls als »Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse« (Artikel 106 Grundgesetz) und als Angleichung der Startchancen, z. B. nach dem Zweiten Weltkrieg im Lastenausgleich und dann in der Wohnungs- und in der Bildungspolitik.

Die deutsche Version des Wohlfahrtsstaates ist, umgangssprachlich und faktisch, der »Sozialstaat«, verfassungsrechtlich der »soziale Rechtsstaat« (Artikel 28,1 Grundgesetz), der sich zur Daseinsvorsorge und zur sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Dies geschieht seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in der Arbeiterschutzpolitik und in der Sozialversicherungspolitik; in neuerer Zeit zusätzlich durch die Arbeitsförderungs- und durch Ausgleichspolitik im Wohnungs-, Familien- und Bildungsbereich sowie in der Vermögensbildungspolitik und in diversen gruppenspezifischen Sozialpolitiken (vgl. Lampert 1980, insbesondere Teil III). So stark die Widerstände gegen den Wohlfahrtsstaat »von der Wiege bis zur Bahre« in Deutschland waren und auch in der Bundesrepublik noch sind, so alt und fest verwurzelt ist die Tradition des Sozialstaates mit seiner Sicherungspolitik und Statusgarantie. Zwar werden immer wieder Versuche unternommen, die Entwicklung in Richtung auf mehr Gleichheitspolitik umzusteuern, aber dies sind Vorstellungen von Minderheiten. Mehrheitlich werden auch die notwendigen Strukturreformen im Rahmen der überkommenen Sicherungspolitik und Statusgarantie diskutiert (vgl. auch Zapf 1986a, S. 395 ff.).

Die Bilder der »stabilen Mehrheiten« sind deshalb keine Idyllen, weil einzelne Problemgruppen deutlich sichtbar bleiben. Beispielsweise liegen in unserem »Wohlfahrtssurvey« die Zufriedenheiten von Behinderten, isolierten Alten, Geschiedenen, Arbeitslosen ganz deutlich unter den Durchschnittswerten. Aber das Problem dieser Minderheiten ist nicht, daß sie das System bedrohen, sondern daß sie in Gefahr sind, übersehen und »verdrängt« zu werden. Wenn unsere Analyse richtig ist, daß eine verstärkte Individualisierung mit steigenden Sicherheitsbedürfnissen zusammengeht, dann verdienen diese Minderheiten und Problemgruppen auch deshalb eine besondere Aufmerksamkeit, weil sie weniger Ressourcen und Kompetenzen haben, an neuen Kombinationen von Markt, Staat, Assoziationen und Haushalten, an neuen Kombinationen von Solidaritäts-, Subsidiaritäts-, Sozialstaats- und Selbstverantwortungsprinzip teilzuhaben. Deshalb verkörpern Minderheiten und Problemgruppen in besonderem Maße die »neuen Risiken« und verdienen deshalb die besondere Aufmerksamkeit bei der Weiterentwicklung des gewachsenen Sozialstaates.

Innovationshemmnisse und Innovationschancen

Innovationen sind, in der klassischen Definition von Joseph Schumpeter, »die Durchsetzung neuer Kombinationen« (neue Güter, Produktionsmethoden, Märkte, Organisationen) (Schumpeter 1912, S. 100 f.). Diese Durchsetzung ist Kampf, Führung und Überwindung von Widerstand, und der Widerstand ergibt sich aus der Unsicherheit aufgrund unzureichender Informationen über die Wege und Kosten der Neuerung, aus dem generellen psychischen Widerstreben gegen Abweichungen sowie aus dem direkten Gegendruck durch die Verweigerung von Ressourcen oder Gefolgschaft. In dieser elite-theoretischen Vorstellung – in der Schumpeter ja auch den Politiker als »politischen Unternehmer« gesehen hat – kommt es scheinbar nur auf die individuelle Leistung, auf Individualisierung an. Aber wenn wir die Innovationshemmnisse und Innovationschancen genauer betrachten, spielt das Sicherheitsbedürfnis wiederum an vielen Stellen eine wesentliche Rolle.

Die neuere Innovationsforschung folgt ähnlichen Überlegungen wie die Theorie der Kreativität und fragt, welche Rahmenbedingungen gegeben sein müssen, damit Ungewißheit stimulierend und nicht paralyisierend wirkt. Dies geschieht mit Hilfe eines »Lebenszyklusmodells«, das für einzelne Produkte und Firmen ebenso gilt wie für ganze Branchen und Nationen.¹ Die Widerstände sind am größten am Anfang des S-Kurven-Verlaufs, wenn die Kosten für die Entwicklung von Innovationen aufgebracht werden müssen, und folglich auch am Ende des Zyklus, wenn die gewohnten Wege verlassen werden sollen. Sie sind am geringsten nach dem »Durchbruch«, wenn die Imitatoren ihr Zögern aufgeben und sozusagen den anlaufenden Zug in Fahrt bringen.

Das »Lebenszyklusmodell« läßt sich wie folgt zusammenfassen: Neue, kleine Firmen müssen innovativ sein, um sich einen Platz neben den etablierten Firmen zu erobern; aber sie scheitern häufig. Erfolgreiche Firmen können die Forschungs- und Entwicklungsrisiken am besten tragen und Verbesserungsinnovationen durchsetzen; aber sie haben in ihrer Erfolgsphase wenig Anreize, das ganz Neue zu versuchen, und sie altern mit der Industrie, mit der sie groß geworden sind bzw. die sie groß gemacht haben. Erfolgreiche Industrien stoßen an Sättigungsgrenzen, obwohl sie diese Grenze weit hinausschieben können, bis ein »neues technologisches System« ganz ausgearbeitet ist. Volkswirtschaft-

1 Das »Lebenszyklusmodell« wird diskutiert bei Ayres 1984, S. 83 ff.

ten und Nationen, die mit bestimmten »technologischen Systemen« groß geworden sind und internationale Führungsrollen übernommen haben, werden ihre Spitzenstellung verlieren, wenn junge Volkswirtschaften deren Standardprodukte billiger bzw. neue technologische Systeme schneller realisieren können. Im Aggregat ergeben sich die langen Wellen; dahinter stehen, auf der Mikroebene, Ungleichgewichte, Wachstumsschübe und Zusammenbrüche, der Kampf zwischen Etablierten und Newcomers.

Eine der Innenseiten dieser Entwicklung sind die Wellen von Unterbeschäftigung und Überbeschäftigung. Eine andere Innenseite ist die von Olson herausgearbeitete Tendenz zur steigenden »Sklerosis« der Gesellschaft, die dadurch entsteht, daß Interessengruppen ihre partikularen Interessen zunehmend auf Kosten von Wandel und Neuerungen durchsetzen. Diese Partikularinteressen sind in der Regel die speziellen Sicherheitsbedürfnisse ihrer Mitglieder, die auf Kosten der produktiven Kräfte der Individualisierung und Neuerung durchgesetzt werden (Olson 1982). Wie kann man also Individualisierung und Sicherheitsbedürfnis so gestalten, daß sich die Innovationskapazität von Wirtschaft und Gesellschaft wieder erhöht? Ich will dieses Problem unter den Aspekten der Innovationspolitik und der Sozialinnovationen behandeln.

Innovationspolitik

»Innovationspolitik zielt darauf, den technischen Fortschritt zu begünstigen, zu lenken oder gar im Rahmen einer direkten Investitionslenkung zu kontrollieren« (Streit 1984). Dabei kommt es – wegen des Gewichts von Nichtwissen und Unsicherheit im Innovationsprozeß – grundsätzlich darauf an, das wirtschaftliche System offen zu halten.

Die erste Aufgabe einer Innovationspolitik besteht also im Abbau von Innovationshemmnissen. Auf der Deregulierungsseite gehören dazu der Abbau hemmender Vorschriften und Normen und der Abbau von Gründungshemmnissen. Aber bereits der Schutz vor unentgeltlicher Nachahmung, die Erschwerung von Wettbewerbsbeschränkungen und die Verbesserung des Zugangs zu Risikokapital sind aktive Gestaltungsaufgaben, wenngleich sie zunächst die Rahmenbedingungen betreffen. Unstrittig ist sodann die staatliche Förderung der Grundlagenforschung als eines öffentlichen Gutes. Auch die Förderung von »exploratorischen Entwicklungsprojekten« kann in diese Kategorie fallen,

wenn eine klare Trennung zwischen der Anreizfunktion und der Subventionierung von kommerziellen Entwicklungen eingehalten wird.

Eine besondere Gestaltungsaufgabe liegt im Bereich der »Humanressourcen« und überschneidet sich mit Sozialinnovationen im Sinne institutioneller Neuerungen: Verbesserung der Ausbildung, Arbeitsvermittlung und Arbeitsmobilität; neue Arbeitszeit- und Arbeitsaufgabengestaltung; neue Kooperationsformen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zur Erhöhung der Akzeptanz von technologischen Innovationen. Diese Beispiele zeigen allerdings, daß die »Humanressourcen-Politik«, anders als die Infrastrukturpolitik, nicht ohne weiteres innerhalb der staatlichen Gestaltungskompetenz liegt und der »Konzertierung« mit den Interessengruppen bedarf (vgl. Olson 1982, S. 62-68, S. 98). Der einzige Ausweg, den Olson selbst aus seinem »Sklerosis-Dilemma« sieht, besteht darin, die Interessengruppen an der gesamtgesellschaftlichen Erneuerung zu beteiligen (sie von »distributional coalitions« zu »encompassing organizations« zu machen), z. B. durch Mitbestimmung, Kooperation, konzertierte Aktionen.

Sozialinnovationen

Die Frage, was Sozialinnovationen sind und was man von ihnen erwarten kann, stellt sich in mindestens vier Zusammenhängen. Erstens sind formale und informelle innerbetriebliche Organisationsreformen in der Regel eine Bedingung für technologische Innovationen. Zweitens ist – nach Schumpeter – die Erschließung neuer Beschaffungs- und Absatzmärkte ein wesentlicher Bestandteil des Innovationsprozesses. Drittens stellt sich für reiche Gesellschaften das Problem, inwieweit es außerhalb der industriellen Arbeitswelt neue Tätigkeitsfelder und Beschäftigungschancen gibt, die industrielle Arbeitsplätze ersetzen können. Viertens ist eine zumindest implizite Voraussetzung der Innovationstheorie und der Innovationspolitik, daß es erheblicher Umbauten in den politischen und sozialen Institutionen, erheblicher Wandlungen von Einstellungen, Verhaltensweisen und Organisationen bedarf, um die gegenwärtige Stagnation zu überwinden.

Das Konzept der Sozialinnovationen wird also sehr eng (betriebliche Reorganisation) und extrem extensiv (Einstellungswandel) verwendet, und der Forschungsstand ist nicht befriedigend. Aber sowohl Schumpeters Generalisierung des Unternehmers in der Figur des »politischen Unternehmers« wie

Olsons Hypothese, daß Interessen aggregierende Organisationsformen (encompassing organizations) die Sklerosis einschränken können, legen es nahe, das Konzept der Sozialinnovationen weiter zu verfolgen. Die Probleme des Wohlfahrtsstaates werden als die Notwendigkeit institutioneller Neuerungen definiert: zur Bewältigung neuer Risiken, zur Dämpfung demographischer Ungleichgewichte. Und Phänomene wie die Schattenwirtschaft, die alternative Ökonomie, die Selbsthilfegruppen, neue Protest- und Beteiligungsmuster, die Haushaltsproduktion, die neuen Gesellungsformen im stärker differenzierten Lebenszyklus sind handgreifliche Beispiele für Sozialinnovationen »von unten«, die auch wirtschaftliche und technische Konsequenzen haben (vgl. Zapf 1983b, S. 56 ff.).

Es gibt in der Bundesrepublik keine Alternative von Sozialstaatsprinzip und Subsidiaritätsprinzip. Es gibt nur die Kombination von Sozialstaats-, Subsidiaritäts-, Solidaritäts- und Verantwortungsprinzip. Dies wird beispielsweise an der Verbindung von sozialer Sicherung und Familienpolitik deutlich. Aber wiederum kann es sich hierbei nicht um eine Alternative (Familie versus Arbeitswelt) handeln, sondern – insbesondere für Frauen – nur um die Erweiterung von Flexibilität, Wahlmöglichkeiten und Kombinationsmöglichkeiten.

Schlußfolgerungen

Mehr Individualisierung bei Reduktion der Sicherheit: für die Bundesrepublik und andere europäische Wohlfahrtsstaaten können solche Maßnahmen nur vorsichtig und zur Engpaßbeseitigung angewandt werden. Auch Neuerungen, Innovationen entstehen innerhalb der institutionellen Tradition und Kultur einer Gesellschaft. Zwar verändern sie per definitionem Traditionen und Kultur, aber dies kann unter modernen Verhältnissen nur längerfristig, nicht kurzfristig mit radikalen Einschnitten geschehen. Der deutsche Sozialstaat beruht, wie andere europäische Wohlfahrtsstaaten, auf einer langen und erfolgreichen Kombination von Individualisierung und Sicherheit. Die Erfolge der skandinavischen Staaten zeigen, daß dies selbst in der Beschäftigungspolitik gilt. Institutionelle Traditionen und Kultur sind nur bedingt übertragbar: Weder das amerikanische Modell (Innovationen durch Individualismus auf Kosten der Sicherheit) noch das japanische Modell (Innovationen durch Sicherheit auf Kosten des Individualismus) lassen sich einfach, wie Rezepte, übernehmen. In der verschärften internationalen Innovationskonkurrenz werden die europäischen Länder, auch

die Bundesrepublik, vermutlich dann am besten fahren, wenn sie – anstatt die Vereinigten Staaten oder Japan nachahmen zu wollen – ihre Kombination von Individualismus und Sicherheit weiterentwickeln. Das heißt bezüglich von Innovationen die Kombination von »intelligenten Produkten« und Sozialinnovationen, bezüglich der Innovationspolitik die Kombination von Deregulierung, aktiver Gestaltung und Innovationen »von unten«.

Sozialpolitik in gesellschaftlichen Modernisierungskonzepten

I. Einleitung

Es lohnt sich, über den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik nachzudenken. Aber Sozialpolitik, als ein wichtiger Produzent von Wohlfahrt, braucht heute eigentlich weniger den Effizienznachweis als den Nachweis, daß sie in ihren Institutionen und in ihren theoretischen Grundlagen innovationsfähig ist, um die künftigen Produktionsprobleme von Wohlfahrt zu lösen bzw. einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten.

Ich will im folgenden das mir vorgegebene Thema, was Modernisierungskonzepte sein können und welche Rolle Sozialpolitik darin spielt, zunächst definitorisch behandeln (II). Danach lohnt sich ein Rückblick auf die theoretischen Wurzeln dieser Konzepte (III) sowie ein Seitenblick auf Alternativen, insbesondere neomarxistische Alternativen (IV). Ich will anschließend einige empirische Befunde und Interpretationen zusammenfassen, die ich selbst zu diesem Thema anzubieten habe (V), und sodann einen Überblick darüber geben, welche Problemdefinition und Lösungsvorschläge im weiteren Bereich der Modernisierungskonzepte heute angeboten werden (VI). Schließen will ich mit einem Kommentar zum Programm einer solidarisierenden Sozialpolitik (VII).

II. »Neue« Modernisierungstheorie

Unter Modernisierungskonzepten bzw. Modernisierungstheorie verstehe ich diejenigen sozialwissenschaftlichen Ansätze, die die westlichen Gesellschaften als die modernen, lernfähigen und prinzipiell zur Selbststeuerung fähigen Gesellschaften bezeichnen (vgl. Zapf 1983a). Zu diesen Ansätzen gehören große Teile der Nationalökonomie einschließlich der Sozialpolitikforschung, große Teile der Politikwissenschaft, insbesondere die liberale Demokratietheorie, und große Teile der Soziologie in der Durkheim- und Weber-Tradition, aber auch handlungstheoretische Ansätze. Richtig ist, daß in diesen Konzepten zum Teil ein naiver Fortschrittsoptimismus oder simple Challenge-response-Modelle eine Rolle spielen.

Aber ich orientiere mich stärker an der konflikttheoretischen Tradition, die Modernisierung immer als Ergebnis von Spannungen, Kämpfen und Krisen interpretiert hat. Auch die moderne Evolutionstheorie ist in diesem Sinne »härter« geworden, indem sie die Kosten und Zerstörungen betont, die Variation und Selektion mit sich bringen. Der handlungstheoretische Bezug kommt durch die Innovationstheorie ins Spiel: Es sind individuelle und kollektive Akteure, die Neuerungen gegen Widerstand (gegen Tradition, investierte Interessen, Angst, Komplexität der Umwelt) durchzusetzen versuchen. Dabei richtet die Innovationstheorie die Aufmerksamkeit auch wieder auf die ungeplanten Folgen des individuellen und kollektiven Handelns. Die Such- und Selektionsprozesse durch Innovationen haben oft nicht-intendierte Nebenwirkungen oder gar paradoxe Effekte. Wenn moderne Gesellschaften ihre Steuerungsfähigkeit erhöhen konnten, so gehört doch die nationale oder gar globale Gesamtplanung nicht zu ihren Errungenschaften (vgl. Zapf 1986b).

Wenn ich es einmal paradox formulieren darf, nämlich mit marxistischen Begriffen, dann ist der Grundgedanke der Modernisierungstheorien der eines nicht-antagonistischen Wachstums der Produktivkräfte bei einer durchaus konfliktreichen Veränderung der Produktionsverhältnisse, deren Entwicklung man z. B. im Modell der langen Wellen beschreiben kann. Mit nicht-antagonistischem Wachstum der Produktivkräfte meine ich die gesellschaftliche Kapazitätssteigerung im Sinne von Parsons' Statusanhebung, Differenzierung, Wertegeneralisierung und Inklusion. Die langfristigen Entwicklungsschübe (ob nun Kondratieff-Wellen oder nicht) konzipiere ich im Sinne von Parsons' evolutionären Universalien, d. h. säkularen Erfindungen von Institutionen, die Pioniergesellschaften machen und Nachzüglergesellschaften imitieren können: Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat.

Die derzeitigen Entwicklungsprobleme sind nach dieser Logik Entwicklungsdilemmas, Spannungen und Widersprüche, die sich nicht aus einem generellen Mangel ergeben, sondern aus spezifischen Erfolgen, die sich mit der Zeit erschöpfen. Marktversagen und Staatsversagen entstehen gerade aus den Erfahrungen und Erfolgen des Massenkonsums und des Wohlfahrtsstaates bzw. aus den Nebenwirkungen dieser Erfolge. Innovationspotentiale kann man aus den Kapazitätseffekten bisheriger Entwicklungen ableiten, die es möglich machen, Präferenzen, Handlungsmuster und Institutionen zu verändern. Die Entwicklungslogik ist die von langen Wellen mit eingebauten Zyklen und sich ablösenden S-förmigen Produktionsfunktionen. Behauptet wird mit anderen

Worten die Existenz von endogenen Anpassungs- und Innovationskräften. Eine Bruchstelle des allgemeinen Modells ist die Frage, ob »schöpferische Zerstörungen« im Sinne Schumpeters katastrophische Zerstörungen immer ersetzen können. Unterstützung finde ich hier sogar bei marxistisch inspirierten Autoren wie Immanuel Wallerstein, der den Doppelmechanismus von technologischer Innovation und politischer Reform als tragfähig ansieht.

»Es ist also so, daß die anti-konservativen Innovationen und die anti-konservativen Reformen zusammenwirken, um die kapitalistische Weltwirtschaft wieder auf den Weg einer neuen Expansions- und Akkumulationsperiode zurückzubringen.« (Wallerstein 1984, S. 584)

In dem informativen und witzigen Buch von Claus Leggewie »Der Geist steht rechts« wird die hier vertretene Konzeption übrigens im Kapitel »Cleverle und die Postkonservativen: Bericht aus der Zukunft eines Musterlandes« ganz ordentlich wiedergegeben und folgendermaßen charakterisiert:

»Diese Position ist eine der integrierten Mitte, die sich oberflächlich gegen fundamentaldemokratisch-kulturrevolutionäre Ansprüche, tatsächlich aber genauso gegen die prinzipielle Ablehnung dieses Modernisierungsprojekts von konservativer Seite richtet.« (Leggewie 1987, S. 68, S. 69 f.)

III. Die Rolle der Sozialpolitik in der Modernisierung

Die sozialen Grundrechte, die Institutionen der Sozialpolitik, kurz: der Wohlfahrtsstaat, gelten in der Modernisierungstheorie als säkulare Errungenschaften, die inzwischen zum kulturellen und institutionellen Kapital der Bürger gehören. In der Modernisierungstheorie der fünfziger und sechziger Jahre wurde das übrigens nur von Außenseitern und Nicht-Amerikanern so gesehen, und selbst T. H. Marshall, dem wir das Schema bürgerliche, politische, soziale Grundrechte verdanken, meinte noch 1961:

»So scheint es, daß der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn in den 1940er Jahren kannten, oder wenigstens der Konsensus, der ihn getragen hat, von der Affluence Society erdrückt wird. Und vielleicht sollen wir daraus schließen, daß Frankreich und Deutschland sich zur Affluent Society entwickeln, ohne sich je Zeit zu nehmen, einen Wohlfahrtsstaat zu etablieren.« (Marshall 1961, S. 295)¹

1 Die Bundesrepublik hatte 1957 die Dynamisierung des Rentensystems geschafft und große Programme des sozialen Wohnungsbaus und Lastenausgleichs erfolgreich durchgeführt, während Marshall 1961 diese Zeilen schrieb!

Walt Rostow gewinnt erst im zweiten Anlauf seiner Stadientheorie den Blick für die Rolle der Staatsausgaben – und damit auch für die Sozialausgaben – bei den Bemühungen, die Ziele von »Welfare and Growth« zu erreichen, als er nämlich das Stadium der Suche nach Lebensqualität auf das Stadium des Massenkonsums folgen läßt (vgl. Rostow 1971). Dies ist übrigens die Literatur, in der wir die frühen Beiträge der Modernisierungskonzepte zum Thema suchen müssen: die Erklärung der wachsenden Staatsausgaben und der überproportional wachsenden Sozialausgaben. Flora (1975) und Alber (1982) geben einen Überblick über diese Literatur. Stein Rokkan war in seinem Modell der politischen Entwicklungskrisen bis an die Schwelle des Wohlfahrtsstaates gelangt: Die konfliktreich durchgesetzte politische Massenbeteiligung produziert den Druck auf Umverteilung, auf die Ausfüllung der sozialen Grundrechte (vgl. Rokkan 1970). Aber erst Flora und Mitarbeiter haben eine volle modernisierungstheoretische Analyse der Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten vorgelegt, und ihre Leistung besteht in der Kombination der Erklärung des generellen Wachstums des Wohlfahrtsstaates mit der Erklärung seiner vielgestaltigen institutionellen Variationen, ebenso wie in der Kombination von Theorie und einer eindrucksvollen Empirie (vgl. Flora et al. 1977; Flora et al. 1983/87).

Die universelle Evolution des Wohlfahrtsstaates wird im wesentlichen aus zwei Antriebskräften erklärt: aus den »demands«, die sich mit der durch die Industrialisierung verursachten Auflösung traditionaler Sicherungssysteme ergeben – mit der »Arbeiterfrage« als einem Unterfall –, und aus den »capacities«, die dem sich etablierenden Nationalstaat zur Verfügung stehen. Die große Variationsbreite hingegen erklärt sich nicht aus der (vereinheitlichenden!) Wirtschaftsentwicklung, sondern (1) aus dem Grad der Penetration des Zentralstaates in andere politische Ebenen und nichtstaatliche Institutionsbereiche und (2) aus dem Grad der sozialen Differenzierung bzw. der Klassenstruktur zu der jeweiligen »Entwicklungszeit« der großen sozialpolitischen Reformen. Anstelle von Stadien der Wohlfahrtsstaatsentwicklung tritt also der Nachweis, wie ähnlich Probleme aufgrund unterschiedlicher historisch-institutioneller Voraussetzungen zu einem breiten Spektrum von Lösungen führen und auf lange Sicht Konvergenztendenzen aufweisen.

An dieser Stelle ist – als eine Art Zwischenbilanz – an die Arbeiten von Hans Achinger zu erinnern. Seine Schrift von 1958, »Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik«, mit dem Untertitel »Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat« (Achinger 1958; vgl. von Ferber 1965), argumentiert – wie wir heute

sagen können – ganz modernisierungstheoretisch: Sozialpolitik ist nicht nur die Antwort auf die Arbeiterfrage, sondern als Gesellschaftspolitik Antwort auf die »neue Lebensform der Menschen im Industriezeitalter«, die die Gesamtbevölkerung ergriffen und »frühere Formen der Kohäsion und Kooperation« aufgelöst hat. Für Achinger war klar, daß schon in der Anfangsphase der Sozialpolitik nicht nur die Lohnarbeiter gefährdet waren, sondern genauso die von Einkommenserzielung freigesetzten Alten, Ehefrauen und Kinder. Für ihn war es keine Überraschung, daß sich die Sozialpolitik rasch auf die bessergestellten Gruppen, insbesondere die Angestellten, ausgedehnt hat und daß sie mit steigendem Wohlstand nicht wieder abgebaut, sondern zur Gesellschaftspolitik umgebaut wurde: mit allen Nebenwirkungen der Bürokratisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung.

IV. Alternative Ansätze

Zu den Erklärungsversuchen von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat, wie sie in konkurrierenden, insbesondere neomarxistischen Entwicklungstheorien vorgebracht werden, möchte ich nur drei Anmerkungen machen.

Die erste Anmerkung betrifft ein Beispiel der orthodoxen Interpretation: den seinerzeit (1971) sehr einflußreichen Aufsatz von Müller/Neusüss (1971) »Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital«. Stichwortartig zusammengefaßt heißt es da: Der Staat ist gegenüber dem Kapitalismus nicht autonom, der sozialpolitische Revisionismus muß bekämpft werden. Jegliche Verteilungspolitik erfolgt erst nach der Reproduktion des Kapitals, Sozialpolitik ist Befriedungspolitik, sie sichert die kapitalistische Produktion und entmündigt die Versorgten. Sozialpolitik kann nur unterstützt werden, insoweit sie die Arbeiterklasse befähigt, den Klassenkampf besser zu führen. Ich möchte das nicht als Karikatur vorführen, sondern als Beispiel dafür, wie auf dem Höhepunkt der Expansion des westdeutschen Sozialstaats die Kontroll- und Manipulationsgefahren der Sozialpolitik gesehen wurden.

Die zweite Anmerkung betrifft die neomarxistische Diskussion der Eigenständigkeit, der Spielräume und des Eigeninteresses des Staates an der initierenden Ausgestaltung der Sozialpolitik, sowohl gegenüber der Wirtschaft wie gegenüber den Wählern und Versorgungsklientelen. Hier geht die Klassenanalyse gelegentlich sogar in eine an Pareto erinnernde Eliteanalyse über, und die

Schärfe des bösen Blicks bewahrt vor mancher »Sozialstaatsillusion« (vgl. Quadagno 1987).

Die dritte Anmerkung betrifft die am abweichenden amerikanischen Fall zuerst entwickelte Perspektive der Segmentierung von Arbeitsmärkten und Sozialleistungen, der Kontrolle von Armen und Minderheiten sowie des feministischen Kampfes gegen eine von Männern, Vollzeitbeschäftigten und gewerkschaftlich Organisierten geprägte Sozialpolitik. Diese Themen sind nicht nur nicht marginal, sondern sie gewinnen zunehmend an Einfluß.

V. Empirische Wohlfahrtsforschung

Ich möchte nun stichwortartig einige eigene Arbeiten durchgehen und sehen, was sich für unser Thema darin finden läßt. Mein Interesse galt dabei immer der Wohlfahrtsproduktion und den Wohlfahrtsoutputs, also dem, was an Verbesserungen der Lebensbedingungen und subjektiven Lebensqualität für Individuen, Familien und Gruppen bei all den Anstrengungen von Märkten, Staat, Organisationen und Haushalten insgesamt herausgekommen ist. Diese Forschungsperspektive hat selbst bereits theoretische Konsequenzen, nämlich daß es am Ende nicht auf Instrumente, sondern auf Erträge, nicht auf Alternativen (Markt vs. Staat), sondern auf produktive Kombinationen ankommt.

In »Die Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts« (Zapf 1982) zeige ich, daß sich der Lebensstandard im Kaiserreich in etwa verdoppelt hat, in der Zwischenkriegszeit bei extremen Schwankungen nicht wesentlich verbessern konnte und erst seit 1950 dramatisch geändert hat (eine Vervierfachung des Lebensstandards). Bis in die zwanziger Jahre war Deutschland ein Armenhaus. Erst nach dem Ersten Weltkrieg zeigte die in Deutschland vergleichsweise früh eingerichtete Sozialpolitik Wirkungen, insbesondere bei der Beseitigung der chronischen Wohnungsmisere. Erst mit dem Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die deutsche Version des Wohlfahrtsstaats. Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat ergänzen sich heute als Basisinstitutionen einer modernen Gesellschaft.

In »Lebensqualität in der Bundesrepublik« (Glatzer/Zapf 1984a, 1984b) untersuchen wir mit drei Repräsentativbefragungen die objektive und subjektive Wohlfahrt der Bevölkerung. Wir finden hohe Versorgungs- und Zufriedenheitsniveaus, geringe Korrelationen (d. h. geringe Kumulationen) von Problemlagen, aber eine nicht unbeträchtliche Streuung, d. h. Ungleichheit. Die

hohe Zufriedenheit umfaßt übrigens auch die Einrichtungen der sozialen Sicherung und verträgt sich durchaus mit Problemen und Konflikten, wenn die entsprechenden Kompetenzen ausgebildet sind, um damit fertigzuwerden. Für die Sozialpolitik bedeutsam ist, daß Einschränkungen hingenommen werden, wenn sie alle treffen; daß deprivierte Zufriedenheit Probleme verdecken kann, daß wohlhabende Unzufriedenheit oft die Aufmerksamkeit überproportional beansprucht und daß wir Segmentierungen empirisch nachweisen können, wie etwa mit dem Befund, daß trotz jahrelanger Massenarbeitslosigkeit nur 10 Prozent der Beschäftigten befürchten, selbst arbeitslos zu werden.

In »Die Deutsche Version des Wohlfahrtsstaates« (Zapf 1986a) weise ich unter anderem die These von der Sozialdemontage zurück. Die Sozialausgaben steigen auch nach 1982 nominell und selbst real, wenngleich die Sozialleistungsquote etwas zurückgeht und ihre Veränderung dem Wirtschaftswachstum angepaßt wird. Arbeitseinkommen und Sozialeinkommen haben zwischen 1980 und 1985 fünf Jahre lang reale Einbußen erfahren, aber ungefähr im Gleichschritt. Konsolidierung auf hohem Niveau findet nach Umfrageergebnissen breite Unterstützung, während massivere Eingriffe in die sozialstaatlichen Leistungen über Parteipräferenzen hinweg deutlich abgelehnt werden (und übrigens nach zwei oder drei Landtagswahlen von der politischen Agenda genommen wurden).

In »Die Pluralisierung der Lebensstile« (Zapf 1983b) versuche ich zu zeigen, welche Veränderungen der sozialen Schichtung und der sozialen Differenzierung der biographischen Lebensphasen (zusammen: welche Veränderungen der Sozialstruktur) Innovationen erforderlich machen und zugleich ermöglichen. Neben Einkommen und Berufsprestige gewinnen Bildungsabschlüsse, Ansprüche im Transfersystem sowie der ethnische Status als Schichtungslinien an Bedeutung. Neue biographische Phasen (Postadoleszenz, nacherlerliche Phase, rüstige Rentner, Witwenschaft) kristallisieren sich heraus; sie sind zum Teil durch Sozialpolitik selbst mitproduziert. Mangels besserer Empirie betrachte ich die Vervielfältigung von Lebensstilen auf der Basis vervielfältigter Familienformen und Sozialmilieus als die sozialstrukturellen Einheiten, an denen sozialpolitische Innovationen ansetzen müssen.

Ein Ergebnis dieser Untersuchungen ist, daß Sozialpolitik und der Wohlfahrtsstaat generell zu den Basisinstitutionen moderner Gesellschaften und zum »institutionellen Kapital« der Bürger gehören – in der jeweiligen Gestalt, etwa des Sozialstaats der Bundesrepublik, die sich aus den historischen Entwicklungsbedingungen ergeben hat. Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat sind zu-

gleich Ergebnis und fortwährende Bedingung der Modernisierung. Sie schaffen zentrale Institutionen der sozialen Integration und der Systemintegration; zugleich ermöglichen sie neue Muster der sozialen Schichtung, neue Lebensstile und neue Lebensphasen. Dies heißt etwas ganz anderes, als Sozialpolitik den »Verbandsplatz des Kapitalismus« zu nennen, wie es die marxistische Theorie getan hat, bevor auch die sozialistischen Gesellschaften Sozialpolitik als wichtige Aufgabe anerkannt haben. Die Bandbreite institutioneller Lösungen, wie sie sich im internationalen Vergleich darstellt, ist zugleich der »Beweis« dafür, daß der Spielraum für Innovationen, d. h. bessere Lösungen für gegebene Probleme, ganz erheblich ist.

VI. Zukünftige Probleme der Sozialpolitik

Was kann man aufgrund solcher Befunde über die zukünftigen Probleme und Lösungsmöglichkeiten der Sozialpolitik sagen? Das Folgende ist wiederum thesenhaft und um einige Schlüsselbegriffe organisiert: im Rahmen der Modernisierungstheorie, die von endogenen Anpassungs- und Innovationskräften ausgeht.

Growth to Limits. Ich stimme im wesentlichen mit Floras Analyse überein, daß sowohl das rapide Wachstum des Wohlfahrtsstaates in den sechziger und siebziger Jahren als auch die gegenwärtige Krise auf einmaligen (d. h. kontingenten) Konstellationen beruht. Die gegenwärtige Krise ergibt sich aus der Koinzidenz von Stagflation (vielleicht ein Kondratieff-Umbruch), demographischer Welle und Bildungsexpansion (mit beschleunigten Beteiligungsansprüchen, vor allem von Frauen). Diese Konstellation wird vorübergehen; in der Bundesrepublik ist der Lehrstellenmangel bereits kein Thema mehr. Aber länger bleiben werden die Folgen, die Flora (1986/87, S. XXVI) bezeichnet hat als

- Notwendigkeit eines neuen Generationenvertrags angesichts der Alterung der Bevölkerung,
- Notwendigkeit eines neuen Vertrags zwischen den Geschlechtern angesichts der Qualifikation und Berufswünsche von Frauen,
- Notwendigkeit eines neuen Bürgervertrags angesichts neuer Lebensstile und Wertveränderungen.

Wenn der Abbau des Sozialstaates kein Thema ist, dann wird sich der politische Wettbewerb auf den Umbau des Sozialstaates – auf dem gegebenen hohen Niveau – konzentrieren.

Finanzierung. Gegenwärtig verursachen Hochrechnungen Aufregung, die eine Abgabensteigerung allein für die Alterssicherung von gegenwärtig 18 Prozent auf 35 Prozent des Bruttoeinkommens im Jahr 2030 ermitteln, wenn das gegenwärtige Leistungsniveau aufrechterhalten werden soll. Dazu ist zunächst zu sagen, daß selbst diese extreme Steigerung möglich wäre, wenn man davon ausgeht, daß sich bis zum Jahr 2030 auch die Realeinkommen erheblich steigern (vielleicht sogar verdoppeln) werden. In den letzten hundert Jahren hat sich der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel am durchschnittlichen Haushaltsbudget – bei deutlicher Qualitätssteigerung – halbiert. Warum könnte sich also nicht der Anteil für Alterssicherung verdoppeln? Aber dies muß nicht die Verdoppelung der gesetzlichen Abgaben bedeuten, denn es sind durchaus neue Kombinationen von staatlicher Grundsicherung, betrieblicher Zusatzversorgung und privater Versicherung denkbar: individualisierte Vorsorgen – die allerdings die Ungleichheit vergrößern werden.

Sicherheit und Gleichheit: Upgrading vs. Umverteilung. Es ist eine zutreffende Kennzeichnung, Sicherheit und Gleichheit als die Zieldimensionen des Wohlfahrtsstaates herauszuheben: Sicherheit vor negativen Modernisierungsfolgen, Gleichheit als Einlösung bürgerlicher, politischer und sozialer Grundrechte (vgl. Flora et al. 1977; Wilensky 1975). Aber diese beiden Ziele sind nicht im Gleichschritt verfolgt worden, und die Wohlfahrtsstaaten sind sich vermutlich ähnlicher in der Sicherheitsdimension (Reichweite, Leistungshöhe, Zwangsmitgliedschaft) als in der Gleichheitsdimension. Auch verträgt sich staatliche Sicherung besser mit einer parallelen Entwicklung des Massenkonsums, als eine staatliche Gleichheitspolitik sich mit einem weitreichenden Innovations- und Leistungswettbewerb verträgt. Um diese Zieldimensionen – Sicherheit, Gleichheit – wird es auch bei der anstehenden Konkurrenz um den Umbau des Sozialstaates gehen. In der Perspektive der Modernisierungstheorie sollte dabei Upgrading (Statusanhebung) den Vorzug vor Umverteilung erhalten, d. h. die Erhöhung der Kapazitäten von Individuen und Organisationen auf breiter Front ist wichtiger als bessere Verteilungsmechanismen. Innovationen produzieren neue Ungleichheiten, und erst ihre Diffusion führt dann wieder zu Angleichungen. Sicherheit kann man sich in vielen Leistungskombinationen vorstellen,

Gleichheit hingegen – wo sie über gleiche Startchancen oder eine gleiche Grundsicherung hinausgeht – nicht. Meines Erachtens wäre eine allgemeine Grundsicherung deshalb ein Instrument zur Verbesserung der Sicherheit, nicht der Gleichheit.

Individualisierung vs. Familiensolidarität. Die heute diskutierten Individualisierungstheoreme führen zum Teil weit über die Pluralisierung der Lebensstile hinaus, wie sie in der Modernisierungstheorie diskutiert wird. Massenhafte »Monadisierung«, das massenhafte »living apart together«, wäre tatsächlich eine zumindest kulturelle Revolutionierung, die wesentliche Grundlagen der modernen Gesellschaft – nämlich die Infrastrukturen von intermediären Organisationen und von Privathaushalten – tatsächlich in Frage stellen würde (vgl. Beck 1986; Hoffmann-Nowotny 1988). »Eine Angleichung der individuellen Rechte kann sogar dem Ziel widersprechen, die Lebensbedingungen und die soziale Sicherheit von Familien gleichmäßiger zu machen« (Flora 1986/87, S. XXVII). Auf dieses Dilemma bzw. diesen Konflikt war übrigens schon Achinger und bereits für die Anfangsphase der Sozialpolitik gestoßen. Die Modernisierungstheorie macht hier keine normativen bzw. funktionalistischen Annahmen, etwa derart, daß eine solche tiefgreifende Anomie nicht eintreten könne, weil sie destruktive Konsequenzen hätte. Sie sieht andererseits keinen Grund anzunehmen, warum der gegenwärtige Konflikt um die Neudefinition der Frauenrollen (und der Männerrollen) nicht ebenso zu neuen Institutionalisierungen führen könnte wie frühere »Klassenkonflikte«. Die »family economics« (G. Becker) stützt meines Erachtens diese Perspektive. Der Altruismus bzw. die Solidarität der Kleinfamilie (traditionellen Typs oder neuerer Varianten) läßt sich aus rationalem Individualhandeln durchaus erklären, wenn der Nutzen (Wert) der Eltern vom Nutzen (Wert) jeweils einzelner Kinder abhängt. Dies schließt ein, daß die Kinderzahl pro Familie drastisch zurückgeht und Eltern nun in die Qualität der wenigen Kinder investieren. Wenn aber der Generationenzusammenhang ein erstrebenswertes Ziel bleibt und Investitionen in das Humankapital (vor allem der jungen Generation) besonders lohnende Investitionen sind, dann gibt es starke ökonomische Gründe, daß diese Investitionen sowohl von Privathaushalten als auch von staatlichen Programmen auch aufgebracht werden (vgl. Becker 1988). Der hohe private Investitionsanteil (was die Familiensoziologen die Plazierungsfunktion nennen) erklärt dann übrigens auch, warum die Familienökonomie immer wieder Ungleichheiten reproduziert. Und an dieser Stelle wäre aufzuarbeiten bzw. zusammenzutragen, was die

»family economics« über die neuen Arrangements von Frauen und Männern zu sagen hat.

Having, Loving, Being. Die Sozialpolitik (der Wohlfahrtsstaat) hat mehr Sicherheit und in begrenztem Umfang mehr Gleichheit der Lebensbedingungen hervorgebracht. Wenn Wohlfahrt (wie es Allardt 1971 vorgeschlagen hat) neben Having aber auch Loving und Being, also Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung, bedeutet, dann zeigt diese weitere Perspektive die Begrenzungen der gegenwärtigen und vielleicht aller staatlichen Sozialpolitik. Ich verwende diesen weiten Wohlfahrtsbegriff zum Schluß nicht, um Sozialpolitik auf einen kleinen Ausschnitt der materiellen Versorgung und Vorsorge zu reduzieren und etwa Loving und Being ganz in die subjektive Wohlfahrt zu schieben, ganz im Gegenteil: Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung sind keine bloßen (kognitiven und affektiven) Bewußtseinszustände, sondern sie haben sehr handgreifliche Grundlagen in meßbaren und gestaltbaren Sozialbeziehungen, Zugangschancen, Kompetenzen. Sie sind ein wesentlicher Teil des Humankapitals. Die älteren Sozialpolitiker waren sehr weise, als sie auf die Grenzen der Bürokratisierung, Verrechtlichung und Ökonomisierung hingewiesen und Sozialpolitik nicht nur aus einem Prinzip, sondern aus der Kombination von Sozialstaatsprinzip, Subsidiaritätsprinzip, Solidaritätsprinzip und Eigenverantwortung abgeleitet haben (vgl. Lampert 1980). In der Neudefinition, Konkretisierung und Umsetzung dieser Prinzipien liegen die anstehenden Innovationsaufgaben der Sozialpolitik.

VII. Zum Konzept einer solidarisierenden Sozialpolitik

Was bedeuten diese Überlegungen für das Programm einer solidarisierenden Sozialpolitik (vgl. Vobruba 1988)? Ich kann diese Frage hier nicht ausführlich diskutieren, aber ich will meine Auffassung wenigstens kurz andeuten. Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik hat sich längst aus ihrer ursprünglichen Konzentration auf das Lohnarbeitsverhältnis herausentwickelt. Zugleich hat sie aus ihren sozialistischen, genossenschaftlichen und christlich-sozialen Traditionen eine starke Verpflichtung für die Nicht-Privilegierten behalten. Diese beiden Tendenzen wirken für eine solidarisierende Sozialpolitik. Dagegen aber wirken die Tendenzen, daß Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik immer mehr von der breiten Bevölkerung, der »middle mass«, in Anspruch genommen wird, die

sich nicht automatisch um Minderheiten kümmert; und daß bei gesteigertem Innovationstempo immer die Ungleichheiten zunächst größer werden, z. B. wenn sich Systeme nichtstaatlicher Sozialpolitik für Teilgruppen ausbreiten. In meiner Vorstellung spielt Upgrading deshalb eine so große Rolle, damit den Minderheiten von den individuellen Kompetenzen und der Organisationsfähigkeit her der Anschluß an die »middle mass« ermöglicht wird, deren Lebensstile sich ja selbst heftig pluralisieren. Man sollte also nicht auf die große Solidarisierung warten, sondern zunächst auf die schrittweisen Inklusionen – Integration, Selbstorganisation, Weiterbildung – setzen.

Dies ist kein Widerspruch zum generellen Modell der Modernisierung als der Sequenz »schöpferischer Zerstörungen« (Schumpeter) durch Innovationen. Vielleicht kann man sogar auf die prinzipielle Frage, was denn produktive Wege und was Sackgassen der Modernisierung seien, eine vorläufige Antwort geben. Vielleicht ist die fortgeschrittene Modernisierung eine Form des sozialen Wandels, in der erfolgreiche Innovationen den Akzent eher auf schöpferische Umgestaltung als auf die Zerstörung überkommener Institutionen legen müssen. Insoweit Sozialpolitik die grundrechtliche existentielle Sicherheit garantiert, die Verunsicherungen in den nicht-restitutiven Lebensbereichen zuzumutbar macht, hat sie weit mehr als einen wirtschaftlichen Wert.

Die Sozialstruktur der Bundesrepublik in den achtziger Jahren

Die Bundesrepublik als moderne Gesellschaft

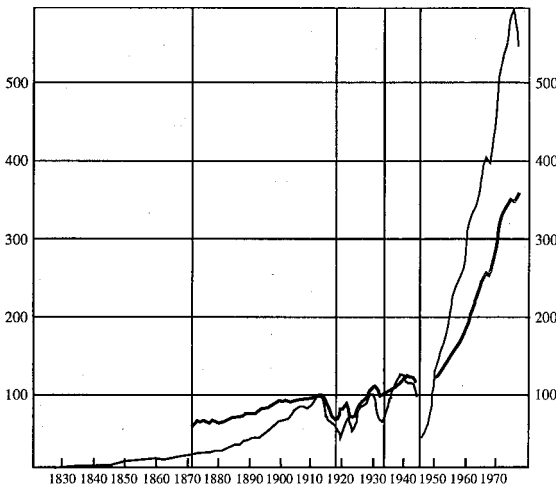
Die Industrialisierung hat in Deutschland später eingesetzt als in anderen westlichen Ländern, dann aber, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, einen rapiden Verlauf genommen. Das Deutsche Reich von 1871 war eine »verspätete Nation«, eine militärische Großmacht, ein Nachzügler bei der kolonialen Aufteilung der Welt; es gab seinen Untertanen die erste Sozialversicherung, verweigerte ihnen jedoch die politischen Gleichheitsrechte. Die Republik von Weimar schuf viele der politischen und sozialen Institutionen, in denen wir noch heute leben, aber ihre inneren Spaltungen waren so tief, daß sie der totalitären Herausforderung des Nationalsozialismus nicht standhalten konnte. Der Nationalsozialismus hat die Welt in den zweiten großen Krieg dieses Jahrhunderts gerissen, der 55 Millionen Tote kostete und noch viel mehr Menschen entwurzelte. Die Nationalsozialisten haben 6 Millionen Juden umgebracht, mehrere Millionen Zivilisten sind in den besetzten Ländern umgekommen; Deutschland hat selbst 4 Millionen Kriegstote zu beklagen, rund 12 Millionen Deutsche wurden aus den Ostgebieten vertrieben. Die deutsche Bevölkerung ist durch die Niederlage 1918, die Inflation von 1923, die Weltwirtschaftskrise 1931/32, den Zweiten Weltkrieg und den totalen Zusammenbruch 1945 drei Jahrzehnte lang hin und her geworfen worden.

Die Bundesrepublik hat sich nicht aus eigener Kraft gegründet, sondern ist 1949 unter der Ägide der westlichen Besatzungsmächte und um den Preis der deutschen Einheit errichtet worden. Sie umfaßt mit 248 700 Quadratkilometern nurmehr die Hälfte der Fläche des Deutschen Reiches von 1937; sie ist mit 245 Einwohnern pro Quadratkilometer heute ein sehr dicht besiedeltes Land. Erst nach dem Wiederaufbau der frühen fünfziger Jahre konnte der bereits 1913 erreichte bescheidene Wohlstand wiederhergestellt und stabilisiert werden. Das anschließende »Wirtschaftswunder« brachte dann für die westdeutsche Bevölkerung zum ersten Mal den Massenwohlstand. Im Jahr des vierzigjährigen Bestehens der Bundesrepublik können wir auf 44 Jahre Frieden zurückblicken, länger als im Kaiserreich. Abbildung 1 zeigt anhand der Indikatoren Industrieproduktion und Realeinkommen den langfristigen Aufstieg bis zum Ersten Weltkrieg, die Verdoppelung des Massenwohlstands im Kaiserreich, die Krisen

und Katastrophen zwischen 1918 und 1948 sowie die enorme Wohlfahrtsentwicklung seit 1949 (vgl. Zapf 1979, 1986c).

Die Bundesrepublik ist heute eine der modernsten und wohlhabendsten Gesellschaften der Welt. International spielt sie die Rolle einer Mittelmacht an der prekären Grenze zwischen Ost und West. Als *Konkurrenzdemokratie* lebt sie von einem funktionierenden Föderalismus, hoher Wahlbeteiligung, aber auch steigender »unkonventioneller« politischer Beteiligung; sie hat die Fähigkeit zum Regierungswechsel mehrfach bewiesen. Als *soziale Marktwirtschaft* war sie führend während der vierten langen Welle der Weltwirtschaft und steht nun, wie andere Länder, vor schwierigen Aufgaben des Umbaus ihrer Industrie und ihrer Arbeitsordnung. Als *Wohlstandsgesellschaft* hat sie gleichermaßen den Massenkonsum und den Wohlfahrtsstaat ausgebaut bis an die Grenzen des Überflusses, der Selbstüberlastung und der ökologischen Gefährdung. In diesem Aufsatz werden wir den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik als Modernisierungsproblem der genannten Basisinstitutionen behandeln und

Abbildung 1: Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland 1830 – 1975



Die dickgezogene Kurve gibt den Index der realen Wochenverdienste in der Industrie wieder, die dünne Kurve den Volumenindex der gesamten Industrieproduktion; 1913 = 100.

Quelle: Zapf 1986c, S. 127

als den Wandel der Sozialstruktur. Unter Sozialstruktur verstehen wir die demographische Grundgliederung der Bevölkerung, die Verteilung zentraler Ressourcen wie Bildung, Einkommen und Beruf, die Gliederung nach Klassen und Schichten, Sozialmilieus und Lebensstilen; aber auch die soziale Prägung des Lebenslaufs in der Abfolge der Generationen.

Zwei vorzügliche frühere Beiträge zu unserem Thema können uns die nötige Tiefenschärfe vermitteln. Ralf Dahrendorf hat 1965 in seinem Buch »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« (Dahrendorf 1965, insbesondere Kap. 2, 4, 28) vier Grundbedingungen der liberalen Demokratie genannt, die die deutsche Gesellschaft vor 1945 nicht erfüllen konnte: die wirksame Durchsetzung bürgerlicher Gleichheitsrechte, die Anerkennung und rationale Regelung sozialer Konflikte, die Vielfalt sozialer Interessen und Eliten sowie die Ausbildung öffentlicher Tugenden. Dahrendorf sieht die Modernisierung der Bundesrepublik in allen vier Dimensionen auf dem Weg, aber die bürgerlichen Gleichheitsrechte sind sozial noch nicht untermauert und stoßen auf vielfältige Mobilitätshemmnisse: vor allem im Bildungsbereich. Heute müssen wir hier die Gleichstellung der Frauen, die Arbeitslosigkeit, die wachsenden Problemgruppen, vielleicht auch schon die Rolle der sehr alten Menschen diskutieren. Die Anerkennung und rationale Regelung von Konflikten hat in den Kernbereichen von Politik und Wirtschaft Fortschritte gemacht, aber die Konfliktbereitschaft stößt immer noch an Grenzen der autoritären Traditionen. Heute müssen wir hier sowohl die Konflikte diskutieren, die sich aus der wirtschaftlichen Umstrukturierung ergeben, wie auch die neuen »Lebensstilkonflikte« um Arbeit und freie Zeit, um die Rollen von Frauen und Männern und um die ökologischen Gefahren. Statt einer Vielfalt der Eliten konstatiert Dahrendorf 1965 ein »Kartell der Angst«. Inzwischen hat sich zwar die öffentliche Konkurrenz um Führungspositionen verstärkt, aber das lähmende Gewicht der Parteienherrschaft und die »Sklerosis« der Großorganisationen haben sich eher noch erhöht. Und was Dahrendorf 1965 an den öffentlichen Tugenden bemängelte – den »Autoritarismus der Passivität« –, hat sich heute in den neuen Konflikten um das angemessene Verhältnis heutiger Bedürfnisse und künftiger Versorgungspflichten zugespitzt. Die Bundesrepublik ist auf dem Weg zu einer liberalen Demokratie weiter vorangekommen, so kann man im Rückblick auf Dahrendorfs Analyse sagen, aber die Modernisierung bleibt ein unabgeschlossenes Projekt.

In seinem Aufsatz »Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland« hat Rainer Lepsius 1974 insbesondere diejenigen Merkmale herausgearbeitet, die der Bundesrepublik ihre neue Gestalt und bessere

Entwicklungsbedingungen gegeben haben, als das Deutsche Reich sie hatte. Die erhebliche Bevölkerungsverdichtung und die großen Wanderungsbewegungen machten die Bundesrepublik zu einer relativ homogenen, urbanisierten Industriegesellschaft. Die konfessionelle Spaltung wurde überwunden und damit die konfessionsspezifischen kulturellen Milieus. Die im Vergleich zum Deutschen Reich sehr homogene Agrarstruktur der Bundesrepublik war dreißig Jahre lang ein Stabilitätsfaktor. Von der Erwerbsstruktur her zeigt sich die Bundesrepublik in den siebziger Jahren als leistungsfähige Industriegesellschaft »mit nachhinkendem Dienstleistungssektor«. Lepsius konstatiert des weiteren anstelle der früheren Spaltungen ein sozialstrukturelles Gleichgewicht der großen Parteien und Wählerblöcke. Die Bundesrepublik hat sich die Grundlage für einen funktionierenden Föderalismus mit funktionsdifferenzierten Räumen und Großstädten geschaffen: »Da es kein Zentrum gibt, gibt es auch keine Provinz.« Es ist aufschlußreich und ein gutes Maß für den sozialen Wandel in den letzten fünfzehn Jahren, wie sich diese von Lepsius herausgearbeiteten Stabilitätsbedingungen der Bundesrepublik heute ausnehmen. Inzwischen haben wir die Integrationsprobleme der zugewanderten Ausländer, die Rückstände der »altindustrialisierten Räume mit ungünstigen Arbeitsmarktsituationen«, neue kulturelle Milieus als Basis neuer Wertkonflikte, Subventions- und Umweltprobleme mit der hochtechnisierten Landwirtschaft, Erosionserscheinungen bei den sogenannten Altparteien und Befürchtungen über ein Nord-Süd-Gefälle. Aber Lepsius' Analyse bleibt darin gültig, daß die Bundesrepublik keine strukturellen Spannungen eines existenzgefährdenden Ausmaßes aufweist, die mit denen des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945 vergleichbar wären. Lepsius' Darstellung des Generationenwechsels im Sinne der »politischen Erinnerungs- und Gefahrgemeinschaft« läßt sich inzwischen fort-schreiben. Um 1970 war bereits ein Drittel der Wahlberechtigten in der Erfahrungswelt der Bundesrepublik aufgewachsen, und heute haben tatsächlich zwei Drittel der Wähler ihre wesentlichen Lebenserfahrungen nach 1945 gemacht. Aber die »Nachkriegszeit« läßt sich mittlerweile selbst in mehrere Phasen einteilen: den Wiederaufbau bis zum Babyboom der sechziger Jahre, die Prosperitätsperiode bis in die Mitte der siebziger Jahre und die anschließende Phase zunehmender Turbulenzen. Hier könnten die unterschiedlichen politischen Erinnerungen und Erfahrungen begründet sein, die sich heute in einer Pluralisierung von Lebensstilen darstellen und eine vielfältigere und »unruhigere« Sozialstruktur ergeben, als sie die Homogenisierungstendenzen bis in die siebziger Jahre erkennen ließen.

Die Sozialstruktur der Bundesrepublik^{1,2}

Räumliche Struktur, Infrastruktur

Die Sozialstruktur der Bundesrepublik (Gliederung, Schichtung, Lebensläufe der Bevölkerung) sollte man zunächst im Rahmen ihrer räumlichen Struktur und ihrer Infrastruktur betrachten. Die Urbanisierung Deutschlands war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg abgeschlossen; rund ein Drittel der Bevölkerung lebt heute wie vor fünfzig Jahren jeweils in Kleinstädten, Mittelstädten und in Großstädten. Anhand feinerer Maßstäbe kann man für die sechziger und siebziger Jahre die Suburbanisierung (das Wachstum des städtischen Umlandes) sowie selektive Wachstumsprozesse günstiger bzw. ungünstiger Regionen darstellen, für die achtziger Jahre dann auch Prozesse der Reurbanisierung, d. h. der Wiederbelebung der städtischen Kerngebiete. Dramatische Größenordnungen erreichen diese Umschichtungen jedoch nicht. Die »altindustrialisierten« Regionen verlieren 1975/86 maximal 6 Prozent ihrer Bevölkerung. Das »Nord-Süd-Gefälle« beruht im wesentlichen auf den Gewinnen der Räume Frankfurt, Stuttgart und München, denen aber von Flensburg bis Passau zahlreiche erfolgreiche Stadterneuerungen und Dorfsanierungen gegenüberstehen. Die Bürger der Bundesrepublik nehmen lieber lange Pendelzeiten als große Umzüge in Kauf. Die Bundesrepublik ist in vieler Hinsicht eine »mobile« Gesellschaft, aber nicht im Sinne erheblicher Binnenwanderungen, wie wir sie etwa aus den Vereinigten Staaten kennen.

Die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs haben quantitativ große Schäden angerichtet, aber die wichtigsten Versorgungsnetze konnten rasch wieder in Gang gesetzt werden. Die anschließende Expansion der Verkehrs- und Kommunikationssysteme bildet sozusagen das Rückgrat des wirtschaftlichen Aufstiegs. Die achtfache Steigerung der Stromerzeugung zwischen 1950 und 1985 ist einer der drastischsten Indikatoren der Modernisierung der Bundesrepublik. Bereits in den sechziger Jahren hat das importierte Erdöl die heimische Kohle als wichtigsten Energieträger abgelöst. Der Anteil der Kernenergie liegt heute

-
- 1 Die wichtigsten Datenquellen für die quantitativen Aspekte der Sozialstruktur der Bundesrepublik sind, neben den Statistischen Jahrbüchern des Statistischen Bundesamtes, die folgenden Kompendien: Statistisches Bundesamt 1987; Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1988; IAB 1988; Institut der deutschen Wirtschaft 1988.
 - 2 Die folgenden quantitativen Angaben, insbesondere die Zahlen von Tabelle 1, sind diesen Quellen entnommen.

bei 10 Prozent. Die massenhafte Verbreitung privater Kraftfahrzeuge, Fernsehgeräte und Telefone bezeichnet die drei Prozesse, die den Alltag am nachhaltigsten verändert haben, und zwar in dieser Reihenfolge. Der Personenverkehr hat sich zwischen 1960 und 1985 um das 2,4fache gesteigert; 80 Prozent des Personenverkehrs werden mit privaten Kraftfahrzeugen bestritten. Der Güterverkehr ist um das 1,8fache gewachsen; hier haben die Eisenbahnen ebenfalls nur einen Anteil von 25 Prozent behaupten können. Erst mit den Nahverkehrsverbänden, U-Bahn-Netzen und heute mit dem neuen Schnellbahnsystem werden wieder zukunftssträchtige öffentliche Verkehrssysteme angeboten. Tabelle 1 faßt die für die folgenden Abschnitte wichtigsten Indikatoren zusammen.

Bevölkerung

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik kann durch die folgenden Prozesse charakterisiert werden: drei Wanderungsschübe, Babyboom und Geburtenrückgang, langfristige Alterung. Diese Prozesse finden wir auch in anderen modernen Gesellschaften; die Wanderungen und der Geburtenrückgang sind jedoch in der Bundesrepublik besonders ausgeprägt. Von 46 Millionen Einwohnern nach Kriegsende auf heute 61 Millionen ist die Bundesrepublik

Tabelle 1: Indikatoren zur Sozialstruktur der Bundesrepublik

Indikator	Einheit	1950	1960	1970	1975	1980	1985
<i>Bevölkerung</i>							
Einwohnerzahl	Mio.	49,99	55,43	60,65	61,83	61,57	61,02
Geburtenzahl	Tsd.	813	987	811	601	621	586
Wanderungssaldo ^a	Tsd.	2799	2726	1743	126	-146	
Anteil 0-15jährige ^b	%	23,7	21,3	23,2	21,5	18,2	15
Anteil 60+jährige ^b	%	13,7	16,4	19,3	20,1	19,3	20,5
<i>Familien und Haushalte</i>							
Anzahl der Haushalte	Mio.	16,7	19,5	22,0	23,7	24,8	26,4
Anteil der Einpersonenhaushalte	%	19,4	20,6	25,1	27,6	30,2	33,6
3. Kinder auf 1000 2. Kinder			519	412			
Scheidungs ziffer auf 10 Tsd. Ehen		67,5	35,7	50,9	67,4	61,5	
<i>Bildung und Ausbildung</i>							
Weiterführende Schulen 13jähr. ^c	%		26	39		56	58
Studentenzahl	Tsd.	128	291	511	841	1044	1338

DIE SOZIALSTRUKTUR DER BUNDESREPUBLIK IN DEN ACHTZIGER JAHREN

Indikator	Einheit	1950	1960	1970	1975	1980	1985
<i>Einkommen</i>							
Nettorealverdienste (1980 = 100) ^d	DM	6410	10783	17384	19546	21174	19909
Reallohnindex Arbeiter (1980 = 100)		28,6	46,9	80,4	87,9	100,0	98,0
Reallohnindex Angest. (1980 = 100)			47,1	75,4	88,6	100,0	100,8
<i>Erwerbstätigkeit</i>							
Erwerbspersonen	Mio.	21,97	26,52	26,82	26,88	27,22	27,84
Erwerbstätige	Mio.	21,15	26,25	26,67	25,81	26,33	25,54
Arbeitslose, Durchschnitt Jahr ^e	Tsd.	1869	271	149	1074	889	2304
Erwerbsquote Männer ^f	%	63,8	64,2	59,5	57	57,5	58,5
Erwerbsquote Frauen ^f	%	30,2	33,4	30,3	31,1	32	33,8
Selbständige Mithelfende	Tsd.	64,13	5990	4442	3796	3319	3266
Beamte	Tsd.	852	1467	1945	2201	2328	2415
Angestellte	Tsd.	3211	6160	7800	8784	9629	9796
Arbeiter	Tsd.	9900	12506	13024	11686	11622	10473
Landwirtschaft, Bergbau	Tsd.	5037	3581	2262	1773	1437	1360
Produzierendes Gewerbe	Tsd.	9026	12506	13024	11686	11622	10473
Handel und Verkehr	Tsd.	3103	4585	4655	4752	4869	4679
Sonstige Dienstleistungen	Tsd.	3987	5575	6727	7599	8400	9028
Ausländische Arbeitnehmer ^g	Tsd.		279	1807	2061	2081	1568
<i>Gesamtwirtschaft, Soziales</i>							
Bruttosozialprodukt	Mrd. DM	98,6	303,0	675,7	1029	1485	1845
BSP real = 1980 ^h	Mrd. DM		731,7	1134	1258	1485	1579
Sozialbudget	Mrd. DM		73,5	190,5	352,0	496,1	595,3
Sozialleistungsquote/BSP	%		22,7	26,7	33,7	32,0	31,1
Rentenniveau, netto 40 Jahre ⁱ	%		56,2	56,8	59,0	63,2	65,1
Zahl der Sozialhilfeempfänger	Tsd.			1491	2049	2144	2814
Zahl der Kindergeldempfänger	Tsd.			2087	7333	6932	6408

a Zuzüge minus Fortzüge über zehn bzw. fünf Jahre

b an der Gesamtbevölkerung

c Anteil der 13jährigen, die weiterführende Schulen besuchen

d je Arbeitnehmer pro Jahr in Preisen von 1980

e Jahresdurchschnitt

f allgemeine Erwerbsquote, errechnet auf alle Männer und Frauen

g beschäftigte Arbeitnehmer

h in Preisen von 1980

i Anteil am durchschnittlichen Nettoeinkommen eines Erwerbstätigen für einen Rentner mit 40 Beitragsjahren

durch drei Einwanderungswellen gewachsen: die Ostflüchtlinge bereits vor 1949, die DDR-Flüchtlinge bis zum Mauerbau 1961 und die Gastarbeiter in den sechziger und siebziger Jahren. Was selten beachtet wird, ist, daß diese Schübe von einer erheblichen Auswanderung bzw. Rückwanderung begleitet waren: zwischen 1946 und 1961 errechnet sich eine Auswanderung von ca. 3 Millionen Menschen, 1962 bis 1985 ergeben sich bei 14,7 Millionen Zuzügen zugleich 11,4 Millionen Wegzüge von Ausländern. Es ist eine wichtige Aufgabe der Sozialstrukturanalyse, hinter den hohen Bestandszahlen (1987: 4,6 Millionen Ausländer) die hohe Fluktuation sichtbar zu machen. Der Babyboom bis Ende der sechziger Jahre läßt sich aus den nach dem Krieg nachgeholten Geburten, dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem noch traditionellen Geburtenverhalten großer Bevölkerungsgruppen erklären. Viele Faktoren haben dann seit den siebziger Jahren nahezu zu einer Halbierung der Jahrgangsstärken beigetragen. Die allgemeinste Erklärung ist, daß heute praktisch alle Bevölkerungsgruppen ein Fortpflanzungsverhalten übernommen haben, das sich an einer »idealen Kinderzahl« von zwei pro Familie orientiert, diese Zahl jedoch vielfach nicht erreicht. Die am häufigsten beklagte Konsequenz dieser Verhaltensänderung ist der projektierte Bevölkerungsrückgang von heute 61 Millionen auf 56 Millionen im Jahre 2000 und auf 45 Millionen im Jahre 2040. Aber diese Projektionen könnten sich selbst aufheben, wenn sich die Bundesrepublik etwa zum Einwanderungsland erklärte oder wenn sich die Geburtenzahl wieder deutlich erhöht, was ja nicht prinzipiell ausgeschlossen ist, sondern nicht zuletzt von Angeboten an Frauen abhängt, Beruf und Familie besser kombinieren zu können. Gesellschaftspolitisch viel folgenreicher als der langfristig prognostizierte Bevölkerungsrückgang ist heute und für die nächsten zwanzig Jahre die Unregelmäßigkeit der Jahrgangsstärken: überfüllte Schulen in den siebziger Jahren, Lehrstellenmangel gestern, der Studentenberg heute und schlechtere Berufschancen für die geburtenstarken Jahrgänge des Babybooms im Vergleich mit den früheren und späteren geburtenschwachen Jahrgängen und übermorgen dann der »Rentnerberg«. Dies sind Schockwellen oder »Problemberge«, die zu Unterkapazitäten und dann zu Überkapazitäten in einzelnen Einrichtungen führen, obwohl sie ziemlich genau zu berechnen sind.

Falsch eingeschätzt wird demgegenüber die Gefahr der Überalterung. Der große »Rentnerberg« ist erst zwischen 2020 und 2030 zu erwarten, und bis dahin gibt es durchaus bevölkerungspolitische und sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeiten. Natürlich bedeutet auch bereits die Erhöhung der Zahl der über 60jährigen von 9,1 Millionen im Jahr 1960 auf 14,6 Millionen im Jahr

2000 (von 16 Prozent auf 25 Prozent) eine wesentliche Veränderung, aber sie darf nicht nur als »erhöhte Belastung« der sogenannten aktiven Bevölkerung interpretiert werden. Viele »junge Alte« sind aktiv, konsumfreudig und entwickeln möglicherweise eigene Formen der verstärkten politischen Beteiligung. Sie werden einen gewissen Teil der Betreuungsaufgaben für die »Hochbetagten«, die häufig verwitwet und pflegebedürftig sind, selbst übernehmen. Nicht die 60jährigen, sondern die heute 2,1 Millionen und die für das Jahr 2020 geschätzten 3,5 Millionen 80jährigen und älteren sind die für die Alterung der Gesellschaft problematischen Gruppen. Die Vergrößerung von Zahl und Anteil der »Hochbetagten« wird die schwierigsten neuen Probleme stellen.

Familien und Haushalte

Die wichtigsten Entwicklungen der Familien und Haushalte lassen sich nur zum Teil mit Strukturdaten abbilden; so der Anstieg der Ein-Personen-Haushalte von 3,2 Millionen im Jahr 1950 auf 8,7 Millionen im Jahr 1985 (von 19,4 Prozent auf 33,6 Prozent) sowie der Rückgang der durchschnittlichen Zahl der Haushaltsmitglieder von 2,99 auf 2,31 in diesem Zeitraum. Andere einschneidende Veränderungen erschließen sich nur aus dem Vergleich älterer und jüngerer Kohorten (Jahrganggruppen) und ihrer unterschiedlichen Lebensverläufe. So haben (1985) von je 100 zwischen 1900 und 1909 geschlossenen Ehen 10 Prozent keine Kinder und 32 Prozent ein und zwei Kinder, insgesamt 364 Kinder. Von den 1970 bis 1974 geschlossenen Ehen haben 20 Prozent keine Kinder und 69 Prozent ein oder zwei Kinder, bei insgesamt (bisher) 148 Kindern. Trotz einer annähernden Verdreifachung der Ehescheidungen zwischen 1960 und 1985 (von 49 000 auf 128 000) hat sich der Anteil der Verheirateten kaum verändert; stark gestiegen ist jedoch der Anteil der Ehepartner, die bereits schon einmal verheiratet gewesen sind. Viel dramatischer ist – wegen des Altersaufbaus und der unterschiedlichen Lebenserwartungen von Frauen und Männern (1984/86 71,5 vs. 78,1 Jahre) – der Anstieg der verwitweten Personen. In der Bundesrepublik lebten 1985 5,4 Millionen verwitwete Personen, und kaum jemand macht sich klar, daß davon 2,1 Millionen Frauen über 75 Jahren sind.

Die vielbesprochenen »neuen Familienformen« werden nur unter dem Mikroskop der Kohortenbetrachtung richtig sichtbar, wenngleich die Zahl von 941 000 Alleinerziehenden (1985) schon an sich beachtlich ist. In den Geburtsjahrgängen 1960 bis 1968 finden wir 14 Prozent, die unverheiratet mit einem

Partner zusammenleben, gegenüber 5 Prozent in den Jahrgängen 1940-1959 und nur 1 Prozent in den älteren Jahrgängen. Wie sich die jungen Kohorten im weiteren Verlauf ihres Lebenszyklus einrichten, wird langfristig nicht nur über die Struktur, sondern auch über die Funktionen von Haushalten und Familien entscheiden. Die Familiensoziologie spricht hier vom Funktionswandel und meint damit sowohl die Abgabe bestimmter Aufgaben an öffentliche Erziehungs- und Pflegeeinrichtungen und an Märkte als auch die Verstärkung von anderen Aufgaben, etwa der frühkindlichen Sozialisation, der sozialen Platzierung, der psychischen Regeneration, ja selbst neuer Formen der Eigenproduktion. Allen Angriffen auf die »bürgerliche Familie« und allen Verteidigungsmaßnahmen liegt die Suche nach Formen des Zusammenlebens zugrunde, die den veränderten Bildungsvoraussetzungen, Erwerbswünschen und der längeren Lebenserwartung von Männern und Frauen gerecht werden.

Bildung und Ausbildung

In den sechziger Jahren wurde in der Bundesrepublik der »Bildungsnotstand« befürchtet, weil der Anteil der Jugendlichen in weiterführenden Schulen und Universitäten weit hinter dem vergleichbarer Länder zurücklag. Arbeiterkinder, Landkinder, Mädchen und auch Katholiken wurden als defizitäre, weil unterrepräsentierte Gruppen ausgemacht. Das weitere wirtschaftliche Wachstum galt ohne eine Bildungsoffensive als gefährdet. Kaum ein anderer Entwicklungsprozeß hat die Sozialstruktur so verändert und gleichzeitig so viel neue Probleme aufgeworfen wie die Bildungsexpansion seit etwa 1960. Der Anteil der 13jährigen in weiterführenden Schulen stieg von 36 Prozent im Jahr 1960 auf 58 Prozent im Jahr 1985: die Hauptschule ist zur »Restschule« geworden. Die Studentenzahl stieg (1960-1985) von 247 000 auf 1 336 000, und 1985 war die Zahl der Studienanfänger kaum geringer als die Gesamtzahl der Hochschulere 25 Jahre früher. Der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß konnte auf unter 7 Prozent reduziert werden. Die Zahl der Mädchen mit weiterführendem Schulabschluß ist heute größer als die der Jungen. Der Anteil der Studenten aus Arbeiterfamilien ist auf nahezu 20 Prozent gestiegen. Von den 20- bis 29jährigen haben 1985 51 Prozent einen weiterführenden Schulabschluß, gegenüber nur 18 Prozent der über 60jährigen.

Durch die Bildungsexpansion hat die Bundesrepublik inzwischen mit anderen Industrienationen gleichgezogen. Ihre Eigentümlichkeit lag darin, daß

sie ohne einschneidende institutionelle Änderung des Bildungssystems erfolgte, etwa eine kürzere High School, gefolgt von College und Graduiertenstufe. Die starken höher qualifizierten Kohorten treffen nun auf ein in seinen Qualifikationsansprüchen langsamer und anders gewachsenes Beschäftigungssystem. Warteschlangen und Umschulungen sind die Folge. Abiturienten und Hochschulabsolventen rücken in Positionen ein, die ihre Vorgänger mit niedrigeren (formalen) Qualifikationen erreicht haben – was meines Erachtens zu Unrecht als Dequalifizierung bezeichnet wird. Der Wert der dualen Facharbeiterausbildung wird wiederentdeckt und der Facharbeitermangel beklagt. Fehlallokationen (»Lehrerschwemme«, »Juristenschwemme«) schaffen große Übergangsprobleme. Deshalb ist die Weiterbildung – als Anpassungsqualifikation, Aufstiegsqualifikation und als Umschulung – zu einer neuen Aufgabe, zu einem »vierten Bildungssektor« geworden. Nicht weniger als ein Viertel der Erwachsenen nimmt inzwischen an Weiterbildungsveranstaltungen teil. Die Bildungsexpansion hat die durchschnittliche Erwerbsphase im Lebenslauf um drei bis fünf Jahre verkürzt. Nicht nur die formalen Qualifikationen der betreffenden Kohorten und damit der Gesamtbevölkerung haben sich erhöht, sondern vermutlich auch die informellen, sozialen Fertigkeiten. Heute können sich z. B. rund 60 Prozent der Erwachsenen und rund 80 Prozent aller unter 35jährigen in einer Fremdsprache verständigen. Trotz aller Anpassungsprobleme wird sich die Bildungsexpansion als eine wichtige Modernisierungsressource erweisen.

Einkommen

Neben Beruf und Bildung gehört das Einkommen zu den zentralen Kriterien der sozialen Schichtung und damit der Sozialstruktur einer modernen Gesellschaft. Die großen Trends der Einkommensentwicklung und der Einkommensverteilung sind klar zu erkennen; im Detail ergeben sich enorme Meßprobleme, und hieran schließen sich heftige ideologische Auseinandersetzungen an. Das Realeinkommen der breiten Bevölkerung hat sich seit 1950 etwa vervierfacht und damit den Massenkonsum und den Massenwohlstand ermöglicht. Das reale Haushaltseinkommen ist bis 1980 für fast alle sozialen Gruppen ständig (mit Ausnahmen 1967, 1975) gestiegen, allerdings in unterschiedlichem Umfang, je nach Inflationsrate. Die Jahre 1980 bis 1985 brachten sodann für fast alle sozialen Gruppen erstmals reale Nettoeinbußen, als die nominellen Steigerungen die

Preiserhöhungen und steigenden Abgaben nicht mehr kompensieren konnten. Seit der Rentenreform 1957 sind auch die größten Teile der Ruhestandsbevölkerung an die allgemeine Wohlstandssteigerung herangeführt worden. Die Verteilung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (gemessen etwa durch Quintile) hat sich seit 1950 kaum verändert: Die Einkommensunterschiede in der Bundesrepublik reproduzieren sich also bei steigendem Niveau. Bei der Zusammensetzung des Einkommens privater Haushalte erhöht sich der Anteil der Transferzahlungen (Sozialleistungen) auch für die Nichtrentner. Der Besitz an Gebrauchsvermögen ist generell angestiegen, und die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen haben sich verringert. Haus- und Grundbesitz hatten 1983 72 Prozent der Haushalte von Selbständigen, aber auch 54 Prozent, 50 Prozent bzw. 48 Prozent der Haushalte von Beamten, Arbeitern und Angestellten.

Die großen politischen Kontroversen werden nicht über die Masseneinkommen und auch nicht über die Verteilung des Gebrauchsvermögens geführt, sondern an anderen Punkten. Die Kritiker der ungleichen Verteilung und Kontrolle des Produktivvermögens zielen eigentlich auf eine Veränderung der privatwirtschaftlichen Investitionsentscheidungen. Die Kritiker, die bei den Langzeitarbeitslosen und bei den Beziehern von Kleinrenten eine »neue Armut« entdeckt haben, ja von einer »Zweidrittelgesellschaft« sprechen, unterschätzen dabei häufig die Haushaltsverflechtungen, in denen die meisten Menschen stehen und Hilfe beziehen; sie sehen in einer Mindestrente bzw. einem sozialen Grundeinkommen die Lösung für die »eigenständige« Sicherung aller Bürger. Die Benachteiligung derjenigen Haushalte, die Kinder erziehen oder Alte und Kranke pflegen, wird von anderen Kritikern aufgegriffen, welche die Familien, nicht die Individuen, zum Ansatzpunkt von Ausgleichsmaßnahmen machen wollen. Auf beides: Grundsicherung und Familienlastenausgleich wird sich die einkommenspolitische Diskussion der nächsten Jahre konzentrieren.

Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit ist in modernen Gesellschaften noch immer die wichtigste Quelle von Einkommen und Sozialprestige. Aber die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik zeigt ein doppeltes Gesicht. Die größere Hälfte der Bevölkerung (35,9 Millionen) ist nicht oder nicht mehr erwerbstätig;

diese Personen haben ihren überwiegenden Lebensunterhalt als Familienangehörige oder als Rentner bzw. Empfänger anderer Transferleistungen. Überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestreiten 25,8 Millionen Personen ihren Lebensunterhalt, davon 15,9 Millionen Männer und 9,9 Millionen Frauen. Diesen 25,8 Millionen Erwerbstätigen steht ein Erwerbspersonenpotential von ca. 29 Millionen gegenüber. Neben 2,3 Millionen Arbeitslosen wird eine »Stille Reserve« von ca. 1,2 Millionen Personen geschätzt, zumeist Frauen, die unter günstigeren Bedingungen erwerbstätig wären. Bei der Erklärung der Beschäftigungslücke muß die demographische Komponente (geburtstarke Jahrgänge) von den Verhaltenskomponenten (insbesondere gestiegene Erwerbswünsche von Frauen) unterschieden werden. Und bei der Erklärung der seit Jahren hohen und scheinbar so »ultrastabilen« Arbeitslosenzahl muß man sich immer wieder klar machen, daß sich hinter der Zahl von 2,3 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt nach wie vor millionenfache Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt verbergen. So sind z. B. 1987 ca. 3,5 Millionen Fälle von Zugängen zum Arbeitsmarkt, bei gleichzeitig ca. 3,3 Millionen Abgängen, zu verzeichnen. Ebenfalls muß man sich klar machen, daß die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1983 und 1987 um über 1 Million gestiegen ist – davon die Hälfte in privaten Dienstleistungsunternehmen –, ohne daß dies ausgereicht hätte, angesichts des Berufseintritts der geburtstarken Jahrgänge die Arbeitslosenzahl zu verringern. Andererseits war bis 1985 der Anteil der ein Jahr und länger Arbeitslosen auf 31 Prozent gestiegen, d. h. auf rund 670 000 Personen.

Das Arbeitsvolumen ist von 56 Milliarden Stunden 1960 auf 43 Milliarden Stunden 1985 zurückgegangen, pro Arbeitnehmer von ca. 2 000 Stunden auf ca. 1 600 Stunden im Jahr. In Meinungsumfragen nimmt die Zentralität der Erwerbsarbeit ab. Andererseits sind über 90 Prozent der 20- bis 60jährigen Männer erwerbstätig, und die Erwerbsquoten der 20- bis 40jährigen Frauen sind allein zwischen 1970 und 1985 von 53 Prozent auf 67 Prozent, die der 40- bis 60jährigen Frauen von 45 Prozent auf 53 Prozent gestiegen. Erwerbsarbeit hat nicht ihre Bedeutung verloren, sondern ihre Form verändert: Sie hat sich auf das mittlere Lebensdrittel konzentriert. Die Gründe für diese Konzentration liegen in der Verlängerung der Ausbildungszeiten, der Vorverlegung des Ruhestandes sowie der verstärkten Rückkehr von verheirateten Frauen auf den Arbeitsmarkt. Wir stehen nicht vor dem Ende der »Arbeitsgesellschaft«, sondern vor einem Schub der Flexibilisierung. Der modernen Gesellschaft geht nicht die Arbeit aus, sondern die Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit und Familienarbeit entspricht nicht mehr den Bedürfnissen. Die Frauen werden nicht

vom Arbeitsmarkt vertrieben, sondern ihr Anteil an den Erwerbstätigen steigt ununterbrochen, und in den letzten Jahre steigen auch die absoluten Zahlen der erwerbstätigen Frauen.

Die Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen und nach der Stellung im Beruf sind zwei klassische Fragestellungen: die erste zur Abbildung der Veränderungen der Wirtschaftsstruktur durch sektorale Verschiebungen, die zweite im Zusammenhang der Klassendiskussion. Zum ersten Thema zeigen die Rohdaten einen Anstieg des tertiären Sektors von 33 Prozent (1950) auf 53 Prozent (1985), einen nur leichten Rückgang des sekundären Sektors (von 43 Prozent auf 41 Prozent) sowie die Fortsetzung des säkularen Rückganges der Landwirtschaft (von 23 Prozent auf 5 Prozent). Unter dem sozialwissenschaftlichen Mikroskop wird allerdings erkennbar, daß sich die Dienstleistungen in zwei Dimensionen entwickeln: in Dienstleistungen für Produzenten einerseits, d. h. als Vorleistungen und Hilfsleistungen für die Produktion, und in öffentliche und persönliche Dienstleistungen andererseits. Wenn man die Dienstleistungsentwicklung so betrachtet, dann reduziert sich der »Dienstleistungsrückstand« der Bundesrepublik, weil anders als etwa in den Vereinigten Staaten zahlreiche Dienstleistungen in Industriebetrieben, also innerhalb des sekundären Sektors, erbracht werden. Andererseits wird der Rückstand öffentlicher Dienstleistungen sichtbar, die etwa in den skandinavischen Ländern in größerem Maße von Frauen und in erhöhtem Maße in Teilzeitbeschäftigungen erbracht werden. Zwar hat sich die Quote der Teilzeitarbeit von 1960 auf 1985 von 4 Prozent auf 13 Prozent vervierfacht, und 31 Prozent der erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt; dieser Anteil liegt jedoch immer noch deutlich hinter dem anderer Länder mit einer höheren Frauenerwerbsquote zurück.

Nach der Stellung im Beruf finden wir in der Bundesrepublik von 1950 bis 1985 einen Rückgang der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen von 28 Prozent auf 12 Prozent; dieser Trend verdeckt einige quantitativ noch nicht so auffälligen Entwicklungen »neuer Selbständigkeit«. Der Arbeiteranteil hat sich von 51 Prozent auf 40 Prozent reduziert, aber zahlreiche qualifizierte Vorarbeiter und Meister werden heute in der Kategorie der Angestellten geführt, die von 17 Prozent auf 40 Prozent den größten Zuwachs zu verzeichnen hat. Der Beamtenanteil hat sich von 4 Prozent auf 9 Prozent gesteigert. In absoluten Zahlen bedeutet dies 1985 3,1 Millionen Selbständige und Mithelfende, 2,3 Millionen Beamte, 10,5 Millionen Angestellte und 10,6 Millionen Arbeiter.

Klassen und Schichten

Die Gliederung der Bevölkerung nach demographischen Merkmalen, Bildung, Einkommen und Erwerbstätigkeit ergibt die Bausteine der Sozialstruktur. Die Kombination solcher Merkmale führt zu unterschiedlichen Lebenslagen bzw. sozialen Lagen. Die Gesellschaftsanalyse war jedoch immer auch daran interessiert, wie sich solche Lebenslagen zu handlungsrelevanten Großgruppen mit gemeinsamen Interessen und Wertüberzeugungen – zu Kasten, Ständen, Klassen, sozialen Schichten – formieren. In einer neuen theoretischen Formulierung wird soziale Schichtung in diesem Sinne »als eine Sozialform angesehen, die aus drei konstituierenden Prozessen besteht ... erstens der ungleichen Verteilung knapper Ressourcen, zweitens der Formation homogener Bevölkerungs-teile und drittens der Rangordnung dieser Bevölkerungsteile« (Turner 1984, S. 59).

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der reale Übergang der traditionellen ständischen Gesellschaft in die industrielle Gesellschaft wissenschaftlich als Pro und Contra der Marxschen Klassentheorie diskutiert. Marx hat bekanntlich die Polarisierung der Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat, die Aufreibung des Kleinbürgertums und einen sich verschärfenden Klassenkampf um den Besitz der Produktionsmittel postuliert. Max Weber hat demgegenüber auf der Koexistenz von drei Organisationsformen – Klassen, Stände und Parteien (bestimmt durch Besitz, Ehre und Macht) – bestanden: Er hat Klassenlagen definiert durch die Verfügungsgewalt über Güter sowie zusätzlich auch über Leistungsqualifikation, und er hat soziale Klassen sodann durch typische Mobilitätsbarrieren bestimmt. Einen empirischen Einblick in die »soziale Schichtung des deutschen Volkes« der Zwischenkriegszeit gibt Theodor Geiger anhand der Volkszählung von 1925. Er argumentiert, daß man die Rohgliederung »in kapitalistische, mittlere und proletarische Lagen« unter Berücksichtigung der gruppenstiftenden Sozialmentalitäten (»... Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und ... Lebenserfahrungen«) in fünf Hauptschichten aufteilen muß: Kapitalisten 0,92 Prozent, alter Mittelstand 17,7 Prozent, neuer Mittelstand 17,95 Prozent, Proletaroiden 12,65 Prozent und Proletariat 50,71 Prozent. Nur durch die Unterscheidung von mindestens fünf Mentalitätsformen, deren Träger unterschiedliche Koalitionen eingehen können, glaubte Geiger übrigens, den Aufstieg des Nationalsozialismus erklären zu können; aufgrund der marxistisch bestimmten Klasseninteressen hätte es den Erfolg der Nationalsozialisten nicht geben dürfen. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Gei-

ger die Klassendiskussion noch einmal aufgegriffen und die folgenden »neuen Linien« der »Klassengesellschaft im Schmelztiegel« herausgearbeitet: (1) die fortwährende Bedeutung der in sich selbst gespaltenen alten und neuen Mittelschichten; (2) die Angleichung der Arbeiter an kleinbürgerliche Standards von Kaufkraft und Verbrauchsgewohnheiten; (3) eine neue Bedeutung der Spannung zwischen Stadt und Land; (4) die »Institutionalisierung des Klassengegensatzes«, d. h. die Interessenverwandtschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital und demgegenüber die Benachteiligung der Nicht-Organisierten; (5) die neue Macht der Manager und Experten. Es ist eindrucksvoll, wie weitsichtig sich Geiger insbesondere mit den beiden letzten Trendaussagen erwiesen hat.³

Die empirische Sozialforschung hat sich ausführlich damit beschäftigt, die Umschichtungen der Nachkriegszeit auf den Begriff zu bringen. Dabei hat sich Schelsky einseitig auf die massenhaften Auf- und Abstiegsprozesse fixiert und daraus die Entstehung einer »nivellierten mittelständischen Gesellschaft« abgeleitet. Die mit dem neuen Instrument der Umfrageforschung und der »sozialen Selbsteinschätzung« arbeitenden Sozialforscher stellten immer wieder die Tendenz der Befragten fest, sich in der unteren und oberen Mitte einzuordnen, auch bei zahlreichen Arbeitern. Die marxistische Forschung stagnierte einerseits bei schematischen Polarisierungsmodellen; in ihren aufgeklärten Versionen entdeckte sie wieder die Formierung einer »politischen Klasse« an der Spitze, und sie entdeckte neu die nicht-proletarische »neue technische Intelligenz« ohne Produktionsmittel, aber mit wachsender Entscheidungsbefugnis. Dahrendorf hat solche Phänomene mit den klassischen Begriffen der Eliten und der Dienstklasse beschrieben und jüngst am unteren Ende der gesellschaftlichen Schichtung auf die wachsende Underclass, im Sinne des Marx'schen Lumpenproletariats, aufmerksam gemacht. Lepsius schließlich hat die schichtungstheoretischen Konsequenzen aus dem Anwachsen von Wohlfahrtsstaat und Transferleistungen gezogen: Im Weberschen Sinn analysiert er neben Besitzklassen und Erwerbsklassen die »Versorgungsklassen«, die durch »Unterschiede in der Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen« bestimmt sind (vgl. Hradil 1987; Dahrendorf 1965, Kap. 6, 18; Lepsius 1979).

In gewissem Gegensatz zu diesem Strang der Klassen- und Schichtungsfor-

schung hat sich seit den siebziger Jahren eine breite Diskussion um neue Ungleichheiten, Sozialmilieus und neue Lebensstile entwickelt: »von Klassen und

3 Vgl. für einen umfassenden Literaturüberblick, einschließlich der Theorien von Marx und Weber, Hradil 1987. Die zitierten Arbeiten von Theodor Geiger sind: »Die soziale Schichtung des deutschen Volkes« (1932) und »Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel« (1949).

Schichten zu Lagen und Milieus« (Hradil) bzw. »jenseits von Schicht und Klasse« (Beck). Ein wichtiger Anstoß hierzu kam zunächst von marxistisch inspirierten Autoren, die die steigende Bedeutung »horizontaler Disparitäten« neben den verbleibenden vertikalen Ungleichheiten herausgearbeitet haben (Offe), d. h. ungleiche Versorgungs- und Zugangschancen von Individuen und Gruppen in verschiedenen Lebensbereichen und in unterschiedlichen Phasen des Lebenslaufs. Dieser Entwicklungstrend wurde zunächst an dem für die sechziger Jahre behaupteten Gegensatz von öffentlicher Armut und privatem Wohlstand (Galbraith) festgemacht: überfüllte Schulen, schlechte Krankenhäuser, fehlende Infrastruktur, an Mängeln also, denen auch die breiten Mittelschichten phasenweise ausgesetzt sind. Inzwischen werden diese Tendenzen verallgemeinert und zum Teil psychologisiert: als Statusinkonsistenz, als unterschiedliche Sozialisationsstypen und -kapazitäten, als die Pluralisierung von Sozialmilieus und Lebensstilen, die sich ergeben aufgrund des gestiegenen frei verfügbaren Einkommens, kürzerer Arbeitszeiten und größerer Wahlmöglichkeiten von Bildungswegen. Insgesamt geht es um »steigende Optionen« bei schwächer gewordenen Bindungen, die Individuen und Haushalten größere Wahlmöglichkeiten und gleichzeitig schwierigere Entscheidungs- und Gestaltungsaufgaben zuschreiben. Schließlich hat die Frauenbewegung die vielfältigen Überlastungen und Benachteiligungen von Frauen in Arbeit, Familie und Alltag zu politisieren versucht. Das Zwischenergebnis ist eine tiefgreifende Verunsicherung der traditionellen Frauen- und Männerrollen und vielfältige Experimente mit neuen Lebensformen und Partnerschaften, insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen. Von einigen Beobachtern werden diese Umstrukturierungen zu einem unaufhaltsamen Individualisierungstrend überhöht, der keine der überkommenen Gruppierungen intakt lassen wird, bis er bei einer »Monadisierung« der Gesellschaft endet. Eine realistischere Einschätzung scheint mir zu sein, auch die gegenwärtigen Umstrukturierungen als Phasen im langfristigen Prozeß der Modernisierung zu sehen; allerdings als eine Phase beschleunigten Wandels, der jetzt nachhaltig die in der Hochphase der Industrialisierung formierten Werteinstellungen, Rollendefinitionen und Lebensläufe verändert. Karl Mannheims Modell kommt heute zu neuem Glanz, das sozialen Wandel an die Abfolge der Generationen bindet und die jungen Alterskohorten zu den wichtigsten Trägern der Veränderungen macht.⁴

4 Vgl. Hradil 1987; Beck 1986, Kap. 3-6. Die klassische Arbeit von Karl Mannheim ist der Aufsatz »Das Problem der Generationen« (1928).

Die Sozialstruktur der Bundesrepublik in den achtziger Jahren

Von den Gesamtdarstellungen der Sozialstruktur der Bundesrepublik, wie sie für den heutigen Forschungsstand repräsentativ sind, möchte ich drei unterschiedliche Ansätze kurz erwähnen.⁵

- Durch Kombination einer Schichtungsdimension und einer Dimension von Werteinstellungen (von traditionell bis postmateriell) ermittelte das Sinus-Institut neun Sozialmilieus, »die sich in Lebensauffassung und Lebensweise ähneln«, z. B. das kleinbürgerliche Milieu gegenüber dem traditionellen Arbeitermilieu. Diese Milieus haben sich insbesondere bei der Erklärung von Parteipräferenzen bewährt.
- Ein von der Marxschen Theorie beeinflusstes Modell (Wright, Strasser und andere) kombiniert die Dimension Produktionsmittelbesitz/Lohnabhängigkeit mit der Dimension Qualifikationsressourcen/Organisationsressourcen und versucht damit, die Manager- und Aufsichtsfunktionen von den ausführenden Tätigkeiten zu unterscheiden und sodann unterschiedliche »Ausbeutungsverhältnisse« in zwölf Klassenlagen zu fassen.
- Eine an Weber anschließende »neue Klassentheorie« (Goldthorpe, Müller) unterscheidet neun Klassen nach »ähnlichen Markt- und Arbeitssituationen«, wobei eine obere und eine untere Dienstklasse (im Umfang 5 Prozent und 9 Prozent) durch ihre strategische Position in den großen staatlichen und privaten Bürokratien und durch besondere Karrierevorteile und Entscheidungsbefugnisse auffallen. Dieses Klassenmodell hat sich – auch im internationalen Vergleich – bei der Erklärung unterschiedlicher Mobilitätsmuster bewährt. Für die Bundesrepublik zeigen sich dabei, trotz prinzipieller »Familienähnlichkeit« mit anderen hochindustrialisierten Gesellschaften, einige typische Besonderheiten: so die höhere Selbstrekrutierung der einzelnen Klassen, die geringeren Aufstiegschancen von ganz unten nach ganz oben sowie eine deutliche Mobilitätsbarriere zwischen Arbeitern und Nicht-Arbeitern, die insbesondere durch die Institution der Berufslehre konstituiert wird.

5 Der Ansatz des Sinus-Instituts ist besprochen in Hradil 1987, S. 129-132. Zu dem Modell von Wright und Strasser vgl. Strasser et al. 1988. Zur neuen »Klassentheorie« vgl. Müller 1986.

Ein Modell der sozialen Lagen in der Bundesrepublik

Wir präsentieren im folgenden ein Gesamtbild der Sozialstruktur der Bundesrepublik, das einzelne Elemente der genannten theoretischen Ansätze aufnimmt, aber insgesamt einfacher ist.⁶ Wir gliedern die erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik im Jahr 1987 in soziale Lagen, die durch Erwerbsstatus, Geschlecht, Alter (unter/über 60 Jahre), Ausländeranteil und Berufsgruppen be-

6 Die vorliegende Analyse wurde von Detlef Landua, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), durchgeführt und wird gesondert veröffentlicht werden. Die graphische Umsetzung hat Roland Habich (WZB) durchgeführt. Verwendet wurden Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung, die mit ca. 12 000 Personen in ca. 6 000 Haushalten 1984 begonnen wurde (vgl. dazu Hanefeld 1987).

Die einzelnen Bestandteile und Indikatoren der großen Tabelle »Soziale Lagen in der Bundesrepublik« sind folgende:

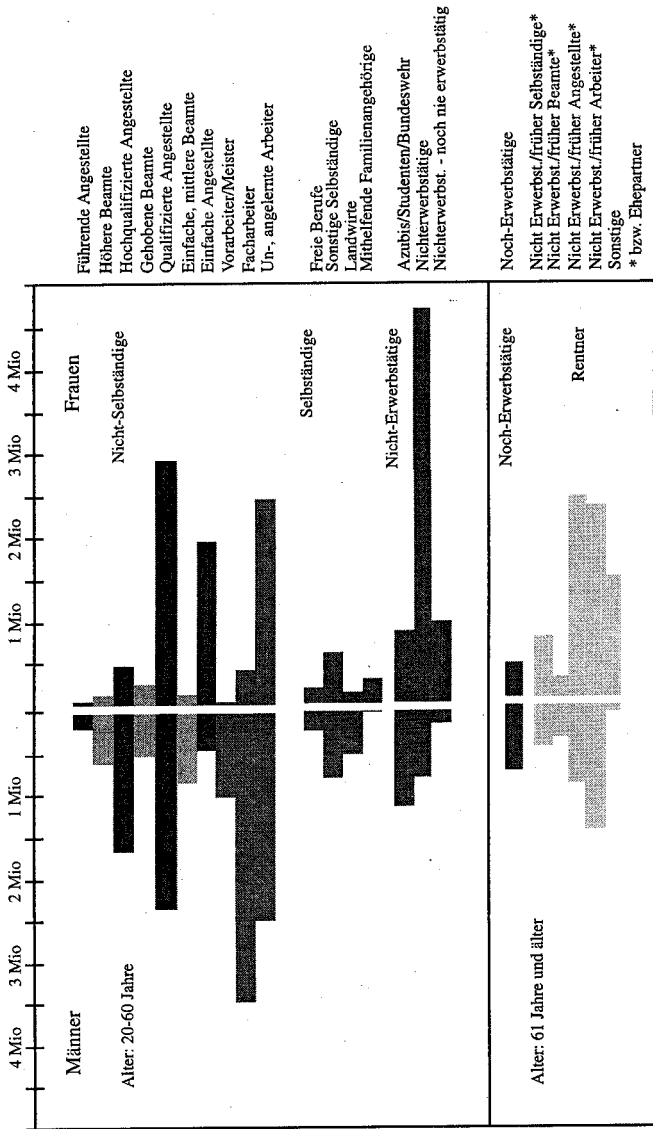
- a) Das Balkendiagramm gibt die wichtigsten sozialen Lagen im Jahr 1987, getrennt nach Geschlecht, Erwerbsstatus und Stellung im Beruf sowie Alter (bis 60 Jahre/60 Jahre und älter), maßstabsgerecht wieder. Sie wurde konstruiert mit Hilfe der entsprechenden Variablen (und angemessenen Zusammenfassungen), die im SOEP erhoben werden.
- b) Die Absolutzahlen sind mit Hilfe eines »Längsschnittgewichts« aus den Paneldaten hochgerechnet (zur Methode vgl. Rendtel 1987). Sie stimmen – aufgrund der bei Mikrodaten unvermeidlich auftretenden »fehlenden oder unkodierbaren Angaben« – mit den amtlichen Daten nicht völlig überein, ergeben jedoch keine wesentlichen Abweichungen. Alle Zahlen beziehen sich auf die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik ab 20 Jahre.
- c) Der Ausländeranteil in jeder sozialen Lage setzt sich aus zwei Teilgruppen zusammen: zum einen aus ausländischen Personen in Privathaushalten, deren Haushaltsvorstand türkische, griechische, jugoslawische, spanische oder italienische Staatsangehörigkeit besitzt, und zum anderen aus Personen in Privathaushalten, deren Haushaltsvorstand einer anderen Nationalität angehört.
- d) Das Haushaltsnettoeinkommen pro Monat umfaßt das aufsummierte Einkommen aller Haushaltsmitglieder (abzüglich Steuern und Sozialabgaben).
- e) Das gewichtete Haushaltseinkommen pro Kopf stellt die Haushaltsgröße und die unterschiedlichen Bedarfe der Haushaltsmitglieder in Rechnung: Für die erste Person im Haushalt wird ein Bedarf von 1, für die zweite Person ein Bedarf von 0,7, für die dritte von 0,6 und für jede weitere von 0,5 angenommen. Diese Gewichtung berücksichtigt, daß in größeren Haushalten »Skalenvorteile«, d. h. Kostenvorteile durch gemeinsame Wirtschaftsführung, erzielt werden.
- f) Die Lebenszufriedenheit wird durch die Frage gemessen: »Zum Schluß möchten wir Sie noch nach Ihrer Zufriedenheit mit Ihrem Leben insgesamt fragen. Antworten Sie bitte anhand der folgenden Skala, bei der >0< ganz und gar unzufrieden, >10< ganz und gar zufrieden bedeutet. Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?«. Die Befragten haben also die Möglichkeit, sich auf einer elfstufigen Skala (0-10) selbst einzuordnen.
- g) Die Frage nach den Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation lautet: »Wie ist es mit den folgenden Gebieten: Machen Sie sich Sorgen um Ihre wirtschaftliche Situation?« In der Tabelle sind die Anteile derjenigen angegeben, die aus den Antwortkategorien »große«, »einige« und »keine« die Alternative »große Sorgen« gewählt haben.

stimmt sind. Wir untersuchen sodann für jede soziale Lage die objektive und subjektive Wohlfahrt anhand ausgewählter Indikatoren. Die objektive Wohlfahrt messen wir mit dem Haushaltsnettoeinkommen und mit dem »bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf«. Die subjektive Wohlfahrt wird mit der auf einer Skala von 0-10 gemessenen Lebenszufriedenheit untersucht sowie mit dem Anteil derer, die »große Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft« haben. Objektive Wohlfahrt wird also aufgrund beobachtbarer Ressourcen, subjektive Wohlfahrt aufgrund von erfragten Bewertungen bestimmt. Die Darstellung (Abbildung 2) ist maßstabgerecht, d. h. sie repräsentiert in graphischer Form den quantitativen Umfang der einzelnen sozialen Lagen. Einige zentrale Punkte sollen im folgenden herausgegriffen werden.

1. Bei den Soziallagen der abhängig Beschäftigten finden sich die größten Gruppen für Männer bei den Facharbeitern (3,5 Millionen) und für Frauen bei den qualifizierten Angestellten (2,9 Millionen). In den vier statushöchsten Gruppen ist das Verhältnis Männer : Frauen 2,2 : 1, bei den Beamten insgesamt 2,7 : 1. Die Selbständigen umfassen zusammen weniger Personen als die Gruppe der qualifizierten weiblichen Angestellten allein.
2. Die größte Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen bis 60 Jahren stellen die Hausfrauen mit 5,6 Millionen; wichtiger ist jedoch, daß sich darunter ca. 1 Million Arbeitslose befinden und daß nur noch 17 Prozent dieser Hausfrauen-gruppe niemals erwerbstätig waren.
3. Bei den Personen über 60 Jahren finden wir noch 1,2 Millionen Erwerbstätige, im Verhältnis 2 : 1 von Männern und Frauen. Die übrigen sind Rentner und Pensionäre, aufgeschlüsselt nach dem früheren Beruf bzw. (bei älteren Frauen) nach dem früheren Beruf des Mannes.
4. Zusammen mit 2,2 Millionen Arbeitslosen bilden die Rentner und Pensionäre, aber auch Teile der Studenten, die »Versorgungsklassen« von ca. 26 Prozent der erwachsenen Bevölkerung.
5. Die Ausländer finden sich vor allem in den Berufskategorien der un- bzw. angelernten Arbeiter (1,3 Millionen Männer, 0,7 Millionen Frauen) und bei den Facharbeitern (0,3 Millionen Männer), sodann bei den Nichterwerbstätigen (Hausfrauen, Arbeitslose, Auszubildende). Auffällig ist auch der überproportionale Anteil der über 60jährigen erwerbstätigen Ausländer. Die Mehrheit erreichen die Ausländer in keiner sozialen Lage. Die Ausländer in den höheren Berufsgruppen sind quantitativ gering und stammen wahrscheinlich zumeist nicht aus den Anwerbeländern. Eine mikroskopische

DIE SOZIALSTRUKTUR DER BUNDESREPUBLIK IN DEN ACHTZIGER JAHREN

Abbildung 2: Soziale Lagen in der Bundesrepublik, 1987



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel, 1984-1987, Wohnbevölkerung über 20 Jahren, Hochrechnung

Tabelle 2: Soziale Lagen in der Bundesrepublik, 1987

	Anzahl in Tsd.		Ausländeranteil in %		Haushaltsnettoeinkommen, gewichtet pro Kopf		Haushaltsnettoeinkommen in DM		Lebenszufriedenheit (Skala 0 - 10)		Große Sorgen Anteil in %	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Führende Angestellte	193	53	2,0	13,9	2487	3994	5765	5770	7,5	7,9	14,7	0
Höhere Beamte	546	132	1,3	1,5	2349	3145	4867	4742	7,3	8,1	2,0	3,5
Hochqualifizierte Angestellte	1652	477	2,5	1,3	2048	1998	4353	3502	7,5	7,8	5,3	25,4
Gehobene Beamte	517	251	-	-	1996	2321	4332	4970	7,7	7,1	2,8	0
Qualifizierte Angestellte	2348	2928	3,2	2,4	1724	2056	3662	4002	7,3	7,2	8,7	8,9
Einfache, mittlere Beamte	834	138	-	-	1585	2112	3391	3718	7,4	7,6	4,3	0
Einfache Angestellte	452	1952	4,7	2,0	1511	1626	2889	3844	7,2	7,1	15,1	20,2
Vorarbeiter/Meister	1018	38	7,2	10,7	1691	1740	4000	4245	7,2	7,5	15,9	11,7
Facharbeiter	3456	417	11,3	5,4	1426	1783	3184	4307	7,3	7,3	20,1	12,8
Un-, angeleitete Arbeiter	2497	2457	33,4	17,2	1343	1416	2821	3089	6,9	6,9	22,0	19,8
Freie Berufe	247	186	4,9	13,2	2355	2988	4234	6508	6,7	7,2	26,2	19,8
Sonstige Selbständige	794	602	4,2	1,7	1832	1529	4490	3571	6,6	7,2	22,0	32,0
Landwirte	522	131	-	-	1223	1637	3659	5681	6,2	6,3	84,2	68,4
Mithelfende Familienangehörige	18	300	17,2	1,8	1127	1404	2828	3574	7,7	6,3	17,7	53,9
Azubis/Studenten/Bundeswehr	1140	860	2,9	3,2	1445	1542	3589	3804	7,0	6,7	16,8	14,0
Nicht-erwerbstätige	806	4695	18,7	5,0	1006	1305	2089	3158	5,1	7,1	54,1	18,3
Nicht-erwerbstätige ^a	165	957	5,9	16,3	1280	1224	3501	2936	6,7	7,1	36,1	35,1
Noch-Erwerbstätige	782	422	18,7	7,7	1966	1756	3820	2821	7,8	7,6	15,9	28,2
Nicht-Erwerbstätige/Selbständige ^b	506	733	-	-	1314	1458	2343	2785	7,1	6,8	12,7	11,7
Nicht-Erwerbstätige/Beamte ^b	412	239	-	-	1956	1381	3289	3138	8,4	7,7	6,3	0
Nicht-Erwerbstätige/Angestellte ^b	952	2396	1,9	-	1794	1615	2742	2285	7,4	7,3	2,1	8,0
Nicht-Erwerbstätige/Arbeiter ^b	1488	2288	3,4	0,7	1261	1265	2128	1893	7,1	7,2	10,4	10,3
Sonstige ^a	90	1442	-	0,3	1694	1315	2693	2069	5,7	6,8	14,6	11,7

a niemals erwerbstätig

b bzw. frühere Stellung

Quelle: Das Sozio-ökonomische Panel, 1984 - 1987, Wohnbevölkerung über 20 Jahren, Hochrechnung.

- Analyse könnte hier aber auch Aufstiegsprozesse der zweiten Generation und eine eigenständige kleine Schicht ausländischer Selbständiger sichtbar machen.
6. Die höchste subjektive Wohlfahrt (Lebenszufriedenheit) weisen bei den Männern die pensionierten Beamten und die über 60jährigen Noch-Erwerbstätigen auf, bei den Frauen die drei statushöchsten Erwerbsgruppen. Insgesamt befinden sich alle abhängig Erwerbstätigen – mit Ausnahme der un- und angelernten Arbeiter – über dem Zufriedenheitswert 7, die meisten Selbständigen jedoch nicht. Bei den Nicht-Erwerbstätigen fallen die arbeitslosen Männer extrem ab, die Rentner und Pensionäre gleichen jedoch im wesentlichen den Erwerbstätigen.
 7. Die Teilgruppen, die sich große Sorgen um ihre Zukunft machen, haben erwartungsgemäß auch Defizite im Einkommen und in der Lebenszufriedenheit. Im Gesamtbild sind hier die überdurchschnittlichen Anteile bei den Selbständigen auffällig, mit extremen Werten bei den Landwirten und mithelfenden Familienangehörigen. Über 20 Prozent liegen auch die un- bzw. angelernten Arbeiter und die Facharbeiter sowie Frauen, die als über 60jährige noch erwerbstätig sind. Hingegen bestätigt sich für die »Rentner« das bei Einkommen und Lebenszufriedenheit gewonnene Bild sozialer Lagen, daß sie nicht schlechter gestellt sind als die Erwerbstätigen. Auf berufsspezifische Risiken verweisen die überproportionalen Sorgen bei einzelnen Angestelltenkategorien.
 8. Der Einkommensindikator ist ein kompliziertes Maß, das die Haushaltsbedarfe miteinbezieht. Bei den abhängig beschäftigten Männern ist das Einkommen (mit Ausnahme der Meister/Vorarbeiter, d. h. der »Arbeiterelite«) zugleich eine Rangreihe. Bei den Selbständigen fallen die Landwirte und Mithelfenden deutlich ab (wie schon bezüglich der Zufriedenheit). Die durchweg höheren Haushaltseinkommen der erwerbstätigen Frauen erklären sich im wesentlichen daraus, daß in ihren Haushalten der Verdienst des Mannes hinzukommt oder daß sie kleinere Haushalte haben. Am Boden der Einkommensschichtung finden sich die nicht-erwerbstätigen Männer unter 60 Jahren, d. h. zumeist Arbeitslose, die Landwirte und die Arbeiterrentner. Insgesamt zeigt jedoch der gewählte Indikator auch, daß nach der Pro-Kopf-Bedarfsgewichtung die Einkommensposition der Rentner mehrheitlich der der Erwerbstätigen entspricht. Damit wird das Bild verfeinert, das sich bei der Betrachtung des tatsächlichen, d. h. ungewichteten Haushaltseinkommens ergibt: Danach liegen die Rentenbezieher zum Teil deutlich hinter den

Erwerbstätigen. Aber die Erwerbstätigen haben in der Regel größere Haushalte und Kinder zu versorgen. Auch der ungewichtete Einkommensindikator zeigt deutlich höhere Haushaltseinkommen bei erwerbstätigen Frauen, in deren Haushalten in der Regel mindestens zwei Einkommen erzielt werden.

Das Modell der sozialen Lagen in der Bundesrepublik konnte hier nur in groben Zügen interpretiert werden. Rangunterschiede sind bereits durch die Berufsanzahl vorgegeben und zeigen sich insbesondere beim Einkommen; dabei spielt der zweite Verdienst (hier: Haushaltseinkommen von Frauen) eine eigenständige Rolle, und die Bedarfsgewichtung nach Haushaltsgröße verringert die Unterschiede. Bezüglich der subjektiven Wohlfahrt finden wir eine relativ hohe Lebenszufriedenheit und subjektive Sicherheit bei der Mehrheit fast aller sozialer Lagen. Es gibt Problemgruppen in der Bundesrepublik, Armut und Not – sie werden selbst in diesem groben Raster sichtbar. Aber es sind spezifische Problemgruppen und keine verelendeten Klassen. Die Gefahr ist, daß diese Problemgruppen übersehen werden angesichts der hohen objektiven und subjektiven Wohlfahrt bei der Mehrheit in praktisch allen sozialen Lagen. Die Problemgruppen unter den Arbeitslosen, bei Behinderten, Alleinerziehenden, einsamen alten Menschen verschwinden in einem Gesamtbild der sozialen Lagen; sie erfordern besondere Aufmerksamkeit. Andererseits gehört die hohe objektive und subjektive Wohlfahrt der überwiegenden Mehrheit zweifellos zu den Stabilitätsbedingungen und Innovationskapazitäten der Bundesrepublik.

Lebensstile, Lebenslagen, Lebensläufe

Während die Klassentheorie die Zugehörigkeit von Individuen und Haushalten zu bestimmten Berufsgruppen mit typischen Mentalitäten, d. h. mit Klassenbewußtsein und gemeinsamen Klasseninteressen, verbunden hat, ist dies bei einem aus den sozialen Lagen zusammengesetzten Bild der Sozialstruktur nicht mehr sinnvoll. Zu groß sind die Einstellungs- und Handlungsunterschiede, zumindest innerhalb der großen sozialen Lagen, obwohl wir sie oben gerade als distinkte Gruppen betrachtet haben. Soziale Lagen definieren den Rahmen der Ressourcen und Zugangschancen der in ihnen zusammengefaßten Personen und Haushalte, nicht mehr ihre Nutzung dieser Möglichkeiten. Gründe dafür finden sich im gewachsenen Umfang des frei verfügbaren Einkommens, der frei verfügbaren Zeit, der frei verfügbaren Gestaltungsräume und damit auch in

dem gestiegenen Gestaltungsdruck. Mit der Kategorie der Lebensstile versucht man diese Doppelsituation von Gestaltungsfreiheit und Gestaltungszwang zu fassen. Konsumverhalten und Aktivitätsmuster (Einkommens- und Zeitverwendung, Sozialbeziehungen) sind neben dem Lebensalter die offensichtlichen Kriterien für Lebensstile. Spezifische Generationserfahrungen und Identitätsbildungsprozesse sowie der spezifische kulturelle Geschmack bezeichnen die »feinen Unterschiede« dahinter. In der Literatur überwiegen feuilletonistische Beschreibungen der Yuppies, Dinks, Negos, Frumpies und Yollies, neben allen Varianten der Jugendkultur. Eine überzeugende Ermittlung der maßgeblichen Lebensstile in der Bundesrepublik, die genauer wäre als die oben erwähnte induktive Ermittlung von Sozialmilieus, liegt allerdings bisher nicht vor. Die empirische Basis hierfür könnten jedoch Darstellungen von Lebensformen geben, die nach Altersgruppen typische Haushalts- und Erwerbskonstellationen feststellen. Abbildung 3 zeigt einen solchen Versuch (vgl. hierzu Zapf et al. 1987, S. 10-41). Auf der schmalen Datenbasis einer Repräsentativbefragung von 2 000 Personen aus dem Jahr 1984 wurden Lebenslagen nach den Merkmalen Alter, Familienstand, Kinderzahl, Erwerbsstatus und Haushaltstypus konstruiert; ausgewiesen sind die fünf jeweils am stärksten besetzten Typen für die einzelnen Altersgruppen.

Von den Jungen und den Alten lassen sich drei Viertel in nur fünf Lebenslagen einordnen. Dabei wird der hohe Anteil junger Erwachsener, die als Erwerbstätige oder Studenten noch bei den Eltern leben, gegenüber den neuen Lebensgemeinschaften ebensooft unterschätzt, wie die Zahl der allein lebenden Verwitweten bei den höchsten Altersgruppen unterschätzt werden dürfte. Die mittleren Altersgruppen zeigen die größte Vielfalt der Lebensformen – dies nehmen wir als einen Beleg für die These von der Pluralisierung der Lebensstile. Die idealtypische Kernfamilie mit erwerbstätigem Vater, Hausfrau und zwei Kindern ist inzwischen eine Minderheit, ebenso die Hausfrauenehe in den Altersgruppen, in denen die Kinder das Haus verlassen haben.

Die Querschnittsbefunde aus der Analyse sozialer Lagen und Lebenslagen stellen Momentaufnahmen dar in der Dynamik der Lebensläufe der einzelnen Alterskohorten und Generationen. Wiederum in idealtypischer Vereinfachung können wir sagen, daß sich die klassische Drei- und Vierteilung des Lebenslaufs – bei Männern Ausbildung, Erwerbsphase und Ruhestand, bei Frauen Ausbildung, kürzere Erwerbsphase, anschließende Erziehungsphase, Ruhestand – wesentlich differenziert hat. Neue Lebensphasen kristallisieren sich für viele Menschen heraus, und sie sind (als dynamische Aspekte der ermittelten

Abbildung 3: Lebensformen und Lebensphasen

18- bis 24jährige	25- bis 44jährige	45- bis 64jährige	65- bis 74jährige	75jährige und ältere
Bei den Eltern lebend, ledig und erwerbstätig 31 %	Verheiratet, 2 und mehr Kinder, der Mann ist erwerbstätig 22 %	Verheiratet, kinderlos bzw. Kind(er) außer Haus, Mann ist erwerbstätig 13 %	Rentnerhepaar 37 %	Alleinlebende Witwe 38 %
Bei den Eltern lebend, ledig, nicht erwerbstätig 19 %	Verheiratet, mindestens 1 Kind, beide sind erwerbstätig 19 %	Verheiratet, 2 und mehr Kinder, Mann ist erwerbstätig 12 %	Alleinlebende Witwe 16 %	Rentnerhepaar 20 %
In Wohngemeinschaft oder mit Partner lebend 10 %	Verheiratet, 1 Kind, der Mann ist erwerbstätig 12 %	Verheiratet, 1 Kind, Mann ist erwerbstätig 12 %	Ehepaar, Mann ist noch erwerbstätig 10 %	Lebt in einem Drei-Generationenhaushalt 10 %
Alleinlebend, ledig 7 %	Verheiratet, keine Kinder, beide sind erwerbstätig 9 %	Verheiratet, 1 Kind, beide sind erwerbstätig 12 %	Rentnerhepaar, 1 Kind im Haushalt 6 %	Ehepaar, ein Erwerbstätiger 7 %
Verheiratet, beide erwerbstätig 6 %	Alleinlebend, bei den Eltern lebend, erwerbstätig 5 %	Verheiratet, kinderlos bzw. Kind(er) außer Haus, beide sind erwerbstätig 9 %	Ehepaar, Frau ist noch erwerbstätig 4 %	Alleinlebender Witwer 3 %
Sonstige = 27 %	Sonstige = 33 %	Sonstige = 42 %	Sonstige = 27 %	Sonstige = 22 %
Basis (N) = 294 = 100 %	Basis (N) = 695 = 100 %	Basis (N) = 676 = 100 %	Basis (N) = 254 = 100 %	Basis (N) = 147 = 100 %

Quelle: Wohlfahrtssurvey 1984.

Lebensformen) die Basis für spezifische Lebensstile. Die Verlängerung der Ausbildungszeiten hat, zusammen mit der Vorverlegung der juristischen Volljährigkeit, die Phase der Postadoleszenz für viele 20- bis 30jährige entstehen lassen, mit neuen Formen der Partnerschaft und neuen Wohnformen. Die Phase der Kindererziehung hat sich bei den vielen Ehen mit nur ein oder zwei Kindern wesentlich verkürzt, und viele Frauen behalten in den sechs bis acht Jahren, in denen sie Kleinkinder zu betreuen haben, ihre Erwerbstätigkeit überhaupt bei, oder sie versuchen so rasch wie möglich wieder berufstätig zu werden. Für eine kleinere Gruppe verschieben sich Geburt und Kleinkindererziehung nach hinten, in die Lebensjahre nach 35. Prägnanter sichtbar wird auch die Phase der »nachelterlichen Gefährtschaft«, in den Lebensjahren 45/50 bis 60, wenn die Kinder das Haus verlassen haben. Für viele Ehepaare schließt sich eine möglicherweise ebenso lange Phase als »rüstige Rentner« an, in der Mann und Frau oft noch bei guter Gesundheit sind und in einer guten Einkommenssituation neue Aktivitäten entwickeln können. Für die meisten Frauen, aber nur für eine Minderheit der Männer, findet sich am Ende des Lebenslaufs eine mehrjährige Phase als Verwitwete. Überlagert werden die mittleren Lebensphasen inzwischen häufig von Scheidung und Wiederverheiratung, zumeist beider Partner, aber auch von Phasen des Alleinerziehens.

Es ist kein Zufall, daß sich dabei der weibliche Lebenslauf am stärksten verändert hat. Die für die zukünftige Entwicklung wichtigen Fragen sind, inwieweit die gegenwärtigen Rollenveränderungen zu einer weiteren Angleichung des Lebenslaufs von Frauen und Männern führen und inwieweit die jüngsten Kohorten wiederum neue Differenzierungen durchsetzen werden.⁷

Die Bundesrepublik auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Gesellschaftsmodelle

In der Perspektive der Sozialstrukturanalyse wandeln sich Gesellschaften durch intergenerationale und intragenerationale Veränderungen von Bildung, Einkommen, Beruf usw. der Individuen, zusammengefaßt in Altersaufbau, Berufsstruktur, weiterhin in sozialen Lagen und Lebensstilen der Bevölkerung.

⁷ Vgl. Zapf 1983b. Die theoretisch und empirisch anspruchsvollsten Untersuchungen über Sozialstruktur und Lebensverlauf werden von Karl Ulrich Mayer und Mitarbeitern durchgeführt (vgl. Mayer et al. 1988).

Die entgegengesetzte, sozusagen makroskopische Perspektive charakterisiert eine Gesellschaft insgesamt durch ihre Basisinstitutionen und die dominierenden Organisationsprinzipien, von denen alle Strukturmerkmale und Wandlungsprozesse geprägt werden. Das westliche Modell war bis in die achtziger Jahre die *Industriegesellschaft im Übergang zur postindustriellen Gesellschaft*. Das marxistische Modell war der Staatsmonopolistische Kapitalismus oder der *Spätkapitalismus* mit seinen permanenten Krisen. In beiden Modellen bestimmt die Organisation der Produktion alle Sphären der Gesellschaft.

Die *postindustrielle Gesellschaft* sollte aus der Industriegesellschaft hervorgehen durch das Anwachsen der Dienstleistungen, die nach Beschäftigtenanteil, Wertschöpfung und funktionaler Bedeutung die Dominanz der Industrieproduktion ablösen. Theoretisches Wissen wird zur zentralen Produktivkraft; Wissenschaftler, Experten und Manager besetzen die gesellschaftlichen Machtzentren. Die generelle Bildungsexpansion und ein »postmaterieller« Wertewandel trägt diesen säkularen Umbruch in Richtung auf eine tertiäre Zivilisation. Im Grunde war die Doktrin des *Spätkapitalismus* nichts anderes als die Krisenversion des Postindustrialismus. Nach dieser Doktrin wachsen die Machteliten von Wirtschaft und Staatsapparat immer enger zusammen, um die privaten Investitionsentscheidungen der kapitalistischen Industrie und die Legitimationsbeschaffung der politischen Klasse aufrechtzuerhalten: durch staatliche Rahmensteuerung der Wirtschaft, staatliche Sozialpolitik und staatliche Organisation der Produktivkraft Wissenschaft. Der Spätkapitalismus gilt somit als die letzte gesellschaftliche Formation vor dem Übergang in einen auf Gleichheit, Partizipation und kollektiven Entscheidungen beruhenden Demokratischen Sozialismus. Inzwischen kann man beide Modelle – postindustrielle Gesellschaft, Spätkapitalismus – in ihren Entwicklungsvorstellungen als gescheitert bezeichnen. Dienstleistungsexpansion, Verwissenschaftlichung und Wertewandel haben den privatwirtschaftlich-industriellen Kern und die professionelle Politik nicht überwunden, wohl aber verändert. Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Wissenschaftspolitik erweisen sich nicht als die letzten Rettungsanker des Spätkapitalismus, sondern als Institutionen der Modernisierung entwickelter Gesellschaften. Legitimationsprobleme und Motivationsprobleme bestehen fort, aber führen nicht zu einer sozialistischen Gesellschaft. Im Gegenteil: die enormen Umbauten, die sich die »real existierenden« sozialistischen Gesellschaften unter steigendem inneren Druck vorgenommen haben, verweisen auf den Weg einer weiteren Modernisierung aller entwickelten Gesellschaften (vgl. Bell 1973; Offe 1972).

Mit einer Reihe neuer Gesellschaftsmodelle versucht man heute das theoretische Vakuum zu füllen und die zentralen Entwicklungstendenzen auf den Begriff zu bringen. Im Modell der *Informationsgesellschaft* werden nicht mehr generell Dienstleistungen und Wissenschaft, sondern die Informations- und Kommunikationstechnologien zum Motor der Entwicklung, zum neuen Leitsektor erklärt. Im Modell der *Selbstbedienungsgesellschaft* werden die Dezentralisierungstendenzen und -möglichkeiten aufgezeigt, die die modernen Technologien bieten: neue Kombinationsmöglichkeiten von Markt- und Staatsleistungen mit der Eigenleistung von Haushalten und Individuen in ihren Rollen als Arbeitnehmer, Kunden, Klienten, Wähler. Im Modell der *dualen Gesellschaft* werden die neuen Spaltungen und neuen Ungleichheiten betont – auf dem Arbeitsmarkt, in der Stadtentwicklung bis hin zu den Sozialbeziehungen –, die sich aufgrund eines erhöhten Innovationstempos ergeben. Im Modell der *Risikogesellschaft* wird ein epochaler Bruch in dem Sinn postuliert, daß die Modernisierung nicht mehr länger traditionale Produktions- und Lebensweisen verändert, sondern – durch die von ihr selbst geschaffenen militärischen, technischen und ökologischen Großrisiken sowie die unaufhaltsame Individualisierung der Sozialbeziehungen – ihre eigenen modernen Lebensweisen untergräbt. Die Postmoderne ist der künstlerische, architektonische Ausdruck der sogenannten »neuen Unübersichtlichkeit« (vgl. Miles 1985; Beck 1986; Habermas 1985).

Die Modernisierung der Basisinstitutionen

In dieser offenen Situation ist eine aufschlußreiche Frage nach der Zukunft der Bundesrepublik die Frage nach der Entwicklung ihrer Basisinstitutionen Konkurrenzdemokratie, soziale Marktwirtschaft und Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Wir fragen nach den Belastungen und nach den Innovationskapazitäten dieser Institutionen sowie deren Folgen für Familien, Haushalte und Individuen. Modernisierung wird als langfristiger Prozeß verstanden, in dem Institutionen ihre Kapazitäten gegenüber immer neuen Belastungen und Ansprüchen erhöhen können und sich dabei wandeln. Die Antriebskräfte für diesen Wandel sind Innovationen: Umbauten gegen den Widerstand von Gewohnheit, Unsicherheit und etablierten Interessen. Innovationen sind zu verstehen als technische Innovationen, die neue Materialien und Energiequellen für Produktion und Konsum erschließen, aber auch als soziale Innovationen, z. B. neue Organisationsformen, die das Humankapital besser

nutzen und steigern. Für die mittlere Frist, für Entwicklungen in Generationen oder in 50-Jahres-Perioden, gibt das Modell langer ökonomischer Wellen eine Vorstellung davon, wie seit Beginn der Industrialisierung immer neue Schlüsselindustrien und Leitsektoren die alten, sich in ihrem »Lebenszyklus« erschöpfenden Industrien abgelöst haben. Dieses Modell kann man vorsichtig generalisieren. Für die Bundesrepublik war der Aufbau der Konkurrenzdemokratie, der sozialen Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft ein solcher historischer Kapazitätsgewinn, und er hat die Wohlfahrt der Bürger derart gesteigert, daß es ganz unplausibel ist – von fehlenden radikalen »Systemalternativen« abgesehen –, auf die mittlere Frist anders als in Kategorien einer weiteren Entwicklung dieser Basisinstitutionen durch Innovation zu denken (vgl. Zapf 1986b).

Konkurrenzdemokratie. Sie ist in der Bundesrepublik unter anderem durch Parteienwettbewerb, Föderalismus und unabhängige Kontrollinstitutionen wie Bundesverfassungsgericht und Bundesbank charakterisiert. Die Elemente der Konkordanz (der konsensualen, proportionalen Macht- und Ressourcenverteilung) und der politischen Dauerpartizipation der Bürger sind schwächer ausgebildet als z. B. in einigen kleineren westlichen Demokratien. Die großen Belastungen stammen, wie bei den anderen Basisinstitutionen, im wesentlichen aus den ungeplanten Folgen der Modernisierungserfolge der Bundesrepublik selbst: der Umweltbelastung, der Diskrepanz von individuellen und kollektiven Nutzen und Vorsorgen, der induzierten, gestiegenen Partizipationsansprüche, aber auch aus der elitistischen Selbstabschließung der »Parteiherrschaft«. Die Kapazitätsreserven liegen somit sowohl in der Verbesserung von Steuerungsinstrumenten, Maßnahmenimplementationen und Dezentralisierung wie in der Innovationskraft steigender Partizipation. Die Formen des unkonventionellen Protests, die Organisation latenter Interessen durch politische Unternehmer, die Selbstreformversuche der etablierten Parteien zeigen die Richtung zukünftiger Entwicklungen an: eine Demokratie verbreiteter Konkurrenz und stärker differenzierter Partizipation.

Soziale Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik ist eine »mixed economy« mit staatlicher Rahmensteuerung, einer stark exportorientierten Privatwirtschaft und mit einer mäßigen zweiten Einkommensverteilung durch das Steuer- und Abgabensystem. Der Anteil der Staatswirtschaft sowie das Gewicht der Investitions-, Arbeitsmarkt- und Regionalsteuerung sind

geringer als in einigen anderen westlichen Demokratien. Mitbestimmung und Tarifautonomie gehören zu den großen Kapazitätsreserven der Bundesrepublik. Große Belastungen stammen aus der weltwirtschaftlichen Konkurrenz für den »Industriestandort Deutschland«, d. h. aus der Notwendigkeit, Zukunftsindustrien aufzubauen und Altindustrien abzubauen, aus der hohen Arbeitslosigkeit mit einem wachsenden Kern von Dauerarbeitslosen, d. h. aus der Gefahr der Dualisierung des Arbeitsmarkts, sowie aus der Verschärfung der Umweltprobleme. Die Kapazitätsreserven liegen jedoch gerade in der weltwirtschaftlichen Spezialisierung auf »intelligente Produkte«, zum Teil mit Nischencharakter; in der hohen Ausbildungsqualifikation der Arbeitskräfte; im erweiterten Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft. Die auf breiter Front laufenden Versuche, neue Arbeitszeitregelungen, neue Entlohnungsformen, neue Ertragsbeteiligungen zu entwickeln, sowie Anzeichen für neue Selbständigkeit zeigen die Richtung des Wandels. Die Art und Weise, wie die Gewerkschaften in diese Innovationen einbezogen werden können und welche Formen von staatlicher Normsetzung Anerkennung finden, wird den spezifischen Entwicklungspfad der westdeutschen Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft und in der sich noch enger verflechtenden Weltwirtschaft prägen.

Wohlstandsgesellschaft. Die Wohlstandsgesellschaft der Bundesrepublik beruht auf dem Massenkonsum und auf dem Wohlfahrtsstaat. Der deutsche Wohlfahrtsstaat, der bis auf die Bismarckschen Sozialgesetze der 1880er Jahre zurückgeht, ist in der Geschichte der Bundesrepublik wesentlich erweitert und »dynamisiert« worden. Die eigentliche Revolutionierung der Lebensverhältnisse erfolgte jedoch durch jene vierfache Steigerung des Lebensstandards, die die Bundesrepublik aus einem Armenhaus zu einem der reichsten Länder der Welt gemacht hat. Die großen Belastungen stammen in erster Linie aus den Umweltschäden des Massenkonsums. Die privaten Haushalte produzieren genausoviel Müll und verbrauchen genausoviel Energie wie die Industrie; der private Kraftfahrzeugverkehr ist der größte Emittent von Stickoxid. In einem tieferen Sinn ist es die Frage, ob die »Überflußgesellschaft« nicht eher eine Quelle des ständigen Statuswettbewerbs und Mißbehagens als der Lebensqualität geworden ist. Aber erst der massenhafte Wohlstand erlaubt die Pluralisierung der Lebensstile, die ja wesentlich auf den Optionen der Einkommens- und Zeitverwendung beruht, und diese Pluralisierung ist ein wesentlicher Motor für neue Nachfrageschübe, neue Konsumformen und neue Verteilungsmuster von Arbeit, Bildung und Freizeit.

Die deutsche Version des Wohlfahrtsstaates, der Sozialstaat, ist 1945 in den überkommenen Institutionen wieder aufgebaut und dann – gewissermaßen im Gleichschritt mit dem Massenkonsum – ausgebaut worden. Die Sozialleistungsquote (die alle Sozialleistungen in Prozent des Bruttosozialprodukts mißt) hat 1958 die 20-Prozent-Marke, 1974 die 30-Prozent-Marke überschritten; sie wird seit 1982 an das Wirtschaftswachstum angepaßt und leicht reduziert, wobei das Sozialbudget real weiter steigt. Die großen Belastungen liegen nicht in einer »Anspruchsinflation« der Bürger, für die es in den verfügbaren Umfragedaten kaum einen Beleg gibt; sie liegen vielmehr in den enormen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und in der Alterssicherung, in den Kosten für neue Leistungstypen wie Erziehungsgeld und Pflegegeld sowie generell in Verrechtlichung, Monetarisierung und Bürokratisierung der Sozialleistungen. Aber auch in den Institutionen des Wohlfahrtsstaates sind Innovationen möglich, die die Kapazitätsgrenzen erweitern: durch Umschichtungen von der Akutpflege zur Prävention, durch neue Kombinationen (»Koproduktion«) von professionellen Diensten mit der Selbsthilfe der Betroffenen, durch staatliche Unterstützung von Familienpflege, ambulanter Betreuung und längerer Selbständigkeit. Keine der relevanten politischen Kräfte in der Bundesrepublik stellt den Sozialstaat ernsthaft in Frage. Die politische Konkurrenz geht vielmehr um die institutionellen Reformen – die Innovationen –, die die materiellen und menschlichen Ressourcen, die für die sozialen Rechte der Bürger aufgewendet werden, am besten nutzen und schonen (vgl. Zapf 1986a).

Projektionen

Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 und 2010 sind einigermaßen absehbar. Schätzungsweise 90 Prozent der Bevölkerung des Jahres 2000 und 80 Prozent des Jahres 2010 werden bereits das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik im Jahre 1989 erleben. Die Voraussagen sind bedingte Prognosen, die gegenwärtige Trends hochrechnen oder, in komplizierteren Modellen, aus verschiedenen Effekten zusammensetzen – alle unter der Bedingung, daß keine Katastrophen und keine gewichtigen Schocks eintreten. Alternativen zu diesen bedingten Prognosen werden in Szenarien ausgemalt, die die Wirkung tiefergreifender Veränderungen abschätzen. Wir betrachten abschließend nur drei Komplexe: Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Einkommen (vgl. Tabelle 3; vgl. Prognos 1986; DIW 1988).

Bevölkerung. Die Bevölkerungsentwicklung wird bis zum Jahr 2000 nur eine geringfügige »Alterung« und nur eine geringfügige Schrumpfung zeigen, denn die Kohorten des Babybooms bekommen jetzt ihre Kinder und werden erst im dritten Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts in die Rentenbevölkerung übergehen. Dann jedoch wird, unter unveränderten Rahmenbedingungen, eine massive Überalterung und Schrumpfung eintreten. In einem Zeitraum von vierzig Jahren, solange wie die bisherige Geschichte der Bundesrepublik, gibt es jedoch genug Innovationschancen für eine bevölkerungspolitische Doppelstrategie. Auf der einen Seite kann eine vorsichtige Einwanderungspolitik im Rahmen des erweiterten EG-Binnenmarktes entwickelt werden, und veränderte Zukunftsperspektiven der jungen Kohorten, begleitet von familien- und frauenpolitischen Maßnahmen, können den Trend des Geburtenrückgangs stoppen. Auf der anderen Seite können die Entlastungsvorteile genutzt werden, die ein begrenzter Bevölkerungsrückgang ebenfalls bietet.

Tabelle 3: Prognose für Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Einkommen

Indikator	Einheit	Quelle	1984/86	1990	1995	2000	2010	2020	2030	2040
Wohnbevölkerung	Mio.	DIW	61,0		6,1	60,6	58,2	54,7	50,1	44,8
< 20 Jahre	%	DIW	22,1			19,6	17,5	15,5	15,7	15,0
> 60 Jahre	%	DIW	20,6			24,6	27,2	30,7	36,9	36,8
Erwerbspersonen	Mio.	pro	29,0	29,0	28,2	27,1	25,8			
Erwerbstätige	Mio.	pro	25,3	25,6		26,0	25,5			
Registr. Arbeitslose	Mio.	pro	2,3	2,3		1,0	0,4			
Erwerbsquote M 30-34	%	pro		95,5	95,5	95,6				
Erwerbsquote M 50-54	%	pro		92,2	91,5	92,0				
Erwerbsquote F 30-34	%	pro		60,5	61,0	62,0				
Erwerbsquote F 50-54	%	pro		50,0	52,0	54,0				
Wachstum BSP	%	pro	2,4	2,2	2,7	2,4				
Wachstum priv. Verbrauch	%	pro	2,3	2,3	2,7	2,5				

Anmerkungen:

Einheit/Quelle: DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; pro = prognos AG
 Wachstum privater Verbrauch: durchschnittliche jährliche Wachstumsrate für die Periode.

Arbeitsmarkt. Unter den jetzigen Bedingungen sagen die Prognosen eine unverändert hohe Arbeitslosigkeit bis in die Mitte der neunziger Jahre voraus und sodann eine drastische Abnahme aus demographischen Gründen. Wenn man diesen Zustand nicht so lange hinnehmen will, sind politische Eingriffe nötig, die sich im übrigen in dieser überschaubaren Zeitperspektive als Übergangsmaßnahme auch rechtfertigen ließen. Wenn die Bundesrepublik weder das amerikanische Szenario (Lohnflexibilität nach unten, geringe Arbeitsplatzsicherheit) noch das schwedische Szenario (Steuerfinanzierung von öffentlichen Diensten und privatwirtschaftlichen Umstrukturierungen) übernehmen kann, so sind doch Elemente dieser Szenarien (Flexibilisierung, Subventionen von Halbtagsstellen, massive Umschulung und Vermittlung) mit Vereinbarungen über arbeitsplatzschaffende Arbeitszeitverkürzungen kombinierbar, so daß es nicht bis zum Jahr 2000 bei einem demographischen Determinismus bleiben muß. Die festgefahrenen Bemühungen um die Umverteilung der vorhandenen Arbeit können z. B. dann wieder in Gang kommen, wenn das Vollbeschäftigungsziel nicht mehr am Bild des heutigen »Vollarbeitstags«, sondern am Bild der bezahlten, sozial abgesicherten, qualifizierten Tätigkeit für alle orientiert wird, die sich im Lebenszyklus in unterschiedlichen Arbeitsformen realisiert.

Wachstum, Einkommen. Die vorliegenden, ebenfalls bedingten Wachstumsprognosen zeichnen für die westlichen Länder, auch für die Bundesrepublik, ein positives Bild. Wenn wir bis zum Jahr 2000 ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts pro Kopf um 40 Prozent erwarten können, dann kann sich auch – grosso modo – das Bruttoarbeitseinkommen und das Sozialbudget in diesem Rahmen erhöhen. Wir hätten dann in Preisen von 1986 ein Sozialbudget von ca. 840 Milliarden DM im Jahr 2000, und wir hätten monatliche Verbrauchsausgaben von ca. 4 200 DM für den mittleren Haushalt. Das schafft bei allen zu erwartenden Kostensteigerungen Verfügungsspielräume im öffentlichen und im privaten Bereich, insbesondere dann, wenn die verbleibenden realen Zuwächse für neue öffentliche Aufgaben und für neue private Ziele eingesetzt werden. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist immer mit Verschiebungen in den öffentlichen und privaten Haushaltsbudgets verbunden gewesen. Die Möglichkeit, Einkommenszuwächse wenigstens zum Teil für neue Aufgaben und Ziele zu verwenden, bildet sozusagen die materielle Basis für soziale Innovationen.

Als die Bundesrepublik 1949 gegründet wurde, hat niemand wissen können, was die folgenden vierzig Jahre bringen würden: Der Frieden war gefähr-

det, die Wohlstandssteigerung unvorstellbar, Zyklen wie Babyboom und Geburtenrückgang, Gastarbeiterzuzug und EG-Erweiterung waren nicht absehbar. Wenn wir über die nächsten vierzig Jahre nachdenken, haben die Warner und Gefahrenbeschwörer mit Recht ihre Stimme. Aber sie haben keinen Erkenntnisvorsprung vor denjenigen, die auf die Innovationschancen der Bundesrepublik in der sich weiter entwickelnden Europäischen Gemeinschaft und in der sich weiter verflechtenden internationalen Ordnung ihre Hoffnung setzen.

Zum Verhältnis von sozialstrukturellem Wandel und politischem Wandel: Die Bundesrepublik von 1949 bis 1989

Die Frage, ob politische Systemwechsel einen Unterschied machen, ist von den Ereignissen des letzten Herbstes eindrucksvoll beantwortet worden. Weniger klar ist demgegenüber, von welchen Schwellenwerten an und in welchem Maße sozialstrukturelle Wandlungen politische Veränderungen auslösen, beschleunigen oder gar erzwingen. Schwieriger als die Wirkung alternativer Systeme sind die Wirkungen von Regierungswechseln in Demokratien wie der Bundesrepublik zu beurteilen. Hier sprechen die politischen Kontinuitäten sowie die Parolen über die »Pseudodifferenzierung« der Parteien gegen große Wirkungen, aber die Intensität des politischen Dauerwahlkampfes und der Kampf in den Massenmedien augenfällig dafür. Ich will im folgenden das Thema in fünf Schritten behandeln: (I) mit einigen begrifflich-theoretischen Überlegungen, (II) mit einer Skizze der Modernisierungsgeschichte der Bundesrepublik, (III) durch die Abschätzung der sozialstrukturellen Wirkungen politischer Ereignisse und Regime in der Entwicklung der Bundesrepublik, (IV) in einem Exkurs über Nationalsozialismus und DDR sowie (V) in einer zeitdiagnostischen Schlußbemerkung.

I.

Unter Sozialstruktur kann man mindestens dreierlei verstehen: erstens die demographische Grundgliederung der Bevölkerung und die Verteilung zentraler Ressourcen wie Bildung, Beruf und Einkommen. Traditionellerweise wird dies im Querschnitt untersucht; neu ist die Längsschnittbetrachtung der sozialen Prägung des Lebenslaufs in der Abfolge der Generationen. Zweitens kann man unter Sozialstruktur – unter Einschluß von Werten und Mentalitäten – die Zusammenfassung dieser Gliederungen in soziale Klassen und soziale Schichten verstehen. Neu ist hier die Perspektive, daß »flüssigere« Sozialmilieus und Lebensstile neben Klassen und Schichten betrachtet werden sollen. Drittens gibt es den anspruchsvolleren Begriff von Sozialstruktur als dem System gesellschaftlicher Ordnungen und Basisinstitutionen, zu denen dann allerdings auch politische Ordnungen und Institutionen gehören. Veränderungen der Sozial-

struktur kann man in ihrer Richtung am Maßstab der *Modernisierung* (funktionale Differenzierung, Interpenetration, Kapazitätssteigerung) und in ihrer Bedeutung für den einzelnen als *Wohlfahrtsentwicklung* bestimmen und messen.¹

Politischen Wandel möchte ich hier in Regierungswechsel, Regimewechsel und Systemwechsel unterteilen. Systemwechsel greifen in das System gesellschaftlicher Ordnungen und Basisinstitutionen ein, wie in Deutschland 1918, 1933, 1945/49 und wie 1989 in der DDR. Unter Regimewechsel möchte ich den »Machtwechsel« von 1969 und die »Wende« von 1982 verstehen, also langfristige und tiefgreifende Kurswechsel der Politik, die sich in ihren Resultaten für Modernisierung und Wohlfahrtsentwicklung nachweisen lassen müßten.

Ich kann nicht das volle Tableau aufzeichnen, das sich aus der Kombination von je drei Konzepten der Sozialstruktur und des politischen Wandels ergibt, sondern nur beispielhaft einige mögliche Kausalbeziehungen erörtern:

1. Änderungen in der demographischen Zusammensetzung und Ressourcenverteilung der Bevölkerung verändern die Wählerschaft, die Wahlergebnisse und führen zu Regierungswechseln.
2. Solche elementaren sozialstrukturellen Veränderungen kristallisieren sich in neuen Sozialmilieus und Lebensstilen, in einer »Veränderung des Lebensgefühls« und in »alternativen Lebensformen« (vgl. Baring 1982, S. 363-373), und diese bilden die Basis für einen langfristigen Regimewechsel wie 1969 und 1982.
3. Politische Unternehmer verändern sozialstrukturelle Merkmale – entweder aus kurzfristigem politischen Kalkül wie in der Gesetzgebung nach dem »Wahlzyklus« oder aufgrund langfristiger Steuerungsversuche, wie z. B. der Rentenreform; oder kraft der Eigenlogik der mit anderen Zielsetzungen in Gang gesetzten Maßnahmen, wie z. B. der Bildungsreform.
4. Parteien und Koalitionen (der »CDU-Staat«, die sozialliberale Koalition) erleben in einem S-förmigen Verlauf Aufstieg, Stagnation und Niedergang, weil sich die sozialstrukturellen Probleme, die sie zunächst erfolgreich bearbeitet haben, verändern oder weil sich sozialstrukturelle Probleme gegen die von ihnen im Aufstieg bearbeiteten ideologischen und symbolischen Probleme wieder durchsetzen.

1 Die ersten beiden Ansätze habe ich in Zapf 1983b und 1989b dargestellt. Der dritte Ansatz findet sich klassisch bei Gerth/Mills 1964.

5. Die soziale und politische Ordnung wird nach einem verlorenen Krieg von den Siegern oder nach einer in einer schweren Krise erfolgten Revolution von Gegeneliten mit Hilfe von außen festgelegt, und sie bestimmt – unter der Bedingung relativer Leistungsfähigkeit – für Jahrzehnte die politische Entwicklung, die wiederum nur durch internationale Erschütterungen verändert werden kann.

Es ist keine tiefe wissenschaftliche Einsicht, wenn ich feststelle, daß alle genannten Konstellationen für die Bundesrepublik zu beobachten sind. Es ist aber eine diskussionsfähige These, wenn ich behaupte, daß diese Konstellationen mit aufsteigendem Gewicht für die Bundesrepublik wirksam waren. Die Grundentscheidung für den westlichen Weg zur modernen Gesellschaft hat die langfristige soziale und politische Entwicklung bestimmt und sich dabei (überspitzt bzw. auch »funktional-strukturell« formuliert) auch der Regimewechsel bedient. Konkurrenzdemokratie und Wohlfahrtsstaat als politische Basisinstitutionen entwickeln sich in langen Wellen, die Regimewechsel einschließen, weil auch politische Produktlinien dem »Ertragsgesetz« unterliegen und sich mit der Zeit erschöpfen. Wo die »Gründungsentscheidungen« ganz anders ausfallen, wie im Vergleich zur Bundesrepublik in der DDR (und übrigens im Vergleich zu dem faszinierenden Fall Südkorea in Nordkorea), kommt die Modernisierung nicht in einer sich selbst tragenden Weise in Gang.

II.

Die Modernisierungsgeschichte der Bundesrepublik kann am einfachsten aus den Grundentscheidungen der Jahre 1947 bis etwa 1952 erklärt werden: aus der Errichtung der Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie und der sozialen Marktwirtschaft, die sodann die Wohlstandsgesellschaft durch den parallelen Aufbau von Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum aus sich entwickelt haben. Diese Grundentscheidungen sind einerseits wesentlich von außen, d. h. von den westlichen Besatzungsmächten in ihrer Abgrenzung gegen den Stalinismus bestimmt worden. Zum anderen sind in sie die Lehren aus den Fehlern der Weimarer Republik und die leidvollen Erfahrungen der Nazizeit eingegangen: in die Entscheidung für den Föderalismus, für Einheitsgewerkschaften, für eine überkonfessionelle christliche Partei, für eine unabhängige Bundesbank, für ein souveränes Verfassungsgericht.

Gab es prinzipielle Alternativen für diese Grundentscheidungen und Basisinstitutionen? Am Anfang sicher in vielen institutionellen Details und natürlich in der Wirtschaftsordnung. Aber der Blick auf die entwickelten westlichen demokratischen Gesellschaften zeigt, daß sie sich – bei aller institutionellen Vielfalt – sämtlich innerhalb der Bandbreite von Konkurrenzdemokratien, Marktwirtschaften und Wohlstandsgesellschaften bewegen. Die wichtigsten Dimensionen der Variationen sind das Ausmaß des politischen Zentralismus, der regionalen Disparitäten, der ethnisch-religiös-regionalen Konflikte, der konkordanzdemokratischen Elemente, der Klassenpolarisierung, insbesondere die einer Underclass, sowie das Ausmaß des Wohlfahrtsstaats und der sozialen Bindungen der Marktwirtschaft. Bezüglich Zentralismus und ethnisch-religiös-regionaler Konflikte sehe ich überhaupt keine Ansatzpunkte für eine grundlegend andere Entwicklung der Bundesrepublik, in den anderen Dimensionen nur wenige. Sie hätten jedenfalls nicht zu einer »anderen Republik« geführt.

Gab es keine großen sozialen und politischen Innovationen nach der Gründerzeit? Doch, natürlich gab es sie. In meinem Schema bezeichnet die Entfaltung des Massenkonsums und des Wohlfahrtsstaats in einer Kurzformel die Dynamik der letzten vierzig Jahre und zugleich die Quellen gegenwärtiger Entwicklungsprobleme, und zwar weniger im Sinne von »Limits of Growth« als in der Bedeutung von »Growth to Limits« (vgl. Flora 1986/87). Das Parteiensystem hat sich in mindestens drei Schüben verändert. Die Mitglieder- und Wählerstruktur der großen Parteien hat sich in der Folge der sozialstrukturellen Trends von Tertiarisierung und Bildungsexpansion nachhaltig gewandelt, was am ausgeprägtesten bei der SPD zu erkennen ist. Aber alle wesentlichen Innovationen, die nicht auf Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat zurückzuführen sind, kommen aus der internationalen Umwelt, insbesondere aus den Konjunkturen und Krisen der Weltwirtschaft sowie aus der Integration der Bundesrepublik in die NATO und der stufenweisen westeuropäischen Integration.

Gab es keine ernsthafte Gefährdung der Modernisierung der Bundesrepublik in den letzten vierzig Jahren? Doch, es gab sie. Modernisierung bedeutet prinzipiell Konflikt und Kampf um die Durchsetzung von Neuerungen gegen herrschende Interessen, gegen die Macht der Gewohnheit sowie Unsicherheit und Angst. Modernisierung ist kein harmonischer Prozeß, sondern »schöpferische Zerstörung« (im Sinne Schumpeters). Aber die schwierigsten Belastungen und Gefährdungen der Bundesrepublik ergaben sich aus internationalen Krisen im Zusammenhang des Kalten Krieges: Korea, Suez, Ungarn, Kuba, Vietnam, Prag, Jom Kippur – und immer wieder Berlin. Demgegenüber waren die innen-

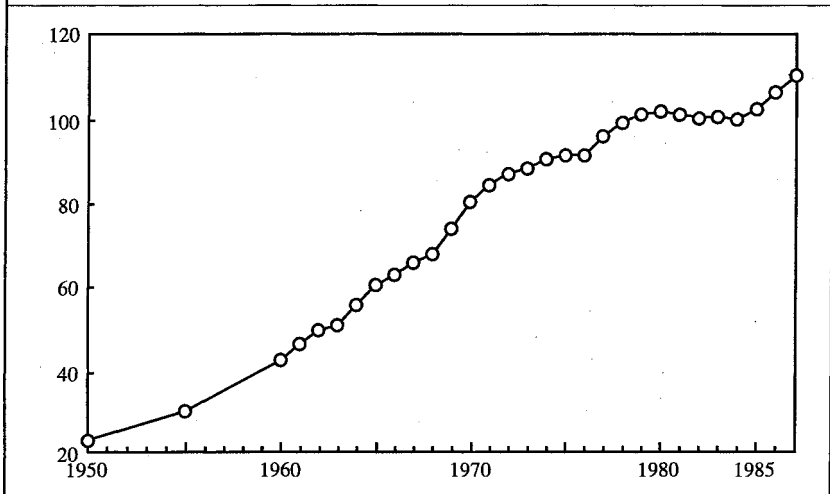
politischen Krisen zweitrangig und, so behauptete ich, niemals systemgefährdend: Spiegelaffäre, Septemberstreiks, Studentenbewegung, Ölpreisschocks, Terrorismus. Wenn man die Indikatoren früherer Zeiten und anderer Länder heranzieht, nämlich Massenauswanderung und Massenflucht, Putsch, Revolte, Bürgerkrieg, dann wird man die Größenordnung der Krisen in der Bundesrepublik realistisch einschätzen. Niemals hat sich eine Bundesregierung in der Situation des Generals de Gaulle vom Mai 1968 befunden, aber auch niemals in der Situation des Präsidenten Kennedy vom Oktober 1962. Die in der linken Theorie der frühen siebziger Jahre postulierte »Legitimationskrise« des (bundesrepublikanischen) Spätkapitalismus läßt sich empirisch ebensowenig nachweisen wie die eher von konservativer Seite in den späten siebziger Jahren behauptete »Unregierbarkeit« bzw. »Regierungsüberlastung«.²

Allerdings kann man anhand der in beiden Krisentheorien angesprochenen Phänomene auch sozialstrukturell Problemkumulationen nachzeichnen, die in einem plausiblen Zusammenhang mit den beiden Regimewechseln von 1969 und 1982 stehen. Sowohl Ende der sechziger Jahre wie Anfang der achtziger Jahre war ein langjähriges Wachstum der Realeinkommen in Stagnation bzw. reale Einkommenseinbußen übergegangen (vgl. Abbildung 1). In beiden Phasen verschafften sich die Betroffenen der enormen Bildungsexpansion Ausdruck: zuerst für Öffnung und Liberalisierung, dann für Konsolidierung und Neuordnung. Ende der sechziger Jahre gab es einen Problemstau in Richtung auf Liberalisierung im Arbeits- und Privatleben sowie in Richtung auf größere und unkonventionelle politische Beteiligung. Anfang der achtziger Jahre gab es einen Problemstau im staatlichen Bereich, insbesondere der Kostendämpfung und Reduzierung der Staatsverschuldung, und die unkonventionelle politische Beteiligung institutionalisierte sich in einer neuen Partei der GRÜNEN. So könnten wir einen vollen Hirschman-Zyklus der »shifting involvements«, des Strebens nach privatem Wohlstand, dann nach öffentlicher Beteiligung und dann wieder nach privaten Interessen, konstruieren (vgl. Hirschman 1982).

Aber beide Regimewechsel waren zuallererst Operationen politischer Akteure im politischen System zur Lösung politischer Probleme unter erheblichem Einsatz von symbolischer Politik: 1969 Reformpolitik, neue Ostpolitik; 1982 Konsolidierungspolitik, neue Westpolitik. 1969 gewann die CDU/CSU 46,1 Prozent der Stimmen und verlor die Macht, 1976 gewann sie 48,6 Prozent

2 Vgl. Offe 1972; Habermas 1973; Lehner 1979. Kritisch zur Literatur über die Legitimationskrise: Kaase 1985.

Abbildung 1: »Index of Real Earnings« (1980 = 100), Reallohnindex³



Quelle: ZUMA, Abteilung Soziale Indikatoren.

und konnte nicht die Regierung bilden, und sie kam wieder an die Regierung mit den 44,5 Prozent der Stimmen von 1980.

Über solche Beziehungen hinaus gibt es wenige Anzeichen für eine direkte Kausalbeziehung von einzelnen sozialstrukturellen Trends auf politische Veränderungen. Die Modernisierung der Volkswirtschaft und Tertiärisierung der Berufsstruktur, die Bildungsexpansion, die Familienrechtsänderungen mit ihren Wirkungen auf die Scheidungszahlen: Keine dieser tiefgreifenden Veränderungen produzierte fundamentale Spaltungslinien (cleavages), an denen die großen Parteien polarisiert gegeneinander standen. Die Anwerbung von Ausländern und der spätere Anwerbestopp wurden von beiden gefördert, den Geburtenrückgang konnten beide nicht aufhalten, die Alterung der Bevölkerung

3 Die Zeitreihe »Index of Real Earnings« bezieht sich auf die inflationsbereinigten Bruttolöhne von Industriearbeitern und stammt von der Abteilung Sozialindikatoren im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim.

stellt beide vor neue Probleme. Nur bei den kleinen Parteien gibt es klare Beziehungen bestimmter sozialstruktureller Gruppen zu Wählerschaft und Mitgliedschaft: bei den Grünen zur Postadoleszenz und akademischen Angestellten-schaft, bei der F.D.P. zu freien Berufen und Kleinunternehmern, bei den Republikanern zur fluktuierenden Underclass. Die beiden Volksparteien hingegen, die sich natürlich in der Sozialstruktur von Wählern und Mitgliedern unterscheiden, können sich hinsichtlich der Reichweite ihrer Problembearbeitung nicht polarisieren, sondern müssen um Prioritäten und Kompetenzen konkurrieren.

III.

Was ergibt die umgekehrte Perspektive, die Frage, inwieweit Politik sozialstrukturelle Entwicklungen auslöst, beschleunigt oder gar kreiert? Hier zeigen sich beim Vergleich unterschiedlicher politischer Systeme eindeutige Zusammenhänge. Die Ruhestandsbevölkerung ist in Konkurrenzdemokratien besser gestellt als in sozialistischen Kommandowirtschaften, und zwar nicht nur absolut, sondern gerade relativ gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen. Viele Elemente moderner Sozialstrukturen wie die Pluralisierung von Lebensstilen und die Differenzierung von Lebensverläufen lassen sich durch politische Maßnahmen, insbesondere durch wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen, mit erklären (vgl. Mayer/Müller 1986). Andere Elemente wie etwa die Geburtenzahl scheinen wiederum politikresistent zu sein.

Hier interessieren allerdings weniger die generelle Korrespondenz von Sozialstruktur und politischem System als vielmehr die Unterschiede, die unterschiedliche Regime und Regierungen machen können. Haben die Regierungen bis 1966, die Große Koalition bis 1969, die sozialliberale Koalition von 1969-1982 und die christlich-liberale Koalition seit 1982 unterschiedliche Programme für die Gestaltung der Sozialstruktur? Und haben sie unterschiedliche Kompetenzen und Leistungen aufzuweisen? Grosso modo lassen sich die folgenden, nach Bereichen gegliederten Feststellungen treffen: Bezüglich der räumlichen Struktur verhindert das Grundgesetzgebot gleichartiger Lebensverhältnisse (und der Finanzausgleich) große parteipolitische Unterschiede. Ganz eindeutig ist jedoch unter den CDU-Regierungen bis 1966 das Wohnungsproblem doppelgleisig durch Mietwohnungsbau in Siedlungen und durch Eigenheimbau in suburbanen Zonen gefördert worden. Der Eigenheimbau wurde auch familien-

politisch begründet und war ein Anlaß zu einer flächendeckenden Verkehrserschließung für den Individualverkehr. Bezüglich der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur hat die SPD Straßenbau und Kernkraft bis etwa 1970 (Limits of Growth, Lebensqualität als neue Konzepte) mitgetragen. Danach hat sie einen Schwenk vollzogen, der nicht in der sozialliberalen Koalition, wohl aber jüngst in rot-grünen Bündnissen zumindest Verhinderungsfolgen hatte.

Eine kohärente Bevölkerungspolitik hat es in der Bundesrepublik nicht gegeben; die Alterung wird lediglich durch Rentenpolitik bearbeitet, und zwar durch eine große Rentenkoalition. Die von der CDU/CSU forcierte Familienpolitik hat keine Trendwende im Geburtenrückgang und nur einen bescheidenen Familienlastenausgleich erreicht. In der Frauenpolitik und bei der Anerkennung von Familienalternativen hatte die SPD einen Vorsprung, aber sie zog die anderen Parteien mit und wurde schließlich von den GRÜNEN überholt. In der Ausländerpolitik bestand Einvernehmen, bis die GRÜNEN auch hier – wie in anderen Politikfeldern – mit hohen symbolischen Forderungen das Spiel neu gemischt haben. Die Bildungspolitik wurde seit ca. 1960 von allen Parteien als quantitative Expansion ohne wesentliche Strukturreform betrieben; egalitäre Motive der siebziger Jahre sind nach der 1982er »Wende« zugunsten von Differenzierungsmotiven wieder zurückgetreten.

In der Einkommens- und Vermögenspolitik gehört »Wohlstand für alle« zu den ungeschriebenen Artikeln des Grundgesetzes. An der vierfachen Wohlstandssteigerung seit 1950 haben praktisch alle größeren sozialen Gruppen, insbesondere auch die Rentner, teilgenommen. Nur kleine Randgruppen sind in die »neue Armut« gefallen, die eine relative Armut (im Vergleich zu den Durchschnittseinkommen) ist. Hingegen hat sich die Einkommensverteilung, d. h. die Ungleichheit, nicht verringert. Ganz ähnlich sind im Bereich der sozialen Schichtung die wesentlichen Mobilitätsprozesse auf die hohe Strukturmobilität (gemessen etwa an der Veränderung der Berufsstruktur) zurückzuführen, während sich die relativen Mobilitätschancen der unteren sozialen Gruppen nicht verbessert haben.

Im Bereich von Arbeitsmarkt und Beschäftigung haben weder die sozialliberale Koalition noch die christlich-liberale Koalition die hohe Arbeitslosigkeit bewältigen können, wobei nicht die friktionelle und selbst nicht die strukturelle Arbeitslosigkeit, sondern die Aussonderung und Marginalisierung von nicht voll funktions- und innovationsfähigen Gruppen das größte Problem darstellen. Die Frauenerwerbstätigkeit ist nach der Wende nicht zurückgegangen, sondern steigt von Jahr zu Jahr. Andererseits gibt die SPD die alleinige Orientierung am

»Normalarbeitsverhältnis« zugunsten einer gewissen Flexibilisierung auf und öffnet sich damit für wirtschaftliche und soziale Innovationen. Eine »Sozialdemontage« schließlich hat nach 1982 (trotz einer kurzzeitigen Demontagerhetorik) nicht stattgefunden, sondern Konsolidierungsversuche mit unterschiedlichen Erfolgen und tastenden Strukturveränderungen angesichts neuer Probleme der kommenden Jahrzehnte.

Im Ergebnis finden wir, daß sich die politischen Regime in der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1989 hinsichtlich der Gestaltung der Sozialstruktur, auch in bezug auf ihre Gestaltungsmöglichkeiten, nicht wesentlich unterscheiden haben. Sozialstrukturelle Probleme haben offenbar eine Eigenlogik, dergegenüber es nur ein begrenztes Arsenal von Lösungen gibt. Als politischer Faktor kommt hinzu, daß die Wirtschaftspartei F.D.P. an fast allen Bundesregierungen beteiligt war und daß allein von daher starke Ausschläge nicht zu erwarten waren. Deutlichere Unterschiede finden sich allerdings in der Außenpolitik und in diversen Bereichen der symbolischen Politik: Hier lassen sich auch die Beschleunigungen nach Regimewechseln am deutlichsten erkennen.

IV.

In einem Exkurs möchte ich das Verhältnis von sozialstrukturellem Wandel und politischem Wandel auch noch an zwei anderen »deutschen Fällen« behandeln: am Nationalsozialismus und an der »friedlichen Revolution« in der DDR von 1989.

Bekanntlich hat Ralf Dahrendorf die These aufgestellt, »daß die Nationalsozialisten für Deutschland die unvollendete Revolution der Moderne vollzogen haben« (vgl. Dahrendorf 1965; 1989, S. 674). Damit meint er die endgültige Zerstörung vormoderner, status- und ständeförmiger Strukturen, z. B. der weitgehend zugeschriebenen und ungleichen Bildungs- und Berufswahlen, der Mitgliedschaften und Interessenvertretungen. Jens Alber (1989) hat dagegen eingewandt, daß sich in keiner relevanten Modernisierungsdimension für die Zeit des Nationalsozialismus quantitativ ein nachhaltiger Modernisierungsschub nachweisen lasse. Darauf antwortet Dahrendorf, daß sich die Zerstörung vormoderner Strukturen nicht einfach mit quantitativen Indikatoren abbilden läßt und daß sich diese Zerstörungen schließlich erst im Zusammenbruch nach 1945 voll manifestiert haben. Einigkeit besteht also in der These der Zerstörung durch politischen Wandel, aber Uneinigkeit in der Beurteilung der Kon-

sequenzen. Die Entwicklung der DDR entscheidet diese Kontroverse meines Erachtens gegen Dahrendorf: Die Herrschaft und der Zusammenbruch des Nationalsozialismus waren keine hinreichenden Voraussetzungen für die Entwicklung einer modernen Sozialstruktur in einer modernen Gesellschaft.

Und wie ist unter unserem Thema die Entwicklung von 1989 in der DDR zu erklären? Haben sozialstrukturelle Veränderungen zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt? Oder haben politische Einschnitte wie die KSZE-Schlußakte, die Perestroika-Politik Gorbatschows und schließlich die Grenzöffnung in Ungarn die Entmachtung der alten Führung durch eine Gegenelite ausgelöst, die sich dann allerdings selbst nicht gegenüber der Forderung von unten nach radikalen Strukturveränderungen halten konnte? Die Fragestellung verweist bereits auf eine komplexe Antwort, in der langfristige sozialstrukturelle Veränderungen als die notwendigen Voraussetzungen, längerfristige politische Veränderungen als die hinreichenden Verschärfungen und kurzfristige »Ereignisse« (sowohl Massenflucht als auch Massenprotest) als die auslösenden Momente aufzuzeigen sind.

Die ersten Erklärungsversuche, die inzwischen von DDR-Autoren selbst vorliegen, stimmen mit dieser Sicht überein. Die feudalsozialistische Ständeordnung war den sich revolutionierenden Produktivkräften nicht mehr gewachsen – so formuliert Artur Meier (1990) in verfremdeten marxistischen Kategorien, d. h. der Modernisierungsrückstand ist dem Regime zum Verhängnis geworden. Detlef Pollack (1990) stellt den steigenden Widerspruch zwischen der auch in der DDR-Gesellschaft ablaufenden Differenzierung und der gewaltsamen Entdifferenzierung des SED-Regimes heraus. Nach Pollack ist es dann eine Kette von politischen Einzelereignissen, die die Erfahrung von großen Teilen der Bevölkerung verändern, z. B. die gestiegenen Reisesmöglichkeiten, und die zu Unzufriedenheit und Massenflucht führen. Dann stehen die Differenzierungskräfte innerhalb der Partei endlich auf, aber ihre Entmachtung der alten SED-Führung kommt zu spät, weil das nun offen protestierende Volk die Revolution unumkehrbar macht. Andere Autoren, wie Thomas Hanf (1990), zeigen, wie sich langsam ein Doppelleben in der DDR entwickelt hat – in Schattenwirtschaft, kirchlichen Gruppen, in eigenständiger Kombinatpolitik. In diesen sozialstrukturellen Nischen haben sich die politischen Aktivisten entwickeln können, die nach dem massenhaften Exit dann die Voice-Komponente, den Massenprotest, der DDR-Doppelrevolution zur Geltung brachten.

V.

Die Modernisierungsgeschichte der Bundesrepublik ist eine Erfolgsgeschichte. Die von Dahrendorf in den sechziger Jahren genannten Grundbedingungen einer liberalen Demokratie haben sich verbessert, die von Lepsius in den siebziger Jahren konstatierte Homogenisierung der Sozialstruktur hat sich in Richtung auf neue Differenzierungen und Pluralisierungen wieder etwas verringert. Die großen Probleme und Gefahren der Bundesrepublik wurden auf supranationalen Ebenen gesehen: in der Bedrohung durch ökologische Zerstörung, im Risiko der Hochtechnologie und der atomaren Hochrüstung, im Aufruhrpotential des Nord-Süd-Gefälles.

Diese Gefahren sind nicht vergangen. Aber seit dem 9. November 1989 stellt sich – völlig unvorhergesehen – das größte Problem der Bundesrepublik wieder auf der nationalen Ebene. Der Niedergang des Sozialismus und der Zusammenbruch des SED-Regimes könnten auch das Ende der Bundesrepublik – in ihrer bisherigen Gestalt – bedeuten. Der Beitritt der Länder der DDR stellt Probleme, die wahrscheinlich noch größer sind, als es Kriegszerstörung und Vertreibung, Wiederaufbau und Lastenausgleich, wirtschaftlicher Strukturwandel und Bildungsexpansion, Ausländerzuwanderung und Arbeitslosigkeit waren. Andererseits zeigen die erreichten Problemlösungen, wessen eine moderne Gesellschaft fähig ist. Der reale Wandel holt die Theorie des Wandels aus der Welt der Weltprobleme wieder zu den praktischen Tagesaufgaben zurück. Die modernen Institutionen der Konkurrenzdemokratie, sozialen Marktwirtschaft und Wohlstandsgesellschaft stehen erneut vor dem doppelten Test der Übertragbarkeit und der weiteren Kapazitätssteigerung. Erneut sind Einbeziehung und Statusverbesserung für große Bevölkerungsgruppen sowie Umbau und Differenzierung von Institutionen und Verhaltensweisen gefordert: Dies kann man als die Aufgabe der weiteren Modernisierung der modernen Gesellschaft der Bundesrepublik begreifen.

Modernisierung und Modernisierungstheorien*

Als derzeitiger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie muß ich mich zur Eröffnung des 25. Deutschen Soziologentages ganz unvermeidlich mit drei Fragen befassen: mit der Lage des Faches Soziologie und seiner Fachgesellschaft (I); mit den rapiden Veränderungen in Deutschland, die wir bei der Planung dieses Kongresses natürlich nicht vorausgesehen haben, obwohl das Thema auf tiefgreifende Wandlungsprozesse eingestellt war (II); und mit dem Kongreßthema selbst: »Die Modernisierung moderner Gesellschaften« (III). Dies ist innerhalb eines Vortrags eigentlich gar nicht möglich. Ich kann es nur unter der Voraussetzung versuchen, daß Sie mir thesehafte Formulierungen gestatten und daß alle diese und viele weitere Fragen in den kommenden Tagen ausführlicher, differenzierter und geduldiger verhandelt werden.

Es gibt allerdings einen klar erkennbaren Zusammenhang zwischen diesen drei Fragen. Daß Modernisierung und Modernisierungstheorie heute wieder zu den wichtigsten soziologischen Ansätzen gehören, muß nicht mehr lange begründet werden. Die realen gesellschaftlichen Entwicklungen legen diese Themen unabweisbar vor. Seit Gorbatschows Perestroika (vgl. Gorbachev 1987, Chap. 1, 2) den Umbau der sowjetischen Gesellschaft unter das Programm der Modernisierung gestellt hat (und wir das makabre Ende der »fünf chinesischen Modernisierungen« noch vor Augen haben; vgl. Weggel 1988), seitdem die Entwicklungen in Ostdeutschland und in Osteuropa nicht mehr einen »dritten Weg« suchen, sondern explizit die Übernahme und Nacherfindung moderner westlicher Institutionen, müssen wir die Fragen wieder aufgreifen, was die Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner westlicher Gesellschaften selbst sind und inwiefern ihre Institutionen übertragbar sind.

Wie sieht die Zukunft, die weitere Modernisierung moderner Gesellschaften aus? – Das war das ursprüngliche Thema dieses Kongresses. Wie werden sich die Transformationsprozesse in Westdeutschland und Ostdeutschland, in

* Eröffnungsvortrag zum 25. Deutschen Soziologentag am 9. Oktober 1990 in Frankfurt a. M. Der zweite Eröffnungsvortrag wurde von Ulrich Beck unter dem Titel »Der Konflikt der zwei Modernen« gehalten.

Westeuropa und Osteuropa entwickeln? Das sind die unabweisbaren Fragen, die hinzugekommen sind. Und kann die Soziologie die Chance nutzen, mit ihrem Arsenal von Theorie und Empirie in diese Debatten mit einem eigenständigen Beitrag einzugreifen und damit den häufigen Vorwurf der Esoterik und Irrelevanz entkräften? Das ist das Problem unseres Faches. Ich werde meine Überlegungen zu diesen drei Themen in umgekehrter Reihenfolge vortragen: die Lage des Faches Soziologie, die Transformationsprozesse, die Modernisierung.

I.

Die westdeutsche Soziologie hat Probleme der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung mit den Raum- und Zeitkoordinaten der deutschen Gesellschaft zuletzt auf dem Frankfurter Soziologentag von 1968 unter dem Titel »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?« verhandelt. Dieser sagenumwobene Kongreß wird in den nächsten Tagen auf vielfältige Weise widergespiegelt werden.¹

Nach der Kontroverse der späten fünfziger Jahre um die »drei Soziologien«, d. h. um Aufgaben und Möglichkeiten des Faches Soziologie als Spezialdisziplin, als Kritische Theorie und als Gegenwartsdiagnose, nach der Fortsetzung im »Positivismusstreit« von 1962 bis 1966, nach der Kontroverse um die Rollentheorie und nach der lange Jahre mitlaufenden Kontroverse um die strukturell-funktionale Theorie geriet die Alternative »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?« in den Jahren 1968 bis etwa 1972 zu einer Polarisierung, die kurzzeitig die westdeutsche Soziologie zu spalten drohte.

Zu dieser Spaltung ist es meines Erachtens aus drei Gründen nicht gekommen: Erstens löste sich die neomarxistische Interpretation der westlichen Gesellschaften als krisengeschüttelte, vor dem Umbruch in den Sozialismus stehende, überholte Formation rasch von der Soziologie ab. Sie wurde »Zeitgeist« und mündete in die viel breitere »Studentenrevolte«, in die »Kulturrevolution« sowie in die politischen Generationenkonflikte und Positionskämpfe im Gefolge der Bildungsexpansion. Die Soziologie trug allerdings die Etikettierung als

¹ Der Kongreßbericht umfaßt übrigens genau 300 Seiten (vgl. Adorno 1969), während wir 1986 in zwei Bänden auf 1 405 Seiten und 1988 auf 1 610 Seiten gekommen sind (vgl. Lutz 1987; Friedrichs 1987; Haller et al. 1989; Hoffmann-Nowotny 1989).

»rotes Fach« davon, Soziologie wurde zum Schimpfwort von Politikern, und noch heute findet dies in der verächtlichen Bezeichnung der Soziologie als »Diskussionswissenschaft« seinen Nachklang.

Zweitens hielten die etablierten Soziologen am Modell der sich als liberale Demokratien und soziale Marktwirtschaften entwickelnden westlichen Industriegesellschaften fest, die bei allen Krisenerscheinungen wenn nicht zur Selbststeuerung, so doch zur Fehlerrevision durch Reform und Innovation fähig sind. Auch die prominenten Vertreter der Spätkapitalismus-Doktrin bekannten sich zu den Prinzipien demokratischer Politik. Die DKP-Soziologen waren eine Minderheit, die Stamokap-Theorie (Staatsmonopolistischer Kapitalismus) aus der DDR hat nie die Massen und nur kurzzeitig studentische Massenseminare ergriffen. Auch in den siebziger Jahren haben die real existierenden kommunistischen Systeme keinerlei Begeisterung auslösen können. Warum der West-Marxismus dennoch eine solche Bedeutung erlangen konnte – und dies auf dem Höhepunkt des Ausbaus des Sozialstaats und des erstmaligen Massenwohlstands in der Bundesrepublik (plus des erstmaligen demokratischen Machtwechsels und der Bewältigung der ersten Ölkrise) –, ist nach wie vor nicht hinreichend verstanden, und der »Marsch durch die Institutionen« brachte einen großen Innovationsschub für eben diese Institutionen: ein Paradebeispiel für sozialen Wandel durch nicht-intendierte Handlungsfolgen.

Ein dritter Grund für das Realignment der Soziologie (in der Bundesrepublik, aber auch in anderen vom West-Marxismus befallenen Ländern) liegt in der theoretischen Pluralisierung und methodischen Differenzierung, die bis heute andauern. Nicht die Polarisierung und Konfrontation, sondern enorme Schübe der Rezeption und Verfeinerung kennzeichnen die Entwicklung der Soziologie in den späteren siebziger und dann in den achtziger Jahren. Als sechs Jahre nach Frankfurt 1974 der nächste Soziologentag in Kassel stattfand, war aus der großen Polarisierung die Paradigmenvielfalt geworden (Lepsius 1976). Überspitzt formuliert: in einem zentralen Bereich des Überbaus, der Gesellschaftstheorie, begann sich das moderne Prinzip der Konkurrenz um Marktanteile und Stimmen durchzusetzen. Realistischer betrachtet, hatte dies natürlich auch mit Abgrenzung und Positionssicherung zu tun. Die größten Veränderungen der bisherigen soziologischen Fronten brachte meines Erachtens die Rezeption der phänomenologischen und symbolisch-interaktionistischen Ansätze bis hin zu den Verästelungen in Ethnomethodologie und Labeling. Dies war die Wende von der gesamtgesellschaftlichen Determination des sozialen Handelns zur Konstruktion von Institutionen und Kultur aus Interak-

tion und Kommunikation. Dies war die konstruktivistische, kulturalistische, interaktionistische Wende, die durch die Rezeption hermeneutischer, linguistischer und genetisch-entwicklungspsychologischer Ansätze noch verstärkt wurde. Sowohl die sogenannte bürgerliche Makrosoziologie (Strukturfunctionalismus, Systemtheorie) als auch die marxistische Gesellschaftstheorie konnten nun hinsichtlich ihrer handlungstheoretischen Leistungsfähigkeit, hinsichtlich des »subjektiven Faktors« kritisiert werden. Die Variablen-Soziologie der empirischen Sozialforschung wurde durch eine Fülle von zum Teil allerdings amateurhaften qualitativen Verfahren herausgefordert. Von der anderen Seite wurde aus dem vielgescholtenen Werk von Talcott Parsons die Großsystematik wiederbelebt, wie etwa in den theoretischen Systemen von Niklas Luhmann und Jürgen Habermas. Die System-Umwelt-Problematik, die in den »Grenzen des Wachstums« von 1972 zwar mit einer globalen Perspektive, aber mit einem einfachen Modell ökologischer Engpässe populär wurde (Meadows et al. 1972), hat sich rasch kompliziert. Die Renaissance von Norbert Elias' Theorie der Zivilisation stellte schließlich eine Perspektive universalgeschichtlichen Wandels als ungeplante Folge von Handlungsketten vor.

Diese theoretische Vielfalt erklärt die große Verwirrung, als die die soziologische Diskussion von Beobachtern wahrgenommen wird. Statt Wissensakkumulation in einem standardisierten Paradigma immer wieder grundbegriffliche Selbstverständigung: für den Außenstehenden der Soziologenzargon, die dauernde Verfremdung von scheinbaren Selbstverständlichkeiten; für die Beteiligten das Fehlen von Standards, handgreiflich: das Fehlen dominierender Lehrbücher. Diese theoretische Vielfalt erklärt auch den Niedergang des West-Marxismus, dessen viele Anhänger mehrheitlich zu dem einen oder anderen komplexeren Ansatz übergegangen sind. Für mein Thema »Modernisierung und Modernisierungstheorie« erklärt diese Konstellation, warum Jahreszahlen und Ländernamen aus den Theorien gesellschaftlicher Entwicklung weitgehend verschwunden sind. Wenn es um die Selbstbeschreibung der System-Umwelt-Differenz geht, um die Kolonialisierung der Lebenswelt, um die Konstitution des Selbst, um Ich-Identität und objektive Hermeneutik – wen interessiert es dann, warum einige EG-Staaten höhere Investitionsquoten oder niedrigere Streikhäufigkeiten haben als andere?

Die Analyse der Ähnlichkeiten und Unterschiede der europäischen Staaten, wie sie Stein Rokkan mit bewußter Akzentuierung der Nationen- und Staatenbildung vorgeschlagen hat, ist ein Minderheitenprogramm in der Polyphonie der gegenwärtigen Sozialwissenschaft (vgl. Flora 1981). Die auf reprä-

sentativen nationalen Umfragen oder auf amtlichen Daten der Volkszählung und Mikrozensen beruhende Sozialstrukturforschung hat in den letzten Jahren enorme methodische und inhaltliche Fortschritte gemacht; sie erkämpft sich die größten Projekte und den höchsten Anteil an Förderungsmitteln. Aber ihre Ergebnisse finden – im Vergleich zu sogenannten Konstitutionsproblemen – eine eher geringe Aufmerksamkeit. Auch diese soziologischen Richtungen produzieren eher für die internationalen Fachkollegen als für die deutsche Öffentlichkeit. Das liegt aber auch an der empirischen Sozialstrukturforschung selbst, die sich beispielsweise mit Feuilleton- und Kampfbegriffen wie Postmaterialismus, Sozialdemontage, Zweidrittelgesellschaft, Entsolidarisierung, Verkehrsinfarkt, Städteverödung, Vereinsamung, Gewaltexplosion, Ausländerhaß, Yuppie-Lifestyle oder Kinderfeindlichkeit nicht energisch genug auseinandersetzt.

Polyphonie bestenfalls, Kakophonie wahrscheinlich, das Fehlen straffer professioneller Standards und Sanktionen: das ist das Bild, das die westdeutsche Soziologie abgibt. Wir haben inzwischen eine polemische Resolution vorliegen, die Heskemer Protestation², in der genau dies beklagt und eine »Härtung« des weichen Faches gefordert wird. Ich will den Diskussionen über strengere Standards und leistungsfähigere Organisationsformen des Faches, über Berufungskriterien und Nachwuchsprobleme nicht vorgreifen, die in den nächsten Tagen hier stattfinden werden. Ich will nur sagen, daß die letzten Soziologentage neben aller Unordnung viel Kreativität gezeigt haben. Soziologische Konzepte und Ergebnisse gehen viel schneller in den allgemeinen Sprachgebrauch über, als wir dafür unsere Patentrechte sichern können. In der Theorie und in quantitativen Großprojekten sind wir international an der Spitze. Soziologie ist wieder ein gefragter Partner in der interdisziplinären Kooperation. Nicht mehrere Zehntausende arbeitsloser Soziologen belagern Ämter und Straßen, sondern Zehntausende von langwierigen Berufsfindungsprozessen führen schließlich zu Beschäftigungen, in die unsere Absolventen auch soziologische Phantasie einbringen können (vgl. Utecht 1990). Dies ist die Lage des Faches – und da bricht die DDR zusammen, und die DDR-Soziologen kommen mit ihren eigenen und besonderen Sorgen.

2 »Zur Lage des Faches: Heskemer Protestation.« In: *Zeitschrift für Soziologie*, 19 (1990), S. 223-225.

II.

Den Zusammenbruch der DDR und die Selbstbefreiung unserer Landsleute von der Stasi-Diktatur haben wir Soziologen genausowenig vorausgesehen wie die spezialisierten DDR-Forscher, die Politiker oder die im Osten arbeitenden Journalisten, die es eigentlich noch besser hätten wissen können. (Nur die BILD-Zeitung hat es immer gewußt!) Die DDR fand (mit Ausnahme sportlicher und kulturbetrieblicher Spitzenleistungen) wenig Interesse, die DDR-Soziologie war weitgehend unbekannt. Auch unser Interesse an den Entwicklungen in der Sowjetunion und in anderen Ostblockländern blieb weit hinter der Bedeutung der westeuropäischen Integration und der Themenwelt der Postmoderne zurück. Bemerkenswert ist, daß einige empirische Projekte der Sozialstrukturanalyse seit längerem Beziehungen zu Ungarn und zu Polen hatten. Anerkennenswert ist, daß unsere österreichischen Kollegen sich immer um engere Ostbeziehungen bemüht haben.

Vor dem Soziologentag 1988 in Zürich, auf dem wir zehn Kolleginnen und Kollegen aus der DDR begrüßen konnten, stellte sich die Situation – ich berichtete meine eigenen Erfahrungen – folgendermaßen dar: Die DDR-Soziologen, insoweit sie sich als kleine Gruppe in einem eigenen Fach zu behaupten versuchten, verstanden sich als Reformgruppe an der Peripherie des Staats- und Parteiapparats, als empirisch arbeitende Planungs- und Leitungswissenschaft, für die die ML-Doktrin, selbst in der SED-Akademie, keine Rolle mehr spielte. Zur Opposition in Kirchen- und Künstlerkreisen hatten sie offenbar keine Beziehungen. Wohl aber wurden Themen wie die Erhöhung der Differenzierung (zwecks Leistungs- und Motivationssteigerung und Aufwertung der Intelligenz), die Rolle des »subjektiven Faktors« und auch eine andere als die rein produktionsorientierte Frauenpolitik offen und gegen Widerstände vorgebracht. Von den inzwischen bekanntgewordenen Umfragedaten, die eine massive Abkehr der Jugend vom Sozialismus anzeigten, habe ich seinerzeit nichts erfahren. Auf politische Reformen wie etwa in Polen waren die Kollegen nicht ansprechbar; hier waren sie von den Errungenschaften der Demokratie am Arbeitsplatz und von ihrer neuen Sozialpolitik überzeugt. Eine systematische Kenntnis und realistische Einschätzung der westlichen Gesellschaften waren meines Erachtens nicht vorhanden; eher die Perspektive von dauernden Mißständen, wie sie nicht zuletzt das Westfernsehen regelmäßig lieferte. In dieser Konstellation waren die DDR-Soziologen an der »friedlichen Revolution« nicht maßgeblich beteiligt. Ihr letzter Soziologiekongreß im Februar 1990 zeigte Selbstkritik und

Solidarisierung, aber keine aktive Beteiligung und Einflußnahme auf die laufende politische Entwicklung, in der dann seit den Wahlen vom März und Mai ein »dritter Weg« keine Chance mehr hatte. Entsprechend schwach ist, so fürchte ich, die Position der ostdeutschen Kollegen in der jetzt anlaufenden Umstrukturierung und Föderalisierung der Wissenschaft in Deutschland-Ost.

Es sind ja – wir freuen uns darüber – genügend Kolleginnen und Kollegen aus der DDR anwesend, die dieses Bild korrigieren oder präzisieren können. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie ersucht die Bundes- und Länderministerien für Wissenschaft sowie die großen Institutionen der Wissenschaftsförderung dringend, die Sozialwissenschaften in den Ländern der bisherigen DDR zu erhalten und Maßnahmen für die sächliche Ausstattung und personelle Fortbildung zu fördern, die es den Kollegen rasch ermöglichen, an der internationalen fachwissenschaftlichen Diskussion voll teilzunehmen. In die notwendigen Debatten der Selbstkorrektur und Selbstkritik der DDR-Kollegen sollten wir uns nicht ungefragt einschalten, sehr deutlich aber dort, wo wir gefragt werden. In den Gutachtergremien und in der wissenschaftlichen Selbstverwaltung müssen die bewährten Auswahlkriterien weiter gelten; durch eine angemessene Beteiligung von DDR-Kollegen sind deren besondere Übergangsbedingungen zu berücksichtigen. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie steht allen Kollegen aus der DDR zu den üblichen Bedingungen offen, d. h. die Aufnahme erfolgt durch den Vorstand bei Vorliegen der Promotion und fachwissenschaftlicher Publikationen. Wenn die Gesellschaft für Soziologie Ost (GfS) weiterbestehen bleiben will, z. B. als Regionalverband oder für eine Übergangsperiode, so wird die DGS dies unterstützen.

Die deutschen Ereignisse von 1989/90 stellen im Rahmen der Veränderung in Osteuropa und der Auflösung der militärischen Blöcke eine Herausforderung und eine Bewährungsprobe für die Soziologie dar. Mindestens drei Problemkreise müssen hier genannt werden, und in allen drei spielt die Perspektive von Modernisierung und Modernisierungstheorie nicht nur auf der Beobachtungsebene, sondern bereits in der Sprache der Akteure eine zentrale Rolle. Wie kann man die lange Stabilität und den plötzlichen Zusammenbruch der DDR, auch im osteuropäischen Vergleich, begreifen? Was wissen wir über Transformationsprozesse des Ausmaßes der deutschen Vereinigung? Und wie wird der Beitritt der DDR die Bundesrepublik verändern, auch auf ihrem Weg zur westeuropäischen Integration? Ich muß die Last dieser drei Fragen zum Glück nicht alleine tragen, denn diese Themen werden in den nächsten Tagen immer wieder aufgegriffen werden.

Stabilität und Zusammenbruch. Seit 1953 war die DDR ein System nicht nur ohne Opposition, sondern auch ohne Gegeneliten, wie sie in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn niemals völlig ausgeschaltet werden konnten. Der Mauerbau war ein makabrer Erfolg der Selbsteinschließung, und die führende Rolle der DDR im COMECON stabilisierte die Symbiose zwischen sowjetischer Militär- und DDR-Industriemacht. Das DDR-System schien seine Selbststeuerungsfähigkeit durch die Verbesserung des Lebensstandards und durch eine perfekte Überwachung einschließlich des Ventils einer variablen Reisepolitik zu erhöhen. Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik finanzierte durch riesige Real- und Geldtransfers den relativen Vorsprung der DDR im Ostblock. Was wir als Beobachter, Besucher und Verwandte unterschätzt haben, war die langfristige Erosion der materiellen Infrastruktur und die Sprengkraft einer doppelten Identität, in der die DDR-Bürger öffentlich ihre Genossenrolle ausfüllten, privat von westlichen Standards jedoch nicht abgingen. Die permanente Unzufriedenheit in der DDR war offen sichtbar und allgemein bekannt, aber niemand konnte sich doch vorstellen, wie sie je organisiert werden könnte. Doppelt unterschätzt wurde das wahnhafte Stasi-System: von den Beobachtern einschließlich der DDR-Forschung-West das schiere Ausmaß; von den Machthabern das Ausmaß des Realitätsverlusts durch diese Monopolisierung und Selbstvernichtung von Informationen. Die Stasi hatte die beste Information über die Lage in der DDR, und sie verhinderte zugleich, daß damit etwas verändert wurde. Jede Ausweisung und selbst jede Reiseerlaubnis hatte die nicht-intendierte Konsequenz, das Legitimationsdefizit zu vergrößern.

Die inzwischen vorliegenden Aufarbeitungen von DDR-Autoren beschreiben das DDR-System in seiner Spätphase als »Ständestaat mit Kastenherrschaft« und steigendem Modernisierungsrückstand (Meier 1990). Das allmählich entstandene Doppelleben in der DDR – in Schattenwirtschaft, kirchlichen Gruppen, in eigenständiger Kombinatpolitik – schuf sozialstrukturelle Nischen, in denen sich doch politische Aktivisten entwickeln konnten (Hanf 1990). Der steigende Widerspruch zwischen der auch in der DDR-Gesellschaft ablaufenden Differenzierung und der gewaltsamen Entdifferenzierung des SED-Regimes schuf die revolutionäre Basis für das Ende dieser Organisationsgesellschaft (Pollack 1990).

Die hinreichenden Bedingungen für die ab Oktober 1989 einsetzende Kettenreaktion kommen jedoch aus den internationalen Veränderungen. Mit der Perestrojka-Politik der sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung verringert sich der sowjetische Druck auf die Satellitenstaaten. Die Reformbewegun-

gen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei liefern die Vorbilder für den Widerstand in der DDR. Prag und Budapest öffnen den Weg für die Massenflucht. Der späte Machtwechsel innerhalb der SED beschleunigt den Protest. Ein einmaliger Doppelprozeß von Exit und Voice, Massenflucht und Massenprotest, ohne sowjetischen Gegenschlag, ermöglicht die »friedliche Revolution« unmittelbar nach dem 40. Geburtstag der DDR.

Transformation. Wenn man die anstehenden Transformationsprozesse in Deutschland nach Tempo, Tiefgang und Richtung einzuschätzen versucht, dann sind sie vermutlich nicht viel kleiner als die Transformation in Westdeutschland nach 1945; und anders, aber in einigen Dimensionen doch vergleichbar mit der Rückkehr zur Demokratie in Spanien und Portugal nach 1974/75.

Generell unterschätzt, d. h. in der Erinnerung verklärt, sind die Mühen und langen Fristen des sogenannten westdeutschen Wirtschaftswunders nach 1945. Erst 1956 wurde erstmalig ein Jahresdurchschnitt von weniger als 1 Million Arbeitslosen erreicht. Noch 1960 hatte mehr als die Hälfte der Haushalte kein eigenes Bad; mehr als 10 Prozent der Haushalte lebte in Untermiete. Der heutige Lebensstandard der DDR wurde in der Bundesrepublik in den frühen sechziger Jahren erreicht, also etwa zehn Jahre nach Beginn des Wirtschaftswachstums. Riesige Streiks mit mehr als 1 Million verlorener Arbeitstage hatten wir 1951, 1953, 1954 und nochmals 1957. Einen Zuwanderungsüberschuß von mehr als 300 000 gab es nicht weniger als elfmal zwischen 1950 und 1970. Der Abbau der Beschäftigten in der Landwirtschaft von 11 Prozent (wie heute in der DDR) auf 5 Prozent (heute in Westdeutschland) dauerte etwa von 1965 bis 1980, also fünfzehn Jahre. Die Entnazifizierungs-Schlußgesetze beendeten 1954 die Überprüfung von 6 Millionen Personen im Bereich der Bundesrepublik. Für die riesige Operation »Lastenausgleich« wurden bis 1973 ca. 90 Milliarden DM ausgegeben, was nach heutigen Preisen ca. 150 Milliarden DM wären (Statistisches Bundesamt 1972, 1989; Brockhaus Enzyklopädie). Wenn diese Zahlen, denen ja komplexe soziale Prozesse zugrunde liegen, etwas besser bekannt werden, kann man auch die für die DDR und das einheitliche Deutschland zu erwartenden Übergangszeiten realistischer mit einer Zeitspanne von fünf bis zehn Jahren abschätzen.

Die Transformationsprozesse in Spanien und Portugal seit 1974 sind nicht nur ein Vergleichsfall für die Entstehungsbedingungen von Widerstand und Regimewechsel in Diktaturen, sondern auch für Dauer und Sequenz des Übergangs. Diese Erfahrungen zeigen ebenfalls, daß es bis zu zehn Jahre dauern

kann, bis die Transformation so »habitualisiert« ist, daß sie in Konsolidierung – und heute in Spanien in einen enormen Modernisierungsschub – übergeht. Sie zeigen die politischen Kämpfe um die Anerkennung der Demokratie bis hin zu mehrfachen Putschversuchen. In Portugal wurde über mehrere Jahre ein sozialistisches Modell, ein »dritter Weg«, versucht, bis sich schließlich auch hier das Modell der liberalen Demokratie als überlegen durchgesetzt hat (Baloyra 1987; Maxwell 1986).

Das Ende der Bundesrepublik. Man gibt die gegenwärtige Stimmung sicher nicht falsch wieder, wenn man sagt, daß die Mehrheit der Westdeutschen den Beitritt der DDR gerade noch bejaht und auch unterstützen will, aber keine wesentlichen Änderungen an »ihrer« Bundesrepublik hinzunehmen bereit ist. Dem korrespondiert, daß die Liste der »Errungenschaften« der DDR, die ihre eigenen Bürger unbedingt bewahren und die andere gerne übernehmen wollen, immer kleiner geworden ist. Aber im Transformationsprozeß der Vereinigung wird sich das Tempo der Verwestlichung der Bundesrepublik sicherlich verringern, und eine Reihe von Entwicklungsschritten wird wiederholt werden, muß sozusagen nochmals gegangen werden: Ausbau der Infrastruktur, Sanierung von Wohnungen und Städten, Wellen der Konsumexpansion, Wellen von Streiks und Protest.

Was die sozialstrukturelle Angleichung betrifft, so werden gemäß Modernisierungstheorie die meisten Entwicklungen der DDR in westdeutsche Richtung gehen: Rückgang der Frühhehen und Frühscheidungen, eine erhebliche Bildungsexpansion, ein Wachstum nicht-öffentlicher Dienstleistungen, eine Vergrößerung der Ungleichheit, eine Differenzierung der Lebensformen und Lebensstile. Für offen und innovationsträchtig in Richtung auf ostdeutsche Erfahrungen halte ich nur wenige, allerdings sozialstrukturell sehr bedeutsame Bereiche. Das vereinte Deutschland wird nicht einfach »protestantischer« werden als die Bundesrepublik (6 Millionen DDR-Bürger bezeichnen sich als der evangelischen Kirche, 1 Million als der katholischen Kirche zugehörig, 9 Millionen gehören keiner Kirche an), sondern der Anteil der Konfessionslosen wird von 10 Prozent auf 20 Prozent ansteigen und damit das laizistische Element verstärken. Bezüglich der Rolle der Frauen war das Modell der weiblichen Vollzeitproduktionskraft bereits in der DDR selbst kritisiert worden. Aber die hiesige Diskussion um Frauenerwerbstätigkeit, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und um ausreichende öffentliche Betreuungseinrichtungen wird durch die Erfahrungen der DDR-Frauen stärker auf Reformkurs gebracht werden.

Auch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre und die Vermehrung von Ganztagschulen wird beschleunigt werden. (Ob jener eigentümliche DDR-Luxus – die Datsche, das Wochenendgrundstück – stilprägend bleibt, ist eine interessante Nebenfrage.) Die für die Bundesrepublik in den siebziger Jahren festgestellten Homogenisierungstendenzen (vgl. Lepsius 1974) hatten sich bereits in den letzten Jahren zugunsten von Pluralisierung und Individualisierung abgeschwächt; jetzt wird ein kräftiger Schuß »Ostfarbe« ins Bild kommen.

III.

Sowohl die kleineren fachspezifischen Probleme der deutschen Soziologie als auch die riesigen Probleme der deutschen Vereinigung lassen sich zwanglos in der Perspektive von Modernisierung und Modernisierungstheorie unter unserem Kongreßthema der »Modernisierung moderner Gesellschaften« behandeln. Diesem Thema wende ich mich in meinem letzten Teil direkt zu: mit einer Skizze der Problemgeschichte, der heutigen Kontroversen sowie meiner eigenen Position der »weitergehenden Modernisierung« (ongoing modernization).

Die westliche Entwicklung zur modernen Welt war von Anfang an ein zentrales Thema der Klassiker der Soziologie: die Moderne als die Gegenwart der industriellen und politischen Revolution, als Inbegriff der neuen Institutionen und Werte und schließlich als neue Epoche permanenten Wandels (vgl. Gumbrecht 1978). Demgegenüber ist die Modernisierungstheorie im engeren Sinne eine amerikanische Erfindung der 1950er Jahre. Die Aufgabe damals war, an den westlichen Gesellschaften abzulesen, welche Bedingungen für ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum und für eine demokratische politische Ordnung erforderlich sind und wie man diese Bedingungen auf die Gesellschaften der Dritten Welt mit Hilfe der Entwicklungspolitik übertragen kann. Die strukturell-funktionale Theorie bot sich deshalb als Theorierahmen an, weil sie schon grundbegrifflich unterschiedliche Strukturen (Institutionen) für die Erfüllung grundlegender Funktionen und multiple manifeste sowie latente Funktionen gegebener Strukturen konzipierte. Auch entsprach die Abstraktionshöhe den Erklärungs- und Gestaltungsbedürfnissen, z. B. wenn man von »Interessenakkumulation und -artikulation« als Funktionsbestimmung von Parteien sprach – oder von deren Äquivalenten, wo es noch keine Parteien gab (vgl. Lerner 1968; Coleman 1968).

Dieser Ansatz der Modernisierungstheorie ist schon in den 1960er Jahren aus mehreren Gründen unter heftige Kritik geraten. Erstens scheiterten viele Entwicklungsprojekte, die einfach westliche Vorbilder – vom Stahlwerk bis zum Wahlsystem – übertragen wollten, an mangelnder Akzeptanz, unerwarteten Nebenfolgen, mangelhafter Infrastruktur und ausbleibenden Kettenreaktionen. Zweitens geriet das westliche Modernisierungsmodell in den Verruf der »Westernisierung« und »Amerikanisierung«, und im sowjetischen, chinesischen oder selbst im kubanischen Entwicklungsmodell entstanden mächtige Konkurrenten, getragen von den lebensgefährlichen Auseinandersetzungen der internationalen Politik. Drittens wurde, wie schon besprochen, das Modell moderner westlicher Gesellschaften »zu Hause« von den diversen Schulen des West-Marxismus heftig attackiert. Das aus der Imperialismustheorie stammende Ausbeutungsargument entfaltete in den siebziger Jahren als Dependenciateorie nicht nur in Lateinamerika eine große Wirkung mit der These, daß die Unterentwicklung der Peripherieländer durch die Ausbeutung von seiten der kapitalistischen Zentren produziert sei, und zwar mit Hilfe der reaktionären Oberklasse der Peripherieländer selbst (vgl. Mansilla 1978). Die Stimmung trifft, auch im überheblichen Ton, der Beitrag von Immanuel Wallerstein von 1976, »Modernization: Requiescat in Pace«: »Der Wein [der Modernisierungstheorie, W.Z.] ist sauer geworden. Laßt uns dahin zurückgehen, wo wir schon einmal standen, indem wir die Realität unserer Welt verstehen als einer kapitalistischen Weltwirtschaft in den Anfangsphasen ihres Übergangs zu einer sozialistischen Weltregierung« (Wallerstein 1976, S. 135).

Was in dieser verengten Kritik einer verengten Modernisierungstheorie zu kurz kam, war der beachtliche theoretische Unterbau einer Theorie moderner demokratischer Gesellschaften aus den sechziger Jahren: z. B. bei Aron, Parsons, Dahrendorf, Bendix oder Rokkan. Ich komme darauf zurück, weil wir durch den realen sozialen Wandel von unseren komplexen Reflexionen über die Postmoderne wieder auf die elementaren Bedingungen moderner Gesellschaften zurückverwiesen werden. In Arons Theorie gibt es bei allen ökonomischen Konvergenzen des liberal-demokratischen und des kommunistisch-bürokratischen Wegs zur modernen Industriegesellschaft den Primat des politischen Regimes in der Differenz eines monopolistischen zu einem verfassungsmäßig-pluralistischen Regime, und nur letzteres kann die individuellen Freiheitsrechte garantieren und die Bürokratisierung der Gesellschaft verhindern (Aron 1964).

Aus Parsons' kompliziertem »System der modernen Gesellschaften« nenne ich hier nur zwei Grundgedanken. Einmal wird Entwicklung (Modernisierung,

sozialer Wandel) verstanden als Kombination von Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung: im Sinne von (1) Eingliederung oder sozialer Integration von immer mehr Bevölkerungsgruppen in die Grundinstitutionen einer Gesellschaft, (2) Wertegeneralisierung als eine hohe Flexibilität verschiedener kultureller Ausdeutungen innerhalb gemeinsamer Grundwerte, (3) politischer und sozialer Differenzierung im Sinne institutioneller Innovationen und (4) Statusanhebung als Wachstum des materiellen Wohlstands und der sozialen Kompetenzen für möglichst viele Bürger, über ihre politischen und sozialen Grundrechte hinaus (Parsons 1971, S. 26-28).

Die zweite Idee ist die der »evolutionären Universalien in der Gesellschaft« als die Erfindung oder Übernahme von Institutionen und Verhaltensweisen, die die langfristige Anpassungskapazität dieser Gesellschaft oder Gesellschaftsformation so erhöht, daß sie erfolgreicher ist als andere und deshalb nachgeahmt wird. Parsons definiert seine Universalien auf einem hohen Abstraktionsniveau, und zwar als soziale Schichtung, kulturelle Legitimation, rationales Rechtssystem, Bürokratie, geldwirtschaftliches Marktsystem und demokratische Assoziation (Parsons 1969b). Ich selbst ziehe eine niedrigere Abstraktionsebene vor, auf der moderne Gesellschaften durch die Grundinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat definiert werden. Aber die Logik ist die gleiche, und die These lautet, daß Gesellschaften, die diese Institutionen entwickeln, erfolgreicher, anpassungsfähiger, d. h. moderner sind als solche, die das nicht tun.

In Dahrendorfs Grundbedingungen liberaler Demokratie wird ebenfalls eine mit Jahreszahlen und Ländernamen operationalisierbare Ebene gewählt: die wirksame Durchsetzung bürgerlicher Gleichheitsrechte, die Anerkennung und Regelung sozialer Konflikte, die Vielfalt sozialer Interessen und Eliten sowie die Ausbildung öffentlicher Tugenden (Dahrendorf 1965). Bendix' und Rokkans historisch-soziologische Ansätze erklären die Unterschiede innerhalb der westlichen Modernisierung bei gleicher genereller Richtung: durch den Wettbewerb von Vorreitern und Nachzüglern in der Industrialisierung und Demokratisierung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts (Bendix 1969) und durch die unterschiedlichen geographischen und kulturellen Rahmenbedingungen der Staaten- und Nationenbildung sowie der politischen Integration und wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung, die in allen westlichen Ländern stattgefunden haben, aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichen Konfliktlinien (Rokkan 1970).

Zu diesen theoretischen Grundlagen einer Theorie moderner Gesellschaften und der Modernisierung sind in den letzten Jahren vielfältige Erweiterungen aus der Theoriediskussion hinzugekommen: Einsichten über Identitätsbildung und Motivation, über die Konstruktion und Dekomposition von »Lebenswelten«, über kommunikatives Handeln, über Systembildung und System-Umwelt-Differenzen, über Verknüpfungsstrukturen innerhalb der Differenzierung, über diskontinuierliche Prozesse, über Selbstbeobachtung und Selbstorganisation; dazu die umfangreiche Literatur zur Postmoderne. Die praktischste Ergänzung aber kommt meines Erachtens auf dem niedrigeren Abstraktionsniveau der Innovationstheorie: Innovationen durch individuelle und kollektive Akteure im Kampf gegen etablierte Interessen, Trägheit und eigene Ungewißheit, durchgesetzt und gefolgt von nicht-intendierten Nebenfolgen – dieser Zusatz gibt der Modernisierungstheorie erstens einen einfachen handlungstheoretischen Unterbau, zweitens eine harte Selektions- und Konfliktperspektive und drittens einen Hebel zum Verständnis unregelmäßiger, wellenförmiger Entwicklungen mit Stagnations- und Boomperioden.³

Aber nicht theoretische Verbesserungen haben die Modernisierungstheorie wieder interessant gemacht, sondern der reale gesellschaftliche Wandel. Der Erfolg der »vier kleinen Drachen« in Südostasien widerlegte die Dependenzschule: Die kapitalistische Durchdringung einer Gesellschaft verhindert nicht die Entwicklung, sondern kann ein mächtiger Antrieb sein, wenn sie mit Selbsterfindung und Nacherfindung, eben mit genuinen Innovationen verbunden ist. Die Retrospektive der europäischen Entwicklung zeigt, daß Nacherfindung und Selbsterfindung in den unterentwickelten Ländern unerläßlich sind, auch wenn diese Prozesse Zeit kosten (vgl. Senghaas 1982, S. 23 ff., 258 f., 321 f.). Das Echo des Perestroika-Programms trug verbatim die Forderung nach ökonomischer und sozialer Modernisierung durch die sozialistischen Gesellschaften, und mit dem Zusammenbruch ihrer Herrschaftsapparate zerbricht auch die Vorstellung, es könne einen »dritten Weg« geben, der vor der Konkurrenzdemokratie haltmacht und die Verlockungen des Massenkonsums von der Bevölkerung fernhält.

Nach meiner Auffassung ist eine konflikt- und innovationstheoretisch »gehärtete« Modernisierungstheorie der geeignete Ansatz, um die Umbrüche im Osten sowie Gegenwartsprobleme und Zukunftschancen im Westen zu verste-

3 Statt vieler für die neuere Literatur zu Moderne und Modernisierung: Münch 1984. Zur Innovationstheorie vgl. Zapf 1986b; 1989a.

hen. Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlstandsgesellschaft mit Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum sind die Basisinstitutionen, *innerhalb* derer um Innovation gekämpft wird. Das Ausmaß des politischen Zentralismus, der regionalen Disparitäten, der ethnisch-religiösen Konflikte, der konkordanzdemokratischen Elemente, der Klassenpolarisierung sowie das Ausmaß des Wohlfahrtsstaats und der sozialen Bindung der Marktwirtschaft bezeichnet – neben der internationalen Position der jeweiligen Gesellschaft – die Dimensionen der Variation moderner Gesellschaften. Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung sind die Mechanismen des sozialen Wandels. Dies nenne ich *weitergehende Modernisierung* im Doppelsinn von Richtungskonstanz und Strukturverbesserung. Dies nennt Edward Tiryakian »modernization II« oder »neo-modernization« (»Modernization: Exhumetur in Pace«, gegen Wallerstein; Tiryakian 1991).

Aber diese Position wird natürlich heftig bestritten werden. Bedarf es nicht doch der »Modernisierung« moderner Gesellschaften im Sinne einer fundamentalen *Richtungsänderung*, eines dialektischen Umschlags, wenn die »nachholende Revolution« (Habermas 1990, S. 179-204) vorüber ist und die langfristigen Probleme wieder sichtbar werden? Ulrich Beck wird vermutlich so argumentieren. »Weitergehende Modernisierung« oder »So kann es nicht weitergehen«: diese Debatte wird uns in den nächsten Tagen ausgiebig beschäftigen.

Ich sehe mindestens vier bedeutsame Argumentationen gegen das Modell der »weitergehenden Modernisierung«: Exklusion, epochaler Bruch, institutionelle Erosion, Weltprobleme.

- *Exklusion*: Diese Argumentation verweist auf die »sozialen Grenzen des Wachstums« der westlichen Modernisierung, d. h. auf die Unfähigkeit zur weiteren Inklusion und Statusanhebung, insbesondere der internationalen Armutsmigration, aber auch auf die steigende Ungleichheit, Ausschließung und Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen innerhalb der westlichen Gesellschaften (vgl. Ritsert 1988; Bischoff/Herkommer 1990).
- *Epochaler Bruch*: In dieser Betrachtungsweise sind die sich durchsetzenden Änderungen von Institutionen und Verhaltensweisen so einschneidend, daß wir um die Jahrtausendwende eine »andere« Gesellschaftsformation haben werden (vgl. Berger 1988).
- *Institutionelle Erosion*: In der Zangenbewegung von unaufhaltsamem Anwachsen der Individualisierung und unaufhaltsamem Verlust der politischen

Steuerungsfähigkeit werden die Basisinstitutionen der westlichen Modernisierung aufgerieben.

- *Weltprobleme*: Die globalen Risiken und Gefahren von Welthunger, Weltfrieden, Weltvergiftung und Klimakatastrophe verbieten, daß sich die modernen westlichen Gesellschaften noch lange im Weltmeer der Armut halten können (Beck 1986).

Alle diese Argumente bezeichnen zentrale Modernisierungsprobleme. Die Größe der Probleme kann aber meines Erachtens kein Einwand gegen die »weitergehende Modernisierung« – als der Kombination von Innovation und Reform – sein.

Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlstandsgesellschaft mit Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum haben als »evolutionäre Universalien« keine ewige Bestandsgarantie, aber es sind zur Zeit keine leistungsfähigeren Alternativen absehbar, nachdem der Sozialismus zunächst einmal ausgeschieden ist. Das ist schon auf der semantischen Ebene erkennbar, wo die postmaterielle, postindustrielle, postmoderne Gesellschaft, die Informationsgesellschaft, Risikogesellschaft, Kontingenzgesellschaft usw. sich nicht gegen »moderne Gesellschaften« durchsetzen können. Das zeigt sich an den Wohlfahrtserträgen, die diese Institutionen besser als andere produzieren. Dies ist auch die Pointe meines eigenen Vorschlags zum Verständnis der westlichen Modernisierung: Zu den konstitutiven Leistungen von Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft gehören gleichberechtigt wohlfahrtsstaatliche Grundsicherungen und individuelle Konsummöglichkeiten (»entitlements and provisions« in Dahrendorfs neueren Beiträgen; Dahrendorf 1988, insbesondere Chap. 2, 8). »Two Cheers for the Affluent Society« von Wilfred Beckerman (1974) war einer der wenigen Beiträge zu diesem Thema während der Wachstumskritik der siebziger Jahre. Die freien Konsum- und Mobilitätsmöglichkeiten sind komplementär zu Bürgerrechten und sozialer Sicherheit, sie sind der unmittelbare Ertrag für die Bürger und damit die Legitimation moderner Gesellschaften. Ich sehe zahlreiche Phänomene von Exklusion, Brüchen, Erosion oder Großrisiken. Aber ich erkenne keine ausreichenden empirischen oder theoretischen Gründe, um die Innovationsfähigkeit der Basisinstitutionen moderner Gesellschaften zu bestreiten.

Individualisierung ist eine Voraussetzung der Moderne; sie ruht auf privaten und öffentlichen Sicherungen. Die Sozialstruktur – soziale Schichtung wie Lebensläufe – differenziert sich, aber vor dem freien Fall in die Atomisierung

und Anomie stehen neue Strukturbildungen: in meiner Interpretation die »Pluralisierung der Lebensstile« (Zapf et al. 1987). Die durchgeplante, zentral gesteuerte Gesellschaft war nie das Modell einer modernen Gesellschaft; allerdings auch nicht die driftende, entscheidungsunfähige Politik. Am Kriterium, ob westliche Konkurrenzdemokratien Probleme lösen können, die ihnen aus anderen Subsystemen zuwachsen, ob sie längerfristige Projekte durchsetzen können, ergibt sich ein positiver Wert für Steuerungs-, Lern- und Revisionsfähigkeit.

Gegenüber den Weltproblemen kann die Antwort der Modernisierungstheorie meines Erachtens nur die gleiche sein wie gegenüber nationalen, sektoralen und auch ganz privaten Problemen: sachliche, zeitliche und soziale Teilung der Probleme, damit sie ihr überwältigendes Ausmaß verlieren. Technische und soziale Innovationen zur weiteren Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung. In einem Wort: weitergehende Modernisierung.

Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung

Neben der täglichen Medienberichterstattung und der eigenen Erfahrung in beruflichen und privaten Rollen habe ich zwei Quellen, um etwas über die Transformation in der ehemaligen DDR auszumachen: empirische Studien, insbesondere der Umfrageforschung, an denen wir zum Teil selbst beteiligt sind, wie beim Sozio-ökonomischen Panel (I), und theoretische Analysen, wobei ich mich besonders für die Beiträge von ostdeutschen Kollegen wegen ihrer besonderen Ortskenntnis interessiere (II). Ausgehend von diesen beiden Bestandsaufnahmen möchte ich sodann die Frage vom Frankfurter Soziologentag wieder aufgreifen, inwieweit die soziologische Theorie der Modernisierung die Transformationsprozesse erklären kann und welche Rolle die neueste Modernisierungskritik spielt (III). Nebenher sollten auch noch einige Gesichtspunkte zu der Frage anfallen, inwiefern sich auch die westdeutsche Gesellschaft verändert (IV).

I.

Die Zahl der Eheschließungen ist in der DDR 1990 im Vergleich zu 1989 um 22 Prozent zurückgegangen, die Zahl der Geburten um 12 Prozent. Im Jahre 1991 hat sich dieser Rückgang gegenüber 1990 nochmals dramatisch erhöht: auf schätzungsweise 40 Prozent weniger Eheschließungen und Geburten im Vergleich zum Vorjahr.¹ Diese Zahlen sind alarmierend, und sie scheinen die schwere Krise und Anomie in der ehemaligen DDR massiv zum Ausdruck zu bringen. Niemals hat es in Westdeutschland ähnliche demographische Eruptionen gegeben (abgesehen von dem kuriosen Rückgang der Ehescheidungen im Jahr der Gesetzesreform 1978): Selbst der starke Geburtenrückgang in den siebziger Jahren ist niemals über 9 Prozent pro Jahr hinausgegangen. Nur aus Kriegsjahren kennen wir ähnliche Einbrüche wie in der DDR. Aber schließlich

1 Vgl. Statistisches Bundesamt 1991; 1992, S. 88; 1991. Für Januar bis Juli 1991 betrug der Geburtenrückgang 40 Prozent, der Rückgang der Eheschließungen gar 57 Prozent. Gegen Ende des Jahres 1991 waren diese Rückgänge dann selbst wieder rückläufig.

hat es 1989 eine echte Revolution in der DDR gegeben, und diese Revolution hatte selbst eine wesentliche demographische Komponente, nämlich die Flucht und dann die Übersiedlung von mehr als einer halben Million Menschen binnen eines Jahres. Wie steht es also mit der Krise und der Anomie in der ehemaligen DDR, und wie lassen sich die künftigen Entwicklungschancen beurteilen? Wie wir sehen werden und auch von den ostdeutschen Fachkollegen hören, handelt es sich nicht um Chaos (wie in einigen Staaten der GUS und in Jugoslawien) und nicht um den Typ einer Hungerkatastrophe. Es handelt sich auch nicht um die Widersprüche der nachrevolutionären Konsolidierungsversuche wie in Ungarn, der Tschechoslowakei und in Polen. Sondern es handelt sich *um einen schweren Stimmungseinbruch im Gefolge einer schweren Umstellungskrise*, mit erheblicher (erzwungener) Mobilität für die Individuen und mit sozialstrukturellen Umbauten für die gesellschaftlichen Institutionen.

Wir haben zwei Umfrageprojekte von ostdeutschen Kollegen. Das eine stammt aus dem (inzwischen abgewickelten) Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften: »Leben DDR '90« und »Leben Ostdeutschland '91« (Januar 1990 bzw. März 1991; Häder/Hausstein 1992). Bei den Wertorientierungen erhöht sich die Wichtigkeit von sozialer Sicherheit, Arbeit und von Lohnfragen; gleichzeitig steigt in diesen Bereichen die Unzufriedenheit. Ein wesentlicher Befund besteht aber darin, daß nicht alle Entwicklungen in die gleiche Richtung gehen. Wachsende Bedeutung, *sinkende* Zufriedenheit, aber auch wachsende Handlungsbereitschaft finden sich in den Lebensbereichen Arbeit, Kindererziehung, soziale Sicherheit, Bildung und Löhne. Wachsende Bedeutung, *wachsende* Zufriedenheit und wachsende Handlungsbereitschaft finden sich im privaten Bereich der Partnerschaft, aber auch im öffentlichen Bereich des Gesundheitswesens und selbst bei Umweltfragen, wo man offenbar sieht, daß sich politisch etwas bewegt. Im Resümee setzen sich die Forscher mit einer Äußerung von Wolfgang Thierse auseinander, der eine »irrsinnige Enttäuschung, Lähmung und Resignation« behauptet. Statt dessen, so sagen sie, »sollte man eher von konfliktreicher Anpassung, hoher Handlungsbereitschaft und realistischen Zukunftserwartungen sprechen (ebenda, S. 35).

Das zweite Projekt wird von dem aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der SED hervorgegangenen ISDA-Institut durchgeführt (»Sozialstruktur und Lebensqualität«) und beruht auf Erhebungen vom Mai und Oktober 1990 sowie vom Oktober 1991 (vgl. »Ein Jahr danach«, 1992). Im Zusammenhang mit den im Osten laufenden Konsumwellen, insbesondere dem Motorisierungsschub von 50 Prozent auf 70 Prozent der Haushalte, konstatieren die

Forscher »einen beträchtlichen Wohlstandsgewinn, einen Zuwachs an Lebensqualität«. Die Zustimmung zur politischen Entwicklung im geeinten Deutschland beträgt noch 67 Prozent, ist aber sichtbar (von 79 Prozent) zurückgegangen; 35 Prozent fühlen sich von wichtigen Dingen ausgeschlossen oder gar ausgeliefert. In sozialstruktureller Hinsicht werden umfangreiche Mobilitätsprozesse quantifiziert: ein Drittel Abstiege, ein Drittel Aufstiege, in ähnlichen Größenordnungen Verschlechterungen und Verbesserungen beim Einkommen, insgesamt eine größere Individualisierung sozialkultureller Milieus. Und 40 Prozent halten – so hören wir – den Sozialismus für eine wichtige oppositionelle Idee; immerhin 20 Prozent glauben, daß er eines Tages in verbesserter Form wiederkommt. Also auch hier – wenn ich diese Studie einmal als PDS-nah qualifizieren darf – ein Problem-, aber kein Katastrophenszenario.

Selbst kontrollieren kann ich die Ergebnisse, die mit dem Sozio-ökonomischen Panel für Mai 1990 und März 1991 erzielt wurden und die Übergänge (Transformationsprozesse) bei identischen Personen erfassen. Insgesamt finden wir eine unerwartete Kombination von Trends, die mich im Endergebnis von Stimmungseinbruch und der Umstellungskrise im Osten sprechen lassen.

1. Die Einkommenssituation der meisten Haushalte hat sich deutlich verbessert.
2. Dies ergibt sich bei massenhaften Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich aus Mobilitätsprozessen und aus Arbeitslosigkeit/Kurzarbeit zusammensetzen.
3. Resultat ist eine weitere Verschlechterung der Zufriedenheit (die schon 1990 deutlich unter der westdeutschen lag) sowie ein starkes Anwachsen von Ängsten und Sorgen.
4. Nicht unbeeinflußt, aber positiv bleibt die Zuversicht in eine günstige zukünftige Entwicklung.

Der reale Einkommenszuwachs (also preisbereinigt) beträgt im großen Durchschnitt 12 Prozent, für 1 Million Haushaltsmitglieder von Übersiedlern und Pendlern über 40 Prozent, für den Rest 10 Prozent – wodurch sich der Abstand zum Westen leicht verringert. Gegen manche Prognosen – auch meine eigenen – ist ein massives Anwachsen der Einkommensungleichheit bisher noch nicht festzustellen. Dies liegt daran – und das ist ein wesentlicher Modernisierungseffekt –, daß die sekundäre, d. h. die staatliche Einkommensverteilung in der ehemaligen DDR rasch gegriffen hat, und zwar erstens durch größere Unter-

schiede in den Steuersätzen und zweitens durch die Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. So kommt es, daß die Schmerzgrenze in ostdeutschen Haushalten erst bei Arbeitslosigkeit von zwei Personen (z. B. beiden Ehepartnern) erreicht wird (Einkommensveränderung minus 15 Prozent), während ein Fall von Arbeitslosigkeit noch nicht zu wesentlichen Einkommenseinbußen führt (vgl. DIW-Wochenbericht 4/1992, S. 35-40; Headey et al. 1992). Zu dem naheliegenden Einwand, daß die Panelergebnisse vom März 1991 die Mietsteigerungen nicht wiedergeben, ist zu sagen, daß Modellrechnungen des Ifo-Instituts vom Oktober 1991 unter Einbeziehung der Mietsteigerungen den eindeutigen Kaufkraftanstieg bestätigen (vgl. Globus 1991).

Was bleibt, ist die Kluft zum Westen: Die Durchschnittseinkommen liegen bei nur 60 Prozent der Westeinkommen, die Durchschnittsrenten (trotz Verdoppelung seit der Währungsunion!) bei 57 Prozent der Westrenten. Die enorme Mobilität auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ergibt sich erstens aus der starken Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit (plus Vorruhestand, Weiterbildung usw.), zweitens aus den Verschiebungen zwischen den Berufsstatus-Kategorien. In Ostdeutschland haben nur zwei Berufskategorien zugenommen: einfache Angestellte und Selbständige. Alle höheren Angestellten und sämtliche Arbeiterkategorien sind zum Teil deutlich zurückgegangen. Ich schätze, daß die Hälfte der Ostdeutschen 1990/91 die Beschäftigung gewechselt oder verloren hat (gegenüber ca. 20 Prozent in Westdeutschland). Bei den einfachen Angestellten ist der Zuwachs der Frauen übrigens genauso groß wie der der Männer (Landua 1992a). Deshalb vermute ich, daß sich auch längerfristig die Arbeitslosigkeit von Frauen nicht wesentlich über die von Männern erhöhen wird, das heißt, daß vor allem Frauen das Reservoir für Tertiarisierungsprozesse sind und daß die ostdeutsche Frauenerwerbsquote über der westdeutschen bleiben wird.

Trotz der realen Einkommensverbesserungen ist die Einkommenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard von 1990 auf 1991 deutlich zurückgegangen (von 5.5 auf 4.7 bzw. von 6.3 auf 5.8 Punkte auf einer Skala von 0 bis 10) und bewegt sich im Bereich schwieriger Problemgruppen Westdeutschlands. Dabei wird mit den Zufriedenheitsfragen durchaus differenziert umgegangen: Die Zufriedenheit mit dem Warenangebot und selbst die mit der Umwelt haben sich verbessert. Wir können zeigen, daß die Einbrüche eindeutig mit den drastisch verschlechterten Erwartungen (neue Stelle zu finden wäre schwierig/unmöglich, Arbeitsplatzverlust ist wahrscheinlich/sicher) und gestiegenen Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation, die eigene

wirtschaftliche Situation und die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zusammenhängen. Diese Sorgen korrelieren stark mit den Ereignissen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und sind von der Einkommenshöhe nur in geringem Maße abhängig. Ich vermute auch, daß als Bezugsgruppen für die Wohlfahrtsbewertung zunehmend westdeutsche Beschäftigte gewählt werden und immer weniger ostdeutsche oder gar andere osteuropäische Vergleichsgruppen.

Von diesem dramatischen Stimmungseinbruch ist trotz objektiver Verbesserungen der Lebensverhältnisse die längerfristige Einschätzung der Entwicklung nicht wesentlich betroffen. Diese messen wir mit der in fünf Jahren erwarteten Lebenszufriedenheit² und mit einer expliziten Frage nach der Zuversicht gegenüber der Zukunft. Zwar zeigen die Panelergebnisse 1990/91 auch in diesen beiden Dimensionen leichte Einbußen. Aber die große Mehrheit der Ostdeutschen erwartet für sich in fünf Jahren Lebensumstände, die mit den heutigen in Westdeutschland vergleichbar sind; und immer noch eine Mehrheit sieht der Zukunft zuversichtlich entgegen.

II.

Wie kann man dieses Syndrom – diese Diskrepanz von objektiver und subjektiver Wohlfahrt – erklären, und wie stimmt es mit den Prognosen aus der Zeit der deutschen Vereinigung überein? Die Sozialwissenschaftler haben jedenfalls die Versprechungen der Politiker nicht geteilt, in kurzer Zeit einen selbstlaufenden Aufschwung zu erreichen (vgl. meine Einschätzung in Zapf 1990). Alle uns bekannten Modernisierungsprozesse erfordern zunächst einschneidende Umstellungen. Soziale Mobilisierung hat hohe Transaktionskosten, die nur dann bereitwillig aufgebracht werden, wenn prinzipiell die Zukunftsaussichten als positiv angesehen werden. Dies scheint in der ehemaligen DDR noch der Fall zu sein. Albert Hirschmans Tunneleffekt wirkt offenbar in der Weise, daß die beim Gegenüber beobachtbaren positiven Veränderungen die eigenen längerfristigen Zukunftserwartungen positiv verstärken.²

2 Vgl. Hirschman 1981. Albert Hirschman hat im April 1991 in einem Vortrag am Wissenschaftszentrum einige andere Theoreme seiner Entwicklungsökonomie auf die Umbrüche in Ostdeutschland angewendet, so das Exit/Voice-Paradigma und das Prinzip der Hiding Hand, d. h. des Umstandes, daß Menschen Probleme anpacken, weil sie nicht wissen, wie schwierig und langwierig die Lösung sein wird.

Unsere Panelergebnisse deuten darauf hin, daß Belastungen (z. B. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) häufig innerhalb des Haushalts abgedefert werden, weil andere Haushaltsmitglieder positive Erfahrungen machen, und weil sich die Kumulation von Problemlagen offenbar in Grenzen hält. Wie kommt es dennoch zum gegenwärtigen Stimmungseinbruch in Ostdeutschland, der vom Westen nicht selten als Immobilismus und Undankbarkeit interpretiert wird?

In vergleichender Perspektive stellen sich für die ehemalige DDR zwar die gleichen Grundprobleme wie für die anderen postkommunistischen Gesellschaften – der gleichzeitige und rasche Übergang sowohl von der Diktatur zur Demokratie als auch vom Sozialismus zum Kapitalismus –, aber die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sind doch deutlich verschieden. An positiven Voraussetzungen fehlen die langjährige Erfahrung des Widerstands und der Herausbildung von Gegeneliten, wie wir sie etwa in Ungarn und Polen finden. Die Abwanderung von Führungsgruppen und Mittelschichten in die Bundesrepublik bis 1961 hat mit zu der relativ undifferenzierten, »grauen« Arbeitsgesellschaft der DDR beigetragen. Andererseits gibt es in Ostdeutschland keine Nationalitätenprobleme und territorialen Fragen, mit denen andere postkommunistische Staaten so schwer belastet sind. Gemeinsam ist allen diesen Staaten, daß sie gleichzeitig den Weg zur Demokratie und zur Marktwirtschaft gehen wollen und daß sich die Schwierigkeiten beider Wege gegenseitig verstärken können (vgl. Offe 1991).

Einmalig an der Situation der ehemaligen DDR ist der von ihren Bürgern durch Exit und Voice, 1990, in vier Wahlen, zum Ausdruck gebrachte Willen, das Institutionensystem der Bundesrepublik per Beitritt komplett zu übernehmen. Einige Gründe und Konsequenzen dieser Entwicklungen finden sich in Analysen ostdeutscher Sozialwissenschaftler. Zahlreicher sind dabei Erklärungen der gegenwärtigen Transformationsprobleme als der Aufweis von Lösungsmöglichkeiten, aber auch solche finden sich.

1. Vierzig Jahre Diktatur und »vormundschaftlicher Staat« (Henrich) haben zu »lebensweltlichen Hypotheken« einer tiefgreifenden »Entsubjektivierung« geführt, worunter Michael Thomas (1991) in sehr anschaulichen Begriffen die »Verohnmächtigung« von Individuen und Gruppen, die »Enteignung der Werktätigen«, die »Entmachtung der Arbeiterklasse«, die »Sicher- und Stillstellung« der Massen versteht. Es geht hier also auf der Handlungsebene um tiefgreifende Habitusprägungen, denen auf der sozialstrukturellen Ebene die Defizite an Interessenorganisationen und intermediären Gruppen entspre-

chen (Kühner/Sallmon-Metzner 1991). Es geht um eine Artikulations- und Organisationsunfähigkeit »spezifischer individueller und kollektiver Interessen«, auch einer »selbstinduzierten ökonomischen Entwicklung« (Hanf 1991). Detlef Pollack (1991) spricht von einer »umfassenden Lähmung«, vom Mangel an Risikoübernahme und vom Mangel an Erfahrung der Leistungskraft moderner Gesellschaften. Auch wird in der »Differenz zwischen Offizielltem und Inoffizielltem«, in den Ersatzmechanismen von »Beschäftigungsnetzwerken und kulturellen Nischen« (Hanf 1991) ein Hindernis für die Transformation gesehen. Machtpositionen, die sich Beschäftigte in der inoffiziellen Wirtschaft aufgebaut hatten, sind zerfallen. Sicherheiten der »Arbeitsgesellschaft« DDR (Adler 1991) werden erschüttert, wenn die Zentralität von Arbeit nicht mehr gewährleistet ist.

2. Die Art und Weise der deutschen Vereinigung selbst gilt als eine wesentliche Quelle der Probleme. Pawlowsky und Schlese (1991) sprechen von einem »Transformationsdilemma«, das darin besteht, daß der Zusammenbruch der DDR den Neuaufbau nicht von innen induziert hat, sondern von außen – und wiederum von oben – notwendig macht. Hierauf reagieren die Bürger der ehemaligen DDR mit »Mentalitätsverfestigung«, »Verfolgung von Selbstschutzinteressen« und Ausgrenzungskonflikten. An anderer Stelle spricht Schlese von »nachholender Abstandnahme«, d. h. von einer nachträglichen Betonung der Differenz zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen, die zur Identitätssicherung gebraucht wird (vgl. Pawlowski et al. 1992). In Ostdeutschland ist die Transformation ein Transfer fertiger Institutionen, die aber bereits im Prozeß ihrer Übertragung ihre Wirksamkeit beweisen müssen, was die Implementationsprobleme verschärft. Marktwirtschaftliche Mechanismen sollen wirksam werden, aber sie werden staatlich (von der Treuhand) in Gang gesetzt. Rechtsstaatliche Prinzipien sollen gelten, aber die Vergangenheit der DDR kann nicht einfach unter bundesrepublikanisches Recht gestellt werden. Die Gefahr ist eine »Subkulturierung« Ostdeutschlands, eine Verfestigung der Ost-West-Differenz, die Entstehung einer »entbürgerlichten«, z. B. bürokratischen Versorgungsklassengesellschaft im Osten, die nur durch Dauersubventionen ruhig gehalten werden kann.
3. Neben diesen Defiziten, Lähmungen und Dilemmata werden jedoch auch eine Reihe von Aktiva angeführt, die zur Bewältigung der Transformationsprobleme beitragen können. Thomas Gensicke (1991, 1992) argumentiert unter dem Titel »Vom Pessimismus zum Optimismus«, daß auf der Folie

jahrelanger Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit die Euphorie der Wendezeit nur von kurzer Dauer war und sich »alte Orientierungen – Privatismus, Sicherheitsstreben und Autoritarismus ...« – wiederbelebt haben. Dahinter aber liegen nach Auffassung des Autors »langfristige mentale Prägungen«, die sich als durchaus positiv für den Transformationsprozeß herausstellen könnten, nämlich eine »ostdeutsche Mentalität des Maßhaltens und einer gewissen Selbstkontrolle« einerseits sowie eine aus dem inoffiziellen Alltagsbereich stammende »Ungezwungenheit des Lebens« andererseits. Desgleichen bietet die ungebrochene Zentralität der Arbeit gute Voraussetzungen für einen Schub der Leistungsmotivation (Schramm/Schlese 1991), nachdem jetzt die Entfaltungsmöglichkeiten der Subjektivität gestiegen sind (Hanf 1991). Zur Auflösung des Transferparadoxes und Transformationsdilemmas sieht Schlese Ansatzpunkte in einer Verzeitlichung und Regionalisierung, d. h. in der zeitlichen Streckung und räumlichen Stückelung von Ansprüchen, Forderungen und Belastungen. Über die Zeit wären verestigte, kleine, sich verstärkende Erfolge gegenüber Großprogrammen mit ungewissem Ausgang vorzuziehen. In räumlicher Betrachtung wären regionale Ungleichgewichte hinzunehmen, insoweit regionale Erfolge positive Ausstrahlungseffekte (im Sinne der Linkages der Entwicklungsökonomie) mit sich bringen. Insgesamt also Problembearbeitung durch Problemzerteilung.

Unsere bisherigen Analysen beziehen sich auf die breite Bevölkerung, auf »das Volk«, das den Doppelmechanismus von Exit und Voice bis zur Wende in der Wende (dem Sieg der bürgerlichen Parteien in der Volkskammerwahl und der dann unaufhaltsamen Beitrittsforderung) in Gang gehalten hat. Die DDR ist mit Recht eine Gesellschaft der kleinen Leute genannt worden. Deren Verhaltensweisen und Werteinstellungen kann man auch in der Transformation mit den Methoden der Umfrageforschung auf der Spur bleiben. Mit den Eliten geht das nicht. Das Schicksal der alten Politeliten ist, soweit ich sehe, bisher nur mit journalistischen Methoden verfolgt worden. Systematische Kenntnisse über Nachpositionen, Säuberungen (von Verwaltung, Justiz), Überprüfungen und Übernahmen (Polizei, Bundeswehr) kenne ich nicht, obwohl dies ein idealer Ansatz für eine auch vergleichende Transformationsforschung wäre. Zahlreiche ostdeutsche Intellektuelle, wie sie z. B. Wolfgang Engler (1990) wegen ihrer »Legenden« kritisiert, fallen als diejenigen auf, die Beitritt und Wiedervereinigung nicht gewollt haben und die das Volk im Namen einer Kulturge-

sellschaft vor dem westdeutschen Kapitalismus und Materialismus bewahren möchten. Sie gehören eindeutig zu den Verlierern der Transformation.

Über die neuen Eliten gibt es zumindest Fallstudien, so aus meiner eigenen Forschungsgruppe. Unter dem Titel »Hoffnungsträger Ost«³ werden dort die Mitglieder der neuen Führungsgruppen als Personen beschrieben, die in ihren Positionen konkrete Entwicklungserfolge erkennen und selbst erreichen können: die also unter anderem jene Verzeitlichung und Regionalisierung umsetzen, von der oben die Rede war. Ihnen stellt sich das Transferparadox als die konkrete Doppelbelastung dar, Institutionen, die Probleme lösen sollen, erst noch aufzubauen, während die Problemlösung (z. B. eine Betriebsansiedlung) schon erfolgen muß. Und sie erfahren den Transfer als eine neue Art von Bürokratie, die zwar diesmal prinzipiell durchschaubar, praktisch aber unübersehbar ist.

III.

Wie steht es angesichts der Mühen der deutschen und anderer Transformationsprozesse mit der Behauptung, die Modernisierungstheorie sei in besonderem Maße geeignet, die gegenwärtigen Entwicklungsprobleme zu verstehen und über den künftigen Entwicklungspfad etwas Substantielles auszusagen? Ich habe das ja auf dem Frankfurter Soziologentag behauptet (vgl. Zapf 1991b, 1991c).

Die Kerngedanken der Modernisierungstheorie bestehen darin, auf der mittleren Abstraktionsebene von Ländernamen und Jahreszahlen die Entwicklung von Gesellschaften seit den großen Revolutionen der letzten drei Jahrhunderte (der amerikanischen, der französischen, der industriellen Revolution) zu beschreiben und streckenweise zu erklären. Hierbei wird zunächst der Vorsprung einzelner Gesellschaften erklärt und sodann die Versuche anderer Gesellschaften, diesen Vorsprung aufzuholen. Strukturell-funktionale, differenzierungstheoretische und evolutionstheoretische Überlegungen bezeichnen die Institutionen, die bestimmten Gesellschaften für die Lösung ihrer inneren und äußeren Anpassungsprobleme und für die eigene Weiterentwicklung eine Überlegenheit (Hondrich 1991: »Dominanz«) gegenüber anderen Gesellschaften mit ihren weniger leistungsfähigen Institutionen verleihen. Institutionell ausge-

3 Vgl. Gillwald 1992. Als eine der ersten Elitestudien vgl. Berking/Neckel 1991.

drückt, kann man mit Parsons von evolutionären Universalien sprechen, z. B. der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Prozessual ausgedrückt, ging es zunächst um Alphabetisierung, Urbanisierung und Industrialisierung, dann um Take-off, Wachstum und Massenwohlstand, um Staaten- und Nationenbildung, politische Partizipation und wohlfahrtsstaatliche Umverteilung, und geht es heute um wissenschaftlich-technischen Fortschritt und ökologische Konservierung. Die handlungstheoretische Perspektive kommt ins Spiel, wenn Modernisierung an die psychische und soziale Mobilisierung von Individuen und Organisationen geknüpft wird, insbesondere an Innovationen, die von individuellen und kollektiven Akteuren gegen Widerstände durchgesetzt werden. Die Modernisierungstheorie hat vorausgesagt, daß moderne Demokratien und Marktwirtschaften anderen Systemen überlegen sind (am eindrucksvollsten T. Parsons), und sie ist darin bestätigt worden. Daraus muß man nicht ableiten, daß moderne Gesellschaften quasi automatisch auch ihre gegenwärtigen und künftigen Probleme lösen werden, schon gar nicht ein Ende der Geschichte, aber gegenwärtig gibt es kein konkurrenzfähiges Entwicklungsmodell neben modernen Gesellschaften.

Die Modernisierungstheorie könnte man als angewandte Theorie bezeichnen, die Theoriestücke aus verschiedenen Paradigmen in raumzeitlichen Zusammenhang bringt, um z. B. den Übergang von traditionellen zu sich entwickelnden Gesellschaften zu erklären, die Chancen und Belastungen von Take-off und Mobilisierung, die Dynamik von ökonomischen und politischen Boomperioden und Krisen und jetzt auch den Zusammenbruch sozialistischer Regime. Die allgemeinen sozialtheoretischen Paradigmen sind in diesem Sinne keine Konkurrenten der Modernisierungstheorie, sondern Quellen und Ideengeber (vgl. Hondrich 1991). Konkurrenten sind oder waren vielmehr die diversen Varianten des Marxismus: von der Stamokaptheorie über die Dependencia bis zur Spätkapitalismus- und Legitimationskrisendoktrin. Konkurrenten sind des weiteren die Stagnationstheorien aller Art: von der Regierungsüberlastung über die Grenzen des Wachstums bis zum ökologischen Niedergang. Während nun die marxistischen Theorien der Planwirtschaft und Gesellschaftslenkung derzeit ausgeschieden sind, werden die Stagnationstheorien weiterhin angeboten. Weltpolitisch erscheint jedoch der islamische Fundamentalismus als der auffälligste Konkurrent moderner Gesellschaften: eine Lehre vom Gottesstaat auf Erden, der die Prinzipien der bürgerlichen Freiheiten, der Gewaltenteilung und Individualisierung aufheben will und den Massen nicht etwa eine erfolgreiche-

re Entwicklung verspricht, sondern ihre Beteiligung an der ökonomischen und politischen Entwicklung selbst ablehnt.⁴

Transformation und Transition sind Modernisierungsprozesse, die sich von den offenen Modernisierungsprozessen evolutionärer Innovation dadurch auszeichnen, *daß das Ziel bekannt ist*: die Übernahme, Errichtung, Inkorporation von modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen Institutionen. Während die modernen Gesellschaften selbst nicht wissen, wie sie z. B. die Probleme des Ozonlochs und die Gefahren der Gentechnologie bewältigen sollen, sondern allenfalls wissen, wie sie suchen können, ist es in den Transitionsgesellschaften durchaus klar, welche ökologischen Mißstände abgestellt und welche Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um mittelfristig westliche Standards zu erreichen. Insofern ist Transformation und Transition »nachholende Modernisierung« (vgl. Habermas 1990, S. 179-205). In dreifacher Hinsicht ist dieser Begriff jedoch auch irreführend. Zunächst ist der Großteil von Modernisierungsprozessen immer schon nachholend, weil es sich um die (vielleicht erfolglose) Imitation von Innovationen handelt. Des weiteren ist eine der zentralen Lehren aus der fehlgeschlagenen Modernisierungspolitik der sechziger Jahre, daß einfache Imitation in der Regel nicht genügt, sondern daß Selbsterfindung und Nacherfindung von Institutionen und Verhaltensweisen, die Zeit brauchen, unabdingbar sind. Und schließlich kennen wir den schon von Veblen so genannten »Vorteil der Rückständigkeit«, der es nachholenden Akteuren unter bestimmten Voraussetzungen gestattet, nicht nur aufzuholen, sondern zu überholen, wie dies aus der Dynamik von Produktzyklen, von technologischen Entwicklungspfaden, von Branchen und selbst von Nationen bekannt ist. Dies können wir uns derzeit bei den östlichen Transformationsgesellschaften überhaupt nicht vorstellen, aber der Aufstieg Westdeutschlands und Japans war 1945 auch nicht vorstellbar.

Die westliche Kritik an der Modernisierungstheorie operiert mit dem Schema von Selbstüberlastung, Wachstumsgrenzen und selbstzerstörerischer Rückkoppelung. Ich will dies an Ulrich Becks Begriffen der »Risikogesellschaft« und der »reflexiven Modernisierung« erläutern (vgl. Beck 1986, 1989, 1991). Moderne Gesellschaften sind danach Risikogesellschaften in einem doppelten Sinn. In positivem Sinn sind sie nicht mehr blind Katastrophen ausgeliefert,

4 Francis Fukuyama diskutiert diese Frage und kommt zu einem anderen Ergebnis. Er sieht im islamischen Fundamentalismus keine Konkurrenz zu den liberalen Demokratien, weil dieser außerhalb des islamischen Kulturkreises, dessen Bedrohung er artikuliert, keinerlei Anziehungskraft aufweist (vgl. Fukuyama 1992, S. 83).

weil sie gegen viele gesellschaftliche Risiken Vorkehrungen treffen können. Im negativen Sinn produzieren sie neue Risiken einer solchen Art, daß es dagegen keine Versicherung mehr gibt, daß Fortschritt Selbstzerstörung wird und weitere Modernisierung die Modernisierung untergräbt. In einem ähnlichen Teufelskreis untergräbt die zunehmende Individualisierung die bestehende institutionelle Infrastruktur von »Klasse, Schicht, Beruf, Geschlechtsrollen, Betrieb, Branchenstruktur und eben gerade auch die Voraussetzungen und Verlaufsformen des naturwüchsigen technisch-ökonomischen Fortschritts«. Nur die politische Mobilisierung von Widerstand, nur die demokratische Subversion, nur eine neue Bewußtwerdung und eine neue Politik können in dieser Gefahrenlage die »Gegengifte« liefern, um aus der industriegesellschaftlichen in eine ökologische Moderne zu gelangen. Im Grunde ist dies eine modernisierte Variante der Spätkapitalismuskritik, wobei die ökologische Krise jetzt die Rolle einnimmt, die seinerzeit die Legitimationskrise eingenommen hat. Die Großtechnologie der Großindustrie spielt jetzt die Rolle, die früher das Großkapital gespielt hat. Die Becksche Theorie ist die prominenteste der überlebenden Theorien eines »Dritten Weges« jenseits von Sozialismus und Kapitalismus.

Auch prononcierte frühere Vertreter der marxistischen Theorie argumentieren inzwischen mit einer »Dialektik der Moderne«. Auf der einen Seite wird selbstkritisch eingeräumt, daß die sozialistische Theorie die Reformfähigkeit und Innovationskraft im Kapitalismus unterschätzt und zum eigenen Schaden im eigenen System nicht eingesetzt hat. Auf der anderen Seite wird die »Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft« herausgestellt (Krüger 1990) und eine »doppelte Modernisierung im Osten« (Klein 1991) konzipiert. Damit ist eine Entwicklung gemeint, die sowohl dem Osten die Errungenschaften von Demokratie und Marktwirtschaft beschert als auch Ost und West gemeinsam jene Änderungen, die es den »modernen bürgerlichen Gesellschaften« ermöglichen würden, zur »Überlebensfähigkeit« beizutragen und zu einem »lebenswerten Zukunftsmodell für die ganze Menschheit« zu werden. Die spätmarxistischen Theoretiker machen sich zum Anwalt der »ganzen Menschheit«, »einer bisher unbekanntten zivilisationsbewahrenden Moderne«, einer Bewältigung der »Globalgefahren«, eines »neuen organischen Wachstums«. An die Stelle früherer Ableitungslogik ist nun ein weltumspannender moralischer Rigorismus getreten, der angesichts des gesammelten Elends in der ganzen Welt die modernen Gesellschaften der Selbstabschließung anklagt.

»Der Erfolg der modernen bürgerlichen Gesellschaft ist der Erfolg einer metropolen Moderne zu Lasten der Dritten Welt, zu Lasten der heutigen Natur

und der künftigen noch ungeborenen Generationen, gedrittelt durch das Schicksal derer im sozialen Abseits, problembeladen durch die patriarchalischen Strukturen im Verhältnis der Geschlechter und keineswegs schon befreit von den Gefahren massenmörderischer Kriege« – diese Bilanz von Dieter Klein (1991, S. 16) faßt die Position zahlreicher Linksintellektueller prägnant zusammen, wobei im Unterschied zur ehemaligen ML-Doktrin (1) die Produktivkraft moderner Gesellschaften zugestanden wird, (2) das Ausbeutungsargument durch ein Ausgrenzungsargument ersetzt und (3) die schwache eigene Position durchaus gesehen wird (»der Verdacht ... [über] Globalprobleme hinterrücks doch noch ... das alte linke Revolutionskonzept in die Geschichte hineinmogeln zu wollen«). Wie allen anderen Konkurrenten der Modernisierungstheorie fehlt auch dieser »Weltarmuts-Position« jede Vorstellung von institutionellen Alternativen zur Bewältigung der dramatisch beschriebenen Probleme. An die Vereinigten Staaten, Japan und zumal Westeuropa wird appelliert, ihre weltweite Verantwortung zu übernehmen, und neue soziale Bewegungen und kritische Minderheiten sollen für den notwendigen Druck sorgen.

Nach meiner Einschätzung läßt sich der gegenwärtige Stand der Diskussion um die Modernisierungstheorie in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Die Transformationsgesellschaften wählen die modernen westlichen Gesellschaften und ihre Basisinstitutionen als einziges Modell. Es gibt zwar Unterschiede in wichtigen Einzelaspekten (z. B. Präsidialsystem versus parlamentarische Regierung, diverse Wege der Privatisierung), aber keine grundlegende Alternative. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß sich Vorteile der Rückständigkeit herausstellen werden, z. B. die Umformung von informellen Sektoren oder die frischere Leistungsmotivation. Die Vielfalt institutioneller Lösungen wird jedenfalls nicht geringer, sondern größer werden.
2. Die Schwierigkeiten und Konflikte der Transformation sind kein Einwand gegen die Modernisierungstheorie. Diese Schwierigkeiten waren vorauszu- sehen und wurden vorausgesagt (von einigen naiven Projekten der sechziger Jahre und einigen ganz unsoziologischen ökonomischen Modellvorstellungen jüngst einmal abgesehen). Die spanische Transformation z. B. hat zehn Jahre gedauert und mußte eine Arbeitslosigkeit von fast 30 Prozent bewältigen. Die Modernisierungsgeschichte insgesamt ist immer auch eine Geschichte der Entwurzelung und der Leiden des Übergangs. Innovationen

sind im geglückten Fall »schöpferische Zerstörung«; das zerstörerische Element kann man ihnen nicht nehmen.

3. Modernisierung ist nicht einfach Westernization, nachdem es erfolgreiche Modernisierungsprozesse in Ost- und Südostasien gegeben hat. Der entscheidende Unterschied zum Westen liegt dort in der umgekehrten zeitlichen Abfolge: erst ökonomische, dann politische und zuletzt gesellschaftlich-kulturelle Modernisierung. Imitation und Diffusion vom Westen haben dabei permanent eine Rolle gespielt, und die Schocks durch Kriegsniederlagen und Besatzung sind die konkreten Formen der »schöpferischen Zerstörung« gewesen. Es gibt also wie in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart, bei gleichem Ziel mehrere Wege zur Moderne (Tominaga 1991), und der Weg der heutigen Transformationsgesellschaften wird nicht mit früheren Wegen einfach identisch sein.
4. Die »Zwiespältigkeit der Moderne« (Schimank 1991) wird anerkannt. Die Mechanismen der Inklusion, Wertegeneralisierung, Differenzierung und Statusanhebung bezeichnen die generelle Richtung der Problembearbeitung, enthalten aber keine Erfolgsgarantie. So hat es immer wieder schwerwiegende Exklusionsprozesse, Ideologisierungen, Regressionen und Statusverluste gegeben, und kann es sie wieder geben. Die »Reflexivität« der Modernisierung (Ulrich Beck) wird anerkannt, in der realen Entwicklung und auf der theoretischen Ebene. Die modernen Gesellschaften sind keine durchgeplanten und keine zentralgesteuerten Gesellschaften. Die ungeplanten Modernisierungsfolgen können durchaus krisenhaftes Ausmaß annehmen. Die entscheidende Frage ist, ob die unbeabsichtigten Folgen und neuen Probleme irgendwo besser als in den Basisinstitutionen der Konkurrenzdemokratie, der Marktwirtschaft und der Wohlstandsgesellschaft bearbeitet werden können und ob es ernsthafte Alternativen zu diesen Basisinstitutionen gibt.
5. In keiner Kritik der Modernisierungstheorie und der modernen Gesellschaften sind bisher überzeugende Alternativen vorgeschlagen worden. Am häufigsten werden die neuen sozialen Bewegungen als Hoffnungsträger angeführt. Sie sind in meiner Einschätzung soziale Innovationen, die voll mit Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft, speziell unter dem Modell des politischen Unternehmers, kompatibel sind. Das gleiche gilt für Veränderungen in der Arbeitsorganisation, den Familienformen oder in den Geschlechterverhältnissen. Die sozialstrukturellen Veränderungen, um die in modernen Gesellschaften gekämpft wird, beinhalten genau Inklusion, Wertegene-

ralisierung, Differenzierung und Statusanhebung für weitere gesellschaftliche Gruppen. Was die Modernisierungstheorie ablehnt, sind Entwicklungsstopp und Umverteilungskämpfe in einem Nullsummenspiel. Modernisierung bedeutet Wachstum von Optionen und von Sicherheit. Gleichheit wird als Ausbau von Grundrechten verstanden. Jenseits der Grundrechte gilt es, Innovationschancen offenzuhalten, nicht zuletzt deshalb, um selbstzerstörerische Entwicklungen auszusondern.

6. Es wird anerkannt, daß die ökologische Frage eine neue und weitgehend selbstproduzierte Herausforderung für moderne Gesellschaften darstellt. Keine anderen außer den modernen Gesellschaften haben bisher jedoch nachhaltige Erfolge bei der Regulierung von Umweltproblemen erzielt (vgl. hierzu Fukuyama 1992, S. 131 f., S. 167 f.). Sie allein scheinen in der Lage zu sein, durch Innovationen in ihren Institutionen die ökologische Frage so zu bearbeiten, wie die soziale Frage in früheren Jahrzehnten erfolgreich bearbeitet worden ist. Eine ökologische Marktwirtschaft kann dabei durchaus mehr als eine Parteiparole, nämlich eine neue Entwicklungsrichtung sein.
7. Staaten- und Nationenbildung waren eine zentrale Etappe der westlichen Modernisierung und spielen in den heutigen Transformationsprozessen eine unerwartete Hauptrolle, nachdem bereits der Übergang zu supranationalen Strukturen bevorzuzustehen schien. Was Edward Tiryakian (1991) »neo-modernization« oder »modernization II« nennt, setzt im wesentlichen auf die transnationale Weiterentwicklung der modernen Basisinstitutionen. Diese Entwicklung mag sich durch die heutigen Transformationsaufgaben verzögern; gegenwärtig ist der Nationalstaat als Umverteilungsagentur offenbar nicht zu entbehren. Kritiker befürchten sogar den Rückfall von einem Europa ohne Grenzen zu einer Festung Europa. Die Transnationalisierung wird dennoch eine weitere neue Entwicklungsrichtung sein.
8. Schließlich die Wohlstands- oder Überflußgesellschaft. Sie war und ist, so behaupte ich, der entscheidende Legitimationsmechanismus moderner Gesellschaften: Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Die Transformationsgesellschaften müssen ihren Bevölkerungen den Massenkonsum ermöglichen, und sie brauchen hierzu wohlfahrtsstaatliche Absicherungen. Wenn sie dies nicht erreichen, werden sie scheitern. Verzeitlichung ist dabei zumutbar, und schrittweise Teilerfolge sind realistischerweise das Maximum dessen, was wir erwarten können. Aber Konsumverzicht ist – selbst in China – so wenig mehr legitimierbar wie die andauernde Vorenthaltung politischer Beteili-

gungsrechte. Dennoch wird es die Überflußgesellschaft im Weltmaßstab nicht geben können. Diese wäre eine Paradies-Vorstellung; hier gibt es klare Wachstumsgrenzen. Wir müssen uns also nach den Aufholprozessen der Transformationsgesellschaften weiterhin eine ungleiche Welt vorstellen, in der es im Süden zunächst um die elementaren Grundsicherungen und Grundrechte geht, während der Norden Wege zu einem intelligenteren Konsum und zu einem stärker partizipatorischen Wohlfahrtsstaat finden muß. Auch dies bezeichnet künftige Entwicklungslinien. Wie es in hundert Jahren aussehen wird, wissen wir nicht.

IV.

Die Rückwirkungen der Transformationsprozesse in der ehemaligen DDR (und auch in Osteuropa) auf die alte Bundesrepublik sind ein eigenes Thema, das ich hier nicht behandeln kann. Drei kurze Bemerkungen sind aber zum Schluß doch angebracht. Erstens sind rasche Veränderungen in Westdeutschland als Folge der Veränderungen im Osten ebenso ausgeblieben wie das rasche Wirtschaftswunder im Osten. Aus Sicht der Modernisierungstheorie waren bei gegebener westlicher »Dominanz« solche raschen Veränderungen auch nicht zu erwarten. Dennoch ist die Abschottung frappierend, die sich in weiten Kreisen Westdeutschlands gegenüber den neuen Gegebenheiten zeigt, und sie ist wohl ebenso eine »nachholende Abstandsnahme«, wie sie aus dem Osten berichtet wird. Zweitens werden die Westdeutschen von Veränderungen bald eingeholt werden, selbst wenn ihre Lebensstile zunächst unbeeinflusst scheinen. Dies insbesondere durch die Möglichkeit, daß die Politik durch die Lage in den neuen Bundesländern entscheidend beeinflußt wird, nicht zuletzt die nächsten Bundestagswahlen. Aber auch durch die unvermeidbaren Wohlstandseinbußen, Abgabenlasten und Störungen der gewohnten Selbstverständlichkeiten. Drittens werden auch die westdeutschen Bürger spüren, daß ihre modernen Institutionen vor ihrer schwersten Belastungsprobe stehen. Modernisierung wird heute gern als die Ausbreitung der »Zivilgesellschaft« charakterisiert. Dies ist für Osteuropa richtig, aber wir werden für die nächsten Jahre mindestens übergangsweise ein zunehmendes Gewicht von Staat und Verwaltung akzeptieren müssen, damit die Voraussetzungen der »Zivilgesellschaft« allererst geschaffen werden können.

Einige Materialien zu Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland

I.

In »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland«, einem seiner schönsten Bücher, hat Ralf Dahrendorf 1965 am Schluß einen Vergleich der beiden deutschen Staaten angestellt und sie an seinem Maßstab einer liberalen Demokratie gemessen. Eine liberale Demokratie, eine offene und moderne Gesellschaft, erfordert die Durchsetzung der bürgerlichen Gleichheitsrechte, die Anerkennung und Regelung sozialer Konflikte, die Konkurrenz der Eliten sowie entwickelte öffentliche Tugenden. Die konträre Entwicklung der DDR und der Bundesrepublik wird als unerhörtes soziales Experiment mit teilweise paradoxen Entwicklungen gesehen. Dahrendorf hat die Bundesrepublik der frühen sechziger Jahre wegen ihres »Autoritarismus der Passivität« scharf kritisiert, obwohl er ihre generelle Entwicklungstendenz für richtig hielt. Er hat der DDR etliche Punkte für Modernität zuerkannt, ihr System jedoch für nicht entwicklungsfähig gehalten.

In der DDR wurde die Zerstörung der vormodernen, autoritären Traditionen weitergeführt, in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine Politik der Gleichheit durchgesetzt und ein großes Maß an öffentlicher Diskussion organisiert. Unter diesem Gesichtspunkt ist die DDR eine moderne Gesellschaft, aber es handelt sich um eine »moderne Form mit totalitärem Inhalt«: mit unterdrückten und umgelenkten sozialen Konflikten, einer monolithischen Parteielite und einer die ganze Gesellschaft durchziehenden Planrationalität, d. h. zentralen Planung von oben nach unten.

In der Bundesrepublik wurden demgegenüber einige der vom Nazi-Regime unterdrückten traditionellen Strukturen restauriert, so in den Familienbeziehungen, den regionalen Bezügen und der wichtigen Rolle der Kirchen. Die Staatsbürgerrechte sind gesichert, aber die Chancengleichheit verbessert sich nur langsam. Die Vielfalt der Eliten ist gegeben, aber sie verharren in einem »Kartell der Angst«. Der große Durchbruch besteht in der marktrationalen Konkurrenz einer expandierenden Wirtschaft. Sie bringt für viele Menschen erstmals die Mobilität und Dynamik einer modernen Gesellschaft, wenngleich verbunden mit einer Konzentration auf privatem Wohlstand. Immerhin: »Die Chancen der liberalen Demokratie waren in einer deutschen Gesellschaft nie so groß, wie sie es in der Bundesrepublik sind« (1965, S. 461).

Und wie wird es weitergehen mit Deutschland bei einer Wiedervereinigung? Der Reiz von Dahrendorfs Schlußkapitel liegt darin, daß er 1965 nicht nur von der Wiedervereinigung spricht, sondern auch einige ihrer Bedingungen prognostiziert. Er geht davon aus, daß eine Wiedervereinigung nicht »von innen«, d. h. nicht von den gesellschaftlichen Kräften in der DDR oder in der Bundesrepublik erzwungen werden kann. Sie kann nur durch internationale Veränderungen herbeigeführt werden. Wenn sie denn kommt, wird der totalitäre politische Apparat der DDR verschwinden; die dort eingeübte Planrationalität wird jedoch nicht so schnell abzubauen sein und sich als Differenz zur Marktrationalität und zum neuen Privatismus der Bundesrepublik erweisen. Die Trennung zwischen West und Ost kann rückgängig gemacht werden, aber wohl nur in ähnlich langen Fristen, wie sie sich entwickelt hat. Und das Risiko einer Wiedervereinigung wird sein, ob die Ansätze zu einer liberalen Demokratie in der Bundesrepublik das Übergewicht behalten werden.

In einer »Zwischenbilanz der Bundesrepublik« stellte Dahrendorf 1983 (S. 25-35) der westdeutschen Demokratie das Zeugnis aus, eine freie Gesellschaft geworden zu sein. Für ihre »glückliche Geschichte« war entscheidend, daß die Marktwirtschaft tatsächlich eine soziale gewesen ist, die den Wohlstand für viele Menschen ermöglicht hat, und daß sich das politische System zweimal zu einem Machtwechsel fähig erwies. Die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat hielt er für unvermeidlich. Aber noch immer sprach er von Wiedervereinigung, die er sich allerdings nurmehr in einem transnationalen System der Souveränität vorstellen konnte.

Von heute aus betrachtet, hat die soziologische Erklärungs- und Prognosekraft von Dahrendorfs Analysen ein größeres Gewicht als ihre zeitbedingten Fehlschätzungen. Dahrendorf hatte 1965 klar gesehen, daß auch eine gewisse »Liberalisierung« und »Dezentralisierung« an der prinzipiellen Reform- und Innovationsschwäche der DDR nichts ändern würde, aber wie fast alle hat er ihre Stabilität und Leistungsfähigkeit überschätzt. Es hat sich bewahrheitet, daß die entscheidenden Anstöße zur Veränderung der deutsch-deutschen Verhältnisse nicht von innen, sondern durch die Veränderung der geopolitischen Lage von außen gekommen sind. Ganz unvorstellbar war 1965, und unabsehbar auch noch 1983, daß diese Veränderungen so einseitig im Ostblock erfolgen würden. Aber seit Mitte 1989 haben Massenflucht und Massenprotest der DDR-Bürger doch einen eigenständigen, revolutionären Beitrag zur Veränderung geleistet, und 1990 haben sie durch weitere Abwanderung und in vier Wahlen einen »dritten Weg« verworfen und sich – gegen das Zögern vieler Westdeutscher –

den Beitritt zur Bundesrepublik erstritten. Das Risiko des Zusammenstoßes von Marktrationalität und Planrationalität macht sich erst jetzt, nach der Euphorie der Befreiung, geltend. Und die Vereinigung hat nicht in irgendeinem supra-nationalen System stattgefunden, sondern ganz im Rahmen des Nationalstaates der Bundesrepublik, der alleine in der Lage war, die riesigen Vereinigungskosten aufzubringen.

1990 schrieb Dahrendorf in seinen »Betrachtungen über die Revolution in Europa« von dem bemerkenswerten Erfolg der Demokratie in Westdeutschland, und er versuchte seinen fiktiven polnischen Briefpartner davon zu überzeugen, daß diese Fortschritte durch die Vereinigung nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die persönlichen und sozialen Schocks würden mit dem Vordringen der Konsumgesellschaft in Ostdeutschland groß sein, es würde sich sogar ein chauvinistisches Potential entwickeln, aber im ganzen würden sich viele Erfahrungen des Aufbaus der fünfziger Jahre wiederholen, und das Ergebnis werde »eine größere, jedoch im Kern vertraute Bundesrepublik Deutschland« (1990, S. 120) sein, die als Nationalstaat die Ostdeutschen integriert. Und in jüngsten Beiträgen und Interviews aus dem Jahre 1993 erklärte Dahrendorf mehrfach, daß die Vereinigungsprobleme lösbar sind, wenn man nicht den Fehler begeht, mit ihnen von den größeren Aufgaben einer Umgestaltung moderner Gesellschaften abzulenken: »Ich kann eine demokratische und wohlhabende deutsche Nation im europäischen Konzert vor mir sehen in fünf bis zehn Jahren mit vielen Ansätzen, die schon heute da sind« (1993, S. 3).

II.

Mein eigener Beitrag zum Thema Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland soll an dieser Stelle in der Bereitstellung von repräsentativen Informationen über die gegenwärtige Lage in Westdeutschland und Ostdeutschland bestehen.¹ Es handelt sich um Daten der Wohlfahrtssurveys 1988-West, 1990-Ost und 1993 sowie um eine ebenfalls 1993 durchgeführte Umfrage über ökonomische Verhaltensweisen und politische Einstellungen (Ökopol-Umfrage). Die Wohlfahrtssurveys sind so aufgebaut, daß sie in einzelnen Lebensbe-

1 Einige meiner stärker synthetischen, von der Modernisierungstheorie ausgehenden Beiträge zum Thema Transformation sind: Zapf 1991c, 1992, 1993. Die im folgenden dargestellten empirischen Erhebungen wurden im Rahmen der Arbeitsgruppe »Sozialberichterstattung« des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung durchgeführt.

reichen die »objektiven«, d. h. im Prinzip beobachtbaren Lebensbedingungen und die »subjektiven« Bewertungen erfragen und die Befragten dann zu bilanzierenden Gesamteinschätzungen ihrer Lebenssituation hinführen.² Die Ökopol-Umfrage stammt aus dem Kontext vergleichender Untersuchungen in osteuropäischen Gesellschaften. Hier werden die individuellen Reaktionen auf die doppelte Transformation zu Marktwirtschaft und Demokratie erhoben.³ Die Wohlfahrtssurveys und die Ökopol-Umfrage enthalten auch – in den Grenzen kleiner Stichproben – Informationen zur Sozialstruktur, und sie erfragen aktuelle Bewertungen des Prozesses der deutschen Vereinigung.

Bevor ich zu diesen empirischen Befunden komme – in den drei Komplexen Sozialstruktur, ökonomische und politische Einstellungen, Wohlfahrtsentwicklung –, möchte ich zwei zusammenhängende Probleme ansprechen, die für die historische und die aktuelle Beurteilung der Lage in Deutschland wichtig sind: zum einen die Fehleinschätzung der Stabilität der DDR und zum anderen die »Asymmetrie« der deutschen Vereinigung. Warum konnten die Stabilität und die Leistungsfähigkeit der DDR solange überschätzt werden? Die naheliegenden Antworten lauten, daß gefälschte Zahlen von DDR-Seite und eine verblendete Wahrnehmung der Entspannungspolitik des Westens zu einer Realitätsverzerrung geführt haben. Diese Faktoren spielen sicher eine Rolle, aber gewichtiger war der Umstand, daß sich die DDR-Bürger in einem System befanden, das bei allem Rückstand zur Bundesrepublik eine führende Rolle im COMECON spielte. Die DDR-Bürger verfügten mit Abstand über den größten Wohlstand im Ostblock. Erst als die Netzwerke des sozialistischen Wirtschaftssystems zusammenbrachen, zeigte es sich, daß die DDR im kapitalistischen Weltmarkt nicht mithalten konnte. Mit anderen Worten wurde im Ost-West-Konflikt mit der

2 Die Wohlfahrtssurveys werden seit 1978 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert; die Feldarbeit liegt bei Infratest. Die Erhebung von 1988 wurde im April durchgeführt und umfaßt 2 144 Personen. Die Erhebung in Ostdeutschland 1990 wurde vom Deutschen Institut für Jugendforschung, Leipzig, im Oktober 1990 mit 735 Befragten durchgeführt. Die Erhebung 1993 fand im April mit 2 046 Interviews in Westdeutschland und 1 016 Interviews in Ostdeutschland statt. Die Organisation hatte Detlef Landua. Aus den Wohlfahrtssurveys stammen die Tabellen 1, 2, 5–8. Für eine Zusammenfassung der Ergebnisse vgl. Zapf/Habich 1994.

3 Die Ökopol-Umfrage wurde von Richard Rose, University of Strathclyde, im Rahmen seiner umfangreichen Erhebungen in den osteuropäischen Transformationsgesellschaften angeregt. Vom Leipziger Institut für Empirische Forschung wurden im April 1993 in Ostdeutschland 1 117 Personen befragt; in Westdeutschland wurden im Mai 1993 im Rahmen des Sozialwissenschaften-Bus von ZUMA 1996 Personen befragt. Aus diesen Umfragen stammen die Tabellen 3 und 4. Für eine Zusammenfassung der Ergebnisse vgl. Seifert et al. 1993. Von Wolfgang Seifert, der die Ökopol-Umfrage organisiert hat, stammt auch Abbildung 2.

Bipolarität auch die führende Rolle der DDR im Ostblock begründet, die sie zudem durch Spitzenleistungen im Kulturbetrieb und Sport noch untermauerte. Noch 1989 schätzte die Weltbank die Wirtschaftskraft der DDR fast doppelt so hoch ein, wie sie sich im Rückblick heute darstellt (vgl. Merkel/Wahl 1991).

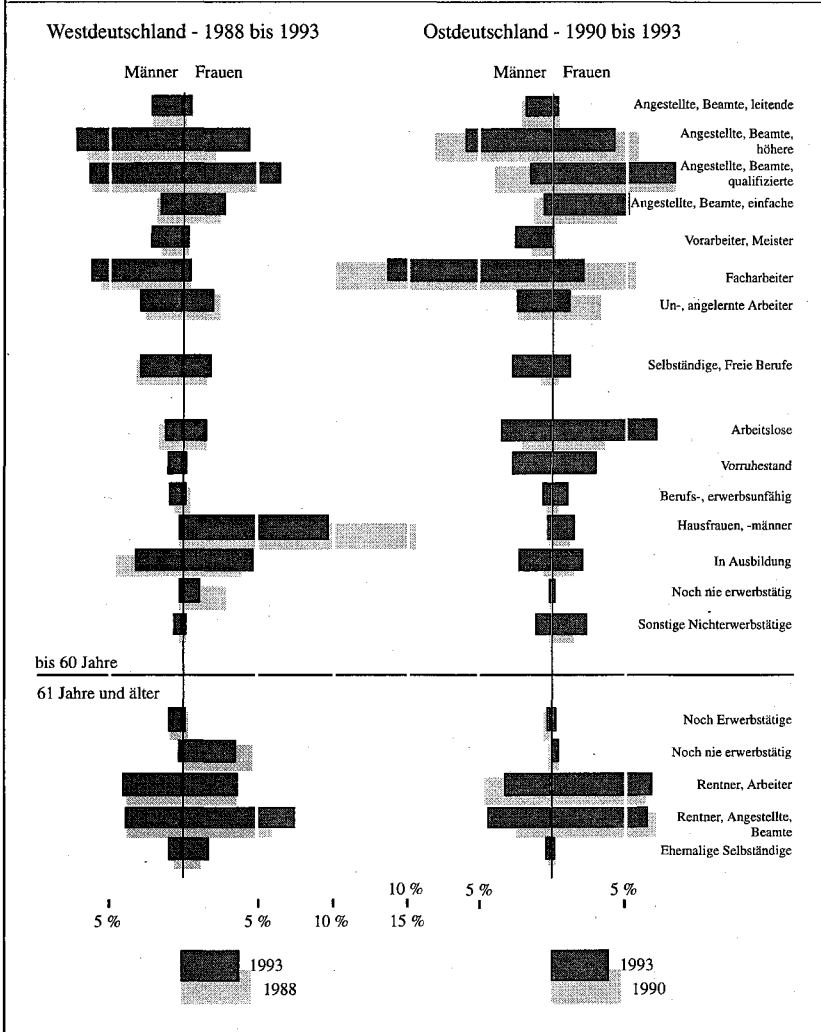
Die »Asymmetrie« der deutschen Vereinigung hat viele Dimensionen. Die Ostdeutschen stellen nur ein Fünftel der Bevölkerung und der Wähler des vereinten Deutschland. Das Fehlen einer Gegenelite im DDR-System und der starke Import westdeutscher Führungskräfte verringert dieses Gewicht noch mehr. Während die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine weitere Boom- und Modernisierungsphase durchlief, steckte die DDR wirtschaftlich und technologisch in einer Krise. Das Interesse der Westdeutschen an der DDR (wie auch an der Wiedervereinigung) ging zurück; daran änderte sich auch nach dem Fall der Mauer wenig. 20 Prozent der Westdeutschen hatten in den letzten Jahren Verwandte oder Bekannte in der DDR besucht oder von dort Besuch gehabt; das ergibt spiegelbildlich eine deutliche Mehrheit von DDR-Bürgern mit Westkontakten. Die als Ventil gedachte Reisepolitik hat dem DDR-System einen entscheidenden Stoß versetzt. Zuletzt 4 Millionen Rentnerreisen und mehr als 1 Million Reisen von jüngeren Personen pro Jahr machten den DDR-Bürgern den Rückstand des Sozialismus augenfällig (Zapf/Habich 1994). 1990 hat dann schließlich die verfassungspolitische Asymmetrie des Grundgesetzes eine zentrale Rolle gespielt, die einen einseitigen Beitritt der ostdeutschen Länder, ohne Befragung der Westdeutschen, ermöglichte (Kielmansegg 1993). So groß also auch die Fehler der Politik seit 1990 gewesen sein mögen – die Probleme des vereinten Deutschland haben einen längeren Vorlauf und tieferliegende Ursachen.

III.

Bei der Analyse der Sozialstruktur beginnen wir mit einem Modell der sozialen Lagen in West- und Ostdeutschland (vgl. Abbildung 1).⁴ Die erwachsene Be-

4 Das Modell der sozialen Lagen (Abbildung 1) wurde von Detlef Landua berechnet. Die Computergraphik erstellte Roland Habich. Wegen der Fehlerspannen bei Umfragen in der Größe der Wohlfahrtssurveys wird auf quantitative Angaben weitgehend verzichtet. Die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren in West- und Ostdeutschland wird jeweils gleich 100 Prozent gesetzt. Ausländer werden in Standardumfragen nicht befragt. Wir haben aber Befragungsergebnisse der ausländischen Bevölkerung im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels vorliegen (vgl. Seifert 1992).

Abbildung 1: Veränderungen von sozialen Lagen in Westdeutschland und Ostdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990, 1993.

völkerung wird hier für West und Ost getrennt nach Männern und Frauen, unter und über 60jährigen sowie nach insgesamt 20 Lagen der Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen aufgedgliedert. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur 1993. Durch die markierten Vergleichswerte West-1988 und Ost-1990 gewinnen wir einen Eindruck von der Richtung des sozialen Wandels.

Unter den Erwerbstätigen dominieren im Westen die Angestellten und Beamten. 97 Prozent der Ausländer leben im Westen; die erwerbstätigen Ausländer müssen zum größten Teil den Arbeiterkategorien zugeschlagen werden. Dennoch war die alte Bundesrepublik eine »Angestelltengesellschaft«. Die DDR war demgegenüber eine »Facharbeitergesellschaft«, wobei die Facharbeiterqualifikation nicht nur in Industrieberufen, sondern auch in Landwirtschaft und Dienstleistungen erworben wurde. Noch heute gilt in Ostdeutschland der hohe Anteil der beruflichen Qualifikationen als eine Errungenschaft, und die Anerkennung und Nutzung dieser Qualifikationen ist eine Aufgabe der Vereinigung.

Die DDR war des weiteren eine »Arbeitsgesellschaft« in dem Sinn, daß fast alle Männer und alle Frauen erwerbstätig waren. Die große Gruppe der Hausfrauen ist ein rein westdeutsches Phänomen, ebenso die früher nicht erwerbstätigen Rentnerinnen. Auch die großen Ausbildungsgruppen finden sich im Westen, wo die Studentenzahl zuletzt zwölfmal größer war als im Osten mit seiner langjährigen Planzahl von ca. 130 000 Studenten.

Wenn wir nun den Ost-West-Vergleich durch den Zeitvergleich West 1988-93 und Ost 1990-93 erweitern, sehen wir den enormen Unterschied zwischen den tiefgreifenden Umbrüchen im Osten und der relativ stetigen Entwicklung im Westen. Der einzige große Trend im Westen ist die starke Abnahme der Hausfrauen und eine entsprechende Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, vor allem bei qualifizierten und höherqualifizierten Angestellten. Im Osten hingegen finden wir markante Veränderungen in fast allen sozialen Lagen binnen nur dreier Jahre. Konzentriert zeigen sich die Probleme in der starken Zunahme der Arbeitslosen, besonders bei den Frauen, und der sonstigen Nichterwerbstätigen. Sie rekrutieren sich vor allem aus den hochqualifizierten Angestellten, darunter sicher viele Positionen des früheren Staats- und Parteiapparats, aus den diversen Facharbeitergruppen, bei Männern auch aus den anderen Angestelltenkategorien, sowie aus den ungelernten Arbeiterinnen. Hingegen wachsen die Lagen der Selbständigen für Männer und Frauen, und für Frauen die qualifizierten und einfachen Angestellten. Wir interpretieren dies als Zunahme der Dienstleistungsberufe mit einem hohen Anteil von Frauen.

Nach unserer Schätzung ist die Erwerbsquote (der 18- bis 64jährigen Befragten) in Ostdeutschland von ca. 90 Prozent auf 66 Prozent abgestürzt. Dies entspricht zwar ungefähr der Erwerbsquote in Westdeutschland, beschreibt aber eine andere Realität. In der früheren »Arbeitsgesellschaft« der DDR war die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen die unbefragte Norm, und deshalb sind heute im Osten viel mehr Menschen gegen ihren Willen ohne Beschäftigung als im Westen, wenn auch der frühere Beschäftigungsstand ökonomisch eine niedrige Produktivität und eine hohe »verdeckte Arbeitslosigkeit« verschleierte. Übrigens liegt die Frauenerwerbsquote im Osten noch immer höher als im Westen (59 Prozent vs. 52 Prozent), entsprechend die Männererwerbsquote unter der westdeutschen (74 Prozent vs. 79 Prozent). Wenn man nun aber die sozialen Lagen in West und Ost zusammenfügt (d. h. die Abbildung Ost um vier Fünftel reduziert), dann überwiegt – wie in so vielen Aspekten der deutschen Vereinigung – die westdeutsche Struktur, zumal fast alle ostdeutschen Veränderungen in die westdeutsche Richtung gehen.

Die Ergebnisse der optisch deutlichen, aber inhaltlich komplexen Modelle sozialer Lagen werden durch die Indikatoren der subjektiven Schichtestufung und der Wichtigkeit von Lebensbereichen bekräftigt (Tabelle 1). Die Mehrzahl der Westdeutschen rechnet sich zur Mittelschicht, die Mehrzahl der Ostdeutschen zur Arbeiterschicht. Arbeit wird von den Ostdeutschen deutlich häufiger als sehr wichtig bewertet als von den Westdeutschen, und zwar im Zeitvergleich sogar auf Kosten der Freizeitorientierung.

Auch die beobachteten Trends der Frauenerwerbstätigkeit spiegeln sich in unterschiedlichen Werteinstellungen in West und Ost. Dabei ist es aber nicht so, daß die Westdeutschen die Frau ins Haus und die Ostdeutschen sie in die Fabrik wünschen. Vielmehr ist die Pointe, daß die Ostdeutschen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als selbstverständlich postulieren, ebenso den Anspruch auf entsprechende Betreuungseinrichtungen für Kinder. Demgegenüber favorisieren die Westdeutschen eher ein Phasenmodell oder eine klare Entscheidung der Frau zwischen Kindern und Karriere. Bei den jüngeren Frauen mit guter Ausbildung gibt es jedoch keine Unterschiede mehr in den Forderungen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist einer der wenigen Trends, der klar in ostdeutsche Richtung geht.

Drei weitere Bereiche der Sozialstruktur, in denen sich auch mit Umfragedaten erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West aufweisen lassen und die jeweils für ganze Lebensbereiche stehen, sind Religionszugehörigkeit, Organi-

Tabelle 1: Subjektive Schicht, Lebensbereiche (in Prozent)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1988	1993	1990	1993
Subjektive soziale Schicht				
Arbeiterschicht	26	28	57	54
Mittelschicht	55	54	36	37
Obere Mittelschicht	13	12	2	2
Keine Zuordnung	2	1	3	2
Lebensbereich »sehr wichtig«				
Arbeit	36	37	57	58
Familie	73	76	79	82
Freizeit	31	32	35	24

sationszugehörigkeit und die Form des Wohnens (Tabelle 2). In Westdeutschland gehört die große Mehrheit der Bevölkerung der evangelischen oder der katholischen Kirche zumindest nominell noch an, obwohl der Anteil der praktizierenden Christen deutlich geringer ist. Ostdeutschland ist demgegenüber ein weitgehend atheistisches oder doch laizistisches Land, obwohl paradoxerweise die evangelische Kirche während und nach der Wende eine so große Rolle gespielt hat. Meine Prognose ist, daß die Religionszugehörigkeit im Osten nicht wesentlich steigen, aber im Westen zurückgehen wird.

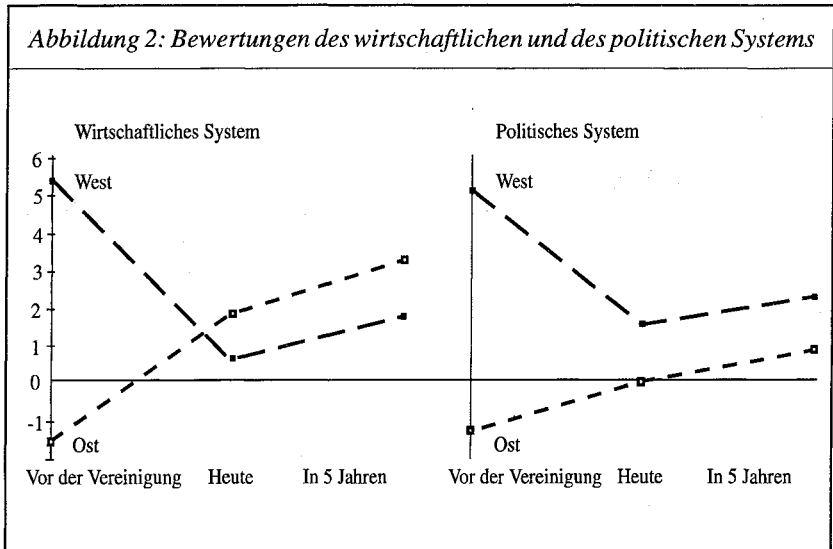
Für die Organisationszugehörigkeit ist es wichtig, daß die Massenorganisationen im Osten zusammengebrochen und private Alternativen, wie Sport-, Gesangs- oder Schützenvereine, noch nicht als Alternative ausgebaut sind; dies wird sicher ein Entwicklungstrend sein. Die westdeutschen Gewerkschaften waren mit der Übertragung ihrer Organisationsformen erfolgreicher als die Parteien. Insgesamt ist aber auch im Westen der Anteil der Nichtorganisierten, trotz der viel größeren Organisationsvielfalt, beträchtlich hoch. Bezüglich der Wohnformen liegen die Unterschiede im viel höheren Anteil von Eigenheimen im Westen und großen Wohneinheiten (die »Plattenbauten«) im Osten.

Was folgt aus diesen Skizzen erheblicher Unterschiede in der Sozialstruktur von West- und Ostdeutschland? Ich hatte bereits im Oktober 1990 – mit der Begründung der »nachholenden Modernisierung« – eine Angleichung in westdeutsche Richtung in den meisten Dimensionen prognostiziert: »Rückgang der

Tabelle 2: Indikatoren der Sozialstruktur (in Prozent)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1988	1993	1990	1993
Religionszugehörigkeit				
Evangelische Kirche	47	45	25	25
Katholische Kirche	41	40	5	4
Andere Religionsgemeinschaft	3	2	1	1
Keine	9	13	70	70
Organisationszugehörigkeit				
Gewerkschaft	17	17	49	25
Partei	5	5	5	3
Sportverein	29	28	?	10
Keine Organisation	42	44	?	53
Wohnform				
Bauernhaus	3	4	4	6
Einfamilienhaus	39	36	17	23
Mietshaus, 2 – 9 Parteien	44	45	47	41
Mietshaus, 10 Parteien und mehr	13	15	32	30

Frühehen und Frühscheidungen, eine erhebliche Bildungsexpansion, ein Wachstum nicht-öffentlicher Dienstleistungen, eine Vergrößerung der Ungleichheit, eine Differenzierung der Lebensformen und Lebensstile« (Zapf 1991c, S. 44). Wie wir inzwischen sehen können, verläuft diese Anpassung nicht so geradlinig und schnell. Im Geburten-, Heirats- und Scheidungsverhalten ist vor eine Verschiebung in höhere Altersstufen zunächst ein schockartiger Rückgang getreten, der alle bisherigen Krisen- und Kriegserfahrungen übersteigt (Zapf/Mau 1993). Die Bildungsexpansion und die Dienstleistungsexpansion setzen nur langsam ein. Eine rasche Vergrößerung der Ungleichheit in Ostdeutschland wurde durch die Übertragung des westdeutschen Transfersystems, aber auch des progressiven Steuersystems gebremst. Auch die prognostizierten Einflüsse auf den Westen – steigender Laizismus, straffere Bildungsabschlüsse, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen – gehen offensichtlich nicht in Monatsschritten, sondern allenfalls in Jahreschritten voran. Im ganzen unterstütze ich jedoch die Auffassung, daß sich



Ostdeutschland weitgehend in die Strukturen der alten Bundesrepublik eingliedern wird; diese stehen allerdings selbst unter Reform- und Innovationsdruck (vgl. Geißler 1992).

IV.

Eine eindrucksvolle Zusammenfassung der Einschätzungen der westdeutschen und ostdeutschen Bürger über das wirtschaftliche und politische System des vereinten Deutschland erbringt ein einfacher Test: Die Befragten sollten das ökonomische und das politische System (auf einer Skala von +10 bis -10) »vor der Vereinigung«, »heute« und »in 5 Jahren« bewerten (vgl. Abbildung 2). Das zentrale Ergebnis ist, daß die Ostdeutschen durchgängig Verbesserungen, die Westdeutschen aber Verschlechterungen und für die Zukunft nur leichte Erholung zu Protokoll geben. Als Trend war dieses Ergebnis zu erwarten; überraschend sind die Niveaus. Für die Wirtschaft fällt die Bewertung der Westdeutschen unter die der Ostdeutschen: am stärksten – wenn man nach sozialen Gruppen aufgliedert – bei Hauptschülern, Arbeitern, Arbeitslosen. Für die Poli-

tik bleibt die Bewertung der Ostdeutschen deutlich unter der der Westdeutschen, auch für die Zukunftsperspektive.

Am frappierendsten ist jedoch die geringe wahrgenommene Verbesserung gegenüber den DDR-Zeiten. Wir werden sehen, daß sich hier der Schock der neuen Verhältnisse und die Frustration über neue Belastungen zu einer sehr kritischen Haltung gegenüber dem neuen politischen System verdichtet. Dies ist um so erstaunlicher, als die Übertragung des westdeutschen Wohlfahrtsstaats und öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen bisher erfolgreicher war als die Marktwirtschaft. Meine Erklärung ist, daß die Verbesserungen des Lebensstandards dem Markt zugerechnet werden, die wirtschaftliche Krise jedoch der Politik.

Mit ihrer wirtschaftlichen Situation sind nicht nur die meisten Westdeutschen, sondern auch die meisten Ostdeutschen zufrieden, mit dem Akzent auf »eher zufrieden«. Dies erklärt sich im Westen aus dem erreichten Wohlstandsniveau, gemessen am Anteil derer, die auch mit ihrem Lebensstandard »bereits zufrieden« sind. Im Osten erklärt es sich aus den deutlichen Verbesserungen im Vergleich zur DDR-Wirtschaft und den hohen Erwartungen auf eine weitere Verbesserung. Dabei geben sich die Ostdeutschen fünf und mehr Jahre, bis der erwünschte Lebensstandard erreicht ist. Wer aber sind die Unzufriedenen und diejenigen, denen es heute schlechter geht als vor fünf Jahren?

Überdurchschnittlich häufig unzufrieden sind bzw. verschlechtert haben sich im Osten wie im Westen die Arbeitslosen und die ungelerten Arbeiter, dazu im Osten Teile der (neuen?) Selbständigen und der Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren. Im Osten gibt es einen einfachen Zusammenhang zwischen Verbesserung und Zufriedenheit; im Westen finden wir Zufriedenheit mehrheitlich bei konstanter wirtschaftlicher Situation. Im Westen werden die Zukunftsaussichten deutlich häufiger negativ eingeschätzt, und zwar um so mehr, je älter und je weniger gut ausgebildet die Befragten sind. Während die ostdeutschen Rentner zu den Gewinnern zählen, breitet sich bei einem Teil der westdeutschen Rentner Sorge aus.

Mit sechs Alternativen haben wir das Ausmaß individueller Leistungsorientierung gegenüber kollektiven Versorgungsansprüchen, also generelle Einstellungen zum ökonomischen System, ermittelt (Tabelle 3). Dabei stimmen Westdeutsche und Ostdeutsche mit großer Mehrheit darin überein, daß Unternehmer Betriebe besser führen können als der Staat, also in einem Grundprinzip der Marktwirtschaft. Aber mit ebenso großen Mehrheiten präferieren sie in ihrem persönlichen Bereich die Sicherheit des Arbeitsplatzes vor größeren Ver-

Tabelle 3: Wirtschaftliche Grundeinstellungen (in Prozent)

	Westdeutschland 1993	Ostdeutschland 1993
Unternehmer können Betriebe besser führen	90	86
Der Staat kann Betriebe besser führen	10	14
Arbeitsplatzsicherheit ist wichtiger	83	88
Höherer Verdienst ist wichtiger	17	12
Größte Bedrohung: die steigenden Preise	71	38
Größte Bedrohung: die Arbeitslosigkeit	29	61
Einkommen mehr angleichen	34	42
Einkommen nach Leistung differenzieren	66	58
Der Staat ist für Existenzsicherung verantwortlich	32	61
Die einzelnen sind selbst verantwortlich	68	39
Steuern sollen gesenkt werden	40	20
Steuern sollen für öffentliche Ausgaben erhöht werden	60	80

dienstchancen. Sehr verschieden wird sodann die tatsächliche Bedrohung durch Arbeitslosigkeit wahrgenommen: Sie ist für die Ostdeutschen weit bedrohlicher als die dort ebenfalls erheblichen Preissteigerungen, während die Westdeutschen ihre tatsächlich niedrigere Preissteigerung mehrheitlich als größte Bedrohung ansehen. In der Alternative Politik der Einkommensangleichung vs. Einkommensdifferenzierung nach individueller Leistung sind die Unterschiede geringer, als man erwarten könnte: Das Leistungsprinzip wird auch im Osten mehrheitlich anerkannt, und Gleichheitspolitik ist auch im Westen die Präferenz von einem Drittel der Befragten. Eine klar kollektivistische Einstellung zeigen die Ostdeutschen jedoch hinsichtlich der staatlichen Verpflichtung zur Existenzsicherung; hier sind nur die jüngeren Befragten und die Selbständigen deutlich überproportional für Selbstverantwortung. Ganz ähnliche Muster finden wir bei der Alternative Steuern senken versus mehr Steuern für öffentliche Ausgaben; hier präferiert aber auch die Mehrheit der Westdeutschen die öffentliche Versorgung.

Tabelle 4: Leistungen des politischen Systems (in Prozent)

	West 1993	Ost 1993	Ost früher DDR
Ausreichende soziale Sicherung	47	24	97
Meinungsfreiheit	87	82	13
Einfluß der Regierungsmaßnahmen	30	16	6
Es herrscht Ordnung	42	13	80
Schutz vor militärischer Bedrohung	74	76	83
Günstiges Wirtschaftsklima	4	44	10
Ostdeutsche werden gerecht behandelt	56	24	26
Westdeutsche werden gerecht behandelt	56	68	-

Bei der Beurteilung der Leistungen des politischen Systems der neuen Bundesrepublik (Tabelle 4) stimmen Westdeutsche und Ostdeutsche darin überein, daß die Meinungsfreiheit garantiert ist (im Gegensatz zur DDR) und daß es Schutz vor militärischer Bedrohung gibt (wie auch schon in der DDR). Ihre Einflußmöglichkeiten auf Regierungsmaßnahmen erachten die Ostdeutschen heute als nur wenig größer als zu DDR-Zeiten, aber auch nur eine Minderheit der Westdeutschen sieht Einflußchancen. Dabei steigt in Westdeutschland die wahrgenommene Einflußchance mit dem Bildungsgrad, in Ostdeutschland sinkt sie.

In der positiven Bewertung des Wirtschaftsklimas übertreffen die Ostdeutschen die Westdeutschen. Hingegen glauben sie, daß sie von Staat und Verwaltung viel schlechter behandelt werden als die Westdeutschen. Zu den überproportional unzufriedenen Gruppen gehören hier (neben den fast durchgängig unzufriedeneren Arbeitslosen und ungelernten Arbeitern) auch die gehobenen Angestellten. Im Vergleich zur DDR hat sich für die Mehrheit der Ostdeutschen die Behandlung durch Staat und Verwaltung nicht verbessert. Diese Frustration wird noch krasser bei den Fragen nach der sozialen Sicherheit und nach der öffentlichen Ordnung. Nur ein Viertel der Ostdeutschen, gegenüber der knappen Hälfte der Westdeutschen, sieht im System der Bundesrepublik die soziale Sicherheit gewährleistet – eine Leistung, die sie fast einhellig der

DDR zuschreiben. Und nur 13 Prozent meinen, »daß Ordnung herrscht« (42 Prozent der Westdeutschen), während sie für die meisten in der DDR garantiert war!

So ergibt die Ökopol-Umfrage eine konfliktreiche Mischung: im Osten eine relativ positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, eine Mixtur von Kollektivismus und neuem Individualismus, heftige Frustrationen durch das neue politische System, aber auch Anzeichen für das Einüben der Demokratie. Im Westen werden die Belastungen der Vereinigung sichtbar und die letzten Jahre von vielen als Verschlechterung wahrgenommen.

V.

Die gegenwärtigen Spannungen und Krisenzeichen, insbesondere im Osten, sind im vorigen Abschnitt deutlich geworden. Aber haben sich die deutschen Verhältnisse seit 1990 tatsächlich so verschlechtert und zugespitzt, daß man von einer »Vereinigungskrise« sprechen muß? Hierzu geben die Daten der Wohlfahrtssurveys, die einen Zeitvergleich erlauben, einige Hinweise. Der Akzent liegt hier jedoch nicht auf der Bewertung des ökonomischen und politischen Systems, sondern auf den individuellen Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden der Befragten. Unsere Ergebnisse lassen sich in sieben Punkten zusammenfassen:

- Die Kluft in den Lebensbedingungen zwischen West und Ost, d. h. der Rückstand der Ostdeutschen, ist beträchtlich.
- Dieser Kluft entspricht ein deutlich geringeres subjektives Wohlbefinden der Ostdeutschen.
- Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden haben sich von 1990 bis 1993 in Ostdeutschland im Durchschnitt und für die Mehrheit nicht verschlechtert, sondern leicht verbessert.
- Der Abstand zum Westen ist nicht größer geworden, wenn auch die Angleichung nur sehr langsam vor sich geht.
- Für einige Problemgruppen wie Arbeitslose und Alleinerziehende wird der Abstand zur relativ zufriedenen Mehrheit größer und belastender.
- Für die Mehrheit der Westdeutschen und der Ostdeutschen besteht trotz zahlreicher Sorgen eine optimistische Grundeinstellung. In Ostdeutschland sind aber die Sorgen größer, und der Optimismus ist zurückgegangen.

Tabelle 5: Objektive Lebensbedingungen

		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		1988	1993	1990	1993
Einkommensverhältnisse					
Bruttoarbeitseinkommen	DM	3 110	3 680	1 360	2 360
Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf					
Insgesamt	DM	1 220	1 570	730	1 080
Arbeiter	DM	1 140	1 430	750	1 020
Angestellte, Beamte	DM	1 440	1 920	840	1 270
Selbständige, Freie Berufe	DM	1 580	2 380	720	1 010
Rentner, Pensionäre	DM	1 340	1 560	650	1 130
Arbeitslose	DM	970	1 040	550	830
Wohnverhältnisse					
Wohnräume pro Kopf	ø	1,66	1,62	1,35	1,34
Weniger als 1 Raum pro Kopf	%	7	9	17	18
Bad + WC + Zentralheizung	%	80	88	49	53
Eigentümerquote	%	48	47	21	29
Umweltbelastung (sehr, ziemlich stark)					
Lärm	%	28	23	36	30
Luftverschmutzung	%	24	21	59	28
Landschaftszerstörung	%	18	13	40	18
Schlechte Wasserqualität	%	13	13	33	21

- Für die Hälfte der Ostdeutschen, aber nur für 10 Prozent der Westdeutschen hat sich die Entwicklung seit 1990 verbessert; mehr Westdeutsche als Ostdeutsche sprechen von einer Verschlechterung und nennen damit die Belastungen, die die deutsche Vereinigung inzwischen auch im Westen mit sich bringt.

Als Beispiele für die Entwicklung der Lebensverhältnisse betrachten wir Einkommen, Wohnen und Umwelt (Tabelle 5). Die Einkommen sind (auch wenn man die Preissteigerungen berücksichtigt) in Westdeutschland leicht, in Ost-

deutschland deutlich gestiegen. Die Einkommen in Ostdeutschland betragen inzwischen rund zwei Drittel des Westens, gegenüber nur der Hälfte im Jahr 1990. Insbesondere haben die ostdeutschen Rentner aufgeholt, die in DDR-Zeiten bewußt vernachlässigt worden waren. Viel weniger rasch verändern sich die Wohnverhältnisse, wie man an den riesigen Aufgaben der Stadtсанierung und Dorferneuerung sehen kann. Aber der Trend geht in Richtung Renovierung und mehr Eigentumbildung. Eindeutige Verbesserungen hat es bei den Umweltbelastungen gegeben. Zwar sind unsere Daten Selbsteinschätzungen, aber sie spiegeln doch reale Verbesserungen im Osten. An den nur geringen Verbesserungen über einen Fünfjahreszeitraum im Westen erkennt man, wie hoch die Grundlast auch in einer reichen Gesellschaft bleibt.

Im subjektiven Wohlbefinden ergeben sich für die Ostdeutschen durchschnittlich geringere Zufriedenheiten, mehr Glücksversagen und höhere Belastungen durch Besorgnis- und Anomiesymptome als für die Westdeutschen (Tabelle 6). Zwei wesentliche Trends sind jedoch auffällig: Der Höhepunkt der Belastungen war im Osten nach den turbulenten Monaten der Nachwendezeit, und 1993 zeichnet sich so etwas wie eine »psychische Stabilisierung« ab. Die subjektive Belastung des Wohlbefindens ist auch in Westdeutschland nach den langen Wohlstandsjahren noch beachtlich groß, und sie relativiert etwas die positive Wohlfahrtsbilanz, die sich aus einer hohen allgemeinen Lebenszufriedenheit ergibt.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit sowie Zufriedenheiten mit den einzelnen Lebensbereichen messen wir in Westdeutschland seit vielen Jahren auf einer Skala von »0« (»ganz und gar unzufrieden«) bis »10« (»ganz und gar zufrieden«). Die Lebenszufriedenheit ist in Westdeutschland seit Jahren hoch, mit einem Durchschnitt knapp unter »8«. In Ostdeutschland liegt sie deutlich niedriger, ist aber von 6.5 im Jahre 1990 auf 6.9 im Jahr 1993 angestiegen. Dies ist die prägnanteste Zusammenfassung der Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland (Tabelle 7).

Im übrigen reagiert die Zufriedenheitsskala sehr sensibel. So erreichen die Ostdeutschen ähnliche Werte wie die Westdeutschen in »privaten« Bereichen wie Familie und Gesundheit, während die Unterschiede dort massiv sind, wo sich auch klare Unterschiede in den Lebensbedingungen beobachten lassen.

Die Belastung durch Sorgen ist im Osten größer als im Westen, mit Ausnahme der Sorgen über die Kosten der Einheit, die Asylbewerber und die Umwelt. Die größte Sorge gilt der Arbeitslosigkeit, aber inzwischen dicht gefolgt von der Angst vor Kriminalität. Die eigene wirtschaftliche Situation wird in Ost und

Tabelle 6: Subjektives Wohlbefinden (in Prozent)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1988	1993	1990	1993
Allgemeine Lebenszufriedenheit				
Hochzufrieden, Skalenwert 10	17	14	6	6
Skalenwerte 8, 9	50	55	32	36
Skalenwerte 5 – 7	28	28	50	49
Eher unzufrieden, 6 – 4	4	3	13	9
Glück				
Sehr glücklich	23	23	11	12
Ziemlich glücklich	71	70	73	75
Ziemlich unglücklich	5	5	14	12
Sehr unglücklich	1	1	2	1
Symptome der Besorgnis				
Öfter erschöpft oder zerschlagen	44	39	52	43
Immer wieder Ängste und Sorgen	19	17	29	26
Ständig aufgeregt und nervös	12	10	17	14
Gewöhnlich niedergeschlagen	11	10	16	16
Anomiesymptome				
Einsamkeit	14	13	21	16
Sich nicht zurechtfinden	11	13	38	32
Arbeit macht keine Freude	14	11	20	17
Schwierigkeiten nicht ändern können	–	74	74	86

West günstiger eingeschätzt als die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Sorgen um Arbeitslosigkeit sind größer als um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes: Dies ist ein bekannter Mechanismus der Solidarisierung und der Antizipation von Problemen. Ähnlich liegt der Optimismus bezüglich der persönlichen Zukunft im allgemeinen über allen Prognosen für einzelne Lebensbereiche. Im Westen beträgt der Anteil der Optimisten nicht weniger als 84 Prozent, im Osten ist er von ebenso 84 Prozent auf 72 Prozent im Jahre 1993 zurückgegan-

Tabelle 7: Zufriedenheiten, Sorgen, Bilanz

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1988	1993	1990	1993
Zufriedenheiten	Durchschnitt Skala 0 – 10			
Allgemeine Lebenszufriedenheit	7.9	7.9	6.5	6.9
Zufriedenheit Familie	8.7	8.5	8.3	8.2
Zufriedenheit Gesundheit	7.3	7.3	6.9	7.3
Zufriedenheit Wohnung	8.2	8.2	6.5	6.9
Zufriedenheit Lebensstandard	7.5	7.5	6.0	6.3
Zufriedenheit Öffentliche Sicherheit	5.8	5.0	3.4	3.6
Zufriedenheit Umweltschutz	4.5	4.8	2.2	4.8
»Große Sorgen« um	Angaben in %			
Allgemeine wirtschaftliche Lage	–	39	–	48
Eigene wirtschaftliche Situation	–	14	–	33
Entwicklung der Arbeitslosigkeit	–	56	–	80
Sicherheit des Arbeitsplatzes	–	10	–	35
Schutz der Umwelt	–	43	–	31
Zustrom von Asylbewerbern	–	54	–	43
Kosten der deutschen Einheit	–	49	–	34
Entwicklung der Kriminalität	–	55	–	72
Optimismus bezüglich der persönlichen Zukunft im allgemeinen	–	84	84	72
Entwicklung seit 1990				
Lebensbedingungen eher verbessert	–	10	–	48
Lebensbedingungen eher verschlechtert	–	31	–	23
Kein großer Unterschied	–	59	–	29

gen; dies ist aber noch immer eine große Mehrheit. Die Gesamtbilanz der Entwicklung seit 1990 fällt im Osten deutlich besser aus als im Westen: 48 Prozent haben sich verbessert, 23 Prozent verschlechtert. Im Westen signalisiert das negative Verhältnis (nur 10 Prozent verbessert, 31 Prozent verschlechtert) die inzwischen eingetretene Reaktion auf die Lasten und Kosten der deutschen Vereinigung.

VI.

»Die deutsche Frage bleibt also gestellt.« Mit diesem Satz beendete Ralf Dahrendorf 1965 (S. 472) sein Deutschlandbuch. Er meinte damit nicht zuletzt die Risiken, die bei einer eventuellen Wiedervereinigung von dem Plansystem, der gelenkten Öffentlichkeit und der straffen Kaderorganisation der DDR auf die liberale Demokratie der Bundesrepublik zukommen könnten. In einer paradoxen Weise hat sich diese Besorgnis bestätigt, nur liegen die Risiken heute nicht in der Stärke, sondern in der Schwäche, in den Gefahren der Anomie, die der Zusammenbruch der DDR hinterlassen hat.

Die gegenwärtige Stimmung in Deutschland ist gekennzeichnet durch Abwehr bei den Westdeutschen, durch Vorwürfe und Frustration bei den Ostdeutschen, trotz deutlicher und zugestandener Verbesserung ihrer Lage. Die Zukunftsfrage ist, welche der möglichen Entwicklungen sich im vereinten Deutschland durchsetzen wird. Wird die »nachholende Modernisierung« Ostdeutschlands gelingen und sogar Modernisierungseffekte in Westdeutschland zeitigen? Werden sich zwei unterschiedliche Teilgesellschaften verfestigen? Oder wird Ostdeutschland längerfristig ein explosiver Unruheherd? Im ganzen sind die Westdeutschen wie die Ostdeutschen in ihrem privaten Lebenskreis zuversichtlich. Aber in ihrer wechselseitigen Einschätzung zeigen sich konfliktträchtige Differenzen (Tabelle 8). Die Ostdeutschen fordern deutlich mehr (als die Westdeutschen) Opferbereitschaft im Westen, und die Westdeutschen bestehen einhellig auf mehr Geduld im Osten. Andererseits ist die Bereitschaft zum Einkommensverzicht für die Einheit und zur Beteiligung bei der Finanzierung, »wenn die Kosten gerecht verteilt werden«, sehr ähnlich und überraschend hoch. Die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit sehen aber deutlich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche bereits erreicht. In der wechselseitigen Einschätzung ihrer Lebensbedingungen sind sich die West- und Ostdeutschen sehr ähnlich in den Standards, die ihnen »gerechterweise zustehen« und die sie realistischerweise erwarten können. Ihre gegenwärtige Situation aber schätzen sie wechselseitig sehr diskrepant ein: So unterbieten die Westdeutschen noch die ostdeutsche Durchschnittseinschätzung (die wiederum deutlich schlechter ist als die der eigenen Situation!), und die Ostdeutschen zeichnen ein Bild der Westdeutschen, das deutlich besser ist als deren individuelles und generalisiertes Selbstbild.

Was kann man mit Umfrageergebnissen dieser Art zu Dahrendorfs großen Fragen nach den Chancen der liberalen Demokratie in Deutschland beitragen?

Tabelle 8: Wechselseitige Ansprüche und Einschätzungen

	Westdeutschland 1993	Ostdeutschland 1993
	Angaben in %	
Mehr Opferbereitschaft in Westdeutschland	50	79
Mehr Geduld in Ostdeutschland	94	63
Bereitschaft zum Einkommensverzicht	54	46
Finanzierung, wenn Kosten gerecht verteilt	71	70
Heute bereits finanziell überbelastet	57	75
	Durchschnitt Skala 0 – 10	
Einschätzungen der Lebensbedingungen		
Lebensbedingungen insgesamt	7.3	6.3
des durchschnittlichen Ostdeutschen	4.9	5.5
des durchschnittlichen Westdeutschen	7.1	8.5
Gerechterweise zustehende Lebensbedingungen	8.1	7.9
Die besten zukünftigen Lebensbedingungen	7.4	7.5

Auf den ersten Blick mag die Distanz zwischen theoretischer Synthese und empirischer Detailanalyse sehr groß sein. Bei näherer Betrachtung könnte man jedoch eine Richtung erkennen. Die bürgerlichen Gleichheitsrechte sind endlich für alle Deutschen gewährleistet, aber sie müssen wiederum erst noch »durchgesetzt werden« in der Angleichung der Lebensverhältnisse. Soziale Konflikte gibt es übergenug, und sie werden jetzt auch offen ausgetragen; die Herausforderung liegt darin, geeignete Institutionen zu bauen, um sie produktiv zu regeln. Über die Vielfalt und Konkurrenz der Eliten können Meinungsfragen direkt nichts aussagen; aber die Vergrößerung des Angebots konventioneller wie unkonventioneller politischer Positionen erfassen sie. Alarmierend dabei ist, wie der westdeutschen Politikverdrossenheit ein Absturz des politischen Engagements und Interesses in Ostdeutschland parallel geht. Dies hat Folgen für die öffentlichen Tugenden. Westdeutsche und Ostdeutsche sind vornehmlich mit ihren persönlichen Lebensumständen befaßt. Sie spüren die Bela-

stungen und haben Sorgen. Aber sie sind noch immer zuversichtlich und zu Opfern bereit.

So könnte Ralf Dahrendorf recht behalten mit seiner Ansicht, die gegenwärtigen deutschen Ost-West-Probleme würden sich in vernünftigen Fristen regeln lassen, und die Energien sollten sich gleichermaßen auf die größeren Zukunftsprobleme des vereinten Deutschland und des neuen Europa richten.

Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?*

Dramatischer Rückgang von Geburten, Eheschließungen und Scheidungen

In der Ostsee-Zeitung vom 8. Mai 1993 lesen wir in einer Reportage aus der Stadt Rostock: »Während sich 1990 bis Anfang Mai 454 Paare das Jawort gaben, waren es in diesem Jahr lediglich 155. Das Durchschnittsalter der Heiratswilligen liegt derzeit bei 30 Jahren, während es 1989 mit 20 Lenzen registriert wurde.« Ein Trend setzt sich offensichtlich fort, der inzwischen vom Statistischen Bundesamt bis Ende 1992 in den Grunddaten belegt ist: ein dramatischer Rückgang der Geburten, Eheschließungen und auch der Ehescheidungen seit 1989 in den ostdeutschen Ländern und Ost-Berlin, also in der ehemaligen DDR. Vergleicht man die Zahlen von 1988 und 1992, so läßt sich für die Geburten ein Rückgang von 60 Prozent, für die Eheschließungen von 65 Prozent und für die Ehescheidungen von 81 Prozent (bis 1991) ausmachen.

Anders als die Absolutzahlen reagieren jährliche oder quartalsmäßige Veränderungsraten sehr empfindlich auf kurzfristige Instabilitäten. Dabei wird vom eigentlichen Niveau abstrahiert und die Betrachtung auf die Richtung, Intensität und Dauer der Schwingungen gelenkt. Beginn und Ende von Veränderungszyklen lassen sich dadurch verdeutlichen.

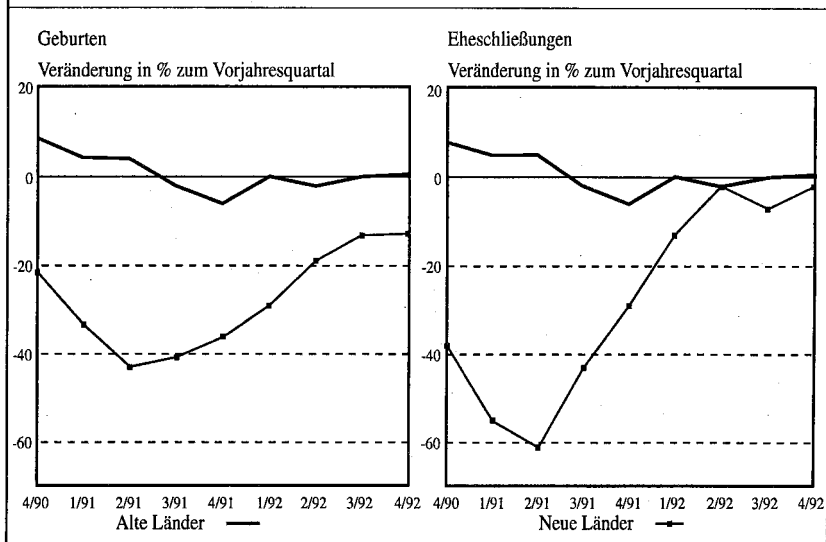
Der Geburtenrückgang von 1990 auf 1991 beträgt 39,6 Prozent, von 1991 auf 1992 19,2 Prozent. Der Rückgang der Eheschließungen beträgt von 1990 auf 1991 50,4 Prozent und von 1991 auf 1992 5,0 Prozent. Den Quartalsvergleich von 4/1990 bis 4/1992 dokumentiert Abbildung 1.

Es handelt sich also um enorme Rückgänge mit Tiefpunkten im 2. Quartal 1991, aber fortgesetzt bis Ende 1992. Nur das Tempo des Rückgangs verringert sich, nicht der Rückgang selbst, der durch die Fläche unterhalb der Nulllinie gekennzeichnet ist. Demgegenüber sind die Veränderungen in den alten Ländern eher unauffällig.

Wir haben bereits 1990 prognostiziert, daß sich im Wandel der Sozialstruktur der DDR auch die dort so auffälligen Phänomene der Frühehen, frühen Geburten und frühen Scheidungen in Richtung westdeutscher Muster verän-

* Verfaßt zusammen mit Steffen Mau.

Abbildung 1: Veränderungsrate von Geburten und Eheschließungen



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen.

dern, d. h. zeitlich nach hinten verschoben werden (Zapf 1991d, S. 41). Es gibt einige Hinweise dafür, daß diese »Modernisierungstendenz« wirksam ist. Wir haben die Daten aus dem Land Thüringen für Eheschließungen nach dem Alter von Männern und Frauen für die Jahre 1990 und 1991. Danach verringert sich der Anteil der 18- bis 24-jährigen Männer an den Eheschließungen von 30,3 Prozent im Jahr 1990 auf 24,9 Prozent im Jahr 1991, bei den Frauen von 51,2 Prozent auf 44,4 Prozent. Aber die Lebendgeburten in Thüringen nach dem Alter der Mutter zeigen keinen Alterseffekt, weder für eheliche noch für uneheliche Geburten. Überwältigend ist der generelle Rückgang in allen Altersgruppen, sowohl bei den Geburten wie bei den Eheschließungen (Tabelle 1). So halten wir zwar die sozialstrukturelle Prognose in Ostdeutschland für die längere Frist aufrecht, eine Erklärung der aktuellen Rückgänge in Ostdeutschland kann sie jedoch nicht liefern. Immerhin ist festzuhalten, daß der überproportionale Rückgang der jungen Ehen zusammentrifft mit der überproportionalen Abwanderung der jungen Altersgruppen. Von allen Fortzügen in Thüringen im

Tabelle 1: Eheschließungen und Lebendgeburten in Thüringen 1990 und 1991

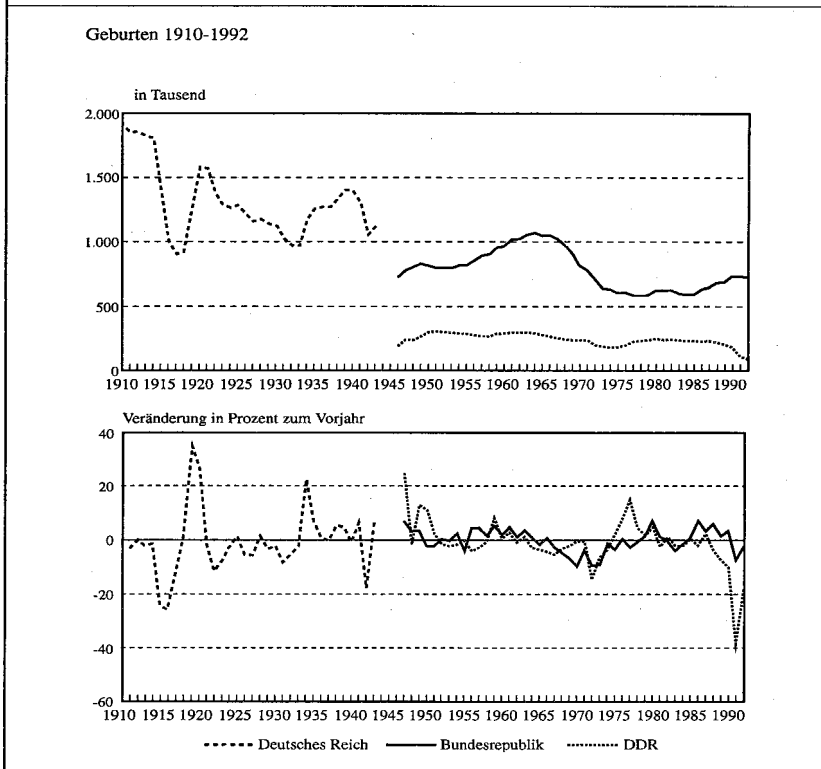
	1990	1991	Rückgang in %
Eheschließungen nach Alter			
Männer			
18 – unter 24	4 758	2 071	56,5
24 – unter 30	6 208	3 085	50,3
30 und älter	4 763	3 150	33,9
Insgesamt	15 729	8 306	47,2
Frauen			
18 – unter 24	8 057	3 694	54,2
24 – unter 30	4 085	2 275	44,3
30 und älter	3 587	2 337	34,8
Insgesamt	15 729	8 306	47,2
Lebendgeburten nach Alter der Mutter			
15 – unter 24	13 790	8 760	36,5
24 – unter 30	11 266	6 446	42,8
30 und älter	3 724	2 264	39,2
Insgesamt	28 780	17 470	39,3
Davon unehelich			
15 – unter 24	6 149	4 392	28,6
24 – unter 30	2 270	1 616	28,8
30 und älter	741	527	28,9
Insgesamt	9 160	6 535	28,7

Quelle: Statistische Berichte des Thüringischen Landesamtes.

Jahr 1990 entfallen bei den Personen über 18 Jahren allein 68 Prozent auf die 18- bis 30jährigen, bei den Ledigen sogar 86 Prozent.

Im nächsten Schritt betrachten wir die ostdeutsche Entwicklung in einem längerfristigen Vergleich mit dem Deutschen Reich von 1910 bis 1945 und mit der Bundesrepublik und der DDR von (1946) 1949 bis 1989 (vgl. Abbildungen 1 und 2). In diesem historischen Vergleich erweisen sich der Geburtenrückgang und der Rückgang der Eheschließungen in Ostdeutschland tatsächlich als extraordinär. Die größten schlagartigen Geburtenrückgänge früherer Jahre finden wir im Ersten Weltkrieg mit 25,4 Prozent 1916 und 23,9 Prozent 1915. Der größte Rückgang im Zweiten Weltkrieg beträgt 19,3 Prozent im Jahr 1942 (aber

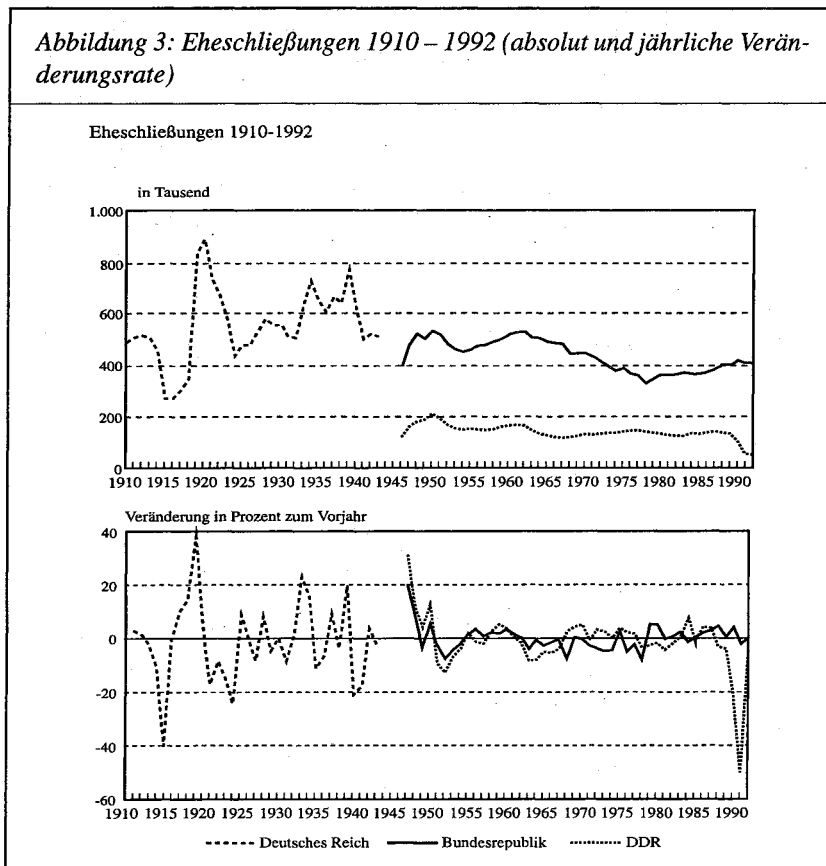
Abbildung 2: Geburtenentwicklung 1910 – 1992 (absolut und jährliche Veränderungsrate)



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen.

mit einem anschließenden Anstieg von 6,6 Prozent 1943!). Demgegenüber ist der Rückgang in Ostdeutschland von 1960 auf 1991 mit 39,6 Prozent fast zweimal so hoch und der Rückgang von 1991 auf 1992 mit 19,2 Prozent ähnlich den harten Kriegsjahren. Der vielbeschriebene »Geburtenrückgang« in der Bundesrepublik nach dem Babyboom erreichte maximal ein Minus von 10,2 Prozent im Jahr 1970. Der größte Einbruch zu DDR-Zeiten war 1972 mit 14,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die in diesem Jahr erfolgte Legalisierung des

Abbildung 3: Eheschließungen 1910 – 1992 (absolut und jährliche Veränderungsrate)



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen.

Schwangerschaftsabbruchs sowie die um diese Zeit eingeführte kostenlose Verschreibung der Pille werden als Erklärung für diesen Rückgang angeführt. Der nachfolgende Wiederanstieg gilt als »zweiter Babyboom der DDR« und als Erfolg familien- und frauenpolitischer Maßnahmen (Speigner et al. 1987; Geißler 1992, S. 291).

Auch der Rückgang der Eheschließungen von 1990 auf 1991 in Ostdeutschland ist, bezogen auf die Rate des Rückgangs, ein historischer Rekord

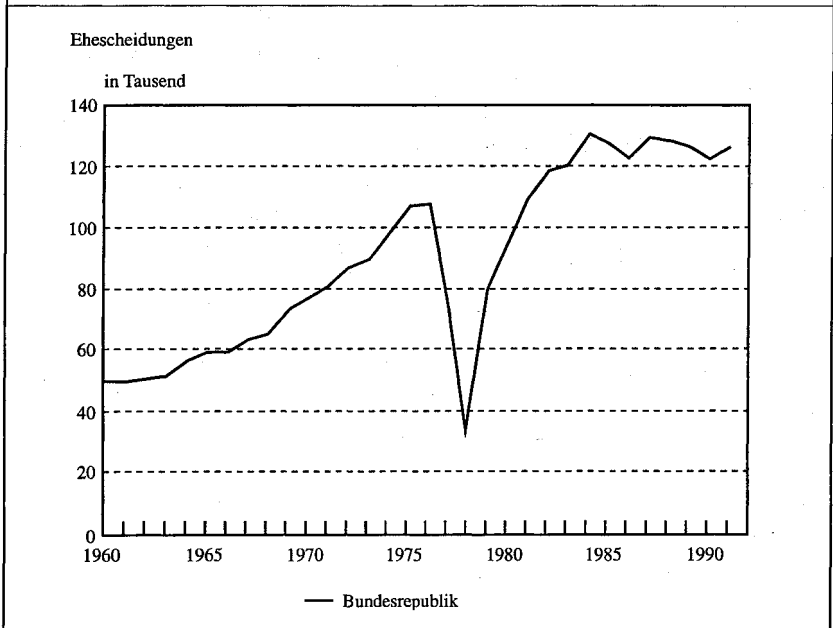
und höher als die Werte von 39,6 Prozent für 1915 und 24,3 Prozent für 1924. Insgesamt sehen wir, daß die Eheschließungen im Deutschen Reich noch empfindlicher reagieren als die Geburtenzahlen. Das gilt tendenziell auch für die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik.

Auch bei Ehescheidungen übertrifft der Rückgang in Ostdeutschland alle historischen Vorbilder. Der Rückgang von 1990 auf 1991 beträgt nicht weniger als 71,9 Prozent und ist damit größer als die Anomalie von 1978 in der Bundesrepublik, als um den Zeitpunkt des 1. Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts die Zahl der Scheidungen innerhalb eines Jahres um 56,4 Prozent bzw. von 75 000 auf 33 000 sank.

Wie kann man diese demographischen Einbrüche, diese historisch extremen Veränderungen des demographischen Verhaltens erklären? Ist die Situation der Ostdeutschen heute schlimmer als im Krieg? Sind die demographischen Einbrüche Ausdruck einer gesellschaftlichen Anomie, die größer ist als in der Weltwirtschaftskrise und in den Hungerjahren nach 1945? Aus anderen Quellen wissen wir, wie groß die Ängste und Besorgnisse in Ostdeutschland sind, um wieviel größer als in Westdeutschland, und um wieviel die Lebenszufriedenheit unter der westdeutschen liegt (vgl. Landua 1992b). Wir wissen aber auch, daß die Zukunftserwartungen in Ostdeutschland noch immer positiv sind und die Zufriedenheiten in einzelnen Lebensbereichen (Warenangebot, Umwelt) sogar steigen. Die materielle Situation hat sich für die Mehrzahl der Ostdeutschen verbessert: Die Einkommen sind für die Mehrzahl der Ostdeutschen trotz aller Preissteigerungen real gestiegen (DIW 1992, S. 35). Zugleich steigen aber die Arbeitslosigkeit und die Angst vor ihr – jedoch stärker 1992 und 1993 als in den Jahren der größten demographischen Einbrüche, 1990 und 1991.

Die eingangs angestellte Quartalsbetrachtung zeigt den extremen Knick in den ersten drei Quartalen und dann einen »Rückgang des Rückgangs«. Diese Entwicklung hat die Gestalt eines »Schocks«, aber das ist nur eine Metapher. Daten aus dem Jahr 1993 stehen, außer aus Zeitungsmeldungen, noch nicht zur Verfügung. Die spannende Frage ist, ob sich die demographischen Werte für Ostdeutschland 1993 und in den kommenden Jahren auf einem niedrigen Niveau einpendeln, ob sie wieder auf die früheren Niveaus steigen werden oder ob sie in eine unregelmäßige Entwicklung übergehen. Im ersten Fall hätten wir es mit einer »demographischen Revolution« zu tun, die eine sozialstrukturelle Revolution indiziert, insbesondere dann, wenn nicht nur die vorhergesagten Anpassungen an westliche Geburten- und Heiratsmuster erfolgen, sondern sich Verhältnisse deutlich unterhalb westdeutscher Werte stabilisieren. Wahrschein-

Abbildung 4: Ehescheidungen in der Bundesrepublik (West)



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen.

licher ist jedoch der zweite Fall: Der größere Teil der jetzt ausgefallenen Geburten und Eheschließungen (aber auch Scheidungen) wird in den nächsten Jahren nachgeholt. Dann wäre der jetzige »Schock« ein Aggregat verschiedener Effekte, die eine Eigenschaft gemeinsam haben: Es sind »kritische Lebensereignisse«, die der einzelne selbst beeinflussen kann. In dem rapiden und radikalen Transformationsprozeß der untergehenden DDR und nach der Vereinigung haben sich die (jüngeren) Menschen in Ostdeutschland von Belastungen zumindest zeitweise freigemacht, die sie »in der Hand haben«: Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen können sie viel weniger oder gar nicht beeinflussen.

Der plötzliche Rückgang der Ehescheidungen in der Bundesrepublik in den Jahren 1976 bis 1978 im Vorgriff und als Reaktion auf eine einschneidende

Gesetzesänderung kann als ein Modell für ein solches Verhalten interpretiert werden. Die Ehescheidungen sind in der Bundesrepublik nach 1978 rasch wieder angestiegen. Der grundlegende Unterschied zur ostdeutschen Entwicklung besteht aber darin, daß in diesem Fall die Ceteris-paribus-Klausel, also die Konstanz aller weiteren Einflußgrößen, vorausgesetzt werden kann. In der Ex-DDR dagegen haben sich fast alle Rahmenbedingungen verändert. Man kann davon ausgehen, daß der demographische Sog seinen Tiefpunkt erreicht hat und sich langsam ein erkennbares demographisches Verhalten herausbildet. Dies bedeutet nicht nur ein Ansteigen der jetzigen demographischen Eckdaten, sondern auch eine allmähliche Veränderung von Lebensorientierungen sowie des generativen und familialen Verhaltens. Die Quartalsergebnisse 1992 für Eheschließungen deuten zumindest darauf hin, daß der Abwärtstrend zum Halten kommt.

Fraglich ist, wie sich die ostdeutsche Entwicklung in bezug zu westdeutschen Standards darstellen wird bzw. ob überhaupt auf lange Frist relevante Unterschiede bestehen bleiben. Zu trennen sind dabei die kurzfristigen, oft dramatischen Anpassungsleistungen von langfristigem Wandel. In dem erfolgten Absturz und einem möglichen Aufwärtstrend sind sozialstrukturelle Umgruppierungen, die ihre Evidenz erst über einen längeren Zeitraum gewinnen, durchaus enthalten.

Wir erklären also die gegenwärtigen demographischen Einbrüche in Ostdeutschland als die Aggregateffekte individueller Schockerfahrungen und Strategien zur Bewältigung von Übergangsproblemen. Die Prognose längerfristiger Veränderungen demographischer Verhaltensweisen in westdeutsche Richtung halten wir aufrecht.

Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung

Im ersten Teil dieses Beitrags werde ich einige empirische Vergleiche der Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung diskutieren, und zwar anhand von Studien, die möglichst viele Länder in diese Vergleiche einbeziehen. Dabei werden die europäischen Länder eine besondere Beachtung erfahren, und dabei werden auch Fragen der Messung und der Indikatorenbildung erörtert werden.

Im zweiten Teil ziehe ich eine Reihe theoretischer Folgerungen aus diesen Vergleichen, und zwar zum Zusammenhang von Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung, zur weltweiten Ungleichheit und zur künftigen Wohlfahrtsentwicklung der reichen Gesellschaften. Diese Folgerungen betreffen die neue Weltlage nach dem Ende der Systemkonkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus; sie sind vielleicht moralisch schockierend, aber meines Erachtens unabdingbar.

Empirische Vergleiche

1.

Das vielkritisierete Standardmaß von Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung ist das Bruttosozialprodukt je Einwohner, das »ein ungefähres Bild der durchschnittlichen Einkommensverhältnisse und des nationalen Wohlstands« vermittelt. Die jüngste Liste (mit Daten vom 1989) wird angeführt von der Schweiz mit 30 270 US-Dollar, gefolgt von Luxemburg, Japan, Finnland und Norwegen. Die Bundesrepublik steht auf Platz 9, dicht hinter den USA. Mit einem (wahrscheinlich überschätzten) Wert, der rund die Hälfte des Wertes der Bundesrepublik beträgt, erscheint die DDR als erstes Ostblockland auf Platz 25, mit einem BSP je Einwohner, das immerhin doppelt so hoch ist wie das der UdSSR und höher als die hinteren OECD-Länder Spanien, Irland, Griechenland, Portugal und die Türkei. Im übrigen aber wird die Liste beherrscht von den 19 reichen OECD-Ländern; nur die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait und Katar schieben sich dazwischen, Ölstaaten also, bei denen das BSP je Einwohner sicherlich nicht die »durchschnittlichen Einkommensverhältnisse«

wiedergibt (vgl. Fischer-Weltalmanach, Sp. 199 f., 799 f.). Die wohlhabenden Länder sind also überwiegend die modernen demokratischen Gesellschaften. Lohnpolitik, Steuersystem und Sozialleistungen sorgen dafür, daß hier der statistische Durchschnitt tatsächlich etwas über die Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerung aussagt.

1978 wurden die Spitzenplätze im Gefolge der Ölpreissteigerung von Kuwait, Katar und den Emiraten eingenommen, gefolgt von der Schweiz, Luxemburg und Dänemark. Die Bundesrepublik war auf Platz 8, die DDR auf Platz 23, die Tschechoslowakei auf Platz 25, und Libyen und Saudiarabien waren ebenfalls unter den ersten 25. Insgesamt aber wie heute: neben einigen Ölstaaten liegen die modernen westlichen Demokratien an der Spitze, Japan auf Platz 17, die UdSSR auf Platz 31 (Taylor/Jodien 1983, S. 110-113).

Wenn wir noch weiter zurückgehen, bis 1957, als der Massenkonsum in Europa erst in der Entfaltung begriffen war, finden wir Kuwait an der Spitze vor den USA, Kanada und der Schweiz, und zwischen den späteren OECD-Ländern Israel auf Platz 17, die Tschechoslowakei auf 18, UdSSR und DDR auf 21 und 25. Japan ist erst Nr. 46, Spanien Nr. 48 der Liste. Die Bundesrepublik war seinerzeit auf Platz 14 (Russett et al. 1964, S. 155-157).

Die Kritiken am Bruttosozialprodukt füllen Regale, und wir werden einige Alternativen noch kennenlernen. Das BSP mißt die Rüstungsproduktion ebenso wie die Kosten von Verkehrsunfällen und die Kosten der Beseitigung von Umweltschäden. Die Standardisierung auf eine Währungseinheit, zumeist den amerikanischen Dollar, heute gelegentlich auch den ECU, hat das Problem, daß Bewertungsunterschiede der Währung die Wohlfahrtsmessung überlagern; hinzu kommt das Problem, daß der Wechselkurs nur ein unzureichendes Maß der internen Kaufkraft ist. Jahrzehntelang ergab sich die Spitzenposition der USA nicht nur aus ihrer Leistungskraft und ihrem Wohlstand, sondern auch aus ihrer überbewerteten Währung. Erst mit dem Dollarverfall wurden die USA überholt, übrigens 1978 von der Bundesrepublik (und seitdem tauschen sie die Plätze je nach Wechselkurs) und 1986 von Japan. Gemessen an der Binnenkaufkraft sind die USA aber auch heute noch an der Spitze; z. B. sind die Wohnkosten im reich gewordenen Japan deutlich höher als in den USA.

Das von Walt W. Rostow vorgeschlagene Wohlstandsmaß, die Zahl der Personenkraftwagen pro 1 000 Einwohner, bestätigt das skizzierte Bild. Unter den 20 Kfz-Reichsten finden sich 18 OECD-Länder, gefolgt von Kuwait auf Platz 19 und der DDR auf Platz 20 (vor Irland, Griechenland und Portugal). Die

DDR führt den Ostblock mit Abstand an, vor der Tschechoslowakei und Ungarn, während die UdSSR ein reines Entwicklungsland ist (USA: 559 PKWs auf 1 000 Einwohner, UdSSR 32). Unter den Reichen liegt Japan übrigens am Ende, auf Platz 18 hinter Spanien: Die Japaner bauen und verkaufen weit mehr Autos, als sie selber fahren.¹ In der BSP/je Einwohner-Rangliste sind sie jedoch von Platz 46 im Jahr 1957 auf Platz 3 im Jahr 1989 vorgefahren.

2.

Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung sind auch für längere Zeitperioden geschätzt worden. Der holländische Nationalökonom L.F. Zimmerman hat Schätzungen über die »Armen und reichen Länder« auf der Basis von US-Dollar pro Kopf vorgelegt, die den Zeitraum von 1860 bis 1960 abdecken (Zimmerman 1964, S. 136/137). Dies ist nicht exakt das US-amerikanische Jahrhundert, das erst in der »Reconstruction« nach dem Bürgerkrieg einsetzt und, wie gezeigt, bis in die siebziger Jahre reicht. Zimmerman gibt für 1860 Australien als das reichste Land an, gefolgt von den USA, Frankreich, Kanada, Belgien und Großbritannien. Kanada, Australien und Neuseeland liegen im 19. Jahrhundert immer deutlich vor den Europäern. Frankreich bleibt nach dieser Schätzung bis zum Zweiten Weltkrieg deutlich an der Spitze der westeuropäischen Großmächte, vor Großbritannien. Deutschland ist ein Nachzügler in Europa und fällt nach dem Ersten Weltkrieg hinter die skandinavischen Länder, die Schweiz, Belgien und die Niederlande zurück. Vom Rest der Welt weisen nur Chile und Argentinien zwischen 1900 und 1929 einen erwähnenswerten Wohlstand, und zwar in der Größenordnung Deutschlands, auf. Japan bleibt bis 1950 ein Entwicklungsland, die Sowjetunion ist in den fünfziger Jahren mit einem mächtigen Spurt in den Kreis der Industrieländer eingetreten, aber niemals eine moderne Wohlfahrtsgesellschaft geworden.

Der »Autotest« bestätigt dieses Bild. Die Massenmotorisierung setzte in den zwanziger Jahren in den USA ein und strahlte auf Kanada aus. Frankreich war der Vorreiter in Europa. 1930 gab es pro Kopf in den USA siebenmal mehr Autos als in Frankreich und 24mal mehr als in Deutschland, und diese Relationen haben sich erst in den sechziger Jahren angeglichen (Rostow 1960, S. 199-203).

¹ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik 1989; ergänzend die Länderberichte in: The World Almanach and Book of Facts 1989, 1988.

Eine zweite langfristige Wohlstandsschätzung stammt von Colin Clark, dem Erfinder der Drei-Sektoren-Theorie, und kalkuliert mit »International Units« (Clark 1957). Dies sind, ebenfalls auf dem US-Dollar basierend, Maße der internen Kaufkraft, d. h. der Kosten einer bestimmten Warenmenge. Hierdurch verbessert sich z. B. die Position von Ländern, in denen Nahrungsmittel billig sind: Großbritannien ist zwischen 1850 und 1950 wohlhabender als Frankreich, Deutschland kommt näher an Frankreich heran, Spanien erweist sich als ebenbürtig in Europa, und Argentinien bestätigt seine Position als einziges nicht-anglosächsisch-europäisches Land mit einer sichtbaren Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung. Ich kann hier aber nicht in technische Einzelheiten gehen.

3.

Einen frühen Versuch, einen Modernisierungsindex vorzulegen, der von den Problemen des BSP-Konzepts nicht behaftet ist, hat 1967 der Merton-Schüler Robert Marsh vorgelegt. Der »Index of Differentiation« beruht auf der einfachen Addition von zwei standardisierten Indikatoren, nämlich (1) dem Anteil der Beschäftigten außerhalb der Landwirtschaft und (2) dem Energieverbrauch pro Kopf. Die Berechnung wurde für 114 Länder durchgeführt (Marsh 1967, S. 329-365). Mit Daten aus den frühen fünfziger Jahren erhalten wir die Rangfolge USA, Kanada, Großbritannien, Belgien, Australien, Luxemburg, Bundesrepublik, nun gefolgt von der Tschechoslowakei und der DDR auf den Plätzen 8 und 9. Die folgenden Plätze gehen wiederum an die (späteren) OECD-Länder, auf Platz 19 steht Israel, auf Platz 21 Polen. Japan kommt erst auf Rang 26, vor der UdSSR auf Rang 27 mit einem Landwirtschaftsanteil von 53 Prozent (gegenüber 8 Prozent in den USA) und einem Viertel des amerikanischen Energieverbrauchs. Genau besehen haben wir hier einen Index der Industrialisierung, bei dem sich zwei Ostblockländer zwischen die westlichen Länder schieben.

Von den zahlreichen Versuchen, ein Maß zu entwickeln, das direkt das Lebensniveau, die Lebensqualität, zu messen erlaubt – Versuche, wie sie immer wieder von internationalen Organisationen gemacht worden sind –, will ich den »Human Development Index« des United Nations Development Program (UNDP) diskutieren. In der ersten Version von 1990 werden drei Indikatoren gleichgewichtig kombiniert: die mittlere Lebenserwartung, die Alphabetismusrate und die Kaufkraftparität des BSP je Einwohner. Dabei wird das BSP loga-

rithmisiert, um einem Konzept des abnehmenden Grenznutzens von Einkommen zu entsprechen. Die ersten 18 dieser HDI-Liste sind OECD-Gesellschaften, angeführt von Japan, Schweden und der Schweiz. Die Bundesrepublik folgt auf Platz 11, die USA erst auf Platz 18; Platz 19 Israel, Platz 20 die DDR, die UdSSR ist 25ster; die abgeschlagenen OECD-Länder Portugal und Türkei liegen vor allem wegen ihrer hohen Analphabetenquote im Hinterfeld (UNDP 1990, S. 13-16, 109, 138/139).

Der »Human Development Index« von 1992, der jetzt statt für 130 für 160 Länder berechnet wird, hat die Alphabetismusrate ersetzt durch eine Kombination von Alphabetismus und durchschnittlicher Anzahl der Schuljahre (im Gewicht zwei Drittel zu einem Drittel). Der Einkommensindikator ist eine den abnehmenden Grenznutzen verfeinernde Version von 1990. Wiederum sind die ersten 17 Länder die führenden OECD-Nationen, 21 der ersten 23, dazwischen nur Israel und Barbados, die Tschechoslowakei und Ungarn auf den Plätzen 27 und 28, die UdSSR auf Platz 33; es führt Kanada vor Japan, Norwegen, der Schweiz und Schweden. Deutschland hat jetzt (vereinigt) Platz 12. Die USA haben am meisten von den Neudefinitionen profitiert und sind jetzt auf Platz 6 (statt wie vorher auf Platz 18). Wichtiger als diese (vielleicht politisch eingeforderte) Anpassung sind jedoch andere methodische Verfeinerungen des HDI, insbesondere die Berechnung von Unterschieden zwischen Männern und Frauen und der innergesellschaftlichen Einkommensverteilung. Bei Berücksichtigung der Geschlechterungleichheit fällt z. B. Kanada von Platz 1 auf Platz 8, und die Tschechoslowakei kommt unter die ersten 15. Wie immer aber man definiert und mißt: Es gibt nach allen angewandten Maßstäben eine klare Spitzengruppe wohlhabender Länder: die modernen OECD-Gesellschaften (UNDP 1992, S. 19-23, 91-96, 127-129).

4.

Abschließend will ich eine ganz neue journalistische Publikation erwähnen: »Where We Stand« von Michael Wolff (Wolff et al. 1992). Zielsetzung des Buches voller Tabellen und Grafiken, das eine Fernsehserie begleitet hat, ist es, die amerikanische Öffentlichkeit über die ökonomische und soziale Lage der eigenen Gesellschaft im Vergleich mit den anderen hochentwickelten Gesellschaften aufzuklären. Die Amerikaner sind ja besessen von dem Problem »Wer ist die Nr. 1?«, und das Buch will ihnen zeigen, daß sie das heute nicht mehr

sind. Die Begriffe Sozialberichterstattung und Sozialindikatoren kommen in dem Buch nicht vor, einen wissenschaftlichen Apparat gibt es außer einem längeren Literaturverzeichnis nicht, aber die nicht-explizierte Methodologie besteht darin, in insgesamt sieben Lebensbereichen – Wohlstand, Bildung, Gesundheit, Arbeitsleben, Freiheiten, Wohnumwelten und dann auch noch »Liebesleben« – aus einer Fülle von Einzelbefunden jeweils einen bereichsspezifischen Gesamtindex zu bilden und die Rangfolge von ca. 20 OECD-Ländern darzustellen.

Deutschland (die alte Bundesrepublik) schneidet übrigens hervorragend ab und belegt in drei Lebensbereichen den ersten Platz. Im Bereich Wohlstand werden neben dem Lohnniveau, dem Konsumniveau und dem Außenhandel auch Inflationskontrolle, Kontrolle der privaten und öffentlichen Verschuldung, Einkommensverteilung und Kreditwürdigkeit bewertet. Es führt Deutschland vor Japan, der Schweiz, Kanada und den USA; dabei wird Deutschland vor Japan der Vorzug gegeben, weil die breite Bevölkerung hier stärker am nationalen Reichtum partizipiert. Auch im Bereich Bildung und im Bereich Arbeitsleben steht die Bundesrepublik vorn. Im Bildungsbereich spiegelt sich die internationale Bewunderung für das deutsche Schulsystem, insbesondere für die duale Berufsausbildung: eine Bewunderung, die bekanntlich hier im eigenen Lande nicht immer geteilt wird. Im Arbeitsbereich imponieren die vergleichsweise entspannten industriellen Beziehungen und die kurze Arbeitszeit, in der der Wohlstand hierzulande erzielt wird. Sogar im Bereich »Liebesleben« kommt die Bundesrepublik auf den zweiten Platz hinter den Niederlanden: Hier werden unter anderem die Vielfalt und Offenheit sexueller Beziehungen, die Abtreibungspraxis und Geburtenkontrolle bewertet – ein überraschendes Ergebnis.

Weniger gut schneidet die Bundesrepublik in den anderen drei Bereichen ab. Der Bereich der bürgerlichen Freiheiten bewertet Größe und Stabilität des Regierungsapparats, niedrige Staatsausgaben, niedrige Gewaltsamkeit, Offenheit gegenüber Einwanderern, Rechte der Frauen etc. Es führt Australien vor den Niederlanden, Finnland und Kanada. Die USA sind 13. Deutschland nur 16. Im Gesundheitsbereich ist die Bundesrepublik gar nur 18, es führt Japan vor Schweden. Im Bereich der natürlichen und gebauten Umwelt sind wir 11. Es führt wiederum Japan, das seine Leistungen bei sehr hoher Bevölkerungsdichte erreicht, anschließend rangieren die Ferienländer Österreich, Schweiz und Irland.

Mir kommt es hier nicht auf Einzelheiten an – und die Autoren von »Where We Stand« ersparen uns den Gesamtindex mit der Kür des Weltmeisters. Aber

was sie tun, ist von eminenter politischer und sozialer Bedeutung und übrigens eine der Wurzeln der Sozialindikatorenbewegung: nämlich die Standortbestimmung der eigenen Gesellschaft im internationalen Vergleich. Solche Standortbestimmungen nehmen die Menschen in ihrem Privatleben täglich vor, und solche Vergleichsprozesse bestimmen die Politik von Regierungen. Sie sind ein Mittel, eigene Fehler zu erkennen und eigene Vorteile zu ergreifen. Die sozialistischen Gesellschaften sind nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil sie sich nie einer ehrlichen Standortbestimmung gestellt haben, sondern ihre Gewißheit, auf dem richtigen Entwicklungspfad zu sein, aus der Ideologie bezogen.

Theoretische Folgerungen

1.

Wie kann man den Befund erklären, daß die OECD-Staaten nach den verschiedensten Meßverfahren und Maßstäben immer wieder als die wohlhabendsten und modernsten Gesellschaften herauskommen? Die Erklärung liegt darin, daß die Wohlfahrtsentwicklung selbst als der Inbegriff der Modernisierung angesehen werden kann. Damit ist nicht gemeint, daß Wohlstand (»affluence«, Überfluß) das oberste Ziel aller gesellschaftlichen Entwicklung ist, höher als Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, wichtiger als Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung. Vielmehr ist damit gemeint, daß Wohlstand diejenige gesellschaftliche Leistung ist, die der größten Zahl das größte Glück materiell, handgreiflich, tangibel zuwachsen läßt und damit zu einer zentralen Quelle der Legitimation moderner Gesellschaften wird.

In meiner Definition sind moderne Gesellschaften diejenigen, die in der Politik die Konkurrenzdemokratie, in der Wirtschaft die Marktwirtschaft und in der Gesellschaft den Massenkonsum und den Wohlfahrtsstaat realisiert haben. Modernisierung ist der Weg der Entwicklung dieser Basisinstitutionen und zugleich ihr Ausbau und Umbau. In der Theorie der politischen Entwicklung hat man abgeleitet, wie in den Stadien der Nationenbildung und Staatenbildung die Ansprüche auf politische Beteiligung erwachsen, wie diese institutionalisiert werden und schließlich zu weiteren Ansprüchen auf wohlfahrtsstaatliche Sicherung führen (vgl. Rokkan 1970, S. 60-67); in T. H. Marshalls (1950) berühmter Formel: civil, political and social rights. In der Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Massenkonsum ein spätes Stadium nach der Erreichung

eines sich selbst erhaltenden Wachstums und nach der Entscheidung für eine breite Beteiligung der Bürger an diesem Wachstum (Rostow 1960). In der Doppelform von Wahlfreiheit und Absicherung sind Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat sozusagen die Outputs, die Erträge, die »process benefits« von Marktwirtschaft und Konkurrenzdemokratie, die in diesem Sinn als »Input, structure, stock« begriffen werden können.

Eine Wohlfahrtsentwicklung in der Form von Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat ist außerhalb von modernen Gesellschaften, außerhalb »der westlichen Demokratien«, unbekannt. Sehr wohl bekannt sind Entwicklungssprünge aus der Armut in die Industriegesellschaft, mit einer Grundversorgung der Bevölkerung. Industriegesellschaften gibt es neben der liberal-demokratischen Variante auch auf autoritär-dirigistischem Wege wie auf faschistisch- und sozialistisch-diktatorischem Wege. Alle politischen Diktaturen und alle Kommandowirtschaften haben sich aber über die Zeit als unfähig erwiesen, die »Subjektivität«, das kreative Potential der von ihnen selbst ausgebildeten Bevölkerung für die Mobilisierung von Innovationen und für die Konfliktregulierung mittels Reformen zu nutzen. Die »Dominanz«, die evolutionäre Überlegenheit moderner Gesellschaften (Hondrich 1991) beruht auf ihrer Lern- und Revisionsfähigkeit, und ihre Legitimation beruht auf Individualisierung und Sicherheit, ermöglicht durch Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Nicht der Spätkapitalismus ist an seinen Legitimations- und Motivationskrisen zusammengebrochen, sondern die autoritären und diktatorischen Systeme.

2.

Wenn diese Analyse richtig ist – kann sich die moderne Gesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat im Weltmaßstab ausbreiten? Können alle Gesellschaften oder doch wenigstens viele Gesellschaften in Asien, Lateinamerika und Afrika moderne Gesellschaften werden? Kann man sich prinzipiell – geographisch, ökologisch – z. B. vorstellen, daß in China einmal 600 Millionen Autos fahren sollen oder doch anteilmäßig soviel wie in der ehemaligen DDR, 250 Millionen, doppelt soviel wie heute in den USA? Oder daß in China dreibigmal soviel allein für wohlfahrtsstaatliche Leistungen ausgegeben wird wie heute dort das Pro-Kopf-Einkommen beträgt? Dies kann man sich nicht vorstellen. Dies wäre, wenn schon nicht das Paradies auf Erden, so doch eine Luxuswelt, die weltweite Überflußgesellschaft.

Drei Argumente werden angeführt, warum dies nicht möglich ist. Das erste Argument, in der Tradition der Imperialismus- und der Dependencia-Theorien, besagt, daß der Reichtum der OECD-Länder prinzipiell auf der Ausbeutung der Dritten Welt beruht und es somit eine von den reichen Zentren induzierte »Entwicklung der Unterentwicklung« gibt. Dieses Argument möchte ich mit Hinweis auf die Entwicklung in Japan und in Südostasien zurückweisen, die gerade Ergebnis der kapitalistischen Durchdringung ist. Die High-tech-Entwicklung Japans kann man auf keinen Fall auf die Ausbeutung unterentwickelter Länder zurückführen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Struktur moderner Innovationen, die immer weniger material- und rohstoffabhängig werden. Damit soll aber nicht geleugnet werden, daß es tatsächlich viel Ausbeutung und Übervorteilung gegeben hat und weiterhin gibt.

Das zweite Argument liegt in der Tradition von »Grenzen des Wachstums« und leitet aus der Endlichkeit der Rohstoffreserven, der Nahrungsmittel, der Belastbarkeit durch Bevölkerungswachstum und Umweltemissionen nicht nur die Unmöglichkeit ab, die gegenwärtige Zivilisationsweise auszuweiten, sondern sogar, sie länger aufrechtzuerhalten (Meadows/Meadows 1992). Dieses Argument ist meines Erachtens im Aufweis der Grenzen richtig, die »westliche Lebensweise« weltweit auszuweiten, aber es unterschätzt die Anpassungsfähigkeit moderner Gesellschaften. Gerade die modernen Gesellschaften haben ihr Bevölkerungswachstum kontrolliert, ihre Nahrungsbasis gesichert, Rohstoffsubstitute gefunden und ihre Umwelt besser geschützt als z. B. die kommunistischen Kommandowirtschaften.

Drittens: Ressourcen sind endlich, ihre weltweite Verteilung ist nur in längeren Zeiträumen veränderbar, und die Investitionskosten für die Errichtung einer modernen Gesellschaft sind so hoch, daß die Nachzügler sich schier unüberwindbaren Eintrittsschranken gegenübersehen, ähnlich wie Nachzügler und Neuankömmlinge auf hochinstitutionalisierten Märkten. Dieses dritte Argument fügt dem Argument der Begrenztheit der Ressourcen das »Positionsgüter-Argument« (Hirsch 1976) hinzu: Spitzenplätze sind prinzipiell begrenzt, und soweit wir voraussehen können, wird es immer nur eine begrenzte Anzahl führender Länder geben, weil es der Investitionen von Jahrzehnten, ja von Jahrhunderten in Sach- und in Humankapital bedarf, um einzelne Länder in die Spitzengruppe zu bringen, und weil diese ihren Spitzenplatz lange verteidigen können.

3.

Wie sollen wir uns also die zukünftige Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung im Weltmaßstab vorstellen? Mein Vorschlag ist, daß wir dies in Begriffen mehrerer, unterschiedlicher sozioökonomischer Zivilisationen tun, weniger im Weberschen Sinn eines Gegensatzes zwischen Okzident und anderen Kulturkreisen, als im Sinn einer geschichteten Weltgesellschaft mit mehreren Unterklassen und Mittelklassen unterhalb einer Oberklasse der modernen OECD-Länder. Diese Welt wird unruhig bleiben, selbst wenn die Gefahr eines dritten Weltkrieges und einer dritten Revision der Weltlandkarte binnen eines Jahrhunderts gebannt werden kann.

Für die Entwicklungsländer bestehen die absehbaren Ziele der Wohlstandsentwicklung und Modernisierung in der Grundsicherung ihrer Bevölkerung: Ernährung, Gesundheit, Elementarbildung. Dabei muß sich die »Bevölkerungsweise« allmählich umstellen und eine Infrastruktur aufgebaut werden. Daß eine Wiederholung des Elends der Frühindustrialisierung vermieden werden kann, daß es weniger abrupte Wege der Modernisierung als die des Manchester-Kapitalismus und der sowjetischen Zwangskollektivierung gibt, dies erhofft sich die Entwicklungspolitik. Theoretisch ist dies für Nachzüglergesellschaften jedenfalls möglich, da sie durch Lernen und Nachahmung »Vorteile der Rückständigkeit« ausnutzen können.

Die Transformationsgesellschaften Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas stehen vor dem Problem, daß sie die Inputstrukturen für die Wohlstandsentwicklung, die Basisinstitutionen Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft, erst noch aufbauen müssen. Dabei haben wir inzwischen gelernt, daß es keine Entwicklungslogik gibt, die nach der Beseitigung feudaler, kolonialer oder stalinistischer Strukturen automatisch einen Prozeß der »nachholenden Modernisierung« in Gang setzt. Die Ökonomen sprechen inzwischen von den Engpässen Zeit und Geld, d. h. der Einsicht, daß jahrzehntelange Investitionsprozesse des Westens nicht einfach in Jahresfrist nachgeholt werden können. Sozialwissenschaftler sprechen von den Dilemmas, die verhindern, daß aus der politischen Freiheit rasch und quasi automatisch die Institutionen einer funktionierenden Konkurrenzdemokratie und Marktwirtschaft hervorgehen. Womit wir nicht gerechnet haben, ist das Gewicht sozialstruktureller Hindernisse (K. Müller 1992, S. 119-131): Es gibt in manchen Transformationsgesellschaften bisher keine Eliten, die den Modernisierungsprozeß anführen könnten. Es gibt noch keinen Sozialkontrakt, der die divergierenden Interessen einzelner Bevöl-

kerungsgruppen zusammenbinden könnte – zu einer lebendigen »Zivilgesellschaft«, wie man sie sich erträumt hat. Es gibt nicht einmal die Garantie für die nationale Einheit, d. h. der Staat selbst ist in Gefahr, seine integrierende Kraft zu verlieren. Dies ist ein schwerer Rückfall in die Entwicklungskrisen der Nationen- und Staatenbildung, die der westlichen Wohlfahrtsentwicklung lange vorausgingen (Offe 1991; zum Problem der »stateness« vgl. Linz/Stepan 1992). So könnte also die »Zivilisation der Transformationsgesellschaften« für lange Zeit durch Partikularismen und Exklusionen gekennzeichnet sein, die zwar die nachholende Modernisierung nicht unmöglich machen, aber die Wohlfahrtsentwicklung stark verlangsamen.

Die reichen Ölstaaten sind keine modernen Gesellschaften, sondern sie haben hypermoderne Zentren unter Ausschluß ihrer Bevölkerung. Dies ist ein Muster, das wir auch in den Entwicklungsländern und Transformationsgesellschaften beobachten und das die Dependencia-Theorie richtig beschrieben hat: Es gibt weltumspannend Inseln der Modernität und des Reichtums inmitten der Meere von Armut und Unterentwicklung. Im Falle der Ölländer entscheidet sich die weitere Entwicklung nicht zuletzt daran, ob sie in den Sog des islamischen Fundamentalismus gezogen werden. Der neue Islam ist definitiv kein Modernisierungsprogramm, sondern schafft für einen Teil der Welt eine Zivilisation der religiös-autoritären politischen Formierung bei ökonomischer Grundsicherung, deren fernere Zielsetzung nicht absehbar ist.

4.

Die weitere Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung der reichen westlichen Gesellschaften, der OECD-Welt, ist ein eigenes Thema. Ich erinnere an die Diskussionen, die seit den siebziger Jahren um Wachstum und Lebensqualität geführt werden. Ich erinnere an die faszinierende Frage nach den Dimensionen der Wohlfahrt und der Rolle, die Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung neben dem materiellen Wohlstand spielen (Allardt 1971: »having, loving, being«). Ich erinnere auch an die bekannten Diskrepanzen zwischen objektiver und subjektiver Wohlfahrt, wobei man allerdings für moderne Gesellschaften postulieren kann, daß sie nicht zuletzt diese Diskrepanzen in Grenzen halten und ein durchschnittlich hohes Maß an Zufriedenheit produzieren können. Bezüglich der künftigen Richtung der Modernisierung gibt es bekanntlich die theoretische Kontroverse, an der ich mich selbst beteiligt habe, ob es eines

radikalen Umbaus dieser Gesellschaften bedarf oder ob sie auf dem Wege der »weitergehenden Modernisierung« ihre Probleme schrittweise bearbeiten können. Praktisch ist dies die Frage, ob es zu Eruptionen und Katastrophen kommen wird oder ob die künftige Entwicklung weiterhin nach dem Schema langer Wellen, mit dem Wechsel von Stagnationsperioden und Schüben von Innovationen und Reformen, erfolgen wird.

Eruptionen und Katastrophen werden vor allem in zwei Zusammenhängen prognostiziert: einmal als Folge von Umweltkatastrophen, von ökologischen Supergaus; zum zweiten als Folgen internationaler Konflikte, regionaler Kriege, epidemischer Armutswanderungen, Hungersnöten und Krankheiten, von denen sich die reichen Länder nicht abschotten können. Die Kraft von Innovationen und Reformen wird andererseits begründet mit dem erreichten Maß an Selbststeuerungsfähigkeit, zumindest an Selbstkorrektur- und Revisionsfähigkeit moderner Gesellschaften.

Ich werde hier diese Frage nicht weiterverfolgen, sondern mit der Frage schließen, ob die reichen OECD-Länder überhaupt noch weiteren Reichtum, z. B. eine weitere Verdoppelung ihres Bruttosozialproduktes in den nächsten fünfzig Jahren, verkraften können. Meine Antwort ist eindeutig ja – gerade angesichts der weltweiten Ungleichheit von Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung. Eine Welt, in der die reichen Länder stagnieren, wird nicht besser, sondern gefährlicher und damit schlechter sein als die heutige Welt. Zumindest theoretisch ist es möglich, selbstzerstörerische Teufelskreise zu vermeiden und weitere Wohlfahrtsgewinne sinnvoll anzulegen. Auch ohne jeden Altruismus werden enorme Mittel nach außen, in die Entwicklungsländer und die Transformationsgesellschaften, gegeben werden müssen: als »eigennützige Hilfe« (Vobruba 1992) zur Stabilisierung der eigenen Lage. Theoretisch könnte man dafür hundert Jahre lang den gesamten Zuwachs aufwenden. Zweitens nehmen die Grenzkosten interner Innovationen und Reformen laufend zu bzw. der Grenznutzen weiteren Wohlstandes ab, so daß allein die Aufrechterhaltung des jetzigen Lebensniveaus einen erheblichen Aufwand erfordert. Drittens schließlich sind auch in den reichen Gesellschaften so viele Prozesse der weiteren Statusanhebung und Inklusion zu organisieren, daß es keinen Mangel an sinnvollen Projekten geben wird – einschließlich solcher für die Sozialwissenschaften.

Alternative Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung

Es ist die These dieses Aufsatzes, daß wir inzwischen die evolutionäre Perspektive von Modernisierung und Transformation mit der Analyse unterschiedlicher Entwicklungspfade (-typen, -cluster) verbinden können. Im ersten Teil (I) diskutiere ich eine Reihe von »Theoriefehlern« der Transformationsforschung sowie eine Typologie von Transformationsgesellschaften. Der zweite Teil (II) behandelt vier theoretische Ansätze zur Erklärung unterschiedlicher (»alternativer«) Entwicklungspfade. Abschließend (III) wird ein Drei-Ebenen-Modell der gegenwärtigen Weltgesellschaft skizziert, in der die modernen Gesellschaften selbst differentielle Vorbilder abgeben und in der die Aufhol- und Nachholprozesse erhebliche Konfliktpotentiale und Variationsmöglichkeiten enthalten.

I.

Für einen kurzen historischen Augenblick – um die Wende 1989 – schien die Frage nach der gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung entschieden zu sein. Der Zusammenbruch der sozialistischen Regime wurde zusammen mit den vielerorts zu beobachtenden Übergängen autoritärer Gesellschaften zu demokratischen Systemen als der Sieg der westlichen liberalen Demokratien interpretiert: zwar nicht im Sinne des Endes von Knappheit und Konflikten, aber doch im Sinne des Endes großer konfligierender Entwicklungsalternativen. Es schien sich zu erfüllen, was in der evolutionären Entwicklungstheorie des Strukturfunktionalismus als die langfristige Dominanz und Durchsetzung bestimmter Basisinstitutionen beschrieben worden ist: von Talcott Parsons (1964, 1971) als die Entwicklung evolutionärer Universalien in einem Prozeß der Differenzierung, Statusanhebung, Wertegeneralisierung und Inklusion.

Die klassische Definition der Modernisierung von Reinhard Bendix erfuhr offenbar eine Bestätigung: »Unter Modernisierung verstehe ich einen Typus des sozialen Wandels, der seinen Ursprung in der englischen Industriellen Revolution und in der politischen Französischen Revolution hat. [...] Er besteht im wirtschaftlichen und politischen Fortschritt einiger Pioniergesellschaften

und den darauf folgenden Wandlungsprozessen der Nachzügler« (Bendix 1969, S. 506, 510). Die Bendixsche Diffusions- und Aufholtheorie erklärt in einem Zug die Schichtung der internationalen Gesellschaft, die Konkurrenz bei der Verteidigung von Vorsprüngen und im Wettmachen von Rückständen sowie die langfristigen Verschiebungen in der Rangfolge von Pionieren und Nachfolgern. Sowohl Strukturfunktionalismus wie Diffusions- und Aufholtheorie enthalten ein starkes Element der Konvergenz und einen eindeutigen evolutionistischen Ansatz. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch entsprach diesen Vorstellungen in der Wendephase 1989/90 die Überzeugung, nach der Beseitigung von Kommandowirtschaft und Diktatur würden universelle Innovationskräfte freigelegt, bisher verhinderte Prozesse der Institutionenbildung beschleunigt und so viele endogene Wandlungskräfte mobilisiert, daß mit raschen Erfolgen des wirtschaftlichen Wachstums und der politischen Demokratisierung gerechnet werden könnte. Damit sollten auch die Opfer eines zwar schmerzhaften, aber kurzen Übergangs befriedigt werden.

Weniger als fünf Jahre nach diesen dramatischen Ereignissen sehen wir, daß die Transformation nicht nur viel mühseliger ist als erwartet, sondern daß sie in vielen Ländern überhaupt in Frage gestellt ist. »Breakdowns of modernization« (Eisenstadt 1964) sind zwar in zahlreichen Traktaten der Modernisierungstheorie beschrieben worden und aus der Entwicklungsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert, zumal für Südamerika, gut belegt; für die Transformationsgesellschaften der postkommunistischen Ära hat man aber mit solchen Zusammenbrüchen und Regressionen, die selbst die Stadien der Staaten- und Nationenbildung in Frage stellen, nicht gerechnet. Inzwischen können wir wenigstens einige der Theoriefehler identifizieren, die 1989/1990 gemacht worden sind und die man nicht wiederholen darf, wenn man erneut über alternative Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung nachdenkt.

Zu diesen Theoriefehlern gehörte erstens die genannte Unterschätzung der Möglichkeit einer Regression in Fällen, in denen unter dem alten Regime die Staaten- und Nationenbildung offenbar nur durch Gewalt erzwungen war. Zweitens war die grundlegende Einsicht in Vergessenheit geraten, daß Innovationen immer nur gegen den Widerstand von Trägheit, Neuerungsangst und etablierten Interessen durchgesetzt werden können. Das heißt mit anderen Worten, daß es auch in den postkommunistischen Gesellschaften mehr oder minder große Bevölkerungsteile, mehr oder minder starke gesellschaftliche Gruppen geben wird, die sich gegen eine rasche Demokratisierung und marktwirtschaftliche Umstellung wehren. Drittens lernen wir in jüngsten nationalökonomi-

schen Ansätzen (Albach 1993), wie prekär die Netzwerkstrukturen, d. h. die Beziehungsgeflechte von Kapital, Know-how und Innovationen, sind und wie ein Systemwechsel zwar nachhaltig bestehende Netzwerke zerreißen kann, selbst aber keine oder nur geringe endogene Kräfte entwickelt, schnell neue Netzwerke aufzubauen. Viertens ist auf das Prinzip der »moving targets« (Rose 1992) hinzuweisen, d. h. auf die turbulente Umwelt, in der die Transformationsgesellschaften neue Konkurrenten bekommen, die ihnen keine Zeit zur Entwicklung lassen und in der sich der Abstand zu den Vorbildern nicht verringert, sondern größer wird. Das Prinzip der »moving targets« bedeutet auch, daß die Vorbildgesellschaften ihre Sicherheiten, die sie z. B. im System des Kalten Krieges gehabt haben, verlieren können und damit in Rückwirkung auf den Zusammenbruch des Sozialismus eigene Krisensymptome entwickeln.

In seinem Aufsatz »The Great Transformation« hat Zbigniew Brzezinski (1993) weitere Fehler zusammengestellt. Die Erwartungen der Transformationsgesellschaften waren zu hoch bzw. die Vorstellungen über die Kosten an Kapital und Umstellungskapazität zu naiv. Die Transformation wurde als ein kontinuierlicher Prozeß erwartet, wo sie doch tatsächlich eine konfliktreiche Folge kontingenter Stadien ist, in der das Erreichen eines Stadiums nicht das Erreichen des nächsten garantiert. Und häufig waren die politischen Voraussetzungen für wirtschaftliche Reformen nicht rechtzeitig oder nicht gleichzeitig zu schaffen, so daß die Schocktherapie unangebracht war und eine viel stärkere Staatsintervention notwendig gewesen wäre. Brzezinski kommt zu dem ernüchternden Fazit: »Von heute aus gesehen ist die politisch und ökonomisch erfolgreiche liberale Demokratie kein vorbestimmtes Ergebnis, mit Ausnahme von vielleicht fünf der 27 postkommunistischen Staaten« (ebenda, S. 12). Diese fünf sind übrigens Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, dazu noch Slowenien und Estland. Ostdeutschland erwähnt Brzezinski nicht. Diesen Fall hält er offenbar für geregelt.

Wenn wir den Versuch unternehmen, die Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte zu gruppieren und die osteuropäischen Entwicklungen davon abzuheben, dann ergeben sich die folgenden Fallgruppen (vgl. Reißig 1993):

1. Westdeutschland, Japan, Italien nach 1945. In diesen Fällen erfolgt der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft sozusagen unter Aufsicht, unter der Regie und mit materieller Unterstützung der Siegermächte. Es ist dies (vgl. Karl/Schmitter 1990) »imposition«, d. h. ein von oben und außen erzwungener Übergang. Die Transformation stellt zwar beide Aufgaben

gleichzeitig – Demokratie und Marktwirtschaft –, aber ohne Zeitdruck, mit bescheidenen, erst langsam steigenden Erwartungen, aus einer Niederlage-situation heraus, in der die alten Eliten weitgehend eliminiert wurden.

2. Spanien, Portugal und Griechenland nach 1974. In diesen Fällen handelt es sich um die Beseitigung politischer Diktaturen in Gesellschaften, die Demokratie und Marktwirtschaft bereits gekannt hatten. Es erfolgt eine »transition by pact« (Karl/Schmitter), d. h. ein Kompromiß zwischen alten und neuen Eliten über die Modalitäten der Machtübergabe. Daß dieser Transformationsprozeß in Spanien und Portugal bis zur Phase der Konsolidierung fast zehn Jahre gedauert hat, hätte eigentlich als Lektion von Akteuren und Beobachtern der heutigen Transformationsprozesse gelernt werden sollen.
3. Die Transformationsprozesse in Lateinamerika können hier nicht näher betrachtet werden. Bemerkenswert ist jedoch die hohe Zahl von abgebrochenen Transformationen, von mehrfachen Wechseln zwischen Diktatur und Demokratie sowie von Regressionen auch nach längeren wirtschaftlichen Wachstumsperioden. Aus der Literatur (vgl. Rueschemeyer et al. 1990) haben wir Hinweise darauf, daß eine der Erfolgsbedingungen der Demokratisierung in Lateinamerika die Statusgarantie für die bisher dominierenden Mittelschichten in einer künftig von den Unterschichten majorisierten Gesellschaft ist. Dieses Muster ist in gewisser Weise ebenfalls eine »transition by pact«.
4. Die Entwicklung in einer Reihe von asiatischen Staaten widerlegt zunächst die These der Dependencia-Schule von der »Entwicklung der Unterentwicklung«, d. h. von der Verursachung der Unterentwicklung durch kapitalistische Durchdringung. Zunächst haben die »vier kleinen Tiger« (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur) gezeigt, wie eine eigenständige Entwicklung im kapitalistischen Weltsystem möglich ist. Heute gehören Thailand, Malaysia und Indonesien, und selbst Pakistan und Indien, zu den Wachstums-ländern. Gemeinsam ist ihnen, daß sie ihre Bevölkerungen bis vor kurzem in extremer Armut belassen haben und daß die demokratischen Reformen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, später und langsamer in Gang kamen als die wirtschaftliche Entwicklung.
5. Im Weltmaßstab gibt es nur zwei Alternativen zur Transformation in Richtung auf Demokratie und Marktwirtschaft. Da ist einmal die »sozialistische Marktwirtschaft« der Volksrepublik China. China ist das erste kommunistische Land, das aktiv kapitalistische Investitionen anwirbt und das ihnen

große Entfaltungsspielräume gibt: mit dem Ergebnis hoher Wachstumsraten. Gleichzeitig aber hält die Einheitspartei die politische Kontrolle strikt aufrecht und unterdrückt alle Demokratisierungs- und Partizipationsbemühungen. Dadurch und zusammen mit den rigorosen Trennungslinien in der Gesellschaft, z. B. zwischen Nomenklatura und Bevölkerung, auch zwischen Stadt und Land, baut sich meines Erachtens ein gewaltiges Konfliktpotential auf, das sich in Fraktionskämpfen und in Sezessionsversuchen entladen wird, wenn es nicht doch noch durch Demokratisierung abgefangen wird. Die zweite Alternative bilden die Länder des islamischen Fundamentalismus, die entweder eine kulturelle Eigenständigkeit mit politischen Expansionsversuchen verfolgen oder – wie die reichen Ölstaaten – die westliche Zivilisation ihrer armen und unmündig gehaltenen Bevölkerung lediglich aufsetzen.

6. Vergleicht man die osteuropäischen Transformationsgesellschaften mit den genannten Fallgruppen, so zeigt sich einmal, daß ihnen der äußere Zwang, gepaart mit materieller Hilfe, wie sie die Besatzungsmächte nach 1945 boten, fehlt. Es zeigt sich des weiteren, daß die Gleichzeitigkeit der Forderung nach Demokratie, Wachstum und Wohlstand die Kapazitäten bei weitem überfordert (vgl. Offe 1994) und daß die endemische Kapital- und Zeitknappheit die Entstehung einheimischer Eliten und Unternehmer erschwert bzw. alte Kader und mafiose Strukturen begünstigt. In den kritischsten Fällen, wie im ehemaligen Jugoslawien, aber auch in Teilen der früheren Sowjetunion, wird selbst die nationale Einheit in Frage gestellt: Es drohen Regressionen anstelle von Wachstumsimpulsen, wie sie z. B. die südamerikanischen und die südostasiatischen Staaten inzwischen aus ihrer staatlichen Stabilität beziehen.
7. Wie schwierig der Transformationsprozeß ist, kann sehr gut an dem eigentlich »günstigsten Fall«, nämlich Ostdeutschland, studiert werden. Hier ist ein sozialistisches System in eine funktionierende Demokratie und Marktwirtschaft übernommen worden, in einen »ready made state« (Rose et al. 1993), der enorme Kapital- und Wissenstransfers organisiert hat. Und dennoch gibt es schwere Übergangsprobleme, weil viele Netzwerke der früheren DDR zerstört sind, erhebliche Bevölkerungsgruppen einschneidende Statusverluste und Arbeitslosigkeit hinnehmen mußten und der Beitritt zur Bundesrepublik häufig als Fremdbestimmung und Ohnmacht wahrgenommen wird (vgl. Seifert et al. 1993; Zapf/Habich 1994).

Zusammenfassend können wir sagen, Transformationsprozessen ist gemeinsam, daß die Entwicklungsziele bekannt sind: Demokratie, Wachstum und Wohlfahrt. Sie werden zu erreichen versucht durch die Übernahme der Basisinstitutionen der Vorbildgesellschaften: Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum. Demgegenüber ist Modernisierung im weiteren Sinn ein Suchprozeß, dessen Ergebnis nicht bekannt ist. Wie die OECD-Gesellschaften ihre neuen Probleme der ökologischen Belastung, der Anpassung der Erwerbsstruktur, der sozialen Integration usw. lösen werden, dafür gibt es nur Versuch und Irrtum von Reform und Innovation. Wir verstehen Transformation also als eine Teilmenge »nachholender« Modernisierungsprozesse innerhalb der Gesamtheit der prinzipiell offenen »weitergehenden Modernisierung« (vgl. Zapf 1991a). Wir haben aber gleichzeitig gesehen, daß es nicht nur einen, gar linear-progressiven Weg zur modernen Gesellschaft und nicht nur einen erfolgreichen Weg der Transformation von Nachzüglern gibt. Vielmehr können wir eine begrenzte Zahl von Entwicklungspfaden unterscheiden, und es stellt sich die spannende empirische und theoretische Frage, welches die Ursachen für die Wahl unterschiedlicher Pfade sind und wie sich unterschiedliche Entwicklungspfade auf die Wohlfahrt der Bevölkerung auswirken.

II.

Das Problem alternativer Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung hat von den soziologischen Klassikern am eindringlichsten Max Weber formuliert. Hingegen sind – bei allen sonstigen Unterschieden – Spencer und Durkheim wie auch Marx von einer linearen Progression ausgegangen. Webers Frage war bekanntlich die des »okzidentellen Sonderwegs«, also die Frage, warum es nur im Westen eine kapitalistische Entwicklung und eine Rationalisierung in allen Sphären von Gesellschaft, Staat und Kultur gegeben hat. Webers Antwort war im wesentlichen eine kulturalistische Theorie, die den »Geist des Kapitalismus« mit dem einmaligen Auftreten der »Protestantischen Ethik« in Zusammenhang brachte. Ganz anders – aber im Ergebnis ähnlich – stellt sich in Norbert Elias' Theorie der Zivilisation die westliche Entwicklung als ein einmaliger Vorgang dar, der aus nicht-intendierten Folgen komplexer Handlungsketten der traditionellen Gesellschaft resultiert: ohne Meisterplan, aber im Ergebnis als gerichteter Prozeß.

Die Sonderwegstheorie ist heute aus mehreren Gründen wieder aktuell. Claus Offe (1993) geht soweit zu behaupten, die OECD-Welt sei ein historisches Unikat, das in seinen Strukturen und Ergebnissen nicht universalisierbar ist. Als Begründung nennen die Vertreter dieser These vor allem immanente Wachstumsgrenzen, die eine weltweite Ausdehnung der westlichen Produktionsweise, ihres Ressourcenverbrauchs und ihrer Umweltbelastung schon aus ökologischen Gründen definitiv nicht zulassen. Als weitere Limitationen werden die politischen Belastungen genannt, die sich aus nationalen Zerfallsprozessen, ethnischen Konflikten und den daraus folgenden massenhaften Wanderungen ergeben. Sie lassen erfolgreiche Transformationsprozesse eher als die Ausnahme erscheinen, obwohl jeder einzelne Erfolgsfall beweist, daß das Ziel erreichbar ist.

Ein zweiter theoretischer Ansatz könnte das »Modell der Scheidewege« (vgl. Verba 1971) genannt werden, d. h. einer Verzweigung der gesellschaftlichen Entwicklung an kritischen Wendepunkten. Solche Vorstellungen werden meistens in Begriffen strategischer Koalitionen formuliert, die sich in Aufschwung- oder Krisensituationen bilden und die für eine beträchtliche Zeitspanne die weitere Entwicklung bestimmen. Klassische Beispiele in der Literatur der sechziger Jahre (vgl. Flora 1974) finden sich bei Walt W. Rostow (1960), Barrington Moore (1966) und Stein Rokkan (1970). In Rostows Theorie der Stadien wirtschaftlicher Entwicklung kommt ein kritischer Scheideweg, wenn die Ressourcen groß genug sind, um die bisherige Knappheitswirtschaft zu überwinden. Je nach den Kontrolleuren der Ressourcenverwendung, d. h. je nach den Koalitionen zwischen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten, ist ein Weg die internationale Expansion, ein anderer die Ausbildung des Massenkonsums und vielleicht ein dritter Weg die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats. Barrington Moore leitet aus noch älteren Koalitionen zwischen Bürgertum, Landaristokratie, Staatsverwaltung und Bauern einen dreigeteilten Weg zur Moderne ab: den ersten Weg der westlichen Demokratien, den zweiten Weg der imperialistischen Macht, die in faschistischen Regimen endet, und den dritten Weg der Bauernrevolutionen, die zur Errichtung kommunistischer Regime führen.

Stein Rokkan hat die Unterschiede der europäischen Parteiensysteme durch unterschiedliche Koalitionen in den Kämpfen zwischen Zentrum und Peripherien bei der Staatenbildung, zwischen Kirche und Staat bei der Nationenbildung, zwischen Landwirtschaft und Industrie während der Industriellen Revolution und zwischen Arbeitern und Unternehmern während der Ausbreitung der

modernen Industrieproduktion abgeleitet. Die Russische Revolution hat dem mit der Spaltung von Sozialdemokratie und kommunistischen Parteien eine weitere Formation hinzugefügt. Heute würde Rokkan wahrscheinlich in der ökologischen Frage und in der Auseinandersetzung von grünen Parteien mit den etablierten Parteien eine neue Konfliktlinie entstehen sehen.

Auch den Zusammenbruch der sozialistischen Regime kann man als eine kritische Scheidewegssituation ansehen, mit den alternativen Möglichkeiten der Regression, der Stagnation und der Transformation. In einer eindringlichen Analyse der Situation in der Sowjetunion hat Klaus Müller (1992) die Modernisierungsblockaden benannt, die in Rußland Stagnation, ja sogar Regression, wahrscheinlicher machen als einen zügigen Transformationsprozeß. Entgegen den Erwartungen der Modernisierungstheorie entstand in der Sowjetunion keine allgemein anerkannte Elite mit einem klaren Modernisierungsziel, sondern es bildeten sich nach dem Zerfall der Einheitspartei rivalisierende Gruppierungen, die sich nicht auf eine Richtung einigen konnten. Dieses hat sich in der Gesellschaft als Gruppenegoismus der verschiedenen Bevölkerungsteile wiederholt und die Ausbildung eines Sozialkontrakts erschwert. Und schließlich haben sich Nationalitätenkonflikte vor die Ziele einer einheitlichen und koordinierten Transformation geschoben und zu Zerfall und Stagnation geführt.

Ein dritter theoretischer Ansatz ist eine Variante des zweiten und kann hier durch ein wichtiges Buch charakterisiert werden, nämlich »The Three Worlds of Welfare Capitalism« von Gösta Esping-Andersen (1990). In ihm werden innerhalb eines Korridors gesellschaftlicher Entwicklungen, die allesamt auf Demokratie, Wachstum und Wohlfahrt ausgerichtet sind (und die allesamt politisch durch die Bevölkerungen legitimiert sind), drei dennoch verschiedene Entwicklungswege aufgezeigt. Esping-Andersen spricht von alternativen Regimen und meint damit alternative Gestaltungsformen in Politik, Wirtschaft und Kultur für gleichartige Probleme aufgrund unterschiedlicher Anfangskonstellationen bzw. Großkoalitionen. Der erste Weg ist der des liberalen und residualen Wohlfahrtsstaats bzw. Wohlfahrtskapitalismus, wie er durch die angelsächsischen Demokratien, insbesondere die Vereinigten Staaten, repräsentiert wird. Das zweite Regime ist der korporative konservative Wohlfahrtsstaat Deutschlands, Frankreichs und anderer kontinentaleuropäischer Länder. Davon abgehoben ist als drittes Regime der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat der skandinavischen Länder. Als Erklärung für diese Gabelung werden nun gerade nicht die mehr oder weniger gleichartigen Probleme der Industrialisierung, des Wirt-

schaftswachstums und der Demokratisierung angeführt, sondern die unterschiedlichen Formen der Klassenmobilisierung, der politischen Klassenkoalitionen und der daraus folgenden Traditionen und Politikstile.

Der erste Typ des liberalen Kapitalismus ist wesentlich durch die Entscheidung der Mittelklassen für marktorientierte Lösungen, gegen einen mehr als residualen Ausbau des Staates und gegen die Unterstützung der armen Unterklassen gerichtet. Der korporatistische Kapitalismus beruht auf der institutionellen Trennung von Arbeiterklasse und Mittelschichten, wie er sich auch in getrennten Versicherungssystemen ausdrückt. Der sozialdemokratische Kapitalismus gründet sich ursprünglich auf einer Koalition von Bürgern, Arbeitern und Bauern, in der auch die anspruchsvollen Mittelschichten zunehmend in das System wohlfahrtsstaatlicher Versorgung einbezogen werden. Aus diesen frühen Weichenstellungen während der Entwicklung des Kapitalismus und des Wohlfahrtsstaates haben sich Entwicklungspfade oder Regime ergeben, die heute noch wirksam sind und die eine Fülle von gesellschaftspolitisch relevanten Größen nachdrücklich beeinflussen.

So ist der Beschäftigungsgrad im ersten und im dritten Typus sehr viel höher als im zweiten, aber der liberale Kapitalismus kennt enorme Lohndifferenzen, während der sozialdemokratische Kapitalismus auf solidarischer Lohnpolitik beruht. Die Leistungen des Wohlfahrtsstaats sind wie die Abgabenbelastungen im liberalen Kapitalismus gering, im sozialdemokratischen Kapitalismus am höchsten. Die Frauenerwerbstätigkeit ist im korporatistischen Typus deutlich niedriger als in den beiden anderen Typen, und zwar deshalb, weil es dort weder die billigen privaten Dienstleistungen noch die teuren öffentlichen Dienstleistungen gibt, die in der einen oder anderen Form große Beschäftigungsreservoirs darstellen. So finden wir also bereits innerhalb der OECD-Welt drei markante Alternativen von beträchtlicher Dauer und Prägekraft, die auch weiterhin entwicklungsbestimmend bleiben werden. Damit distanziert sich Esping-Andersen von Konvergenzhypothesen, wie sie etwa von Flora und Alber (1981) für die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten aufgestellt worden sind. Die Flora/Alber-Hypothese besagt, daß aus unterschiedlichen Anfängen über die Jahre eine deutliche Konvergenz der Reichweite, der institutionellen Verfassung und der Leistungen staatlicher Sicherungssysteme erwachsen ist.

Ein vierter und heute besonders aktueller Ansatz kommt aus der institutionellen Ökonomie und wurde von Nobelpreisträger Douglas C. North folgendermaßen formuliert:

»Ich wende mich nun zwei grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Wandels zu. Erstens: was bestimmt die unterschiedlichen Muster der Evolution von Gesellschaften, politischen Regimes und Volkswirtschaften im Zeitverlauf? Und zweitens: wie erklären wir das Überleben von Wirtschaftssystemen, die über lange Zeiträume ständig große Leistungsdefizite aufweisen?« (North 1990, S. 92)

Die erste Frage gilt also den Bestimmungsgründen unterschiedlicher Entwicklungspfade, die zweite Frage der Erklärung, warum nicht die evolutionäre Selektion ineffiziente (nicht-wachstumsfähige) Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Laufe der Zeit eliminiert hat. Beide Fragen werden mit einem theoretischen Modell behandelt, das zunächst im Bereich technischer Innovationen entwickelt worden ist. Das immer wieder zitierte Beispiel ist die erfolgreiche Durchsetzung der QWERTY-Schreibmaschinentastatur, d. h. der seit mehr als hundert Jahren festgelegten Anordnung der Buchstaben auf dieser Tastatur, von der Techniker behaupten, daß es inzwischen viel effektivere Anordnungen gäbe.

Die Ökonomen erklären die Tatsache, daß sich eine Technik erfolgreich behaupten kann, die unter Effizienzkriterien suboptimal ist, mit dem Prinzip der »Pfadabhängigkeit«. Aufgrund ihres durchaus zufälligen Anfangsvorsprungs kann die suboptimale Technik weiterhin wachsende Erträge liefern und deshalb von den Konkurrenten nicht mehr eingeholt werden, was im einzelnen (vgl. Werle 1994) unter anderem auf

- der Leistungssteigerung durch Lernen im ständigen Gebrauch,
- der Nutzensteigerung durch Verbreitung und Anschlußfähigkeit,
- der starken Kostendegression,
- dem abnehmenden Widerstand bei risikoscheuen Anwendern sowie
- der Einbettung in umfassendere technologische Systeme beruht.

Die Frage ist nun, ob sich dieses Prinzip der Pfadabhängigkeit, wonach sich die Entwicklungsrichtung aus inkrementalen Veränderungen ergibt, die von einem gewissen Punkt an den weiteren Gang der Dinge determinieren (»lock-in«), auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen verallgemeinern läßt. Diese Frage wird im wesentlichen bejaht. »Es gibt zwei Kräfte, die den Pfad des institutionellen Wandels bestimmen: wachsende Erträge und unvollständige Märkte mit hohen Transaktionskosten« (North 1990, S. 95). Bei steigenden Erträgen können sich Organisationen und Institutionen selbst dann behaupten,

wenn es überlegene Alternativen gibt. Bei unvollständigen Märkten, begrenzter Informationsrückkoppelung und hohen Transaktionskosten wird eine evolutionäre Selektion verhindert, und es setzen sich die subjektiven Vorstellungen der Akteure unter erheblichem Einfluß ideologischer Vorentscheidungen durch.

Eines der zahlreichen Beispiele von North betrifft die unterschiedliche Entwicklung, die Nordamerika und Südamerika genommen haben, obwohl sie beide durch Revolutionen mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben und obwohl auch in Lateinamerika nach der Revolution Verfassungen vom nordamerikanischen Typ eingeführt worden sind. »Daraus folgt, [...] daß die Einführung von gleichartigen Regelsystemen in Gesellschaften mit unterschiedlichen Institutionen zu ganz verschiedenen Ergebnissen führt« (S. 101). Diese Regel gilt auch für Konstellationen nach extremen externen Eingriffen wie Revolutionen, Kriege oder Naturkatastrophen. Während die Theorie sich nicht in der Lage sieht, das Eintreten solcher externen Ereignisse selbst vorauszusagen, behauptet sie allerdings, daß selbst nach solchen Einbrüchen das Gewicht der alten Institutionen weiterhin wirksam ist.

»Pfadabhängigkeit heißt, daß Geschichte wichtig ist. Wir können die heutigen Wahlhandlungen nicht verstehen [...], ohne die inkrementale Evolution der Institutionen zu verfolgen.« (ebenda, S. 100)

»Wenn jedoch diese Darstellung wie der Bericht einer unvermeidlichen, vorherbestimmten Entwicklung klingt, dann ist dies falsch. Auf jeder Stufe dieses Weges gab es politische und wirtschaftliche Wahlmöglichkeiten, die wirkliche Alternativen boten. Pfadabhängigkeit ist ein Mittel, um die Menge der Wahlmöglichkeiten konzeptuell einzuschränken und Entscheidungen im Zeitverlauf zu verknüpfen. Sie ist nicht die Geschichte unvermeidlicher Entwicklungen, in der die Vergangenheit glatt die Zukunft bestimmt.« (ebenda, S. 98/99)

III.

Abschließend möchte ich fragen, welche theoretischen Lehren wir aus den Erfahrungen von Modernisierung und Transformation und aus den genannten theoretischen Ansätzen ziehen können. Nach meiner Auffassung gibt es inzwischen genügend Bausteine für Erklärungen, die Theoreme der Evolution und der Diffusion mit Theoremen alternativer Entwicklungspfade zu verknüpfen erlauben.

Im globalen Maßstab müssen wir von einer stark geschichteten Weltgesellschaft ausgehen. Die OECD-Länder bilden darin die Oberschicht als moderne

Gesellschaften mit Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsum. Sie sind die dominanten Gesellschaften im Sinne der Evolutionstheorie, sie sind die Vorbildgesellschaften im Sinne der Diffusions- und Aufholtheorie. Innerhalb dieser Schicht von modernen Gesellschaften gibt es jedoch markante Unterschiede, die nach den Kriterien der Pfadabhängigkeit als alternative Regime verstanden werden können. Dies bedeutet für die Nachfolgesellschaften eine Auswahl an Vorbildern und die zumindest theoretische Möglichkeit, durch Rekombination von Elementen eigene Wege zu finden, die mit ihren institutionellen Kapazitäten übereinstimmen.

In der Gruppe der Transformationsgesellschaften beobachten wir ebenfalls alternative Wege zur Moderne. Die bedeutendste Alternative der westlichen Modernisierung, die kommunistische Revolution und sozialistische Entwicklung, hat allerdings nach 70 Jahren ihre Kraft verloren und ist als Resultat eines fulminanten internationalen Wettbewerbs aufgrund einer Überspannung ihrer Möglichkeiten vorerst ausgeschieden. Die struktur-funktionalistischen Voraussetzungen, etwa von Talcott Parsons (1964), haben sich hier als sehr hellsichtig erwiesen.

Die dritte und größte Gruppe in der heutigen Weltgesellschaft sind die unterentwickelten Länder, die noch darum kämpfen, Zivilisationsminima und elementare Grundbedürfnisse der Ernährung, Gesundheit, Bildung usw. ihrer Bevölkerungen zu befriedigen. Dies geschieht heute ebenfalls in dichter internationaler Verflechtung und unter konkurrierender Einflußnahme von Vorbildgesellschaften und von internationalen Großorganisationen. Neben diesen drei Schichten haben wir, wie gezeigt, den Sonderfall China und den Sonderfall des islamischen Fundamentalismus. Diese beiden Gesellschaftsformationen könnten theoretisch Ausgangspunkt für Alternativen zur demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation werden. Aus bereits genannten Gründen halte ich dies aber nicht für wahrscheinlich.

Auf allen Ebenen einer derart geschichteten Weltgesellschaft finden wir immer wieder Scheidewegsituationen. Auch moderne Gesellschaften müssen zwischen alternativen Lösungsversuchen für ihre neuen inneren und äußeren Probleme wählen, d. h. sie werden verschiedene Wege ausprobieren, gleichzeitig aber immer auch prüfen, welche Lehren aus andernorts erfolgreichen Lösungen zu ziehen und welche Übernahmen möglich sind (vgl. Rose 1993). Esping-Andersens Modell alternativer Regime könnte hier seine prognostische Kraft erweisen. Auf der Ebene der Transformationsgesellschaften haben wir die Divergenz der Entwicklungspfade bereits skizziert. Diese Divergenz ist noch

größer auf der Ebene der unterentwickelten Gesellschaften, die gegenwärtig im Teufelskreis der Armut gefangen (»locked in«) sind. Hier wird es sowohl revolutionäre Ausbruchsversuche geben wie auch innovative und reformistische Elitekoalitionen, die von einem nationalen Konsensus für die Entwicklung getragen sind oder einen solchen Konsensus aufbauen.

Und dieses Bild wird immer wieder kompliziert durch die Möglichkeiten von Zusammenbrüchen und Regressionen, z. B. nationale Zersplitterung, Bürgerkrieg, Massenflucht, Hungersnöte und Naturkatastrophen. Insgesamt aber können wir von einer Vereinfachung ausgehen. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist die Welt nicht mehr länger in zwei feindliche Lager gespalten, die um die Vorherrschaft konkurrieren. Nach wie vor gibt es Variation und Selektion, Erfolge und Fehlschläge, Konkurrenz und Konflikt. Zur Zeit aber beobachten wir eher unterschiedliche Entwicklungspfade in Richtung auf ähnliche Ziele als fundamental alternative Ziele für fundamental alternative Zukunftsentwürfe.

Literaturverzeichnis

- Achinger, H. (1958): *Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik*. Hamburg
- Adler, F. (1991): »Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR.« In: G. Wagner (Hg.): *Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in Ostdeutschland*. Frankfurt a. M., S. 152-177
- Adorno, Th. W. (Hg.) (1969): *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?* Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages 1968. Stuttgart
- Albach, H. (1993): *Zerrissene Netze. Eine Netzwerkanalyse des ostdeutschen Transformationsprozesses*. Berlin
- Alber, J. (1982): *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt a. M.
- Alber, J. (1989): »Nationalsozialismus und Modernisierung.« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41, S. 346-365
- Allardt, E. (1971): *About Dimensions of Welfare*. Research Group for Comparative Sociology, Research Reports No. 1, University of Helsinki. Helsinki
- Aron, R. (1964): *Die industrielle Gesellschaft* (Orig. 1962). Frankfurt a. M.
- Aron, R. (1971): *Hauptströmungen des soziologischen Denkens*. Bd. 1: Montesquieu/A. Comte/K. Marx/A. de Toqueville; Bd. 2: E. Durkheim/V. Pareto/M. Weber. Köln
- Ayres, R. U. (1984): *The Next Industrial Revolution*. Cambridge, Mass.
- Ayres, R. U. (1985): »Social Technology and Economic Development.« In: *Technological Forecasting and Social Change*, 28, S. 141-157
- Baloyra, E. A. (Hg.) (1987): *Comparing New Democracies: Transition and Consolidation in Mediterranean Europe ...* Boulder, London
- Baring, A. (1982): *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Stuttgart
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.
- Beck, U. (1989): »Risikogesellschaft. Überlebensfragen, Sozialstruktur und ökologische Aufklärung.« In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 36/89. Bonn, S. 3-13
- Beck, U. (1991): »Der Konflikt der zwei Modernen.« In: W. Zapf (Hg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M., S. 40-53
- Becker, G. S. (1988): »Family Economics and Macro Behavior.« In: *American Economic Review*, 78, S. 1-13
- Beckerman, W. (1974): *Two Cheers for the Affluent Society*. New York
- Bell, D. (1973): *The Coming of Post-Industrial Society*. New York
- Belwe, K. (1989): »Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR.« In: W. Weidenfeld/H. Zimmermann (Hg.): *Deutschland-Handbuch*. Bonn, S. 125-143
- Bendix, R. (1969): »Modernisierung in internationaler Perspektive.« In: W. Zapf (Hg.): *Theorien des sozialen Wandels*. Köln, S. 505-512 (Orig. 1966)
- Berger, J. (1988): »Modernitätsbegriffe und Modernitätskritik in der Soziologie.« In: *Soziale Welt*, 39, S. 224-236
- Berking, H./Neckel, S. (1991): »Außenseiter als Politiker: Neue soziale Eliten in einer ostdeutschen Gemeinde.« In: *Soziale Welt*, 42, S. 283-299

- Bischoff, J./Herkommer, S. (1990): »Von der Klassentheorie zur Ungleichheitsforschung.« In: A. Leisewitz/K. Pikhshaus (Hg.): *Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage*. Frankfurt a. M., S. 71-92
- Boudon, R. (1979): *Widersprüche sozialen Handelns*. Darmstadt
- Boudon, R. (1980): *Die Logik des gesellschaftlichen Handelns*. Kap. V, VI: Soziologie und sozialer Wandel. Neuwied
- Brockhaus Enzyklopädie* (1988, 1990), Mannheim
- Brooks, H. (1982): »Social and Technical Innovation.« In: S. B. Lundstedt/E. W. Colglazier (Hg.): *Managing Innovation: The Social Dimension of Creativity, Invention and Technology*. New York, S. 1-30
- Brzezinski, Z. (1993): »The Great Transformation.« In: *The National Interest*, Herbst, S. 3-13
- Bühl, W. L. (1970): *Evolution und Revolution*. München
- Cameron, K. S. (1981): »The Enigma of Organizational Effectiveness.« In: *New Directions for Program Evaluation*, 11, S. 1-13
- Chodak, S. (1973): *Societal Development*. New York
- Clark, C. (1957): *The Conditions of Economic Progress* (Orig. 1940). 3. Aufl. London
- Coleman, J. (1968): »Modernization. II. Political Aspects.« In: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 10. New York, S. 395-402
- Dagnaud, M./Mehl, D. (1983): »Elite, Subelite, Couterelite.« In: *Social Science Information*, 22, S. 817-865
- Dahrendorf, R. (1959): *Class and Class Conflict in Industrial Society*. Stanford
- Dahrendorf, R. (1965): *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München
- Dahrendorf, R. (1979): *Lebenschancen*. Frankfurt a. M.
- Dahrendorf, R. (1983): *Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus*. Stuttgart
- Dahrendorf, R. (1988): *The Modern Social Conflict*. New York
- Dahrendorf, R. (1989): »Soziologie und Nationalismus.« In: J. Hoffmann-Nowotny (Hg.): *Kultur und Gesellschaft*. Zürich, S. 669-675
- Dahrendorf, R. (1990): *Betrachtungen über die Revolution in Europa*. Stuttgart
- Dahrendorf, R. (1993): »Ich bleibe ein radikaler Liberaler.« In: *DIE ZEIT*, Nr. 35, S. 3
- Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1988): *Statistisches Taschenbuch 1988 – Arbeits- und Sozialstatistik*. Bonn
- Deutsch, K. W./Platt, J./Senghaas, D. (1971): »Conditions Favoring Major Advances in Social Science.« In: *Science*, Bd. 171, S. 450-459
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (1988): »Zur langfristigen Entwicklung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland.« In: *Wochenbericht*, Nr. 32, S. 397-408
- DIW (1992): »Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Ostdeutschland.« In: *Wochenbericht*, Nr. 4, S. 35-40
- Dosi, G. (1983): »Technological Paradigms and Technological Trajectories.« In: Ch. Freeman (Hg.): *Long Waves in the World Economy*. London, S. 78-101
- Downs, A. (1972): »Up and Down with Ecology: The Issue-Attention Cycle.« In: *The Public Interest*, 28, S. 38-50
- Dreitzel, H. P. (1967): *Sozialer Wandel*. Neuwied
- Dunn, J. A. Jr. (1983): »Transportation Policy.« In: S.S. Nagel (Hg.): *Encyclopedia of Policy Studies*. New York, S. 667-685

LITERATURVERZEICHNIS

- Durkheim, E. (1960): *Le Suicide*. Paris (Orig. 1897)
 »Ein Jahr danach«. Projekt »Sozialstruktur und Lebensqualität«. In: *Sozialismus*, 2/1992, S. 4-8
- Eisenstadt, S. N. (1964): »Breakdowns of Modernization.« In: *Economic Development and Cultural Change*, 12, S. 345-367
- Eisenstadt, S. N. (1966): *Modernization: Protest and Change*. Englewood Cliffs, N. Y.
- Eisenstadt, S. N./Rokkan, S. (Hg.) (1973): *Building States and Nations*, 2 Bde. Beverly Hills
- Elias, N. (1939): *Über den Prozeß der Zivilisation*, 2 Bde. Basel (Neuausgabe Frankfurt a. M. 1976)
- Engler, W. (1990): »Stellungen, Stellungnahmen, Legenden: Ein ostdeutscher Erinnerungsversuch.« In: R. Deppe et al.: *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt a. M., S. 48-75
- Esping-Andersen, G. (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Oxford
- Ferber, C. von (1965): *Sozialpolitik in der Wohlstandsgesellschaft*. Hamburg
- Fischer-Weltalmanach '92*. Frankfurt a. M. 1991
- Flora, P. (1974): *Modernisierungsforschung*. Opladen
- Flora, P. (1975): »Quantitative Historical Sociology.« In: *Current Sociology*, 23, S. 1-249
- Flora, P. (1981): »Stein Rokkans Makro-Modell der politischen Entwicklung Europas: Ein Rekonstruktionsversuch.« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 33, S. 397-436
- Flora, P. (Hg.) (1986/87): *Growth to Limits*, Bde. I-IV. Berlin
- Flora, P./Alber, J. (1981): »Modernization, Democratization and the Development of Welfare States in Western Europe.« In: P. Flora/A. Heidenheimer (Hg.): *The Development of Welfare States in Europe and America*. New Brunswick, S. 37-80
- Flora, P./Alber, J./Kohl, J. (1977): »Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.« In: *Politische Vierteljahresschrift*, 66, S. 241-253
- Flora, P. et al. (1983/87): *State, Economy and Society in Western Europe 1815-1975*, Bd. I, Bd. II. Frankfurt a. M.
- Freeman, Ch. (Hg.) (1983): *Long Waves in the World Economy*. London
- Friedrichs, J. (Hg.) (1987): *Technik und sozialer Wandel*. Beiträge der Sektions- und Ad-hoc-Gruppen. Opladen
- Fukuyama, F. (1992): *Das Ende der Geschichte*. München
- Futures*, August 1981, Special Issue: »Technical Innovation and Long Waves in World Economic Development«
- Geiger, Th. (1932): *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*. Stuttgart
- Geiger, Th. (1949): *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*. Köln
- Geißler, R. (1992): *Die Sozialstruktur Deutschlands*. Opladen
- Gensicke, Th. (1991): »Vom Pessimismus zum Optimismus und vom »konservativen« Protest zur Selbstständigkeit.« Ms.
- Gensicke, Th. (1992): *Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren*. Speyerer Forschungsberichte 109. Speyer
- Gershuny, J. (1982): »Social Innovation: Change in the Mode of Services.« In: *Futures*, Dezember, S. 496-516
- Gershuny, J. (1983): *Social Innovation and the Division of Labour*. Oxford

- Gerth, H./Mills, C. W. (1964): *Character and Social Structure*. New York (Orig. 1953)
- Giesen, B. (1980): *Makrosoziologie: Eine evolutionstheoretische Einführung*. Hamburg
- Gillwald, K. (1992): *Hoffnungsträger Ost: Entwicklungsperspektiven neuer deutscher Bundesländer aus der Sicht von Führungskräften aus dem Berliner Umland*. Papers P 92-103, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin
- Glatzer, W./Zapf, W. (Hg.) (1984a): *Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*. Frankfurt a. M.
- Glatzer, W./Zapf, W. (1984b): »Die Lebensqualität der Bundesbürger.« In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 44 vom 3. November 1984, S. 3-25
- Globus-Kartendienst*, Oa-9113, 26.8.1991. Hamburg
- Gorbachev, M. (1987): *Perestrojka* (englische Ausgabe). New York
- Gumbrecht, H. U. (1978): »Modern, Modernität, Moderne.« In: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4. Stuttgart, S. 93-131
- Habermas, J. (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bde. Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1985): *Die neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt a. M.
- Habermas, J. (1990): *Die nachholende Revolution*. Frankfurt a. M.
- Häder, M./Hausstein, B. (1992): »Auflehnung, Anpassung oder Resignation? – Ergebnisse zweier sozialwissenschaftlicher Studien.« In: *Umbruch: Beiträge zur sozialen Transformation*, SFZ Berlin-Brandenburg, Nr. 1, S. 28-54
- Haller, M. et al. (Hg.) (1989): *Kultur und Gesellschaft*. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages usw. in Zürich 1988. Frankfurt a. M.
- Hanefeld, U. (1987): *Das Sozio-ökonomische Panel – Grundlagen und Konzeption*. Frankfurt a. M.
- Hanf, Th. (1990): »Auf der Suche nach Subjektivität.« Beitrag zum 5. Soziologiekongress der DDR. Ms.
- Hanf, Th. (1991): »Modernisierung der Gesellschaft als sozial-strukturelles Problem.« In: *Berliner Journal für Soziologie*, 1, Sonderheft, S. 73-82
- Hannan, M. T. (1986): »Uncertainty, Diversity and Organizational Change.« In: N. Smelser/D. Gerstein (Hg.): *Behavioral and Social Sciences: Fifty Years of Discovery*. Washington, S. 73-94
- Headey, B./Krause, P./Habich, R. (1992): »East Germany: Incomes, Inequality and the Impact of Redistributive Government 1990-1991.« DIW/WZB. Ms. Berlin
- Himmelstrand, U. (1981): »Innovative Processes in Social Change: Theory, Method and Social Practice.« In: *International Social Science Journal*, 23, S. 227-247
- Hirsch, F. (1976): *Social Limits to Growth*. Cambridge, Mass.
- Hirschman, A. O. (1981): »The Changing Tolerance for Income Inequality in the Course of Economic Development.« In: *Essays in Trespassing*. Cambridge, Mass., S. 39-58
- Hirschman, A. O. (1982): *Shifting Involvements: Private Interests and Public Action*. Princeton
- Hoffmann-Nowotny, H.-J. (1988): »Gesamtgesellschaftliche Determinanten des Individualisierungsprozesses.« In: *Zeitschrift für Sozialreform*, 39. Jg., Heft 11/12, S. 659-670

LITERATURVERZEICHNIS

- Hoffmann-Nowotny, H. J. (Hg.) (1989): *Kultur und Gesellschaft*. Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen. Zürich
- Hondrich, K. O. (1991): »Systemveränderungen sozialistischer Gesellschaften – eine Herausforderung für die soziologische Theorie.« In: W. Zapf (Hg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M., S. 553-557
- Hradil, St. (1987): *Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft*. Opladen
- Huber, J. (1979): »Limiting the System and Reshaping Lifestyles: Solving Unemployment by Social and Technical Innovations.« In: *Technological Forecasting and Social Change*, 15, S. 37-54
- Huber, J. (1984): »Public Help and Self Help.« In: *Futures*, April, S. 139-147
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (Hg.) (1988): *Zahlen-Fibel, Ausgabe 1988*. Nürnberg
- Inkeles, A. (1986): »Advances in Sociology: A Critique.« In: K. W. Deutsch et al. (Hg.): *Advances in the Social Sciences, 1900-1980*. Cambridge, Mass., S. 13-31
- Institut der deutschen Wirtschaft (1988): *Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*. Köln
- Kaase, M. (1985): »Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien.« In: *Zeitschrift für Politik*, Sonderheft 1985, S. 99-125
- Karl, T. L./Schmitter, Ph. C. (1990): »Modes of Transition in South and Central America, Southern Europe and Eastern Europe.« Ms. Stanford University
- Kielmansegg, P. Graf (1993): »Vereinigung ohne Legitimität?« In: *Merkur*, Heft 532, S. 561-575
- Klein, D. (1991): »Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Geschichte.« In: M. Bric/D. Klein (Hg.): *Umbruch zur Moderne*. Hamburg, S. 9-34
- Krüger, H. P. (1990): »Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft.« In: *Zeitschrift für Philosophie*, 38, S. 202-217
- Kühner, W./Sallmon-Metzner, C. (1991): »Protestkulturen und Protestdiskurse im Wandel der DDR-Gesellschaft.« In: *Berliner Journal für Soziologie*, 1, Heft 3, S. 369-382
- Kuznets, S. (1953): *Economic Change*. New York
- Lagermalm, G. (1980): »Social Technologies: A Need for the Industrialized Countries.« In: *Technology in Society*, 2, S. 375-390
- Lampert, H. (1980): *Sozialpolitik*. Berlin
- Landua, Detlef (1992a): *Das Jahr danach: Zum Transformationsprozeß Ostdeutschlands und seiner Bewertung aus der Sicht der Betroffenen*. Discussion Paper P 92-102, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin
- Landua, D. (1992b): »Magere Zeiten. Eine Bilanz der Wohlfahrtsentwicklung in Ostdeutschland aus der Sicht der Betroffenen.« In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 29-30, S. 29-43
- Leggewie, C. (1987): *Der Geist steht rechts*. Berlin
- Lehner, F. (1979): *Grenzen des Regierens*. Frankfurt a. M.
- Lepsius, M. R. (1974): »Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland.« In: R. Löwenthal/H. P. Schwarz (Hg.): *Die Zweite Republik*. Stuttgart, S. 263-288
- Lepsius, M. R. (Hg.) (1976): *Zwischenbilanz der Soziologie*. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages 1974 in Kassel. Stuttgart

- Lepsius, M. R. (1979): »Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik.« In: H. U. Wehler (Hg.): *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*. Göttingen, S. 166-209
- Lerner, D. (1968): »Modernization. I. Social Aspects.« In: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 10. New York, S. 386-395
- Linz, J./Stepan, A. (1992): »Political Identities and Electoral Sequences: Spain, the Soviet Union, and Yugoslavia.« In: *Daedalus*, Bd. 121, Nr. 2, S. 123-140
- Luhmann, N. (1984): *Soziale Systeme*. Frankfurt a. M.
- Lutz, B. (Hg.) (1987): *Technik und sozialer Wandel*. Verhandlungen des 23. Deutschen Soziologentages in Hamburg 1986. Frankfurt a. M.
- Mannheim, K. (1928): »Das Problem der Generationen.« In: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie*, 7, S. 157-185, S. 309-330
- Mansilla, H. C. F. (1978): *Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*. Meisenheim
- Marr, R. (1980): »Innovation.« In: *Handwörterbuch der Organisation*. Stuttgart, S. 948-959
- Marsh, R. M. (1967): *Comparative Sociology*. New York
- Marshall, T. H. (1950): *Citizenship and Social Class*. London
- Marshall, T. H. (1961): »The Welfare State: A Sociological Interpretation.« In: *Europäisches Archiv für Soziologie*, 2, S. 284-300
- Maxwell, K. (Hg.) (1986): *Portugal in the 1980's: Dilemmas of Democratic Consolidation*. New York
- Mayer, K. U./Müller, W. (1986): »The State and the Structure of the Life Course.« In: A. Sorenson et al.: *Human Development and the Life Course*. Hilldale, S. 217-245
- Mayer, K. U. et al. (1988): *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. Berlin
- Meadows, D. et al. (1972): *The Limits to Growth*. London
- Meadows, D./Meadows, D. (1992): *Die neuen Grenzen des Wachstums*. Stuttgart
- Meier, A. (1990): »Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft.« In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 16/17, 13. April, S. 3-14
- Mensch, G. (1975): *Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression*. Frankfurt a. M.
- Merkel, W./Wahl, S. (1991): *Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989*. Bonn
- Merton, R. K. (1957): *Social Theory and Social Structure*. New York
- Miles, I. (1985): »The New Industrial State.« In: *Futures*, 17, S. 588-617
- Moore, B. Jr. (1966): *Social Origins of Dictatorship and Democracy*. Boston
- Moore, W. E. (1967): *Strukturwandel der Gesellschaft*. München
- Müller, K. (1992): »Modernisierung« Eastern Europe: Theoretical Problems and Political Dilemmas«. In: *European Journal of Sociology*, 33, S. 109-150
- Müller, W. (1986): »Soziale Mobilität: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich.« In: M. Kaase (Hg): *Politische Wissenschaft und politische Ordnung*. Opladen, S. 339-354
- Müller, W./Neusüss, C. (1971): *Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital*. Prokla, Sonderheft 1. Berlin
- Münch, R. (1984): *Die Struktur der Moderne*. Frankfurt a. M.
- National Science Foundation (1983): *The Process of Technological Innovation: Reviewing the Literature*. Washington

LITERATURVERZEICHNIS

- Nelson, R./Winter, S. (1977): »In Search Useful Theory of Innovation.« In: *Research Policy*, 6, S. 36-76
- Neuloh, O. (Hg.) (1977): *Soziale Innovation und sozialer Konflikt*. Göttingen
- North, D. C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge
- Offe, C. (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt a. M.
- Offe, C. (1991): »Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa.« In: *Merkur*, Heft 4, S. 279-292
- Offe, C. (1993): »Die Integration nachkommunistischer Gesellschaften: Die ehemalige DDR im Vergleich zu ihren osteuropäischen Nachbarn.« In: B. Schäfers (Hg.): *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa*. Frankfurt a. M., S. 806-817
- Offe, C. (1994): *Der Tunnel am Ende des Lichts*. Frankfurt a. M.
- Ogburn, W. F. (1937): »Foreword.« In: National Resources Committee: *Technological Trends and National Policy*. Washington, S. VI
- Ogburn, W. F. (1969): *Kultur und sozialer Wandel*. Hrsg. von O. D. Duncan. Neuwied
- Ogburn-Report (1933/83): *Recent Social Trends in the United States*. New York (Orig. 1940)
- Ogburn, W. F./Nimkoff, M. F. (1960): *A Handbook of Sociology*. 4. Aufl. London
- Olson, M. (1982): *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation and Social Rigidities*. New Haven, Conn.
- Parsons, T. (1969a): »Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze.« In: W. Zapf (Hg.): *Theorien des sozialen Wandels*. Köln, S. 35-54 (Orig. 1961)
- Parsons, T. (1969b): »Evolutionäre Universalien der Gesellschaft.« In: W. Zapf (Hg.): *Theorien des sozialen Wandels*. Köln, S. 56-74 (Orig. 1964)
- Parsons, T. (1971): *The System of Modern Societies*. Englewood Cliffs, N.Y.
- Pawlowski, P./Schlese, M. (1991): »Das Transformationsdilemma. Zum Szenario des gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland.« Ms.
- Pawlowski, P./Schlese, M./Schramm, F. (1992): *Das Transferparadox. Zum Szenario des gesellschaftlichen Wandels in Ostdeutschland*. Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit, FSA-Print 3, Freie Universität Berlin. Berlin
- Pollack, D. (1990): »Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR.« In: *Zeitschrift für Soziologie*, 19, S. 292-307
- Pollack, D. (1991): »Von der Organisationsgesellschaft zur Risikogesellschaft.« In: *Berliner Journal für Soziologie*, 1, Heft 3, S. 451-455
- Polsby, N. W. (1984): *Political Innovation in America*. New Haven
- Prognos (1986): *Prognos Report*, Nr. 12: »Die Bundesrepublik Deutschland 1990 – 2000 – 2010. Basel
- Quadagno, J. (1987): »Theories of the Welfare State.« In: *Annual Review of Sociology*, 3, S. 109-128
- ReiBig, R. (1993): »Ostdeutscher Transformations- und deutscher Integrationsprozeß. Neue Probleme und Erklärungsversuche.« In: *BISS Public*, Nr. 12, S. 5-31
- Rendtel, U. (1987): »Methodische Konzepte für die Hochrechnung von Panel-Daten.« In: *Vierteljahresshefte für Wirtschaftsforschung*, Heft 4, S. 278-290
- Ritsert, J. (1988): *Der Kampf um das Surplusprodukt*. Frankfurt a. M.

- Rogers, E. M. (1981): »Diffusion of Innovation: An Overview.« In: E. Roberts et al. (Hg.): *Biomedical Innovation*. Cambridge, Mass., S. 75-97
- Rogers, E. M. (1983): *Diffusion of Innovations*. 3. Aufl. New York
- Rokkan, S. (1970): *Citizens, Elections, Parties*. Oslo
- Rose, R. (1992): *Making Progress and Catching-up*. Studies in Public Policy 208. University of Strathclyde
- Rose, R. (1993): *Lesson-Drawing in Public Policy*. Chatham, N.J.
- Rose, R. et al. (1993): *Germans in Comparative Perspective*. Studies in Public Policy 218. University of Strathclyde
- Rostow, W. W. (1960): *The Stages of Economic Growth*. Cambridge
- Rostow, W. W. (1971): *Politics and the Stages of Growth*. Cambridge
- Rueschemeyer, D./Huber-Stephens, E./Stephens, J. D. (1992): *Capitalist Development and Democracy*. Oxford
- Russett, B. M. et al. (Hg.) (1964): *World Handbook of Political and Social Indicators*. New Haven
- Schmank, U. (1991): »Die zwispältige Moderne. Anmerkungen zu den Eröffnungsvorträgen des Frankfurter Soziologentages 1990.« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43, Heft 1, S. 193-196
- Schmid, M. (1982): *Theorie des sozialen Wandels*. Opladen
- Schon, D. A. (1967): *Technology and Change*. New York
- Schramm, F./Schlese, M. (1991): *Die Deutschen – ... ein einzig Volk von Brüdern und Schwestern?* Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit, FSA-Print 8, Freie Universität Berlin. Berlin
- Schumpeter, J. A. (1912): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Berlin
- Schumpeter, J. A. (1939): *Business Cycles*. New York (deutsche Ausgabe 1961)
- Schumpeter, J. A. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York (deutsche Ausgabe 1950)
- Schumpeter, J. A. (1961): *Konjunkturzyklen*, 2 Bde. Göttingen
- Secretariat for Studies, Stockholm (1984): *Time to Care*. Oxford
- Seifert, W. (1992): »Die zweite Ausländergeneration in der Bundesrepublik.« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44, S. 667-696
- Seifert, W./Rose, R./Zapf, W. (1993): *Ökonomische Verhaltensweisen und politische Einstellungen im vereinten Deutschland*. Papers P 93-109, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin
- Senghaas, D. (1982): *Von Europa lernen: Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen*. Frankfurt a. M.
- Smelser, N. (1986): »The Ogburn Vision Fifty Years Later.« In: N. Smelser/D. Gerstein (Hg.): *Behavioral and Social Sciences: Fifty Years of Discovery*. Washington, S. 21-35
- Speigner, W. et al. (1987): *Kind und Gesellschaft. Eine soziologische Studie über die Geburtenentwicklung in der DDR*. Berlin
- Statistische Berichte des Thüringischen Landesamtes für Statistik* (1990/1991), Erfurt
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1987): *Datenreport 1987*. Bonn
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1989): *Datenreport 1989*. Bonn
- Statistisches Bundesamt (1972): *Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972*. Stuttgart

LITERATURVERZEICHNIS

- Statistisches Bundesamt (1991): *Mitteilungen für die Presse*, 376/91. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (1992): *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern*, 2/1992. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt (1993): *Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern*. Sonderausgabe. Stuttgart
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland*, diverse Bände. Wiesbaden
- Statistisches Jahrbuch der DDR*, diverse Bände. Berlin-Ost
- Strasser, H. et al. (1988): »Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland.« In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 40, S. 245-261
- Strasser, H./Randall, S. C. (1979): *Einführung in die Theorien des sozialen Wandels*. Darmstadt
- Streit, M. (1984): »Innovationspolitik zwischen Unwissenheit und Anmaßung von Wissen.« In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 29, S. 35-54
- Taylor, Ch./Jodien, D. (Hg.) (1983): *World Handbook of Political and Social Indicators*. 3. Aufl. New Haven
- Thomas, M. (1991): »Wenn es konkret wird: Hat marxistische Klassentheorie Chancen in der modernen Unübersichtlichkeit?« In: W. Zapf (Hg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. 25. Deutscher Soziologentag. Frankfurt a. M., S. 395-406
- Tiryakian, E. A. (1991): »Modernization: Exhumetur in Pace (Rethinking Macrosociology in the 1990s).« In: *International Sociology*, 6, Nr. 2, S. 165-180
- Tominaga, K. (1991): »A Theory of Modernization and Social Change of the Non-Western Societies: Toward a Generalization from Japan's Experiences.« In: *International Review of Sociology*, 3, S. 95-120
- Tornatzky, L. G./Solomon, T. (1982): »Contributions of Social Science to Innovation and Productivity.« In: *American Psychologist*, 37, S. 737-746
- Turner, J. H. (1984): *Societal Stratification – A Theoretical Analysis*. New York
- Ulrich, E. (1984): »Was kommt nach den technischen Revolutionen? Soziale Innovationen.« In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 1, S. 19-27
- UNDP (United Nations Development Programme) (1990): *Human Development Report 1990*. New York
- UNDP (1992): *Human Development Report 1992*. New York
- Utecht, Th. (1990): »Soziologische Ausbildung und Arbeitsmarktchancen für Soziologen.« In: *Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, Heft 1, S. 23-32
- Veblen, Th. (1915): *Imperial Germany and the Industrial Revolution*. New York
- Verba, S. (1971): »Sequences and Development.« In: L. Binder et al.: *Crises and Sequences in Political Development*. Princeton, S. 283-316
- Vobruba, G. (1988): »Gesellschaftsspaltungen und solidarisierende Sozialpolitik.« In: E. Natter/A. Riedlsperger (Hg.): *Zweidrittelgesellschaft*. Wien, S. 153-191
- Vobruba, G. (1992): »Eigennützige Hilfe.« In: S. Nissen (Hg.): *Modernisierung nach dem Sozialismus*. Marburg, S. 183-198
- Wallerstein, I. (1976): »Modernization: Requiescat in Pace.« In: L. Coser/O. Larsen (Hg.): *The Uses of Controversy in Sociology*. New York, S. 131-135
- Wallerstein, I. (1984): »Economic Cycles and Socialist Policies.« In: *Futures*, 16, S. 579-585
- Webster (1976): *Webster's Third Dictionary*. New York

- Weggel, O. (1988): »Die Modernisierung der Institutionen und des Rechtswesens in der Volksrepublik China.« In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 1/88, 1. Januar, S. 13-22
- Werle, R. (1994): »Institutionelle Entwicklungen als pfadabhängige Prozesse.« Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Ms. Köln
- Whyte, W. F. (1982): »Social Inventions for Solving Human Problems.« In: *American Sociological Review*, 47, S. 1-13
- Wilensky, H. L. (1975): *The Welfare State and Equality*. Berkeley
- Wiswede, G./Kutsch, Th. (1978): *Sozialer Wandel*. Darmstadt
- Wolff, M. et al. (1992): *Where We Stand: Can America Make it in the Global Race for Wealth, Health and Happiness?* New York
- World Almanach and Book of Facts 1989* (1988), New York
- Young, M. (1983): *Social Scientist as Innovator*. With an introduction by Daniel Bell. Cambridge, Mass.
- Zapf, W. (Hg.) (1969): *Theorien des sozialen Wandels*. Köln
- Zapf, W. (1975): »Die soziologische Theorie der Modernisierung.« In: *Soziale Welt*, 26, S. 51 ff.
- Zapf, W. (1979): »Modernization and Welfare Development: The Case of Germany.« In: *Social Science Information*, 18, S. 219-246
- Zapf, W. (1982): »Die Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.« In: W. Conze/R. Lepsius (Hg.): *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart, S. 46-65
- Zapf, W. (1983a): »Entwicklungsdilemmas und Innovationspotentiale in modernen Gesellschaften.« In: J. Matthes (Hg.): *Krise der Arbeitsgesellschaft?* Frankfurt a. M., S. 293 ff.
- Zapf, W. (1983b): »Die Pluralisierung der Lebensstile.« In: Landesregierung von Baden-Württemberg: *Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen*. Stuttgart, S. 56-73
- Zapf, W. (1986a): »Die deutsche Version des Wohlfahrtsstaates.« In: K. Hanau et al. (Hg.): *Wirtschafts- und Sozialstatistik. Empirische Grundlagen politischer Entscheidungen*. Heinz Grohmann zum 65. Geburtstag. Göttingen, S. 379-403
- Zapf, W. (1986b): »Innovationschancen der westeuropäischen Gesellschaften.« In: J. Berger (Hg.): *Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren*. Soziale Welt, Sonderband 4. Göttingen, S. 167-179
- Zapf, W. (1986c): »Development, Structure and Prospects of the German Social State.« In: R. Shiratori/R. Rose (Hg.): *Welfare State: East and West*. Oxford, S. 126-155
- Zapf, W. (1989a): »Über soziale Innovationen.« In: *Soziale Welt*, 40, S. 170-183 (abgedruckt in diesem Band)
- Zapf, W. (1989b): »Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland.« In: W. Weidenfeld/H. Zimmermann (Hg.): *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*. Bonn, S. 99-124 (abgedruckt in diesem Band)
- Zapf, W. (1990): »Die Sprengkraft der doppelten Identität.« In: *Wochenzeitung Das Parlament*, Nr. 49, S. 17
- Zapf, W. (1991a) (Hg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M.
- Zapf, W. (1991b): »Die DDR 1989/90 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur?« In: *Berliner Journal für Soziologie*, 1, Heft 2, S. 147-155

LITERATURVERZEICHNIS

- Zapf, W. (1991c): »Modernisierung und Modernisierungstheorien.« In: W. Zapf (Hg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M., S. 23-39 (abgedruckt in diesem Band)
- Zapf, W. (1991d): »Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung.« In: B. Giesen/C. Leggewie: *Experiment Vereinigung*. Berlin, S. 38-51
- Zapf, W. (1992): *Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung*. Discussion Paper 92-104, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; ebenfalls: Discussion Paper 92/4, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (abgedruckt in diesem Band)
- Zapf, W. (1993): »Die DDR 1989/1990 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur.« In: H. Joas/M. Kohli (Hg.): *Der Zusammenbruch in der DDR*. Frankfurt a. M., S. 29-48
- Zapf, W. (1994): »Einige Materialien zu Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland.« In: H. Peisert/W. Zapf (Hg.): *Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen*. Festschrift für Ralf Dahrendorf. Stuttgart, S. 291-312 (abgedruckt in diesem Band)
- Zapf, W. et al. (1987): *Individualisierung und Sicherheit*. München
- Zapf, W./Habich, R. (1994): »Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland.« In: W. Dettling (Hg.): *Perspektiven für Deutschland*. München, S. 175-205
- Zapf, W./Mau, S. (1993): »Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?« In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Nr. 10. Mannheim, S. 1-5 (abgedruckt in diesem Band)
- Zimmerman, L. J. (1964): *Arme en rijke Landen*. Den Haag

Veröffentlichungsnachweis

1. *Sozialer Wandel*
leicht gekürzt erschienen in: Staatslexikon. Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 7. Aufl., Bd. 4, 1988, Sp. 1262-1270. Freiburg: Herder.
2. *Über soziale Innovationen*
erschieden in: Soziale Welt 40 (1989), S. 170-183.
3. *Individualisierung und Sicherheit – Einige Anmerkungen aus soziologischer Sicht*
erschieden in: G. Rolf/P. B. Spahn/G. Wagner (Hg.): Sozialvertrag und Sicherung. Zur ökonomischen Theorie staatlicher Versicherungs- und Umverteilungssysteme. Frankfurt a. M.: Campus 1988, S. 371-380.
Ich danke Gert Wagner für die Zusammenstellung des Beitrags aus drei verschiedenen Gutachten, von denen nur eines veröffentlicht wurde: vgl. Zapf et al. 1987.
4. *Sozialpolitik in gesellschaftlichen Modernisierungskonzepten*
erschieden in: Georg Vobruba (Hg.): Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik. Berlin: Duncker & Humblot 1989, S. 53-64.
5. *Die Sozialstruktur der Bundesrepublik in den 1980er Jahren*
leicht gekürzt erschienen in: W. Weidenfeld/H. Zimmermann (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 1989, S. 99-124. Ungekürzt als Discussion Paper P 89-101, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1989. Der Parallelartikel über die DDR im Deutschland-Handbuch stammt von Katharina Belwe: »Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR«, S. 125-143.
6. *Zum Verhältnis von sozialstrukturellem Wandel und politischem Wandel: Die Bundesrepublik 1949-89*
erschieden in: B. Blanke/H. Wollmann (Hg.): Die alte Bundesrepublik, Sonderheft Leviathan 1991, S. 130-139.
7. *Modernisierung und Modernisierungstheorien*
erschieden in: W. Zapf (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages. Frankfurt a. M.: Campus 1991, S. 23-39.
8. *Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung*
erschieden in: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 92/4. Köln 1992; zugleich Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1992, Discussion Paper P 92-104. Nachgedruckt in: Berliner Journal für Soziologie 4 (1994), S. 295-305.
9. *Einige Materialien zu Gesellschaft und Demokratie im vereinten Deutschland*
erschieden in: H. Peisert/W. Zapf (Hg.): Gesellschaft, Demokratie und Lebenschancen. Festschrift für Ralf Dahrendorf. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1994, S. 291-312.
10. *Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?*
verfaßt zusammen mit Steffen Mau; erschienen in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Nr. 10, Juli 1993. Mannheim, S. 1-5.
11. *Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung*
erschieden in: W. Glatzer (Hg.): Einstellungen und Lebensbedingungen in Europa. Soziale Indikatoren XVII. Frankfurt a. M.: Campus 1993, S. 163-176.
12. *Alternative Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung*
unveröffentlicht; in englisch: »Alternative Paths of Societal Development«. Paper for Working Group 6: Social Indicators, XIII. World Congress of Sociology, Bielefeld, 18. – 23.7.1994.